

# sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

2024

band 12, heft 1





sub\urban

2024  
band 12, heft 1

# offene ausgabe



**Editorial**

sub\urban-Redaktion 7

**a u f s ä t z e**

---

**Rechte Refiguration** Räume der alltäglichen Normalisierung des populistischen Rechtsradikalismus  
Valentin Domann 11

**Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?** Eine ethnographische Annäherung an behördlichen Umgang mit Rassismus  
Leon Rosa Reichle, Janine Dieckmann, Axel Salheiser 39

**Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren**  
Borderscapes in ostdeutschen Großwohnsiedlungen  
Madlen Pilz, Katja Friedrich, Stefanie Rößler 65

**Kartieren als Methode dekolonialer Erinnerungspraxis in europäischen Städten**  
Sybille Bauriedl, Linda Pasch 97

**d e b a t t e**

---

**Rassistische Hunde und klassistische Ratten?** Die mehr-als-menschliche Politik urbaner Ungleichheit  
Rivke Jaffe 129

**m a g a z i n**

---

**Vergessene Strukturkritik** Architektin Alice Constance Austins feministische Vision und die Idealisierung der Kernfamilie in den USA im frühen 20. Jahrhundert  
Theresa Klingler 149

**Neue Konjunkturen des Widerstandes?** Eine Selbstreflexion über das Worker Center Berlin  
Worker Center Berlin 161

**Diversität in der Planungsprofession** Analyse der Sozialstruktur der Studierenden des Bachelors Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar  
Lisa Vollmer 171

## rezensionen

---

**Eine Lücke in der Theorie? Die politische Erklärung für Gentrifizierung**

Matthias Bernt (2022): The commodification gap. Gentrification and public policy in London, Berlin and St. Petersburg.

Jan Üblacker 191

**Eine Kritik urbanen Alltags** Julia von Mende (2022): Zwischen Küche und Stadt. Zur Verräumlichung gegenwärtiger Essenspraktiken.

Christine Neubert 199

**Ein Streifzug durch die gemeine Stadt**

Sabrina Dittus / Stephan Lanz / Kathrin Wildner (2021): Digitale Publikations- und Veranstaltungsreihe gemeine stadt: berlin gemeinsam gestalten.

Johanna Richter 205

**Räume für kollektivere und freiere Beziehungsweisen**

Kitchen Politics (Hg.) (2023): Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens.

Eva Kuschinski 213



## Editorial

Liebe Leser\_innen,

Unser 25. Heft ist als offene Ausgabe ohne Themenschwerpunkt konzipiert – und doch stellen gleich drei Aufsätze aktuelle Konflikte in ostdeutschen Städten ins Zentrum ihrer Analyse. Dies kann als Beleg für die Dringlichkeit dieses Themas gelten, das in der Stadtforschung bislang noch unzureichend behandelt wurde und wir freuen uns sehr, diese Beiträge veröffentlichen zu können.

Alle drei Aufsätze verbindet eine differenzierende und kritische Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus, dem Erstarken oder der Normalisierung radikaler Rechter sowie lokalen Dynamiken von Inklusion und Exklusion. Dabei distanzieren sie sich von der stereotypischen Zuschreibung eines per se ostdeutschen Raumes, der in diesem Narrativ meist gleich mit dem sprichwörtlichen braunen Osten assoziiert wird. Stattdessen betonen sie die kontextspezifischen lokalen Konstellationen und die historisch gewachsenen Strukturen, die in diesen Prozessen wirksam werden. Gerade nachdem in den letzten Monaten jene Bevölkerungsteile, die sich gegen rechts positionieren, auch in vielen ostdeutschen Klein- und Mittelstädten an Sichtbarkeit gewonnen haben, erscheint uns dies als besonders relevanter Aspekt.

In seinem Aufsatz „Rechte Refiguration“ geht Valentin Domann anhand einer qualitativen Längsschnittstudie zweier brandenburgischer Kleinstädte der Frage nach, wie es zur Normalisierung rechter Akteur\_innen und Einstellungen kommt. Sowohl empirisch als auch theoretisch-konzeptionell ist dieser Beitrag eine wichtige Ergänzung zur hochaktuellen Debatte um die räumlichen Dimensionen des Rechtspopulismus. Er zeigt, dass lokalen Konstellationen von Akteur\_innen zwar eine zentrale

Bedeutung zukommt – allerdings nicht, weil es sich dabei um ländliche, kleinstädtische oder suburbane Räume handelt, sondern vor allem, weil die dort verorteten Akteur\_innen in ihrem Alltag aufeinander angewiesen sind.

Leon Rosa Reichle, Janine Dieckmann und Axel Salheiser widmen sich in ihrem Aufsatz „Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?“ anhand einer ostdeutschen Mittelstadt dem hierzulande noch wenig erforschten Thema des institutionellen Rassismus. Mithilfe einer sogenannten Ethnographie um die Behörden herum zeigt der Beitrag, wie eine konfliktvermeidende Kultur und rechte politische Machtverhältnisse den behördlichen Umgang mit Rassismus beeinflussen.

In ihrem Aufsatz „Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren“ analysieren Madlen Pilz, Katja Friedrich und Stefanie Rößler die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen bei der Infrastrukturversorgung in zunehmend von Geflüchteten bewohnten ehemaligen sogenannten Rückbauquartieren. Am Beispiel der Schweriner Großwohnsiedlung Mueßer Holz zeigen sie, welche zentrale Bedeutung dabei Infrastrukturen des Ankommens für die Ausgestaltung lokaler Beteiligung und Inklusion zukommen.

Jenseits des Fokus auf Ostdeutschland untersuchen Sybille Bauriedl und Linda Pasch in ihrem Beitrag „Kartieren als Methode dekolonialer Erinnerungskultur in europäischen Städten“ kolonialismuskritische Kartierungsprojekte. Sie fragen, inwiefern sich diese kritisch mit dem Prozess der Kartenproduktion auseinandersetzen, wie sich dies in den jeweiligen Darstellungsformen ausdrückt und welche Potenziale und Herausforderungen dekoloniales Kartieren birgt.

In der Rubik Debatte plädiert Rivke Jaffe für einen methodischen Zugang, mit dem kritische Stadtforschung nicht nur soziotechnische Netzwerke wie Verkehrs-, oder Wasserinfrastrukturen, sondern auch sogenannte politische Tiere in eine Analyse urbaner Ungleichheiten miteinbeziehen kann. Anhand von Untersuchungen zu Hunden in Kingston und Ratten in Amsterdam zeigt sie, wie diese entscheidend zu sozialräumlichen Grenzziehungen in den Feldern urbane Sicherheit und Gesundheitsversorgung beitragen.

Die Rubrik Magazin umfasst diesmal drei Beiträge. In ihrer Auseinandersetzung mit der Architektin Alice Constance Austin zeigt Theresa Klingler, dass ein politischer Blick auf die strukturelle Benachteiligung

von Frauen\* in patriarchalen Gesellschaften im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auch für feministische Architekt\_innen noch keineswegs selbstverständlich war. Diese stützten oftmals binäre Geschlechterbilder eher, als sie zu durchkreuzen. Klinglers Gegenüberstellung mit den egalitären Errungenschaften eines sozialistischen Siedlungsprojekts im kalifornischen Llano del Rio macht jedoch deutlich, dass es im frühen 20. Jahrhundert durchaus schon feministisch geprägte Projekte gab, die emanzipatorische Ziele in Architektur und Zusammenleben praktisch miteinander verbanden.

Im Magazinbeitrag „Neue Konjunkturen des Widerstandes?“ beschreibt das Worker Center Berlin den politischen Organisationsprozess von Aktivist\_innen, Arbeiter\_innen und Wissenschaftler\_innen, die auf unterschiedliche Weise in Kämpfe um die Berliner Gig-Economy involviert sind. Dabei betont es die zentrale Rolle, die das besetzte Büro des Gorillas-Betriebsrats als Ort der Begegnung und des Austauschs dabei gespielt hat.

In ihrem Beitrag zur Diversität in der Planungsprofession diskutiert Lisa Vollmer mit Fokus auf die Bauhaus-Universität Weimar die geringe Repräsentation marginalisierter und diskriminierter Gruppen unter Planungsstudierenden. Sie plädiert für eine breite Debatte darüber, wie eine diversitätssensible Planung gestärkt werden kann, was auch mit mehr Diversität unter Planer:innen einhergeht.

Zuletzt widmen sich vier Rezensionen besonders interessanten Neuerscheinungen aus der Stadtforschung: Jan Üblacker erläutert in seiner Rezension „Eine Lücke in der Theorie?“ zu Matthias Bernts *The commodification gap. Gentrification and public policy in London, Berlin and St. Petersburg*, wie Bernt ein auf Public Policy fokussiertes Erklärungsmodell entwickelt und damit die international vergleichende Gentrifizierungsforschung zu bereichern vermag.

Christine Neubert bespricht Julia Mendes' Monografie *Zwischen Küche und Stadt* und sieht sie als gelungenen Beleg dafür, dass der Blick auf Essen als urbane Alltagspraktik auch für die kritische Stadtforschung lohnenswert ist.

Johanna Richter schaut mit kritischem Blick auf die digitale Publikations- und Veranstaltungsreihe *gemeine stadt: berlin gemeinsam gestalten* von Sabrina Dittus, Stephan Lanz und Kathrin Wildner, die sich dem Gemeinen im Kontext von zunehmenden Verteilungskämpfen um Daseinsvorsorge und dem Gemeinsam-Sein in der Stadt widmet.

In ihrer Besprechung von *Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*, des mittlerweile fünften Bands des Kollektivs Kitchen Politics diskutiert Eva Kuschinski, wie das Buch utopische Momente und Fallstricke historischer feministischer Entwürfe für eine Neuorganisation der sozialen Reproduktion beleuchtet. Dabei betont sie, welche Relevanz diese Einsichten für heutige Kämpfe um die Stadt und das Wohnen haben.

Zuletzt noch ein Kommentar zum Titelbild dieser Ausgabe: Der 2013 erfolgte Abriss eines von Oswald Mathias Ungers geplanten Wohngebäudes am Lützowplatz in Berlin war ein erstes Anzeichen für einen Trend, der sich mittlerweile durchgesetzt hat: Zwischen 2014 und 2022 wurden allein in Berlin über 4.000 Wohnungen abgerissen. Wenn in Politik und Öffentlichkeit wiederholt „bauen, bauen, bauen“ gefordert wird, wird dabei verschwiegen, wie viel bezahlbarer Wohnraum andererseits vernichtet wird. Die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 1987 errichteten Sozialwohnungen am Lützowplatz standen für den längst aufgegebenen Anspruch, auch für einkommensschwache Klassen Wohnraum in den Innenstädten zu schaffen.

Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

Herzliche Grüße,  
die Redaktion von sub\urban

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Nihad El-Kayed, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Gala Nettelblatt, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer

# Rechte Refiguration

## Räume der alltäglichen Normalisierung des populistischen Rechtsradikalismus

Valentin Domann

Obwohl der Aufstieg radikal rechter Kräfte auch innerhalb der Stadt- und Raumforschung einen immer prominenteren Platz einnimmt, fehlt es weitgehend sowohl an einer empirisch gesättigten Analyse ihrer tatsächlichen Effekte auf lokale Gemeinschaften als auch an einer konzeptionellen Debatte über die Rolle temporalen Wandels. Der Beitrag präsentiert Ergebnisse einer mehrjährigen qualitativen Längsschnittstudie mit dem Ziel, sich spezifischen lokalen Wandlungsprozessen anzunähern, denen im Kern die Normalisierung lokaler, radikal rechter Parteikader und ihrer Deutungsmuster zugrunde liegt. Norbert Elias' Denken in Figurationen, so argumentiert der Text, kann dabei helfen, diese Prozesse sowie ihre räumlichen Dimensionen zu erschließen. Im Ergebnis zeigt die Studie, dass radikal rechte Normalität längst ein Faktum ist, das im Lokalen neue Verhältnisse zwischen Etablierten und Außenseiter\_innen schafft und mit dem es politisch umzugehen gilt, anstatt es wegzureden. Mit dem Prozess der Etablierung radikaler Rechter gewinnen zudem exkludierende, antiurbane Raumbilder und -politiken an Gewicht – auch jenseits radikal rechter Kader und ihrer Unterstützer\_innen. Für Gegner\_innen ihrer Politiken verengen sich die Handlungsspielräume zunehmend und Ermüdung macht sich breit.

*An English abstract can be found at the end of the document.*

„Das Elend sind nicht die Anderen.

Das Elend kommt nicht aus Sachsen.

Das Elend kommt nicht aus dem Nichts, es kommt von hier.“

(Die Sterne 2020)

### 1. Von rechter Raumnahme zu Räumen rechter Normalisierung

Seit ihrer Gründung vor über zehn Jahren hat die AfD den bundesdeutschen Diskurs hauptsächlich in Form von kampagnenhaften Interventionen zu Themen nationaler Tragweite mitgeprägt. Zuletzt sind eine Stabilisierung der Partei und ein nachholendes Wachstum „von unten“, im Sinne eines Zugewinns an Personal und elektoralem Zuspruch auch unterhalb der Landesebene zu beobachten. Seit Sommer 2023 errang die AfD erste

hauptamtliche Bürgermeister- und Landratsposten. Das zeigt, dass die Partei auf kommunaler Ebene und mit einem breiteren Themenspektrum reüssieren kann, das ihren rechtsradikalen Kern nicht bemäntelt. Diese Entwicklung versinnbildlicht eine ganze Reihe von Orten, an denen Akteur\_innen der radikalen Rechten längst zur alltäglichen Normalität gehören und an denen ihre Ungleichwertigkeitsideologien wieder salonfähig geworden sind – sofern sie überhaupt je tabuisiert waren.

Dass den Wahlerfolgen der Partei des populistischen Rechtsradikalismus räumliche Dimensionen anhaften, ist vor dem Hintergrund facettenreicher externalisierender Territorialisierungsnarrative unübersehbar: Je nach Perspektive wohnt die Regression demnach im sogenannten braunen Osten, in abgehängten Regionen, in der Platte am Stadtrand oder schlicht auf dem Dorf (zur Kritik daran siehe Autor:innenkollektiv Terra-R i. E.). Aus der deutschsprachigen kritischen Raumforschung kam schon weit vor dem Aufkommen der AfD der Impuls, sogenannte rechte Räume nicht zu essenzialisieren, sondern auf deren jeweilige soziale Produziertheit zu schauen (Belina 2002; Bürk 2012; Schipper 2011). Oft wurde versucht zu klären, dass bei einer ehrlichen Analyse der Bedeutungszunahme des (populistischen) Rechtsradikalismus nicht ausschließlich „die Anderen“ für das Elend herhalten dürfen, wie es Die Sterne (2020) sangen. Mit Bezug auf die AfD konnten verwandte Forschungsbeiträge seither beachtliche Ergebnisse zur raumbezogenen Analyse des Phänomens liefern. Das umfasste eine Dekonstruktion der populären Stadt-Land-Dichotomie (Belina 2022; Deppisch et al. 2021; Domann 2024; Förtner et al. 2019; Geilen/Mullis 2021) sowie Deutungsangebote zu Zusammenhängen zwischen rechten Mobilisierungserfolgen und räumlichen Aspekten, etwa bezogen auf die Infrastrukturausstattung (Naumann 2021), den Städtebau (Kübler et al. 2022) oder die Wohnungsfrage (Bescherer/Reichle 2022; Ludwig/Mießner 2022). Besonders viel Erklärungskraft bergen Studien, die auf raumsensible Art und Weise fragen, wie verräumlichte Gemeinschaften mit je spezifischen Interessen sich zu rechten Narrativen und Politiker\_innen in Beziehung setzen (Bescherer et al. 2021; Göppfarth 2021; Nettelblatt 2023; Reichle 2023a) und die dabei über lokale Alltage konkrete Subjektivierungsprozesse erklären können (vgl. Miggelbrink/Mullis 2022).

Dieser Beitrag adressiert drei Leerstellen der gegenwärtigen geographischen Forschung. Erstens zeigt die konzeptionelle Debatte innerhalb der kritischen Raumforschung einige Lücken bezüglich der

Frage, wie genau diese normalisierenden Prozesse rechter Akteur\_innen und Einstellungen zu verstehen sind, insbesondere im temporalen Verlauf (Reichle 2023b: 139). Zweitens besteht auch in der empirischen Forschung oft Klärungsbedarf, da Studiendesigns, die versprechen, lokalen Wandel greifbar zu machen, nur in Ausnahmefällen explizit auf die radikale Rechte angewandt werden (siehe etwa Jadhav 2021 zum Kontext einer US-amerikanischen Landstadt). Drittens steht – obwohl das Thema auch in der deutschsprachigen Raumforschung einen immer prominenteren Platz einnimmt und Wahlgeographien, Erklärungen und Hintergründe nicht zuletzt in der *sub\urban* (z. B. Förtner et al. 2019; Feustel 2019) umfassend debattiert wurden – eine empirisch gesättigte Analyse ihrer tatsächlichen Effekte auf lokale Raumproduktionen noch weitestgehend aus.

Dieser Beitrag analysiert ebenjene temporale Dimension und rückt Prozesse der Normalisierung in den Mittelpunkt. Dieser Fokus steht nicht nur im Einklang mit aktuellen Paradigmen internationaler Forschung (Brown et al. 2023; Mondon/Winter 2020; Wodak 2020), sondern positioniert sich auch explizit gegen die eingangs beschriebene Externalisierung des Rechtsradikalismus, die sich räumlich oft mit Begriffen wie Raumnahme oder Raumergreifung verbindet und dabei mehr verschleiert als erklärt:

„Der Begriff der ‚Raumergreifung‘ birgt die Gefahr, ein wesentliches Merkmal des nahezu flächendeckenden Problems des lokal und regional verankerten Rechtsextremismus zu verkennen: Im eigentlichen Sinne handelt es sich um die Sichtbarwerdung, das selbstbewusste Hervortreten und das *Mainstreaming* von Rechtsextremen, die i. d. R. schon immer vor Ort sozial eingebunden waren.“

(Salheiser/Quent 2022: 165; Herv. i. O.)

Ziel dieses Beitrages ist es daher, anhand von Langzeitbeobachtungen in zwei Gemeinden zu bilanzieren, wie genau die Normalisierung der AfD verläuft und wie sich die sozialen Verhältnisse vor Ort dabei verändern. Dabei argumentiert der Text auf konzeptioneller Ebene, dass raumfokussierte Forschung für derlei Fragestellungen sensibel für temporalen Wandel sein muss. Abschnitt 2 schlägt für dieses Vorhaben den Begriff der Refiguration vor. Hierfür werden nach einer Einführung in

das verwendete qualitative Längsschnittsdesign der zugrunde liegenden Studie (Abschnitt 3) drei Fragen an das Material herangetragen (Abschnitt 4):

1. Wie wandeln sich Interdependenzgeflechte der lokalen Gemeinschaft im Anschluss an Wahlerfolge der AfD?
2. Wie wandelt sich die Wahrnehmung von Ort und Raum unter dem Eindruck (zunehmender) rechter Narrative?
3. Wie wandelt sich lokaler Protest durch die Etablierung der AfD vor Ort?

Abschnitt 5 verdichtet die Erkenntnisse abschließend und diskutiert die konzeptionellen wie empirischen Beiträge der vorgestellten Studie. Resümierend zeigt sich, dass in mehrschichtigen An- und Umordnungen lokaler Interdependenzverhältnisse rechte Normalität längst ein Fakt ist. Diese legitimiert exkludierende (Raum-)Politiken schon heute, womit es politisch umzugehen gilt.

## 2. Refiguration als raum- und zeitrelationale Perspektive

Ein zentrales Dilemma durchzieht aktuelle Debatten zur Normalisierung des (populistischen) Rechtsradikalismus. Wichtige Autor\_innen des Feldes schwanken zwischen dem Anspruch, das Phänomen als nicht exzeptionell und als gesellschaftlich eingelagert zu verstehen und der Anforderung, den Untersuchungsgegenstand zugleich als etwas Spezifisches zu konzipieren:

„We argue against demonization and pathologizing of the far right that serves to separate them (and analysis) from the mainstream and wider structures and institutions of power, particularly in terms of race and racism. [...] The very focus on the far right[, however,] requires one to set out a particular category of the extreme and exceptional, which separates it from the mainstream and ‚normal‘ and marks it out as an issue of specific concern.“

(Mondon/Winter 2020: 374)

Der kontingente und fluide „Mainstream“ (ebd.: 371) wird demnach oft als Residualkategorie missverstanden, in den sich eine ihm äußerliche Rechte einkuppelt (Brown et al. 2023: 166), und das, obwohl doch Einigkeit darüber besteht, dass der Rechtsradikalismus erst dadurch zur realen Bedrohung wird, dass sich dessen Anhänger\_innen „quer durch die Gesamtbevölkerung“ verteilen (Adorno 2019 [1967]: 14). Dieses Dilemma

ist zwei zentralen Begriffen eingeschrieben, die bei der Erforschung in Anschlag gebracht werden: Normalisierung und Mainstreaming. Beide werden trotz ihrer unterschiedlichen ontologischen Hintergründe im Feld oft nahezu synonym verwendet (vgl. Krzyżanowski/Ekström 2022: 721). Der Begriff der Normalisierung wird hier vorgezogen; auch weil er eine machtkritische Komponente umfasst. Diese begreift umfangreiche, von Michel Foucault beschriebene Techniken ihrer Herstellung ein. Dabei hebt das hier verwendete Verständnis von Normalisierung auf die letzte der drei Bedeutungsebenen von „(industrieller) ‚Normung‘, (sozialer) ‚Normierung‘ (im Sinne von ‚Dressur‘) und (allgemein kultureller) ‚Normalisierung‘ (im Sinne der Produktion von Normalitäten, Normal-Machung)“ (Link 2014: 243) ab.

Eine raum- und zeitrelationale Perspektive kann helfen, Normalisierungsprozesse klarer zu konturieren. Hierfür schlägt der Text vor, lokale Gemeinschaften mit Norbert Elias als Figurationen anzusprechen. Diese Denkfigur verspricht den Widerspruch einer notwendigen Separierung der radikalen Rechten als Teilgruppe des Normalen aufzulösen. Figurationen beschreiben demnach einen spezifischen Stand von Verflechtungsprozessen, die aus den grundlegenden Interdependenzen von „aufeinander ausgerichtete[n], voneinander abhängige[n]“ Individuen in Gruppen hervorgehen (Elias 1997 [1939]: 70). Elias versteht Figurationen nicht als etwas Essenzielles. Dennoch sind sie genau so, also nicht mehr oder weniger real als die Individuen, aus denen sie entstehen. Dabei setzt Elias allerdings das Wechselverhältnis zwischen kurzfristigen Veränderungen einzelner Individuen (Psychogenese) und langfristigen Wandlungsprozesse ihrer Figurationen (Soziogenese) ins Zentrum:

„Die einzelnen Menschen wandeln sich. Die Figurationen, die sie miteinander bilden, wandeln sich ebenfalls. Aber die Veränderungen der einzelnen Menschen und die Veränderungen der Figurationen, die sie miteinander bilden, obgleich unabtrennbar und ineinander verwoben, sind Veränderungen auf verschiedener Ebene und auf verschiedene Art.“

(Elias 2018 [1986]: 116)

Da sich Wandlungsprozesse von Figurationen und die Veränderungen von Individuen gegenseitig bedingen, kann keine der beiden Entwicklungen als der anderen äußerlich gedacht werden. Als relationales Gebilde

entspringt eine Figuration den Beziehungen der Individuen und deren Tun. Zugleich strukturiert sie deren Beziehungen und ihr Tun.

In der Studie *Etablierte und Außenseiter* beschreibt Elias gemeinsam mit John Lloyd Scotson (2002 [1965]), wie figuratives Denken lokale Settings als spezifische „Gemeinde-Interdependenzen“ (ebd.: 234 f.) konkret aufschlüsseln und analysieren kann. In der Beforschung einer kleinen britischen Vorortgemeinde zeigen sie auf, wie sich der Erhalt von und der Griff nach Macht und Anerkennung durch unterschiedliche Gruppen in alltäglichen und scheinbar harmlosen Alltagspraktiken äußern. In der Summe bestimmen sie Zugänge und Einflussmöglichkeiten, wobei die Etablierten ihren Status durch exklusive Solidarität und Zusammenhalt gegen Außenseiter\_innen absichern. Damit wird verständlich, was Elias und Scotson „Kohäsions- und Integrationsdifferenziale als Aspekte von Machtdifferentialen“ nennen (ebd.: 16).

Auch in Anwendung auf rechte Normalisierungsprozesse bringt Elias, die lokale Ebene verlassend, dieses Denken in Stellung. Dies gilt insbesondere für seine seit den frühen 1960er Jahren entstandenen *Studien über die Deutschen* (Elias 1994 [1989]), in denen er sich der „Aufgabe widmet, systematisch zu untersuchen, welche Faktoren in der langfristigen Entwicklung Deutschlands und des sogenannten deutschen ‚Nationalcharakters‘ zum Aufkommen der Nationalsozialisten beigetragen haben“ (ebd.: 412). Elias, der sein Hauptwerk zum Prozess der Zivilisation (in den Auflagen nach 1945) seinem Vater und seiner von den Nazis ermordeten Mutter widmet (Elias 1997 [1939]: 8), verknüpft hierbei unterschiedlichste Aspekte einer sich entwickelnden spezifischen Figuration: Von Unglück zeugenden „eigentümlichen Trinksitten der Deutschen“ (Elias 1994 [1989]: 12), deren Geringschätzung der Stadtkultur (ebd.: 17) oder durch Militär- und Duellkultur tief eingeschriebenen Ungleichheitsvorstellungen (ebd.: 19, 27) kumulieren demnach in einem überhöhten, rückwärtsgewandten Nationalismus nicht egalitären Charakters, der in Notzeiten die vollständige Unterwerfung des Individuums erfordert (ebd.: 200 f., 210, 427).

Der Beitrag kann an dieser Stelle nicht vertiefender auf problematische Aspekte von Elias' Arbeiten eingehen, etwa auf das eurozentrische Entwicklungsdenken im Zivilisationsprozess oder auf den „naiven Objektivismus“ (Rehbein 2016: 176), der sich aus dem Anspruch einer wertfreien Wissenschaft ergibt. Auch muss angemerkt werden, dass der hier gewählte empirische Ausschnitt auf Wandlungsprozesse innerhalb

einiger Jahre den Elias'schen Begriffsapparat herausfordert, da dieser sich gern auf Generationen oder ganze Epochen bezieht. Dennoch dient ein prozessoziologisch informiertes Denken hier dazu, rechte Normalisierungsprozesse als etwas nicht Exzeptionelles zu verstehen, indem Beobachtungen unterschiedlicher Zeitpunkte miteinander in Beziehung gesetzt werden (Baur/Ernst 2011: 132). Dieses Denken kann einerseits den Blick darauf richten, wie rechte Akteur\_innen innerhalb interdependenter Gruppen sich über alltägliches Handeln mit Blick auf Kohäsion und Integration zu etablieren versuchen – wie also eine vormalige Außenseiter\_innen gruppe „an Macht gewinnt und ihre Vertreter in die Position eines Establishments neuer Stufe emporträgt“ (Elias/Scotson 2002 [1965]: 34) und damit wiederum neue Außenseiter\_innen gruppen produziert (vgl. Vieten/Poynting 2022: 6). Andererseits kann damit der Werte- und Normenkanon des sogenannten Mainstreams in seinen Übergängen angesprochen werden: Er erscheint als ein Akzeptanzkontinuum, das in Abhängigkeit der Machtdifferenziale zu einem Zeitpunkt radikal rechte Positionen zu tabuisieren vermag, dem jedoch stets auch eine vermeintlich düstere Potenzialität an Ungleichheitsvorstellungen innewohnt, die an einem anderen Zeitpunkt zutage treten kann (Kallis 2021).

Nachdem die Perspektive gesellschaftlichen Wandels auf rechte Normalisierungsprozesse angelegt ist, müssen nun auch ihre räumlichen Relationen erschlossen werden, denn jede Verschiebung von Normen einer Gesellschaft fordert stets auch deren räumliche Ordnung heraus (vgl. Cresswell 1996: 166). Hilfreich hierfür sind die Überlegungen von Martina Löw und Hubert Knoblauch (2021). Sie buchstabieren einige grundsätzliche ontologische Annahmen aus, die Elias' Figurationsbegriff um eine räumliche Dimension erweitern. Als konkrete Grundannahmen benennen die beiden, dass sich verändernde Gesellschaften ihre relationalen Abhängigkeiten neu definieren und räumlich neu anordnen, „dass diese räumliche Formung prozesshaft ist“ und dass in diesem Prozess Individuen, ihre Figurationen und ihre Räume sich gegenseitig konstruieren (ebd.: 31). Das damit zusammenhängende Forschungsprogramm erlaubt es somit, die „Refiguration von Räumen“ als Neuordnungs- und Umordnungsprozesse von Interdependenzen zu begreifen. In diesem Artikel findet der Refigurationsbegriff Anwendung, unter der Prämisse, dass sich hiermit unter räumlich-relationaler Perspektive ein „Figurationswandel“ (Elias 2006 [1970]: 218) ansprechen lässt, auch

wenn im späteren Verlauf einige notwendige Anpassungen ausgewiesen werden müssen.

Betrachtet man unter dieser Perspektive das, was gemeinhin als Rechtsruck angesprochen wird, so wird deutlich, dass dieser mechanistische Begriff irreführend sein muss: Refigurationsprozesse werden erst wirklich verständlich, wenn die sich (oft langsam) ändernden Relationen von Sozio- und Psychogenese inklusive ihrer räumlichen Bezüge in den Blick genommen werden. Um dem oben aufgezeigten Dilemma des Normalisierungsbegriffes einen nicht exzeptionellen Forschungsansatz gegenüberzustellen, empfiehlt es sich, auf zwei Dimensionen der Veränderung von Interdependenzgeflechten zu blicken. So kann man die Bedeutungszunahme radikaler Inhalte als (psychogenetische) Akzeptanzsteigerung und die zunehmende Integration entsprechender politischer Akteur\_innen als (soziogenetisches) Dominantwerden bereits angelegter Ideologien und Kräfte verstehen.

Zu beiden Untersuchungsdimensionen liegen einschlägige Studien vor, auch für die lokale Ebene. Erstere umreißen insbesondere die Arbeiten Ruth Wodaks, die die „Enttabuisierung und Akzeptanz früher tabuisierter Inhalte wie Äußerungsformen“ (2018: 324) ins Zentrum ihres Normalisierungsbegriffes rückt. Wodak betont besonders die „Schamlosigkeit“ (ebd.) dieses Prozesses, also die dezidiert normüberschreitende Strategie rechter Propaganda sowie den kombinatorischen, adaptiven und kontextabhängigen Charakter selbiger (Wodak 2020: 339). Um rechter Propaganda im Lokalen nachzuspüren, lohnt es sich, auf ihre skalaren Relationen und Reartikulationen zu blicken, die sich vor Ort zum Teil ganz anders ausdrücken als auf nationaler Ebene (Domann/Nuissl 2022a). Dabei spielen lokalistische Diskursstrategien eine besondere Rolle (Chou et al. 2022). Gala Nettelblatt (2023) gelingt es etwa zu zeigen, wie rechte Ideologien durch spezifische Rekontextualisierungen in lokalen Partizipationsprozessen hinter den Kulissen hervor- und auf die öffentliche Bühne treten.

Die zweite Untersuchungsdimension wird durch Studien zur Erosion des Cordon sanitaire auf der Akteur\_innenebene informiert. Während die Unvereinbarkeit zwischen regierenden Parteien und der AfD auf bundesstaatlicher Ebene (noch) aufrechterhalten wird, zeigt sich deren Erosion auf subnationaler Ebene schon seit Langem (Heinze 2022: 9). Gerade auf lokaler Ebene, in kleineren Gemeinden, kann die Normalisierung der AfD von konkordanten, also auf Ausgleich und

politischer Harmonie beruhenden Settings profitieren (Domann/Nuisl 2022b). Auch etablierte Dispositive eines lokalen, status- und klassenübergreifenden Zusammenhalts gegenüber als äußerlich wahrgenommenen Bedrohungen ebenso wie Wagenburgmentalität oder Provinzialismus als Geisteshaltung werden als hierfür förderlich diskutiert (Belina 2022). Diese Aspekte führen in der Praxis oftmals dazu, dass vor Ort nicht die Normalisierung der radikalen Rechten, sondern die Kritik an ihr als störend empfunden wird (vgl. Salheiser/Quent 2022: 167). Daneben wurden die fließenden Übergänge zwischen lokaler Zivilgesellschaft und kommunalpolitischem Establishment beschrieben. Das rückt die Enttabuisierung von Akteur\_innen der AfD im vermeintlich vopolitischen Lokalraum in den Fokus, zu dem Sportvereine, lokale Initiativen oder Verwaltungsakteur\_innen zählen (Nettelblatt 2023: 16; Salheiser/Quent 2022: 177).

Für das Design der vorliegenden Studie folgt aus diesen Überlegungen, dass es darum geht, mit Schlüsselfiguren der lokalen Figurationen zu sprechen, die rechte Normalisierung in ihren Alltagen vor Ort hautnah miterleben und – ob gewollt oder nicht – mitgestalten. Sie sind es, die präzise Auskunft über die sich wandelnden Interdependenzen liefern können. Dieser Zugang wird im Folgenden näher beschrieben.

### 3. Geographische Längsschnittforschung zur Erschließung von Refigurationsprozessen

Die ausgeführten konzeptionellen Überlegungen machen es notwendig, einen methodisch-empirischen Zugriff auf rechte Normalisierung zu entwickeln. Die qualitative Längsschnittforschung (QLF) bietet hierfür einen reichhaltigen Fundus an Erhebungs- und Analysemethoden. Mittels diachroner Vergleiche von Subjekten oder Gruppen lässt sich erschließen, wie sie sich selbst verändern oder auf Wandel reagieren. Da auch Elias (2004 [1984]) sich intensiv mit Wandel und der sozialen Konstruktion von Zeit auseinandersetzte, verwundert es nicht, dass sein Analyseapparat auch in der QLF (Baur/Ernst 2011) zunehmend rezipiert wird. Auch wenn die QLF in der Raumforschung zunächst nicht sehr prominent vertreten war und sich sogar gegen kartographisch orientierte Methoden behaupten musste (Saldaña 2003: 62), ist sie inzwischen mehr und mehr kanonisiert (Brickell et al. 2023).

Die hier vorgestellte prospektive qualitative Längsschnittuntersuchung wurde zwischen Frühjahr 2019 und Frühjahr 2023 in zwei Orten

Brandenburgs durchgeführt. Der Beobachtungszeitraum dokumentiert Veränderungen der Orte vom Kommunalwahlkampf der AfD 2019 über ihren erstmaligen Einzug als Fraktionen in Kommunalparlamente bis hin zu ihrer Etablierung in scheinbar unpolitischen Vereinigungen und Protestgruppen. Im Laufe der Zeit wurden unterschiedliche qualitative Methoden eingesetzt und miteinander kombiniert (vgl. Neale 2017: 6). Sie umfassen teilnehmende Beobachtungen, Presse- und Dokumentenanalysen, Interviews mit Anwohner\_innen sowie Vertiefungsinterviews mit Expert\_innen und antifaschistischen Aktivist\_innen. Das Gros der hier präsentierten Daten speist sich aus einem Panel mit lokal engagierten Personen.[1]

Die Befragten wurden aufgrund ihres (meist ehrenamtlichen) Engagements in der örtlichen Gemeinschaft ausgewählt, weil sie für sich beanspruchen, die lokal relevanten Themen (relativ) gut zu kennen. Für diese Studie war es jedoch wichtig, dass keine dieser Personen ein Rats- oder Parlamentsmandat hat oder für ein solches kandidiert. Das Sample besteht aus einer Vielzahl von Informant\_innen von Pastor\_innen bis zu Sporttrainer\_innen, die ein bedeutendes Segment der kleinen Gemeinden repräsentieren.[2] Aufgrund der genannten Stichprobenkriterien sind die Befragten (im Vergleich zur lokalen Bevölkerung) überdurchschnittlich alt (viele befinden sich bereits im Ruhestand) und weiß. In Bezug auf Geschlecht ist die Stichprobe hingegen ausgewogen.

Mit insgesamt 39 Befragten wurden kurz vor den Kommunalwahlen in Brandenburg im Mai 2019 Basisinterviews durchgeführt. Aufgrund der Coronapandemie musste der Zeitmaßstab der Erhebung angepasst werden (siehe dazu Baur 2015: 359). Die Folgeinterviews mit 19 Interviewten konnten erst im Sommer 2021 durchgeführt werden. Um auch während Pandemiezeiten mit den Befragten der ersten Erhebungsrunde in Kontakt zu bleiben, wurde regelmäßig mit diesen kommuniziert und auch Zwischenergebnisse ausgetauscht. Dies löste bei einigen Interviewten Skepsis gegenüber der Studie aus, weil sie die kritische Thematisierung der radikalen Rechten in ihrer Heimat als unangenehm empfanden. Auch dieser Umstand erklärt den hohen Rückgang von 39 auf 19 Befragte zwischen der ersten und der zweiten Befragung. Er zeigt eine von vielen Schwierigkeiten der empirischen Arbeit antifaschistischer Geographien. Auch wenn die Konturen dieser forschungsethischen und -praktischen Perspektive sehr ungleich beschrieben werden (Ince 2019; Marquardt 2021; Philo 2021), verortete sich die vorgestellte Studie politisch. Dies

geschah nicht zuletzt dadurch, dass während des Forschungsprozesses der Kooperation mit Akteur\_innen, die sich gegen radikale Rechte vor Ort engagieren, stets höhere Priorität eingeräumt wurde als dem Ziel, den Lauf der Dinge möglichst störungsfrei beobachten zu können. Dass die Studie keinen Anspruch auf Wertfreiheit erhebt, sondern sich der Grundidee kritischer Theorie verpflichtet und „die Idee eines besseren Lebens“ (Rehbein 2013: 12) verfolgt, prägte sowohl das Sample als auch den Untersuchungsgegenstand selbst mit. Die postkoloniale Kritik an Elias' Werk diskutierend fordert Boike Rehbein (2016: 178) ein reflektierendes Verständnis von Forschenden als wirksamen Akteur\_innen in Interdependenzgeflechten ein.

Die Analyse diachroner qualitativer Daten gilt als ein komplexes Unterfangen, das zweierlei erfordert: zunächst eine detaillierte Analyse der Interviewtranskripte auf Wort- und Satzebene – Johnny Saldaña (2003: 46) beschreibt QLF-Interpret\_innen als „word cruncher“ – und ferner eine regelgeleitete Verschneidung von Quer- und Längsschnittvergleichen (Holland et al. 2006: 33). Für die Auswertung der vorliegenden Daten wurde ein mehrstufiges Verfahren entwickelt, das an anderer Stelle ausführlicher dargestellt wird (Domann i. E.).

Die Untersuchung fand in zwei Kommunen in Brandenburg statt, die an dieser Stelle anonymisiert eingeführt werden sollen. Wie auch in anderen Studien zu dem Thema (Bürk 2012; vgl. auch Elias/Scotson 2002 [1965]) soll diese Anonymisierung dazu beitragen, das Phänomen nicht zu externalisieren – „das Elend sind nicht die Anderen“ (Die Sterne 2020). Für das Verständnis soll hier genügen, dass eine Gemeinde (Sub) im engeren Verflechtungsraum von Berlin liegt, wo intensive Wirtschafts- und Pendelbeziehungen mit der Hauptstadt bestehen. Die andere Kommune ist eine Kleinstadt (Rur) im ländlich geprägten Osten Brandenburgs, nahe der polnischen Grenze. Als Mittelzentrum erfüllt sie für die umliegende Region wichtige Verwaltungs- und Versorgungsfunktionen. Für die Auswahl der beiden Orte der Fallstudie war ferner relevant, dass ausgehend von den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 bei den in den Kommunalwahlen 2019 ein im regionalen Vergleich durchschnittliches Abschneiden der AfD zu erwarten war. Dies bestätigte sich mit 14 Prozent (Sub) beziehungsweise 19 Prozent (Rur) der Stimmen auf Gemeindeebene später auch.

#### 4. Alltägliche Normalisierungsprozesse

Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Studie vorgestellt und diskutiert. Dies erfolgt entlang der drei eingangs eingeführten Fragen nach dem Wandel von Interdependenzgeflechten, der räumlichen Repräsentation und lokalen Protesten im Kontext rechter Normalisierungsprozesse.

##### *Die Nachbarn, die Ratten*

Es ist anzunehmen, dass sich mit dem Einzug neuer Vertreter\_innen in entscheidende Gremien und der Verschiebung kommunalpolitischer Kräfteverhältnisse Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse auch weit über diese politische Arena hinaus wandeln. Tatsächlich lösen die Erfolge der lokalen AfD-Listen bei den Kommunalwahlen 2019 beim Gros der Befragten Irritationen aus, insbesondere bei der großen Gruppe Interviewter, die die untersuchten Figurationen zunächst als intakte soziale Gebilde in einer krisengerüttelten Gesellschaft präsentierten. Vor der Wahl auf Prognosen angesprochen, vermuteten sie, dass es zwar immer die „paar Nasen“ (Rur\_14\_2019)[3] gäbe, die rechts wählten, dass die generellen Kräfteverhältnisse auf kommunalpolitischer Ebene jedoch davon unberührt bleiben würden. Die nun unübersehbare Kräfteverschiebung zugunsten der AfD beschreiben die Befragten in der zweiten Interviewphase mit bereits eingeübten Erklärungsmustern. Diese ermöglichen es zugleich, die vorgestellte intakte lokale Gemeinschaft zu behaupten und rechte Wähler\_innen als nicht zugehörig zu brandmarken. Dabei treten teilweise chauvinistische Gruppenzuweisungen zutage, die das Problem von den Etablierten fernhalten – so bezeugt etwa durch die Beschreibung eines Interviewpartners, der sich bei der ersten Befragung an die Bundestagswahl 2017 und in der zweiten Erhebungswelle an die Kommunal- und Europawahl 2019 erinnert und beide Male die nahezu wortgleiche Formulierung in Stellung bringt.[4]

Frühjahr 2019	Sommer 2021
„In den Wahllokalen, in denen ich letztes Mal gewesen bin, weiß ich ja ungefähr, das ist aufgeteilt Straßen, wer da wohnt. Und die, die die AfD gewählt haben, das sind alles die Neuen. Die bauen ein <u>Riesenhaus, neue, junge Leute ziehen da ein.</u> [...] <u>Die bauen sich ein Riesenhaus, haben zwei Autos vor der Tür, nutzen alles und sind-, wählen AfD. Ich begreife das nicht.</u> “ (Sub_02_2019)	„Ich habe gedacht, <u>ich bin im falschen Kino, ja?</u> [...] Ich hatte den Wahlbezirk, <u>wo die meisten Zugezogenen sind.</u> Einmal wie das neue Baugebiet und noch so einiges da. Wahnsinn. Immer noch einen Zettel AfD, noch einen Zettel AfD. [...] Die leben wie Gott in Frankreich hier. <u>Die leisten sich Einfamilienhäuser, die haben zwei Autos und [...]</u> die haben so eine Meinung.“ (Sub_02_2021)

Analog dazu steht ein Sequenzpaar aus der untersuchten ländlichen Kleinstadt. Hier vermutet ein Befragter in ähnlicher Weise, jedoch mit umgekehrten Vorzeichen, lokale AfD-Stimmen bei „bildungsfernen Schichten“ (Rur\_10\_2019) und „Leuten, die beim Denken Pech haben“ (Rur\_10\_2021), also bei Personen, die über weniger ökonomisches und kulturelles Kapital verfügen als die imaginierte gesellschaftliche Mitte. Ob die Demarkationslinie akzeptabler Wahlentscheidungen nun zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen oder zwischen vermeintlich Gebildeten und Ungebildeten gezogen wird – ihre Funktion ist dieselbe: Wie Elias und Scotson (2002 [1965]: 166) beschreiben, wirkt „Schimpf- oder Schmähklatz“ nicht nur abwertend gegenüber Gruppen von Außenseiter\_innen, sondern versichert auch den Etablierten, dass ihre Sicht auf die „kommunalen Normen und Glaubensaxiome[...]“ sowie ihre Position in „kommunalen Beziehungen“ (noch) die dominante ist.

Die Vorstellung, AfD-Wähler\_innen sei aufgrund defizitärer Charakteristika der vermeintlich richtige Blick auf die Zusammenhänge lokaler Wirkungsgefüge versperrt, bildet die Grundlage für das sogenannte Rattenfängermotiv, mit dem das Gros der Interviewten die lokalen Erfolge der AfD zu erklären versucht. In der suburbanen Fallstudie formuliert ein Aktiver einer Denkmalinitiative, der sich vor dem historischen Hintergrund der deutschen NS-Vergangenheit nicht vorstellen kann, dass seine Nachbar\_innen die Folgen ihrer Stimmabgabe für die AfD vollumfänglich verstehen: „Und manche Rattenfänger sind halt besser und manche schlechter und in manchen Regionen, [...] da treffen sie genau auf das, was sie brauchen und sprechen genau das an, was die hören wollen“ (Sub\_03\_2021). Die angeblichen Fänger\_innen, so der Konsens unter den Befragten, schaffen es, unbestimmte Ängste zu kanalisieren. Sie treten demnach in Gestalt konkreter AfD-Politiker\_innen auf Landes- oder Bundesebene auf. Die vermeintlich gefangenen oder zumindest verführten Ratten bleiben bei diesem Motiv hingegen oft amorph – die lokalen AfD-Wähler\_innen bleiben leere Signifikanten.

Entlarvend wirken demgegenüber die Interviews mit Personen, die offener mit der AfD sympathisieren und die Gefahr der radikalen Rechten bagatellisieren. Unter dem Eindruck der von ihnen als sachlich erlebten Gremienarbeit von AfD-Vertreter\_innen akkumuliert sich diese Deutung bei einigen Interviewpartner\_innen über die Zeit. Im Gegensatz zum Rattenfängermotiv rückt hier das „Guter-Nachbar-Motiv“ die AfD-Politiker\_innen zunehmend ins Zentrum lokaler

Figurationen. Dieses Motiv, das sie als festen Bestandteil (alteingesessener) Beziehungsgeflechte beschreibt, wird oftmals dadurch gestützt, dass ihren Kritiker\_innen eine Außenseiter\_innenposition zugeschrieben wird. Ein interviewter Vorsitzender eines Sportvereins bezieht sich beispielsweise in beiden Gesprächen auf eine kommunale Wähler\_innengemeinschaft, die als einzige Fraktion im Gemeinderat problematisiert hatte, dass AfD-Ratsmitglieder gemeinsame Fotos mit dem thüringischen AfD-Chef Björn Höcke, dem Gesicht der radikalsten Strömung der Partei, veröffentlicht hatten. Das Agieren dieser Wähler\_innengemeinschaft ist in den Augen vieler Befragter ein Affront gegen die Gepflogenheiten der Ratsarbeit und damit stärker zu verurteilen als die Unterstützung des Rechtsaußenpolitikers.

Frühjahr 2019	Sommer 2021
<p>„Die AfD hat – es ist kein Personal der – wie soll ich das erklären? Ich kenne von denen, die für die AfD antreten, einen. Das ist [...] von einem Kumpel von mir, ein Nachbar. Ein ganz normaler Mann. Das ist jetzt nicht so, was Sie so im Fernsehen sehen, ein ganz normaler Bürger. Mit dem können wir in der Gemeinde arbeiten, denke ich mir. Da sind andere schlimmer, die sich unter anderem Namen geben.“ (Sub_10_2019)</p>	<p>„Ich bin ja nur Verwaltungsmitarbeiter hier und Bürger. [...] Die von der AfD [...] leitet jetzt zum Beispiel den Sozialausschuss, macht sie sehr souverän, sehr freundlich, sehr höflich, sehr kompetent. Politische Sachen so, wie man es in der großen Politik hört, sind hier kein Thema. Das bringen nur die Unabhängigen rein, die dann den Leuten Vorwürfe machen, mit wem sie sich mal getroffen haben.“ (Sub_10_2021)</p>

Einige Befragte nahmen zunächst an, dass die kommunale Wähler\_innengemeinschaft selbst die Rolle einer Version lokaler Elitenkritik einnehmen könne: Sie sei „eine Möglichkeit, sich kritisch einzubringen[, so dass] die AfD da nicht Fuß fassen kann, weil andere demokratische Kräfte [...] den kritischen Blick besetzt haben“, so ein Befragter (Sub\_22\_2019). Diese Hoffnung zerstreut sich in der zweiten Interviewphase. Nun erachtet derselbe Interviewte vielmehr die Wähler\_innengemeinschaft selbst als „eingeschossen auf das Zerstörerische, Destruktive“ (Sub\_22\_2021) sowie als störend für Aushandlungsprozesse. Damit fungiert die kommunale Wähler\_innengemeinschaft zusehends als negative Blaupause. Sie sind die „schlechten“ Nachbar\_innen im Vergleich mit den AfD-Politiker\_innen, die sich ihr gegenüber erfolgreich als besonnene Sachpolitiker\_innen inszenieren.

Zwischen Rattenfängermotiv und Guter-Nachbar-Motiv gibt es wenig Bewegung und wenn überhaupt, kennt diese nur eine Richtung. So zeichnet sich bei einigen Interviewten ab, dass sie einen kategorialen Ausschluss von AfD-Vertreter\_innen aus Ratsentscheidungen

## Rechte Refiguration

zunehmend problematisch finden – insbesondere angesichts der sachpolitischen Kompetenzen, die ihnen zugeschrieben werden und des zivilgesellschaftlichen Engagements, das sie in den lokalen Vereinen zeigen. Das Argument bringen vor allem Befragte aus der suburbanen Gemeinde ein. Damit zeigen sich an beiden untersuchten Orten Hinweise für eine tiefgreifende Refiguration, also für eine Neusortierung der Interdependenzverhältnisse, insbesondere hinsichtlich der Verhältnisse zwischen Etablierten und Außenseiter\_innen.

### *Keine Bronx in Brandenburg*

Geht man davon aus, dass unterschiedliche Machtkonstellationen unterschiedliche Räume produzieren (Lefebvre 1992 [1974]: 26), so stellt sich die Frage, wie ein oben beschriebener Wandel der Interdependenzverhältnisse die räumlichen Verhältnisse beeinflusst. Der folgende Abschnitt soll konkret aufzeigen, wie sich zunehmend selbstbewusst vorgetragene Narrative der AfD in die räumliche Wahrnehmung in den untersuchten Figurationen einprägen. Beide Gemeinschaften unterlagen im Untersuchungszeitraum einem längerfristigen Wandel ihrer räumlichen Relationen. Beide Orte sind einer fortschreitenden Verstädterung unterworfen: Die Bevölkerung der suburbanen Gemeinde wächst beständig und auch die ländliche Kleinstadt verzeichnet nach zwischenzeitlichem Bedeutungsverlust wieder eine Zunahme der Wohnbevölkerung sowie zentralörtlicher Funktionen. Der noch in einigen Interviews 2019 vorkommende und teils den öffentlichen Diskurs spiegelnde Topos abgehängter Räume spielt dementsprechend in den Interviews von 2021 kaum noch eine Rolle. Entscheidend ist dabei der Zuzug. In der suburbanen Gemeinde eher durch einkommensstärkere Haushalte – klassische Suburbanist\_innen, die in Berlin arbeiten, aber im Grünen wohnen wollen. In der ländlichen Kleinstadt spielen Rückkehrer\_innen und Fluchtmigration eine größere Rolle. Die Subjektivierung dieser Entwicklungen unterliegt dabei dem Einfluss der Wortergreifungen Rechter und ihrer Beanspruchung von Deutungshoheit.

In beiden Orten setzen lokale AfD-Kader auf eine doppelte Großstadtfeindschaft. Ein nach außen gerichteter Antiurbanismus beschreibt oftmals das nahe Berlin als gefährlichen und unüberschaubaren Ort. Urbanität wird als Geisteshaltung verdinglicht, der die praktische Vernunft des Landes gegenübergestellt wird (siehe Abb. 1).

Ein nach innen gerichteter Antiurbanismus zielt zudem auf die Kontrolle bestimmter statusniedriger Gruppen, denen vorgeworfen wird, in bestimmten Nachbar\_innenschaften für Verunsicherung zu sorgen. Diese Programmatik baut auf etablierten rechten Diskursen auf, die von einem tief sitzenden Hass auf städtische Widersprüchlichkeit und dem Verlangen nach Disziplinierung zeugen (vgl. Braun 2024). Daraus ergeben sich konkrete Stadtpolitiken, in deren Zentrum Sicherheit und Eindeutigkeit stehen (Bescherer et al. 2019: 39).



Abb. 1 AfD-Wahlwerbeplakat „Berlin macht mehr Mist als unser Vieh“ zur Brandenburger Landtagswahl 2021 (Quelle: d. A.)

## Rechte Refiguration

In der ländlichen Kleinstadt richtet sich das Hauptaugenmerk dabei auf eine Wohnsiedlung, in der geflüchtete Familien untergebracht sind. Dies diskursivieren Rechte permanent als Gettoisierung der Kleinstadt (dazu Domann et al. 2023). Mit der Zeit setzt sich dieses Raumbild selbst in den alltäglichen Deutungen ausgesprochener AfD-Gegner\_innen fest. Einer von ihnen spricht etwa davon, dass „wenn welche sich in die Haare kriegen, dann ist es im Milieu, dahinten in der Bronx“ (Rur\_14\_2021). Eine weitere Interviewpartnerin versinnbildlicht den Übergang von einer Gerechtigkeitsfrage zu einer essenzialisierenden Raumzuschreibung. Im ersten Gespräch identifiziert sie „eine Art Sozialneid“ durch die „gettomäßige“ (Rur\_12\_2019) Konzentration statusniedriger Alteingesessener und Geflüchteter. Im späteren Interview verdichtet sich dieses Bild des – im Vergleich zum Rest des Ortes hochgradig diversen Viertels – zum lokalen „Manhattan“ (Rur\_12\_2021).

In der suburbanen Gemeinde bezieht sich die lokale Reartikulation eines nach innen gerichteten Antiurbanismus hingegen auf ein neu ausgewiesenes Baugebiet, in dem mehrgeschossige Mietshäuser entstehen sollen – was einen Bruch mit der suburbanen Eigenheimkultur darstellt. Diese Verschiebung, so mutmaßen einige Befragte, beruhe auch darauf, dass internationale Migration in dem Ort schlichtweg kaum sichtbar sei, da unter den Etablierten eine Abwehrhaltung vorherrsche, die den Zuzug migrantisierter Personen verhindere:

„Man merkt halt doch schon, [...] dass halt mehr Weißhäutige da sind. Und wenn man dann halt wieder mehr nach Berlin reinfährt, dass man gleich den krassen Unterschied von der Population sieht. Und das ist ja nicht, dass [...] die Ausländer nicht hier wohnen wollen, aber die kriegen halt einfach keine Wohnung. Und da drüben, wenn man mal so guckt in dem neu bezogenen Haus wohnen, da wohnen acht Parteien, sind acht Deutsche. Ist schon komisch und da haben sich garantiert auch Ausländer beworben. [...] Aber es ist schon kurios und das ist dann unser Dorfkneipier und der hat schon vorher ausgesucht.“

(Sub\_03\_2021)

In diesem Kontext baut eine AfD-Kampagne gegen das Baugebiet auf dem lokal tief verankerten Rassismus auf und lässt diesen wirksam werden. Eine Interviewte, die im ersten Gespräch kein Wort zum Thema Migration verlor, erhält im zweiten Interview über das auch von der

AfD mobilisierte wirksame Raumbild die Möglichkeit, das Dörfliche in Stellung zu bringen:

Frühjahr 2019	Sommer 2021
„Es ist schön. Es ist ein Dorf. Und es hat immer noch den Dorfcharakter, auch wenn es immer mehr wächst. Auch bei 13.000 Einwohnern. Man kennt sich immer noch.“ (Sub_05_2019)	„Wir machen hier ein Getto draus. [...] ich wohne gerne auf dem Dorf und wir sind mittlerweile so weit, dass [wir] gucken, weiter raus zu ziehen, um wirklich noch das Dörfliche zu haben. [...] Wenn ich mir jetzt vorstelle, alle meine Nachbarn würden raus und hier würden, weiß ich, klingt jetzt blöd, aber lauter Türken und Iraner einziehen, würde ich auch ein bisschen komisch gucken und würde sagen: ‚Okay, ich auch. Bin weg.‘“ (Sub_05_2021).

Während in der suburbanen Gemeinde also eine nostalgisch verklärte und von der AfD propagierte Ländlichkeit als einendes Motiv im Abwehrkampf gegen den Zuzug statusniedriger oder migrantischer Menschen in Stellung gebracht wird, verfangen in der ländlichen Kleinstadt die antiurbanen Narrative auf eine andere Weise. Hier werden mit einem gewissen ironischen Stolz Verknüpfungen zu New York hergestellt, jedoch ebenso durch alltägliche Praxis rassistische Zuweisungen verräumlicht.

Diese Beobachtungen zeigen, dass der diagnostizierte Wandel von lokalen Interdependenzverhältnissen, der mit der Normalisierung einer radikal rechten Partei einhergeht, auch mit einem Deutungswandel hinsichtlich der räumlichen Ordnung einhergeht. Die Zuschreibungen, die über einfache Raumbilder bestimmten Nachbar\_innenschaften anhaften, wirken innerhalb der jeweiligen Interdependenzverhältnisse statuswirksam. Sie transportieren Legitimitätsgewinne für jene, die in lokalistischer Manier statusniedrige und migrantisierte Gruppen fernzuhalten versprechen und gleichzeitig einen Stuserhalt für jene, die sich diesseitig räumlicher Demarkationslinien von Zugehörigkeit verorten können – also etwa gegenüber dem vermeintlichen Getto.

#### *Vereinnahmte und vereinsamte Proteste*

Abschließend soll betrachtet werden, wie sich lokale Proteste und die sie tragenden Gruppen in Bezug auf eine sich etablierende AfD wandeln. Zum Zeitpunkt der ersten Interviews formierten sich in beiden Orten Protestinitiativen, die angesichts zunehmend frequentierter Bundesstraßen eine Entlastung vom Durchgangsverkehr forderten. Anfangs nahmen sich AfD-Kandidat\_innen des Themas zwar

## Rechte Refiguration

auf diskursiver Ebene an, spielten aber in diesen Initiativen keine sichtbare Rolle. Während der zweiten Erhebungsphase war festzustellen, dass der Konflikt um die Bundesstraße in der ländlichen Kleinstadt konstant weiter schwelte, während er sich in der suburbanen Gemeinde zuspitzte. Dort setzten sich lokale AfD-Vertreter\_innen (gemeinsam mit anderen Lokalpolitiker\_innen) an die Spitze des Protests und professionalisierten ihn innerhalb des Gemeinderates weiter. Dies kulminierte in einer Demonstration im Frühjahr 2023, die maßgeblich vom örtlichen AfD-Fraktionsvorstand organisiert wurde (siehe Abb. 2).

Die AfD wird in diesem Kontext wie selbstverständlich in einer Reihe mit den etablierten lokalen Parteien als Sprachrohr der genuinen Interessen der Gemeinschaft verortet. Ein Befragter bringt dies exemplarisch auf den Punkt: „Ob es die freie Wählergemeinschaft ist oder die CDU oder die AfD oder FDP [...] diese Parteien sind eigentlich im Interesse der Dorfgemeinschaft. Das heißt also, sie wollen, dass noch enger zusammengearbeitet wird [...] [in Bezug auf] diese ganze Straßenentwicklung“ (Sub\_21\_2021). Diese Entwicklung zu einem etablierten Sprachrohr für Unzufriedenheit mit „einem Fuß innerhalb und einem Fuß außerhalb“ der lokalen Entscheidungszirkel (vgl. Albertazzi 2008: 110) verläuft in



Abb. 2 Eine Demonstration zur Entlastung der Durchfahrtsstraße, unter anderem geleitet vom Vorsitzenden der lokalen AfD-Gemeinderatsfraktion (Quelle: d. A.)

diesem Fall schleichend und ohne nennenswerten Widerspruch. Auf der anderen Seite flaut auch das Engagement von Initiativen und Aktiven, die sich aktiv gegen eine Etablierung der AfD vor Ort einsetzen, ebenso schleichend ab. In der ländlichen Kleinstadt zeigt sich, wie die ständigen und alltäglichen Kontestationen der AfD Widerstandsformen erodieren lassen. Stattdessen hält kaum merklich eine neue Normalität Einzug – und das auch durch das veränderte Handeln derjenigen, deren zugrunde liegende moralische Überzeugung konstant bleibt. So beschreiben folgende Passagen einer Befragten, die eine zentrale Stellung in der Senior\_innenarbeit der ländlichen Kleinstadt innehat, wie anfangs bestehende Abgrenzungsgesten gegenüber der AfD (hier: sie als einzige Partei nicht zum Senior\_innentreff einzuladen) offenbar unbemerkt verschwinden:

Frühjahr 2019	Sommer 2021
<p>„Also, eigentlich, wir haben mit der AfD haben wir hier gar nichts. Die kommen auch nicht zu uns. Die werden auch nicht eingeladen von uns [Senior_innentreff]. Die interessieren uns nicht. Ja, da war einmal einer, der war [...] ziemlich frech.“ (Rur_07_20219)</p>	<p>„Mit denen habe ich mich immer in der Wolle gehabt, wenn der [zur] Stadtverordnetenversammlung kam. Das weiß er auch. Wir [Senior_innentreff] hatten am Montag, waren die hier. Und dann sagt er bloß, [...] ‚Sie sind ja mit der Zeit neunzig geworden‘. Ich sage, ‚Ja, ich bin neunzig‘. ‚Aber haben Sie Ihre Meinung geändert?‘ Ich sage ‚nein!‘“ (Rur_07_2021)</p>

Auch bei Menschen, die dieser neuen Normalität nach wie vor stoisch standhalten, wandelt sich die Bewertung von Protesten gegen die AfD. Die zuvor noch ausgeschlossenen AfD-Vertreter\_innen werden zunehmend Teil der Gemeinschaft. Die AfD schafft es nicht nur, aktiv einzelne lokale Proteste zu vereinnahmen, sondern auch, den zarten Protest gegen sich selbst auszusetzen und dabei ihre Gegner\_innen zu ermüden. Eine Interviewpartnerin, die über zehn Jahre lang in der Hilfe für Geflüchtete aktiv war und die regelmäßig gewaltsamen Attacken von Neonazis ausgesetzt war, verweist darauf, wie kräftezehrend die Auseinandersetzungen unter den Bedingungen einer vielseitigen Normalisierung sind. Denn zu den gewaltorientierten Nazis, die in der Region seit der Wende präsent sind und der neueren AfD kommt der Umstand hinzu, dass der SPD-Landrat sich zunehmend entschieden gegen die Zuteilung von Geflüchteten durch das Land Brandenburg zur Wehr setzt und dabei nicht nur das Wohl der bereits strukturschwachen lokalen Gemeinschaft, sondern insbesondere die wachsende Zustimmung für die AfD in Stellung bringt (vgl. Domann et al. 2023). Sie resümiert vor dem Hintergrund dieser vielen Widerstände und dem Gefühl, dass es um ihre Initiative herum

zunehmend einsamer wird: „Ich selber habe so das Gefühl, ich bin müde geworden. Ich kann nicht mehr. [...] Mit dem Landrat oder mit [Name des zuständigen Bereichsleiters] auseinandersetzen, das habe ich so lange gemacht. Das ging mir echt an die Gesundheit.“ (Vertiefungsinterview 2023)

Der Protest in den beiden Gemeinschaften läuft beständig weiter, allerdings immer weniger gegen die AfD und immer mehr mit ihr. Begreift man Figurationen als etwas Prozesshaftes und Protestbewegungen als zentrale Einflussgrößen für deren Entwicklung, so zeigt sich hier, dass die Normalisierung der radikalen Rechten den Modus dieser Veränderungen selbst beeinflussen kann.

### 5. Das Elend kommt nicht als Ausnahme – empirische und konzeptionelle Reflexion

Die vorliegende Studie ist eine Momentaufnahme einer tiefgreifenden Refiguration. Dieser liegt im Kern eine rechte Normalisierung zugrunde, verstanden als soziogenetisches Dominantwerden rechtsradikaler Akteur\_innen und psychogenetische Akzeptanzsteigerung rechtsradikaler Ideen. Die Effekte dieser Normalisierung umfassen weite Bereiche des Alltags. In Rückgriff auf die drei eingangs gestellten Fragen kann dies wie folgt aufgeschlüsselt werden:

1. Bezogen auf die Frage, wie sich Interdependenzgeflechte der lokalen Gemeinschaft im Anschluss an Wahlerfolge der AfD wandeln, lässt sich ein verändertes Verhältnis zwischen Etablierten und Außenseiter\_innen identifizieren. Das durch Schmähkatsch gestützte Narrativ der nachbar\_innenschaftlichen Figuration, das AfD-Wähler\_innen eine Rolle am Rande der jeweiligen Gemeinschaften zuweist, gerät angesichts des anhaltend hohen Zuspruchs für die Partei ins Wanken. Die Annahme, dass ein defizitär verstandener Teil des Elektorats lediglich der geschickten Agitation des populistischen Rechtsradikalismus aufsaße, steht dabei einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung mit dessen Unterstützer\_innen im Wege. Dieses Rattenfängermotiv erodiert zudem mit jedem Tag, an dem AfD-Kader einen Ausschuss oder das Fußballspiel eines E-Jugend-Teams leiten, an dem sie dem Bild sachorientierter Ratsmitglieder oder guter Nachbar\_innen gerecht werden, denen ausschließlich am Wohle der Gemeinde gelegen ist. Mit dem Aufrücken von AfD-Kadern in die Kreise der lokal Etablierten werden andere Außenseiter\_innen produziert: vornehmlich jene, die nicht aufhören, diese neue lokalpolitische Kraft zu problematisieren und sich

folgend selbst Schmählkatsch ausgesetzt sehen, der sie als Querulant\_innen brandmarkt, die kein Interesse am Gemeinwohl hätten. Dass die „alltagspraktischen Routinen der Selbstverharmlosung“ (Salheiser/Quent 2022: 177) von rechts nicht automatisch solche Effekte zeitigen müssen, liegt auf der Hand. In beiden untersuchten Orten spielen die Positionen von AfD-Lokalpolitiker\_innen in den Interdependenzgeflechten – etwa ihre familiären oder wirtschaftlichen Beziehungen – eine zentrale Rolle. Die Glaubwürdigkeit ihrer Inszenierungen als gute Nachbar\_innen, Vereinsvorstände oder Ratsmitglieder hängt stets von der spezifischen Nachbar\_innenschaft und den konkreten Vereins- oder Ratsmitgliedern ab. Das erschwert eine Generalisierung der Ergebnisse.

2. Zur Frage, wie sich die Wahrnehmungen vom Ort und der Raum unter dem Eindruck (zunehmender) rechter Narrative wandeln, kann festgehalten werden, dass eine von rechts propagierte doppelt ausgerichtete Großstadtfeindschaft bereits angelegte exkludierende Raumbilder mobilisiert. Hierdurch erfahren zwei Formen politischer Angebote Legitimitätsgewinne: erstens Politiken der Enturbanisierung, verstanden als Ordnen und Versicherheitlichung städtischer Widersprüchlichkeiten (Bescherer et al. 2019: 37), die im Untersuchungskontext insbesondere die Verhinderung von Nachbar\_innenschaften migrantisierter und vermeintlich statusniedriger Bevölkerung verfolgt sowie zweitens lokalistische Politiken, die (anstatt unterschiedliche lokale Interessen abzuwägen) die Durchsetzung eines vermeintlichen lokalen Kollektivinteresses gegen supralokale Abhängigkeiten ins Zentrum rücken und die im Untersuchungskontext hauptsächlich auf Migrationsabwehr ausgerichtet sind. In beiden Fällen verschleiern etablierte Raumbilder (etwa das einer praktischen Vernunft des Landes oder das von abgehängten Regionen) rassistische oder chauvinistische Effekte. Dadurch werden diese Raumbilder auch für politische Kräfte jenseits der AfD attraktiv. Weiterführend müsste also auch gefragt werden, wie sich die radikale Rechte durch zunächst nicht (partei-)politische lokalistische Politiken artikulieren kann und wie sie sogar in der Lage ist, deren progressive Momente ins Gegenteil zu verkehren (vgl. Chou et al. 2022; Wills 2016).
3. Mit Blick auf die Frage, wie sich lokaler Protest durch die Etablierung der AfD vor Ort wandelt, lässt sich resümieren, dass dieser immer seltener von Gruppen bestimmt wird, die gegen die AfD mobilisieren und immer häufiger von solchen, die sich bereits mit ihr arrangiert ha-

## Rechte Refiguration

ben. Das wirkt sich nicht nur auf den politischen Raum aus, sondern auch auf Grundfragen kommunaler Entwicklung. Die Strategie der Vereinnahmung einiger und der Isolierung anderer Proteste kann zwar situativ entlarvt werden, ihre beständige Wiederholung führt jedoch fast unausweichlich zu einer Ermüdung der Mahner\_innen. Ihre Haltung kann in Einzelfällen zwar entscheidend wirken, doch können sie ihr Engagement in Anbetracht der mehrdimensionalen Normalisierung ganz offenbar langfristig nur schwer aufrechterhalten.

Im Lichte der bundesweiten Massenproteste gegen die AfD Anfang 2024 und insbesondere angesichts der Tatsache, dass diese auch in kleinen Gemeinden stattfanden – auch in den beiden untersuchten Orten – ist allerdings zu fragen, inwiefern solche Mobilisierungen nicht auch zur Neuformierung alltagspraktischen Widerstands gegen rechte Normalisierung beitragen können.

Die präsentierten Ergebnisse können als Plädoyer gegen analytische Kurzschlüsse einer (räumlichen) Externalisierung und eines (prozesshaften) Exzeptionalismus verstanden werden. Die betrachteten Figurationen stellen keine lokale rechte Normalität her, weil sie ländlich oder sub-urban verortet sind, sondern weil dort Menschen leben, die in ihren Alltags aufeinander angewiesen sind, deren Kapazitäten endlich sind und deren Überzeugungen davon, was politisch akzeptabel ist, jeden Tag aufs Neue durch rechte Präsenz infrage gestellt werden. Dies zeigt auch, dass für ein Verständnis rechter Normalisierung die temporale Dimension mindestens ebenso wichtig ist wie die räumliche.

In dem Sinne kann die kritische Raumforschung vom Begriff der Refiguration lernen. Die vorliegende Studie hebt einige Aspekte hervor, die dabei zu beachten sind. So sehr Figurationen als Hilfskonstrukt zur Entschlüsselung sozialer Prozesse dienlich sein können, so vorsichtig sollte man bei ihrer Verdinglichung sein. Beispielsweise tendiert die Fokussierung auf einen figurativen (National-)Charakter (vgl. Elias 1994 [1989]: 412) dazu, Probleme zu kulturalisieren und die situative Handlungsmacht der Beteiligten zu unterschätzen. Bezogen auf die Studie ist etwa die Ausladung eines AfD-Vertreters vom lokalen Senior\_innentreff eine aktive Entscheidung, die auch entgegen konkurrierenden etablierter Normen (etwa dem Wunsch nach Harmonie) getroffen werden kann. Auch beim Fokus auf Interdependenzen zwischen den Individuen einer Figuration sollte nicht vernachlässigt werden, dass ihre Abhängigkeitsverhältnisse stets in (sich wandelnde) politökonomische

Strukturen eingebettet sind. Diese machen bestimmte Entwicklungen wahrscheinlicher als andere (Belina 2017). So kann beispielsweise die beschriebene Zuspitzung von Ländlichkeit ihr Mobilisierungspotenzial nur entfalten, weil in der Peripherie tatsächlich wahrnehmbare räumliche Abhängigkeiten bestehen. Ferner sollte der Blick auf das Prozesshafte nicht dazu verleiten, die Verfestigungen zu vernachlässigen, in denen sich Machtverhältnisse konservieren: Der sich herausprägende Lokalismus regressiver Raumpolitiken ist etwa nicht zu verstehen, ohne den Kontext von interkommunalem Wettbewerb und skalaren Regulations- und Regierungssystemen (Swyngedouw 2019).

Dieser Beitrag kann politisch als Plädoyer dafür verstanden werden, beharrlicher als die radikale Rechte im Alltäglichen, Normalen und oft Langweiligen zu agieren, also dort, wo sich Figurationen, deren Teil man selbst ist, beständig herausbilden und deren Normen letztlich definieren, was zu akzeptieren übrig bleibt. Elias (1994 [1989]: 25) erinnert uns: „Man ist immer, ob man es will oder nicht, ein Mitglied von Gruppen. Die Sprache, die man spricht, ist eine Gruppensprache. Man ist mitverantwortlich, wird mitverantwortlich gemacht für das, was die Gruppe tut.“

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

## Endnoten

- [1] Im Vergleich zu einer weitergefassten Längsschnittstudie zeichnet sich ein Panel durch gleichbleibende Untersuchungseinheiten (in diesem Fall lokale Figurationen), gleichbleibende Fälle (hier Interviewpartner\_innen) (siehe dazu Vogl 2022: 936) und zugleich durch gleichbleibende Methoden (hier: teilstandardisierte Interviews) aus (siehe dazu Witzel 2020: 64).
- [2] Um die Studie innerhalb der kontrovers geführten Debatte zu verorten, ob und wie mit Rechten geredet werden sollte (siehe u. a. Feustel 2019), wurden mit Blick auf das Forschungsziel rechte Kader (sofern sie als solche erkennbar waren) kategorisch von der Befragung ausgeschlossen. Allen übrigen Informant\_innen wurde offen begegnet; sie wurden aufgrund ihres Wissens über die Gemeinschaft und mit Interesse an ihren politischen Einschätzungen angesprochen.
- [3] Der Interviewschlüssel gibt mit den ersten Buchstaben an, ob der/die Befragte aus der ländlichen (Rur) oder der suburbanen (Sub) Fallstudie kommt. Die Jahreszahl am Ende vermittelt den Gesprächszeitpunkt (wobei 2019 für die Basis-, 2021 für die Folge- und 2023 für die Vertiefungserhebung steht). Die Nummer zwischen Rur/Sub und Jahreszahl identifiziert die einzelnen Befragten, die mehrmals interviewt wurden.
- [4] Die Darstellungen von Sequenzpaaren präsentieren Ausschnitte, die als relevant für den diachronen Vergleich identifiziert wurden. Es handelt sich um Gespräche mit denselben Befragten zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Für die Darstellung diachroner Empirie empfehlen Sheila Henderson und Kolleg\_innen (2012) gewohnte Datenillustration

## Rechte Refiguration

zu verlassen. Das wird hier versucht mit der tabellarischen Gegenüberstellung der Aussagen bei grafisch unterschiedlicher Hervorhebung jeweils aufeinander Bezug nehmender Sinnzusammenhänge.

### Autor\_innen

**Valentin Domann** ist Geograph und arbeitet zu Fragen des Rechtsradikalismus in lokalen Kontexten.  
valentin.domann@hu-berlin.de

### Literatur

- Adorno, Theodor W. (2019 [1967]): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus: Ein Vortrag. Berlin: Suhrkamp.
- Albertazzi, Daniele (2008): Switzerland: Yet another populist paradise. In: Daniele Albertazzi / Duncan McDonnell (Hg.), *Twenty-first century populism: The spectre of Western European democracy*. London: Palgrave Macmillan, 100-118.
- Autor:innenkollektiv Terra-R (i. E.): Intervention: „For a non-exceptional spatial theory of far-right mobilizations“. In: *Antipode Online*.
- Baur, Nina (2015): Theoretische und methodologische Implikationen der Dauer sozialer Prozesse. In: Rainer Schützeichel / Stefan Jordan (Hg.), *Prozesse*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 351-369.
- Baur, Nina / Ernst, Stefanie (2011): Towards a process-oriented methodology: Modern social science research methods and Norbert Elias's figurational sociology. In: *The Sociological Review* 59/1, 117-139.
- Belina, Bernd (2002): Gegen Rechts und für den Standort. Ideologiekritische Betrachtungen zur Politischen Geographie der Rechtsextremismuskampagne 2000. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 76/4, 307-331.
- Belina, Bernd (2017): Zur Geographie der Abstiegsgesellschaft. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 47/186, 97-104.
- Belina, Bernd (2022): Zur Provinzialität der AfD. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts*. Bielefeld: transcript, 41-60.
- Bescherer, Peter / Burkhardt, Anne / Feustel, Robert / Mackenroth, Gisela / Sievi, Luzia (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie: Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bescherer, Peter / Burkhardt, Anne / Feustel, Robert / Mackenroth, Gisela / Sievi, Luzia (2019): *Antiurbane Utopien. Die Stadt im Diskurs der Rechten*. PODESTA Working Paper 2, Forschungsprojekt Populismus und Demokratie in der Stadt (PODESTA), Juni 2019. <https://www.fsv.uni-jena.de/fsvmedia/soziologie/arbeitsbereiche/ab-wissenssoziologie-und-gesellschaftstheorie/podesta/2019-06-21-wp2-antiurbane-utopien-webversion.pdf> (letzter Zugriff am 26.2.2024).
- Bescherer, Peter / Reichle, Leon Rosa (2022): „Why don't you just kick out the foreigners?“ Authoritarian answers to the housing question in Leipzig, East Germany. In: Natalie Koch (Hg.), *Spatializing authoritarianism*. New York: Syracuse University Press, 260-278.
- Braun, Johann (2024): *Stadt von Rechts. Über Brennpunkte und Ordnungsversuche*. Berlin: Verbrecher.
- Brickell, Katherine / Chhom, Theavy / Lawreniuk, Sabina / McCarthy, Lauren / Mony, Reach / So, Hengvotey (2023): Doing feminist longitudinal research across the COVID-19 crisis: Unheard impacts on researchers and garment workers in Cambodia. In: *Area* 56/1, e12885.
- Brown, Katy / Mondon, Aurelien / Winter, Aaron (2023): The far right, the mainstream and mainstreaming: Towards a heuristic framework. In: *Journal of Political Ideologies* 28/2, 162-179.

## Valentin Domann

- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chou, Mark / Moffitt, Benjamin / Busbridge, Rachel (2022): The localist turn in populism studies. In: *Swiss Political Science Review* 28/1, 129-141.
- Cresswell, Tim (1996): *In place/out of place: Geography, ideology, and transgression*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Deppisch, Larissa / Osigus, Torsten / Klärner, Andreas (2021): How rural is rural populism? On the spatial understanding of rurality for analyses of right-wing populist election success in Germany. In: *Rural Sociology* 87/1, 692-714.
- Die Sterne (2000): Das Elend kommt (nicht) [Song]. In: *Die Sterne, Die Sterne [Album]*. Hamburg: [PIAS] Recordings Germany.
- Domann, Valentin (2024): Shifting notions of the rural: Protests over traffic infrastructure and far-right normalization. In: *Nordia Geographical Publications* 53/1, 13-38.
- Domann, Valentin (i. E.): *Die lokale Dimension des populistischen Rechtsradikalismus*. Unveröffentlichte Dissertation. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Domann, Valentin / Nuissl, Henning (2022a): Lokale Reartikulationen des Autoritären: Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik „vor Ort“. In: *Geographische Zeitschrift* 101/1, 22-40.
- Domann, Valentin / Nuissl, Henning (2022b): Gelegenheitsstrukturen populistischer Kommunalpolitik der radikalen Rechten. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts*. Bielefeld: transcript, 201-217.
- Domann, Valentin / Nuissl, Henning / Schmitz, Antonie (2023): Frakturen überwinden. Neuer Lokalismus als Heuristik und Instrument zur produktiven Konfliktbearbeitung? In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 81/5, 557-571.
- Elias, Norbert (1994 [1989]): *Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1997 [1939]): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Gesammelte Schriften in 19 Bänden, Band 3. Berlin: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (2004 [1984]): *Über die Zeit*. Gesammelte Schriften in 19 Bänden, Band 9. Berlin: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (2006 [1970]): *Was ist Soziologie?* Gesammelte Schriften in 19 Bänden, Band 5. Berlin: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (2018 [1986]): *Figuration*. In: Johannes Kopp / Anja Steinbach (Hg.), *Grundbegriffe der Soziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 115-117.
- Elias, Norbert / Scotson, John L. (2002 [1965]): *Etablierte und Außenseiter*. Gesammelte Schriften in 19 Bänden, Band 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Feustel, Robert (2019): Substanz und Supplement. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/1-2, 137-146.
- Förtner, Maximilian / Belina, Bernd / Naumann, Matthias (2019): Stadt, Land, AfD. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 7/1-2, 23-44.
- Geilen, Jan Lucas / Mullis, Daniel (2021): Polarisierende Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten. In: *Geographica Helvetica* 76/2, 129-141.
- Göpffarth, Julian (2021): Activating the socialist past for a nativist future: Far-right intellectuals and the prefigurative power of multidirectional nostalgia in Dresden. In: *Social Movement Studies* 20/1, 57-74.
- Heinze, Anna-Sophie (2022): Zwischen Etablierung und Mainstreaming: Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 16/1, 161-175.

## Rechte Refiguration

- Henderson, Sheila / Holland, Janet / McGrellis, Sheena / Sharpe, Sue / Thomson, Rachel (2012): Storying qualitative longitudinal research: Sequence, voice and motif. In: *Qualitative Research* 12/1, 16-34.
- Holland, Janet / Thomson, Rachel / Henderson, Sheila (2006): *Qualitative longitudinal research: A discussion paper*. London: South Bank University.
- Ince, Anthony (2019): Fragments of an anti-fascist geography: Interrogating racism, nationalism, and state power. In: *Geography Compass* 13/3, e12420.
- Jadhav, Adam (2021): Was it rural populism? Returning to the country, „catching up,“ and trying to understand the trump vote. In: *Journal of Rural Studies* 82, 553-569.
- Kallis, Aristotle (2021): „Counter-spurt“ but not „de-civilization“: Fascism, (un)civility, taboo, and the „civilizing process“. In: *Journal of Political Ideologies* 26/1, 3-22.
- Krzyżanowski, Michał / Ekström, Mats (2022): The normalization of far-right populism and nativist authoritarianism: Discursive practices in media, journalism and the wider public sphere/s. In: *Discourse & Society* 33/6, 719-729.
- Kübler, Felicitas / Schilk, Felix / Schwarz, Anke (2022): Rechte Räume reconstructed: Identitätsfassaden in Skopje und Dresden. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts*. Bielefeld: transcript, 123-144.
- Lefebvre, Henri (1992 [1974]): *The production of space*. Oxford: Blackwell.
- Link, Jürgen (2014): Disziplinartechnologien/Normalität/Normalisierung. In: Clemens Kammler / Rolf Parr / Ulrich Johannes Schneider / Elke Reinhardt-Becker (Hg.), *Foucault-Handbuch*. Stuttgart: J. B. Metzler, 242-246.
- Löw, Martina / Knoblauch, Hubert (2021): Raumfiguren, Raumkulturen und die Refiguration von Räumen. In: Martina Löw / Volkan Sayman / Jona Schwerer / Hannah Wolf (Hg.), *Refiguration von Räumen*. Bielefeld: transcript, 25-58.
- Ludwig, Nils B. / Mießner, Michael (2022): Wohnen als Profilerungsfeld der AfD? In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 10/2-3, 237-247.
- Marquardt, Nadine (2021): Adorno's afterlives and the agenda of an anti-fascist geography: Commentary on the GZ Lecture 2021 „Nothing much geographies“ by Chris Philo. In: *Geographische Zeitschrift* 109/2-3, 96-100.
- Miggelbrink, Judith / Mullis, Daniel (2022): Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts*. Bielefeld: transcript, 19-40.
- Mondon, Aurelien / Winter, Aaron (2020): From demonization to normalization. Reflecting on far right research. In: Stephen D. Ashe / Joel Busher / Graham Macklin / Aaron Winter (Hg.), *Researching the far right: Theory, method and practice*. New York: Routledge, 370-382.
- Naumann, Matthias (2021): Infrastruktureller Populismus: Infrastruktur als Agenda, Instrument und Erklärung rechter Raumproduktionen. In: *Geographische Zeitschrift* 109/4, 208-226.
- Neale, Bren (2017): Generating data in qualitative longitudinal research: A methodological review. *Timescapes Working Paper 8*. University of Leeds. <https://timescapes-archive.leeds.ac.uk/wp-content/uploads/sites/47/2020/07/Generating-Data-in-QL-research-Timescapes-Working-Paper-8.pdf> (letzter Zugriff 26.2.2024).
- Nettelbladt, Gala (2023): From scandalization to normalization: Conceptualizing the mainstreaming of far-right contestations in participatory processes. In: *European Planning Studies* 31/8, 1575-1593.
- Philo, Chris (2021): Nothing-much geographies, or towards micrological investigations. In: *Geographische Zeitschrift* 109/2-3, 73-95.
- Rehbein, Boike (2013): *Kaleidoskopische Dialektik: Kritische Theorie nach dem Aufstieg des globalen Südens*. Konstanz: UVK.
- Rehbein, Boike (2016): Eurozentrismus in Norbert Elias' Zivilisationstheorie. In: Helmut Staubmann (Hg.), *Soziologie In Österreich. Internationale Verflechtungen*. Innsbruck: innsbruck university press, 171-180.

- Reichle, Leon Rosa (2023a): Between depression and hope: Affective mediations of urban restructuring in Leipzig, East Germany. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 47/4, 546-562.
- Reichle, Leon Rosa (2023b): Rezension: Mullis, Daniel & Miggelbrink, Judith (Hrsg.). (2022). *Lokal extrem Rechts*. In: *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 3/1, 139-140.
- Saldaña, Johnny (2003): *Longitudinal qualitative research: Analyzing change through time*. Walnut Creek: Altamira Press.
- Salheiser, Axel / Quent, Matthias (2022): Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts*. Bielefeld: transcript, 165-182.
- Schipper, Sebastian (2011): „Volk“, „Nation“ und „Europa“. Repräsentation von Raum durch die extreme Rechte am Beispiel der NPD. In: Iris Dzudzek / Paul Reuber / Anke Strüver (Hg.), *Die Politik räumlicher Repräsentationen: Beispiele aus der empirischen Forschung*. Münster: LIT, 43-72.
- Swyngedouw, Erik (2019): The perverse lure of autocratic postdemocracy. In: *South Atlantic Quarterly* 118/2, 267-286.
- Vieten, Ulrike M. / Poynting, Scott (2022): *Normalization of the global far right: Pandemic disruption?* Bingley: Emerald Publishing.
- Vogl, Susanne (2022): Qualitative Panelbefragungen. In: Nina Baur / Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 935-946.
- Wills, Jane (2016): *Locating localism: Statecraft, citizenship and democracy*. Chicago: Policy Press.
- Witzel, Andreas (2020): Qualitative Längsschnittstudien. In: Günter Mey / Katja Mruck (Hg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie: Designs und Verfahren*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 59-77.
- Wodak, Ruth (2018): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59/2, 323-335.
- Wodak, Ruth (2020): *Normalization to the right: Analyzing the micro-politics of the far-right*. In: Stephen D. Ashe / Joel Busher / Graham Macklin / Aaron Winter (Hg.), *Researching the far right*. London: Routledge, 336-352.

### **Radical refiguration. Spaces of everyday normalization of the populist radical right**

Although the rise of radical right forces is becoming increasingly prominent also within urban and spatial studies, there is a lack of both an empirically saturated analysis of their actual effects on local communities as well as of a conceptual debate on the role of spatial and temporal change. This paper presents results of a multiannual qualitative longitudinal study with the aim of approaching specific local processes of change, which are essentially based on the normalization of local radical right party cadres and their patterns of interpretation. Norbert Elias' concept of figurations, the text argues, can help to analyze these processes and their spatial dimensions. As a result, the study shows that radical right normality has long been a fact that creates new relationships between the established and the outsiders at a local level and which needs to be dealt with politically instead of explaining it away. With the establishment of the radical right, exclusionary, anti-urban spatial images and policies are also gaining weight, even beyond radical right cadres and their supporters. For opponents of their policies, the scope for action is increasingly narrowing and fatigue is spreading.

# Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Eine ethnographische Annäherung an  
behördlichen Umgang mit Rassismus

Leon Rosa Reichle, Janine Dieckmann, Axel Salheiser

Anhand einer *Ethnographie um die Behörden herum* untersucht der Beitrag die sozialbehördliche Dethematisierung von Rassismus in einer ostdeutschen Mittelstadt. Der methodische Zugang ermöglicht eine raumsensible Analyse von institutionellem Rassismus. Lokale Austerität und Peripherisierung verstärken Ressourcenmangel und Arbeitsbelastung, rechte politische Machtverhältnisse beeinflussen behördliche Hierarchien und fördern die konfliktvermeidende Behördenkultur. Die insolvente Stadt hängt von einer rechten Unternehmer:innenschaft ab und versucht, ihr Image im neoliberalen Standortwettbewerb durch Wegschweigen von Rassismus – statt durch Diversity-Maßnahmen – zu wahren. Rassismus wird unsichtbar gemacht, entpolitisiert, normalisiert und institutionalisiert.

*An English abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Einleitung

„In erster Linie muss man sagen, dass das [...] mit dem gerade in der Stadt vorherrschenden gesellschaftlichen Klima [zusammenhängt] und wie dann die Menschen behandelt oder betreut werden. Und wir brauchen uns nichts vorzumachen, die Menschen, die in den Behörden arbeiten, sind Teil dieses gesellschaftlichen Spektrums und nicht frei von Einflüssen.“

(FN\_150622)

Diese Einschätzung stammt aus dem Gespräch mit einem langjährigen Aktivistin in einer ostdeutschen Mittelstadt. Hier, in einer austeritäts- und schrumpfungsgeprägten Kommune mit starker AfD-Präsenz im Stadtrat und einem überschaubaren Anteil von Menschen mit

Migrationsgeschichte, war der erste Untersuchungsstandort unseres Forschungsprojekts zur innerbehördlichen Auseinandersetzung mit Rassismus. Ziel war die Erforschung institutioneller Settings in Polizei- und Sozialverwaltungsbehörden, die den administrativen Umgang mit Rassismus bedingen. Während die Erhebung im polizeilichen Ermittlungsdienst durchgeführt werden konnte (dieser wird aus Platzgründen im Artikel ausgespart, siehe Reichle/Dieckmann/Salheiser 2023), blieben die Türen der Sozialverwaltung für die Forschenden fest verschlossen. Da uns die erlebte Abwehrhaltung als relevanter Teil des Forschungsgegenstands (Umgang mit Rassismus) erschien, entschieden wir uns, sie genauer zu betrachten. Analytisch wird die Abwehrhaltung hier als Teil der lokalbehördlichen Dethematisierung von Rassismus eingeordnet. Diese untersucht der vorliegende Beitrag durch eine stadtforscherische Brille: Worin liegen mögliche Ursachen für die abwehrende Haltung lokaler Sozialbehörden gegenüber einer (wissenschaftlichen) Auseinandersetzung mit Rassismus? Welche Rolle spielen dabei institutionsstrukturelle und kontextuelle Faktoren?

Wir verstehen institutionellen Rassismus als Reproduktionsweise von Rassismus, die vornehmlich durch machtvollen Organisationen – wie staatliche Behörden – geschieht. Diese Reproduktionsweise ist gekennzeichnet von Routinisierung, Legitimierung, Unsichtbarmachung, Normalisierung oder Entpolitisierung von Rassismus (Attia/Keskinkilic 2017; Gomolla 2017; Hamilton/Ture 1992; Miles 2003; siehe Abschnitt 2). Der Anspruch rassismuskritischer Forschung ist es, vermeintliche Normalitäten und Legitimitäten infrage zu stellen, Rassismus sichtbar zu machen und gegebenenfalls mit Routinen zu brechen. Die Dethematisierung von Rassismus sowie die Abwehr seiner Kritik oder eingehenden Beforschung befördern hingegen die Aufrechterhaltung bestehender Strukturen und institutioneller Abläufe und können somit als Bestandteil von institutionellem Rassismus selbst verstanden werden (siehe auch Ahmed 2021, 2006).

In Ermangelung des direkten Feldzugangs wurde das Forschungsdesign um einen multimodalen stadthnographischen Zugang (Genz 2020) ergänzt – es entstand eine *Ethnographie um die Behörden herum*. Sie eröffnet raumsensible Zugänge, die das Verständnis von institutionellem Rassismus erweitern können. Erstens ermöglicht sie die forschungsanalytische Integration des behördlichen Umgangs, der „Abwehr von Rassismus als Thema“ an sich. Zweitens erweitert sie das analytische

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Verständnis von institutionellem Rassismus als Mehrebenenphänomen. Dieser wird auf individueller, organisationaler sowie außerorganisationaler Ebene verortet (Griffith et al. 2007). Bisher wurde die außerorganisationaler Ebene jedoch selten operationalisiert, geschweige denn raumsensibel analysiert. Diese Lücke adressiert der Beitrag unter Rückgriff auf jüngere Forschungen zu rechten Räumen und beleuchtet, wie lokale rechte Machtverhältnisse den behördlichen Umgang mit Rassismus beeinflussen können.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Im zweiten Abschnitt wird der Zugang zu institutionellem Rassismus erläutert und aktuelle Forschung rezipiert. Das Verständnis von institutionellem Rassismus in Behörden als Mehrebenenphänomen wird mittels materialistischer Staatstheorie präzisiert. Staatliches Behördenhandeln findet immer unter bestimmten räumlichen Voraussetzungen statt, in denen sich politökonomische Verhältnisse materialisieren (Poulantzas 2002). Beispielhaft werden in der jüngeren Stadtforschung städtische Austerität und ein lokales autoritäres „Meinungsklima“ als Gelingensbedingungen für rechte Politik analysiert (Salheiser/Quent 2022: 165), zwei relevante Kontextfaktoren für die hier zugrunde liegende Studie. Der dritte Abschnitt beschreibt den methodischen Zugriff des ethnographischen Forschungsansatzes: einer *Ethnographie um die Behörden herum*. Teil vier beinhaltet schließlich die raumsensible Auswertung unserer Erhebung – welche Faktoren beeinflussen den behördlichen Umgang mit Rassismus in der untersuchten Stadt? Einige Vorfälle von behördlichem Rassismus, der Umgang damit und schließlich das Zusammenspiel institutioneller und kontextueller Faktoren, die diesen bedingen, werden skizziert. Im darauffolgenden Ausblick wird die provokante Frage des Titels und damit das Verhältnis sozialräumlicher und institutioneller Faktoren diskutiert. Abschließend stellen wir den forschungspraktischen wie inhaltlichen Nutzen unserer ethnographischen Herangehensweise zur Debatte und kommen dabei auch auf seine Leerstellen zu sprechen.

### 2. Institutionellen Rassismus räumlich betrachten

Über allgemeine Rassismusdefinitionen als Ideologie (Hall/Gilroy/Gilmore 2021; Miles 2003), gesellschaftliches Verhältnis (Rommelspacher 2009) oder Apparat (Terkessidis 2004) hinaus beleuchten Analyseperspektiven des institutionellen Rassismus explizit die Routinisierung, gesellschaftliche Anerkennung und Etablierung von Rassismus – kurz seine

Institutionalisierung im Sinne der Herstellung einer sozialen Ordnung (Hasse/Schmidt 2012). In seiner institutionalisierten Form ist Rassismus verdeckt, subtil, unsichtbar gemacht und entpolitisiert. Teil seiner Etablierung ist die Einschreibung in gesellschaftliche Organisationen und Institutionen, so wie den Staat. Durch seine machtvollen Funktion und Position wird er legitimiert und verstetigt – Rassismus wird institutionell und legal zementiert (Barskanmaz 2019; Demirović/Bojadžijev 2002; Jäger/Kauffmann 2002). Die Verhinderung der kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus ist zentraler Bestandteil dieser Institutionalisierung. Im deutschsprachigen Raum haben Astrid Messerschmidt (2014) und Manuela Bojadžijev (2014) verschiedene Formen der Abwehr von Rassismuskritik beleuchtet: Individualisierung; Verengung auf den Bereich des Rechtsextremismus; Bagatellisierung; Diskreditierung, Delegitimierung oder Skandalisierung von Kritik; Ignoranz gegenüber der Geschichte des institutionellen Rassismus auf der einen und seine komplette Verlagerung in die NS-Geschichte auf der anderen Seite.

Wegweisend für organisationale Umgangs- und Abwehrstrategien von Rassismuskritik sind die Arbeiten von Sara Ahmed (2021, 2006). In *Complaint!* zeigt sie, wie englische Universitäten der Kritik an Rassismus mit bürokratischen Abwehrmechanismen begegnen. Zentrales Ergebnis von Ahmeds Untersuchungen ist die Zusammensetzung von institutioneller Kultur, bestehend aus individueller wie struktureller Ebene, die sich als „web of past intimacies“ in die Institutionen einschreibt (2021: 197). Informell bestimmen neben etablierten Mechanismen und Hierarchien Loyalitäten, Bekanntschaften und wer überhaupt Teil der Institution ist, wie mit Kritik umgegangen wird beziehungsweise wie Diskriminierungsbeschwerden abgewehrt werden. Diese informellen Mechanismen verbinden die Organisation mit ihrem Umfeld und gesellschaftlichen Machtverhältnissen, die durch die Biografien der Angestellten wirken.

Ahmeds Betrachtung institutioneller Mechanismen macht deutlich, wie Rassismus durch seine Abwehr auf verschiedenen Ebenen einer Organisation reproduziert wird. Mit Derek Griffith und Kolleg:innen (2007: 384) kann zwischen drei Ebenen von institutionellem Rassismus unterschieden werden: der extraorganisationalen zwischen Institutionen und ihrem Umfeld, der innerorganisationalen (Organisationsaufbau und -klima, Prozesse, Policies) und der individuellen Ebene der Mitarbeitenden.

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Jüngere Forschungsprojekte zu Rassismus und Sozialverwaltungsbehörden beleuchten diese Ebenen. Nora Ratzmann (2022) beschreibt die Diskriminierung von EU-Migrant:innen bei der Verteilung von sozialen Dienstleistungen und nimmt dabei das konflikthafte Zusammenspiel von informellen innerinstitutionellen Praktiken und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Blick. Entgegen rechtlicher Antidiskriminierungsvorsätze florieren alltägliche Diskriminierungspraktiken in institutionellen Settings, die von performanzorientierter Managementkultur, oberflächlichem Diversitymanagement und legalistischen Vorgehensweisen geprägt sind (ähnlich Price/Spencer 2014). Alexandra Graevskaia, Katrin Menke und Andrea Rumpel (2022) untersuchen, wie sich rassistisches gesellschaftliches Wissen in Gesundheits-, Arbeitsverwaltungs- und Polizeibehörden einschreibt. Sie argumentieren, dass individuelle Überforderung aufgrund von institutionellem Ressourcenmangel zum unreflektierten Rückgriff auf gesellschaftliche rassistische Wissensbestände führt. Tobias Neuburger findet bei seiner Untersuchung kommunaler antiziganistischer Praktiken, dass lokale „Unbequemlichkeitskulturen“ geschaffen werden, um befürchtete „massenhafte“ Migrationsbewegungen in die jeweiligen Städte zu verhindern (Neuburger 2022: 222). Reinhard Schweitzer (2019) zeigt, wie kommunale Dienstleister im Gesundheitsbereich mit restriktiven nationalen Immigrationsgesetzen umgehen. Und Ilker Ataç, Theresa Schütze und Victoria Reitter (2020) veranschaulichen, dass der Umgang mit restriktiven nationalen juristischen Rahmenbedingungen nicht nur von den formellen Kompetenzen der Kommunalbehörden abhängt, sondern auch von ihrer Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und NGOs.

Trotz ihrer aufschlussreichen Analysen über das Zusammenwirken individueller Verhaltensweisen, institutioneller Settings und verschiedener Rahmenbedingungen von Sozialbehörden bildet die Untersuchung spezifischer sozialräumlicher Faktoren, die das Behördenhandeln beeinflussen, eine Leerstelle dieser Arbeiten. Dieser Lücke begegnet der vorliegende Beitrag mithilfe materialistischer Staatstheorie und stadtforscherischen Untersuchungen zu rechten Räumen.

Wir fragen, wie konkrete, verräumlichte politökonomische Prozesse die behördliche Reproduktion von Rassismus durch seine Dethematisierung bedingen. Um die Verschränkung institutioneller und sozialräumlicher Ebenen in staatlichen Behörden zu verstehen, greifen wir auf Nicos

Poulantzas Staatstheorie zurück. „Der Staat ist eine Gewohnheit“, schreibt er, die sich „in dem *organisatorischen Gerüst* des Staates verkörpert“ (Poulantzas 2002: 42, 96). Das organisatorische Gerüst, von dem auch die Sozialverwaltung ein Teil ist, besteht aus „Kreisläufen innerhalb des Staates“ (ebd.: 62), „Knoten‘ und ‚Brennpunkten‘ der realen Macht“ (ebd.: 171), durch die bestehende Verhältnisse reproduziert werden oder auch verändert werden können. Diese organisationale Struktur entsteht durch Institutionalisierung, basierend auf „struktureller Selektivität“ (ebd.: 164). Das bedeutet, dass sich gesellschaftliche Kämpfe, Macht- und Kräfteverhältnisse mittels bestimmter Akteurskonstellationen, Interessenvertretungen, widersprüchlicher Entscheidungsprozesse, „Nichtentscheidungen“, Prioritätensetzungen, Hierarchien und der Selektion von Maßnahmen in staatlichen Behörden sedimentieren (ebd.: 164 ff.; Demirović/Adolphs/Karakayalı 2010). Wie genau die spezifische Sedimentierung aussieht, ist abhängig von „Raum- und Zeitmatrizes als wichtigster materieller Rahmen für die Institutionen“ [sic!] (Poulantzas 2002: 129). Diese Matrizen sind als „tieferliegendes Raster“ zu verstehen, was die räumliche Materialität politökonomischer Prozesse verkörpert und somit gleichzeitig auf diese einwirkt (ebd.: 131).

Wie verräumlichte politökonomische Verhältnisse wirken, verrät ein Blick in die empirische Stadtforschung. Um unsere Erfahrungen aus der hier nur anonymisiert genannten Stadt, im Folgenden „X-Stadt“, einzuordnen, nutzen wir zwei Analyseperspektiven jüngerer Arbeiten der Stadt- und Raumforschung, die sich den Phänomenen Autoritarismus beziehungsweise extreme/radikale Rechte widmen (Mullis/Miggelbrink 2022; Redaktion sub\urban 2023).

Erstens untersuchen Stadtforscher:innen die Bedeutung lokaler politökonomischer Prozesse für rechte Erfolge. So können persönliche Erfahrungen städtischer Austerität, mangelnder demokratischer Einflussmöglichkeiten und Gentrifizierung Zustimmung zu autoritären Projekten begünstigen (Mullis 2021). Dem ähnlich lassen sich autoritäre Einstellungen und Sündenbockdenken auf neoliberale Stadtpolitik und den damit verbundenen Kontrollverlust über Wohn- und Lebensbedingungen zurückführen (Bescherer et al. 2021; Reichle/Bescherer 2021; Reichle i. E.). Hypothesen zur Rache der Peripherien, Provinzen oder der „places that don't matter“ (Rodríguez-Pose 2018) sind zwar umstritten (vgl. Belina 2022 vs. Bescherer 2022), nichtsdestotrotz bringen einige Studien rechte Erfolge mit Prozessen der Peripherisierung in Verbindung (Deppisch

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

2022; Freiheit/Sitzer/Heitmeyer 2022). Verstanden als „sozialräumlichen Prozess [...] der Abhängigkeit, der Abkopplung, der Abwanderung [...] oder der Stigmatisierung“ (Kühn/Weck 2013: 24), ist Peripherisierung ein zentrales Merkmal der hier untersuchten Stadt.

Zweitens beschreiben Studien zur Normalisierung rechter Ansichten und Praxen das „Mainstreaming von Rechtsextremen [...]. Sie prägen das gesellschaftliche und politische Meinungsklima im Sozialraum mit ihren nationalistischen, rassistischen und antiliberalen Einstellungen und Alltagspraxen – sodass ganze Gemeinden, Städte oder gar Regionen als ‚rechte Räume‘ gelten.“ (Salheiser/Quent 2022: 165) Insbesondere Fallstudien aus Ostdeutschland zeigen, dass lokale rechte Hegemonien maßgeblich durch ausbleibende zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen ermöglicht werden (Domann/Nuissl 2022; Zschocke 2022).

Was wir im Folgenden in Erweiterung von Axel Salheisers und Matthias Quents „Meinungsklima“ als rechtes Raumklima bezeichnen, beschreibt solche historisch gewachsenen Normalitäten, in denen sich die Dominanz rassistischer Einstellungen und Praxen und der ausbleibende (oder sehr leise) Widerspruch gegen diese wechselseitig bedingen. Unabhängig von unserer ursprünglichen Fragestellung ergab sich das „gerade in der Stadt vorherrschende gesellschaftliche Klima“ (FN\_150622), wie es ein Aktivist und einer unserer ersten Gesprächspartner nannte, als zentrale Kategorie des Materials. Im Sinne einer lokalen Hegemonie weist es jedoch über Einstellungen hinaus und beinhaltet Praxen, Gewohnheiten sowie Machtverhältnisse und wird somit sowohl im Alltag als auch in Behörden *institutionalisiert*.

### 3. Behördlicher Umgang mit Rassismus: ein kompliziertes Forschungsfeld

Die vorliegende Analyse der kommunalbehördlichen Dethematisierung von Rassismus wird durch eine raumsensible Methode ermöglicht. Diese ergab sich in unserem Forschungsprojekt aus der Herausforderung, dass die Untersuchung des Umgangs mit Rassismus nicht innerhalb der Behörde stattfinden konnte. In Ergänzung wurde eine *Ethnographie um die Behörden herum* entwickelt. Beides wird im Folgenden reflektiert.

#### Das ursprüngliche Forschungsdesign

Im Februar 2022 begann das Forschungsprojekt zum innerbehördlichen Umgang mit Rassismus als ein Teilprojekt der BMI-geförderten

Verbundstudie „Institutionen und Rassismus“ am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Untersucht werden zwei Behördentypen: Polizei und Sozialverwaltung. Die Ortswahl für die erste Fallstudie fiel auf eine ostdeutsche Mittelstadt, die auch als innere Peripherie im Osten bezeichnet wird, geprägt von Überalterung, Schrumpfung und einem extrem prekären Stadthaushalt. Der lange Zeit sehr geringe Migrant:innenanteil stieg erst seit 2014, liegt aber noch immer unter 10 Prozent. Im Stadtrat ist die AfD eine starke Fraktion, und rassistische Praxen wie „negative Anfeindungen, Bespucken, Beschimpfen, Versuche von anderen, dass die Kopftücher runtergerissen werden [...] sind] hier gesellschaftlich akzeptiert, [...] salonfähig“, berichtet eine Migrationsberaterin (I1). Dem entgegen gibt es laut einer anderen Sozialarbeiterin „viel zu wenig Auseinandersetzung mit dem Thema und dann auf einem Niveau, (atmet aus) wo man denkt, das haben andere Gegenden in Deutschland vor 20 Jahren vielleicht gehabt“ (I2).

Das Forschungsdesign sah eine vergleichende qualitative Untersuchung vor. Geplant war, in zwei Städten Leitfadeninterviews und Gruppendiskussionen in Polizei- und Sozialverwaltungsbehörden durchzuführen. Ziel war die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen behördlichen Settings wie Organisationsaufbau, Behördenkultur und Arbeitsabläufen und dem behördlichen Umgang mit dem Thema Rassismus. Darauf aufbauend sollten Anknüpfungspunkte für mögliche institutionelle Veränderungen im Sinne einer konstruktiven Auseinandersetzung mit Rassismus erarbeitet werden.

Insbesondere im Polizeibereich wurde der Feldzugang als schwierig antizipiert (Jacobsen/Bergmann 2022; Kemme et al. 2022; Praunsmändel/Schmidt/Thurn 2022), stellte sich jedoch – wenn auch langsam – als durchführbar dar, während die Sozialverwaltungsbehörden sich jeglicher Auseinandersetzung verweigerten (Reichle/Dieckmann/Salheiser 2023). Aus Platzgründen und aus Interesse für diese grundlegende Abwehrhaltung fokussiert der vorliegende Beitrag auf Letzteren.

### *Ethnographische Umwege*

Für den Behördenzugang wurde bereits im April 2022 Kontakt mit der Integrationsbeauftragten der Stadt aufgenommen. Der Anfrage wurde mehrmals mit Verschiebungen und Abwehr begegnet. Im November 2022 wurde die Anfrage vom September erneut abgewiesen, „gutes Gelingen“ gewünscht und auf den Gesprächswunsch nicht weiter eingegangen.

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Auf eine anschließende offizielle Anfrage an die Sozialdezernentin wurde der Studie aus Kapazitätsgründen eine grundsätzliche Absage erteilt. Aufgrund der Ermutigungen seitens zivilgesellschaftlicher Akteure und einzelner Behördenmitarbeitenden entschieden wir dennoch, weiter „um die Behörden herum“ zu forschen. Dies geschah mittels neun Interviews mit Sozialarbeiter:innen, Aktivist:innen, Übersetzer:innen und Lokalpolitiker:innen sowie sieben informellen Gesprächen mit weiteren Aktivist:innen und zwei Behördenmitarbeiter:innen. Drei der Gesprächspartner:innen berichteten von eigenen (inner- und außerbehördlichen) Rassismuserfahrungen. Zudem bezieht sich die Analyse auf teilnehmende Beobachtung von zwei städtischen Veranstaltungen unter Beteiligung von Mitarbeitenden der Sozialverwaltung und bestehende journalistische wie aktivistische Literatur zur Stadt, die aufgrund der Anonymisierung nicht zitiert wird.

Die Anonymisierung der Stadt ist aus raumwissenschaftlicher Perspektive ungewöhnlich und für die Analyse sperrig. Sie resultiert aus dem behördenforscherischen Usus, dem Rat des wissenschaftlichen Projektbeirats und unseren Reflektionen zu Forschungsethik. Um Behördenmitarbeitenden Anonymität zu garantieren, genügt die Auslassung ihrer Namen nicht. Insbesondere wenn behördenstrukturelle Merkmale wie Arbeitsteilung, Entscheidungsstrukturen oder Hierarchien in den Blick genommen werden, ist überschaubar, von wem eine Aussage kommen kann oder wen eine Erzählung meint. Zwar stammt ein Gros unserer Ethnographie nicht aus dem Behördeninneren, nichtsdestotrotz sind insbesondere die Interviewten und Gesprächspartner:innen, die Rassismus problematisieren, in der untersuchten Mittelstadt schon durch ihre kritische Haltung in einer exponierten Position. Im Kontext des rechten Raumklimas sind sie aus forschungsethischer Perspektive besonders zu schützen. Zudem soll die teils verdeckte Erhebung durch diese weitreichende Anonymisierung ausgeglichen werden. Dieses Vorgehen entstand aus der forschungspolitischen Überlegung, dass gerade die fehlgeleiteten Feldzugangversuche Aufschluss über den Forschungsgegenstand (behördlicher Umgang mit Rassismus) geben könnten (zur ausführlichen Diskussion verdeckter Forschung siehe Calvey 2017).

### Die Methode bedingt den Analysegegenstand – Außenbeziehungen erforschen

Wenn das heterodoxe ethnographische Vorgehen auch ungeplant und beschwerlich war, ermöglichte es doch insbesondere die Analyse der Außenbeziehungen der Behörde. Der Critical Grounded Theory folgend, war der Forschungsprozess als retroduktive, das heißt spiralenartige Hin- und Herbewegung konzipiert zwischen: (1) bestehender Theorie und Forschung zum Thema institutioneller Rassismus (*sensitizing concepts*), (2) induktiver Offenheit im Feld, um diese zu ergänzen, zu kritisieren, zu bestätigen oder zu komplementieren, (3) vorläufiger Kodierung, (4) dem Hinzuziehen neuer Literatur, um Beobachtungen einzuordnen, und (5) weiteren Feldphasen (Belfrage/Hauf 2017). Basierend auf unseren Forschungsfragen sowie bestehender Literatur und Theorie zum institutionellen Rassismus, waren lediglich die groben Analysekategorien „potenzielle Diskriminierungserfahrungen“ (Vorgespräche mit Betroffenenberatungsstellen), „Rassismusverständnis“ (hier aus Platzgründen ausgespart), „behördlicher Umgang mit Rassismus“ und „institutionelle Faktoren der Behörden“ vorgegeben. Im Rahmen der vielfältigen Gespräche mit behördenexternen Personen ergaben induktive Offenheit im Feld und ein zweifacher Kodierungsprozess (offen zusammenfassend, axial abstrahierend, vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010) jedoch zusätzlich einen starken Fokus auf das „Raumklima der Stadt“ und die „politökonomischen Bedingungen“, in die die Behörden eingebettet sind. Durch einen stadtethnographischen Zugang, „der eine holistische Perspektive auf Bedeutungsstrukturen städtischer Akteur\_innen und deren sozial-räumliche Praktiken eröffnet und darüber Machtverhältnisse und politische Logiken stadtesellschaftlichen Miteinanders sichtbar werden lässt“ (Genz 2020: 11), gelangten die lokalen behördlichen Außenbeziehungen in den Blick, an denen es in den eingangs zitierten Forschungsarbeiten zu institutionellem Rassismus und Sozialverwaltung mangelt.

#### **4. Rassismus in der ostdeutschen Peripherie und seine Institutionalisierung durch behördliche Dethematisierung**

##### *Unfreundlichkeit, Verschleppung und Intransparenz: Rassismuserfahrungen in der Sozialverwaltung*

Um den Umgang mit Rassismus zu verstehen, versuchten wir zunächst, unseren Blick für mögliche rassistische Behördenpraktiken

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

zu sensibilisieren. In den Gesprächen und Interviews beschrieben drei Aktivist:innen und Dolmetscher:innen ihre eigenen Erfahrungen mit Rassismus in Sozialbehörden und einige Sozialarbeiter:innen aus Beratungsstellen die ihrer Klient:innen.

Erstens werden den Berichten zufolge vor allem Geflüchtete, die einen großen Teil der Migrant:innen in X-Stadt ausmachen, in der Sozialverwaltung nicht ernst genommen und abgewiesen, unfreundlich oder herablassend behandelt oder mit Vorurteilen und mangelnder Sensibilität bis hin zu Schikane konfrontiert. Eine Sozialarbeiterin resümiert: „Die Mitarbeiter sind nicht offen für ausländische Menschen, respektlos, diskriminierend, nehmen Beschwerden, nehmen Anliegen nicht ernst.“ (13) Und ein Übersetzer mit Migrationsgeschichte berichtet: „Solange sie deutsch sprechen, gut deutsch sprechen, bleibt alles gut auf Deiner Seite. [Aber wenn] Du diese Sprache nicht sprichst ...“ (15).

Zweitens werden nach Einschätzung der Gesprächspartner:innen bestimmte Vorgänge so lange hinausgezögert, dass sich die Rahmenbedingungen verändern, Antragstellende den Prozess neu beginnen müssen, Leistungen ausbleiben, der Aufenthaltsstatus einer Person ungeklärt bleibt und die betreffende Person in weiteren bürokratischen und lebensweltlichen Handlungsschritten gelähmt ist. Ein betroffener Aktivist, der derzeit einen kollektiven Umgang mit der Ausländerbehörde zu organisieren sucht, schilderte, wie sein Familiennachzug verschleppt wurde (17).

Diese Verschleppung geht drittens mit Intransparenz der Behörden einher, so die Sozialarbeiter:innen. Nach Ihrer Einschätzung werden Klient:innen oft nicht angemessen oder überhaupt nicht beraten oder sie erhalten falsche Informationen bezüglich bestehender Möglichkeiten, Programme und Rechte. Ein Beispiel dafür betrifft die Unterbringung von Geflüchteten: Wollen sie aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen, wird ihnen fälschlicherweise mitgeteilt, dass sie anschließend nur eine Wohnung vom Sozialamt anmieten könnten. Das verstetigt ihre Abhängigkeit von städtischen Behörden. In den Sozialwohnungen wiederum werden Miete und Nebenkostenabrechnungen unnachvollziehbar abgerechnet, wie eine Beraterin schildert: „Natürlich sieht keiner von denen irgendeine Betriebskostenabrechnung. Sondern es gibt dann zum Ende des Jahres immer mal eine große Rechnung.“ (14) Intransparenz potenziert sich für Personen, die die deutsche Sprache nicht fließend sprechen. Obwohl die Behörden ein Kontingent für Sprachmittlung

haben, schöpfen einige Sachbearbeiter:innen es offenbar nicht aus und weisen Klient:innen teilweise sogar mit den Worten ab: „Nö, bringen Sie einen Dolmetscher mit“ (18), berichtet ein Sozialarbeiter. Allerdings sind solche Prozesse aufgrund fehlender Dokumentation kaum nachweisbar.

Dass der Tonfall von Behördenmitarbeiter:innen, Geschwindigkeit, Transparenz und sogar der materielle Umfang von Leistungen nicht für alle in X-Stadt gleich ist, zeigt sich an rassistischen Hierarchisierungen. Allen Interviews zufolge werden beispielsweise in der Gruppe der Geflüchteten ukrainische Personen freundlicher und schneller behandelt als arabischsprachige. Zudem werden Personen stigmatisiert und abgewertet, denen zugeschrieben wird, Rom:nja oder Sinti:zze zu sein. Diese Diskriminierung zeigt sich durch informelle Unterscheidungen in „Ukrainer und Bunte“ (18), wie ein Sozialarbeiterteam erzählt. Ein materielles Ergebnis für ihre Klient:innen ist, dass Personen in Abhängigkeit ihres durch Sachbearbeiter:innen eingeschätzten „Kulturkreises“ beispielsweise neue Möbel verweigert werden, die ihnen rechtlich zustehen, weil von vornherein angenommen wird, sie würden schlecht mit ihnen umgehen. In einem anderen Fall bekommen als Rom:nja eingeschätzte Familien ihre Leistungen ohne Begründung wöchentlich statt monatlich ausgezahlt.

*Verharmlosung, Delegitimierung und Einschüchterung: Wie die Auseinandersetzung mit Rassismus verhindert wird*

Ausgehend von dieser Dokumentation gilt unsere Forschungsfrage dem Umgang der Behörden – wie gehen sie mit dem Thema Rassismus, solchen Vorfällen oder Kritik daran um? Für Betroffene selbst ist es schwierig, ihre Erfahrungen zurückzumelden, da es keine formelle Beschwerdemöglichkeit gibt. Nichtsdestotrotz tragen Einzelpersonen, Beratungsstellen und zivilgesellschaftliche Initiativen immer wieder Kritik an die Behörden heran. In direkten Beziehungen zwischen Sozialarbeiter:innen und Sachbearbeiter:innen werden Probleme angesprochen und teilweise bearbeitet. Diese Fälle stellen jedoch die Ausnahme dar. Der überwiegende geschilderte behördliche Umgang mit Rassismuskritik besteht aus Abwehr und Dethematisierung.

Auf individuelle Thematisierungsversuche von rassistischen Praktiken oder Aussagen seitens der Sozialarbeiter:innen, die behördliches Verhalten kritisieren, wird mit Verharmlosung oder Rechtfertigung reagiert; „[H]abt Euch doch mal nicht so [...] kann doch jedem mal passieren“ (12); oder:

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

„[D]a wird dann darauf verwiesen, dass sie intern ne [Anm. d. A.: rassifizierende] Kurzform bräuchten, damit man schneller im Ablauf ist, aber die Zeit, dann darüber noch zu schmunzeln, die ist ja dann auch immer noch da, ne?“ (I8)

Überschreitet die Kritik am Behördenhandeln die individuelle Ebene, fallen auch die Abwehrmechanismen schärfer aus. Um Verhältnisse und Vorgänge im Unterbringungsbereich von Geflüchteten zu verändern, entscheidet sich eine städtische Sozialarbeiterin, Kontakt mit der Integrationsbeauftragten des Landes aufzunehmen. Beim Besuch der Integrationsbeauftragten wird das Thema ausgelassen und die Begehung einer Unterkunft durch die zuständige Dezernentin „ausdrücklich [...] untersagt“ (I4). Die Sozialarbeiterin wird versetzt. Zum Zeitpunkt des Gesprächs hat sie sich für einen Wegzug aus der Stadt entschieden, weil sie den Druck durch die Behördenleitung, ihre Ohnmacht und die Unveränderlichkeit des rassistischen Status quo nicht mehr aushält.

Bei einer Veranstaltung zu Alltagsrassismus und Zivilcourage, von einer engagierten Behördenmitarbeiterin organisiert, wird die Kritik an rassistischen Zuständen öffentlich diskutiert. Nach der Vorstellung einer kleinen Studie zu Erfahrungen von Alltagsrassismus in der Stadt ist man sich im langen Publikumsgespräch einig, die Stadt bräuchte „mehr als einen Integrationskurs“, wie es ein Zuhörer formuliert (FN\_140322). Es folgt ein Zeitungsbericht zur Studie. Danach bricht jegliche Auseinandersetzung mit dem Thema ab. Wie sich zeigt, wird sie informell behördlich unterbunden.

Der Umgang mit der Studie ist als Kristallisationspunkt der De-thematisierung von Rassismus und der Abwehr seiner Kritik einzuordnen, sie kommt in fast jedem Gespräch zur Sprache. Seitens Behördenmitarbeiter:innen wird die Studie als interessant, jedoch „nicht repräsentativ“ (FN\_171122) beschrieben und somit ihre Kritik delegitimiert. Eine an der Veranstaltung beteiligte Aktivistin kommentiert das lachend: „[D]as ist der Satz – nicht repräsentativ.“ (Ebd.) Sie berichtet, dass die Initiatorin der Veranstaltung informell beauftragt wurde, nicht weiter Aufsehen um die Studie zu erregen. Über kurze Wege gebe ihre Vorgesetzte zu verstehen, dass keine ähnlichen Veranstaltungen mehr stattfinden sollen. Auf die Frage, ob das dokumentiert sei, antwortet sie: „Weißt Du, die begegnen sich, die sehen sich, die reden, die müssen keine Mails schreiben.“ (Ebd.) Die Folge ist, dass kritische Behördenmitarbeiter:innen „sehr auf[passen], was sie [sagen], was sie [äußern]“, denn teilweise

haben sie „schon paar Mal ein paar auf die Finger bekommen [...] und natürlich auch die Information, dass man sich dann auch gerne jemand anderes suchen kann für diesen Job.“ (I4)

So schweigen Personen innerhalb wie außerhalb der Behörden weiter – mit Blick in die Stadtforschung ist das eine Voraussetzung für rechte Hegemonien (Domann/Nuissl 2022; Salheiser/Quent 2022; Zschocke 2022). Anstatt kritisiert zu werden, bleibt bestehender Rassismus unsichtbar, unwidersprochen und anerkannt, und genau darin besteht seine Institutionalisierung durch die Behörden (vgl. Ahmed 2021).

### *Überarbeitung, Konfliktvermeidung und Hierarchien: institutionelle Bedingungen für die Dethematisierung von Rassismus*

Wie kommt es zur Dethematisierung von Rassismus? Die Erklärungen der Interviewpartner:innen beziehen sich auf den ersten Blick vor allem auf die Ebene der Sachbearbeiter:innen und Behördenleitungen. Bei genauerem Hinsehen geben diese jedoch auch Auskunft über Arbeitsbedingungen, Behördenstruktur und -kultur.

Unfreundlicher Tonfall, fehlende Reflexivität bezüglich eigener rassistischer Verhaltens- oder Ausdrucksweisen ebenso wie mangelhafte Dienstleistungen werden von Interviewpartner:innen auf fehlende Erfahrung oder Unwillen der Sachbearbeiter:innen zurückgeführt. Letzteres wird mit Frust, Müdigkeit und Abstumpfung begründet, „die sind einfach nur müde, [...] die stumpfen dann quasi ab“, mutmaßt die Sozialarbeiterin einer Beratungsstelle, die seit vielen Jahren im Behördenkontakt steht (I1). Diese Abstumpfung von Sachbearbeiter:innen erklärt ein Aktivist und ehemaliger Securitymitarbeiter von Behördenstellen mit mangelnder Förderung, Überarbeitung und Unterbesetzung der jeweiligen Behörden: „[D]ie Stellen [sind] total unterbesetzt und die Leute total überfordert.“ (FN\_150622)

Neben den Arbeitsbedingungen benennen die Interviewpartner:innen als Grund für die fehlende Auseinandersetzung mit Rassismus eine Institutionenkultur, die von Konfliktvermeidung geprägt ist. Selbst Mitarbeiter:innen mit einem kritischen Blick auf Rassismus wollen „keine Probleme“ (I4). Dass die Behördenmitarbeiterin, die die oben genannte Veranstaltung zu Alltagsrassismus initiiert hat, sich nicht entgegen innerbehördlicher Widerstände weiter für eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus eingesetzt hat, begründet eine Aktivistin wie folgt: „[D]ie will einfach keine Kopfschmerzen haben.“

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

(FN\_171122) Von einer anderen Aktivistin mit regem Behördenkontakt wird das auf die Mitarbeiter:innenstruktur der Behörden zurückgeführt: „Ich glaube innerhalb, da gibt es einfach viele Kleinbürger, die einfach an ihrem Pöstchen festhalten. Ich glaube, das ist auch wirklich einfach ein verschimmelter Sesselpupserhaufen. [...] Und es geht darum, Pöstchen festzuhalten. Und bloß nicht für irgendwas Farbe zu bekennen.“ (I9) Durch diese konfliktvermeidende Institutionenkultur entstehen „Nichtentscheidungen“, die Prioritätensetzungen und die „Filterung“ von Maßnahmen beeinflussen (Poulantzas 2002: 166). Es gibt keine Entscheidung für eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus, rassismuskritische Interventionen werden verhindert.

Wo hingegen die Prioritäten liegen, wird an „Knoten‘ und ‚Brennpunkten‘ der realen Macht“ (ebd.: 171) entschieden – und diese sind durch behördeninterne Hierarchien bestimmt. Probleme bekommt im Zweifelsfall, wer sich den Vorgesetzten widersetzt. Laut den Interviewten ist die Rolle von Einzelpersonen in Leitungspositionen entscheidend für die Dethematisierung von Rassismus. Uns wird berichtet, dass Mitarbeiter:innen der Behörden sich beispielsweise nicht aus freien Stücken entscheiden können, mit uns über das Studienthema zu sprechen, weil ihnen durch Vorgesetzte „die Hände gebunden“ sind (I2). Das zeigt sich deutlich auch in den Antwortschreiben verschiedener Personen unterhalb der höchsten Hierarchiestufe, die immer auf ihre Vorgesetzten verweisen, selbst seien sie „nicht in der Position, Forderungen stellen zu können oder sich aufzubegehren“ (I3). Die Macht einiger Vorgesetzter verstärkt sich aus Sicht materialistischer Staatstheorie durch „ein Geheimnis der Bürokratie und der Macht. Dieses Geheimnis beruht [...] auf der Errichtung von bestimmten Kreisläufen innerhalb des Staates, die ausgehend von bestimmten Stellen den Austausch von Informationen begünstigen.“ (Poulantzas 2002: 62) So hat beispielsweise laut einer Migrationsberaterin in der Ausländerbehörde eine Leitungsperson den gesamten Arbeitsablauf so umstrukturiert, dass „jede Entscheidung auf ihrem Tisch landet“ (I6). Das verstärkt nicht nur ungemein Verzögerungen und Verschleppungen, sondern ist auch ein Paradebeispiel dafür, wie Sachbearbeiter:innen der Entscheidungsspielraum entzogen wird.

*Kontextfaktoren zwischen rechtem Raumklima und Austerität der Peripherie*

Diese behördenstrukturellen Faktoren wirken eng mit dem spezifischen Kontext der Stadt zusammen: Erstens beinhaltet das gesellschaftliche Raumklima im Sinne einer lokalen, alles durchdringenden Hegemonie individuelle Einstellungen, die Behördenkultur und wer in Machtpositionen sitzt. Zweitens begünstigt die wirtschaftliche Lage der Stadt eben jenes Raumklima und führt zu Ressourcenmangel, der sich im Handeln der Behörden niederschlägt. Schließlich ist die austeritätsgebeutelte Stadt erpicht darauf, ein gutes Bild im neoliberalen Standortwettbewerb abzugeben, was in Kombination mit mangelnden Ressourcen eher zu einer Vermeidung des Themas Rassismus als zu einer kritischen Auseinandersetzung anregt.

Induktiv hat sich aus allen Gesprächen und Interviews die Kategorie des Raumklimas für die Analyse aufgedrängt. Zentraler Grund für die unmöglich scheinende Auseinandersetzung mit Rassismus ist die lokale „Selbstverständlichkeit, dass man genervt ist von Ausländern“, wie es, im Einklang mit vielen Interviewpartner:innen, auch ein Polizist formuliert (FN\_070722). Rechte Selbstverständlichkeiten durchdringen den städtischen Alltag, die untersuchten Behörden, den Stadtrat, die Lokalpresse, das Kleinunternehmer:innentum. Zwar sind die Gegenstimmen, die dieser Artikel hervorheben möchte, vorhanden – doch ist es für sie kein Leichtes, ihren Widerspruch öffentlich zu machen. Eine Sozialarbeiterin, die im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus Öffentlichkeitsarbeit für ihr Stadtfest machen möchte, berichtet: „Nen Reporter zu finden, der bereit ist, das dann in die Zeitung so aufzunehmen, ist recht schwierig. [... und selbst, wenn das gelingt,] ist dann nur fraglich, [ob] das dann auch in die Zeitung kommt“ (II).

Die hohen rechten Zustimmungswerte machen auch vor den Behörden nicht halt: „Die letzte Wahl hat gezeigt, [... sehr viele Personen wählen] die AfD, das gilt auch für die Stadtverwaltung [...], sie sind überall“ (FN\_040722). Bei einer Veranstaltung der Ehrenamtszentrale, ein direkt unter dem OBM angesiedelter Bereich der Stadtverwaltung, wird dieser Zusammenhang besonders deutlich. Im Hintergrund der Präsentationen von Vereinen und Initiativen im Bereich der Unterstützung von Migrant:innen erzählt einer der organisierenden Ehrenamtlichen einem anderen von seiner Teilnahme an den montäglichen Anti-Establishment-Protesten,

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

die für die Präsenz von Reichsbürger:innen und Neonazis bekannt sind (FN\_130922).

Auch wirkt sich das Raumklima auf die machtvollen Hierarchien aus, die die Behörden umgeben und durchdringen. Das Wahlverhalten ermächtigt eine rechte Stadtregierung, die von oben auf die Behörden einwirkt – oder eben nicht. Einige Interviewpersonen sind der Meinung, für eine konstruktive Auseinandersetzung mit Rassismus bedürfte es an erster Stelle klares Durchgreifen von oben, aber „da sagen manche, dass der OBM [Oberbürgermeister] eben auch der AfD zuhören muss“ (FN\_171122). Auch die Dezernate und Dezernent:innen sind eingebunden in rechte Mehrheitsverhältnisse: „Wenn ich da eine AfD-Fraktion im Hauptausschuss hab, und die Sozialdezernentin will machen, was sie muss, und dann bildet sich die neue nationale Front [...] und alles wird abgeschmettert.“ (FN\_150622) Resultat der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat ist schließlich die behördeninterne Besetzung von Amtsleitungen. So mutmaßt eine Sozialarbeiterin, dass die Personalie der Ausländerbehörde kein Zufall sei, sondern abhängig von politischen Entscheidungen: „[M]an hat von der Stadt [...] bewusst eine Leiterin dort hingesetzt vor zweieinhalb Jahren, die Geflüchtete nicht mag.“ (I4)

Greifbar wird die politisch rechte Hegemonie im wiederkehrenden Argument des Neutralitätsgebots. Damit werden behördeninterne Einschüchterungen gegen laute Kritiker:innen ebenso wie ausbleibende Interventionen von Leitungspersonen in rassistische Alltags- und Behördenpraktiken begründet. Es ergibt sich „ein ziemlich enges Korsett, was bedeutet, dass du [...] vieles kannst, und dann aber auf keinen Fall dich positionieren“, resümiert eine Aktivistin (I9). Dieser Begründung gegen Rassismuskritik liegt bereits eine politische Bewertung dessen zugrunde, was neutral ist und was nicht. Demokratische Teilhabe und Gleichberechtigung, ganz zu schweigen von ausgleichender Gerechtigkeit, werden als Politikum abgetan und der diskriminierende Status quo zur Neutralität erklärt. Rassismus wird normalisiert, entpolitisiert und Kritik an ihm delegitimiert.

Sowohl das Raumklima als auch das Behördenhandeln sind von der wirtschaftlichen Lage der Stadt beeinflusst. Unsanierte großbürgerliche Häuser aus der Gründerzeit zeugen vom einstigen industriellen Wohlstand, doch mittlerweile ist die Stadt von Peripherisierung gekennzeichnet: Die massive Deindustrialisierung nach der Wende begünstigte jahrelang einen sozioökonomischen und soziodemographischen

Schrumpfungprozess, im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs musste die Kommune schließlich Insolvenz anmelden, und am Hauptbahnhof sucht man vergeblich nach ICE-Verbindungen. Eine Anwohnerin sieht die Gleichgültigkeit gegenüber der rassistischen Normalität in dieser Geschichte begründet: „Und nach der Wende ist das ganz schnell zusammengebrochen [...], ich habe das Gefühl, dass die städtische Gesellschaft und die Menschen [...] dass die wie so eine Art chronische depressive Episode haben oder [...] wie Verbitterungsstörung.“ (19) Diese Interpretation lässt sich stadtforscherisch als affektive Vermittlung neoliberaler Stadtentwicklung deuten (Reichle 2023). Diesem Argument folgend, ist die konfliktvermeidende, träge Behördenkultur eingebettet in eine demobilisierende Nachwende-Austeritätsdepression.

Die stets drohende Insolvenz beeinflusst auch direkt das Behördenhandeln: „Wenn ich ’ne Kommune hab, die kurz vor der Haushaltssperre steht, bekomm’ ich nur so grade bewilligt, was ich brauche“, erklärt der Aktivist und ehemalige Securitymitarbeiter einer Sozialbehörde (FN\_150622). Das begünstigt einerseits die Überlastung der Mitarbeitenden und andererseits die schnelle Abwehr jeglicher rassistischer Maßnahmen, für die Ressourcen notwendig wären. Was in Zeiten von Neoliberalisierung des Städtischen, Austerität und lokalem Standortwettbewerb allgemein gilt (Belina/Schipper 2009), ist in Anbetracht der prekären ökonomischen Situation verschärft: Politische Kräfte der Stadt sind auf allen Ebenen angewiesen auf Geld.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Stadt – ein zentrales Merkmal von Peripherisierung (Kühn/Weck 2013) – schlägt sich beispielsweise im Bereich der Geflüchtetenunterbringung nieder. Sowohl Gemeinschaftsunterkünfte als auch Sozialwohnungen werden von einem städtischen Unternehmen vermietet. Dieses ist von jahrelanger Austerität geprägt, urteilt man nach dem Zustand der Häuser und den Erzählungen von Bewohner:innen (FN\_130922). Die Unterbringung von Geflüchteten scheint für dieses Unternehmen eine gute Einnahmequelle zu sein: „Ja. Also der Vermieter ist auch die Stadt, ne? [...] Und auch hier zahlen die Leute wirklich gutes Geld“ (I4), berichtet die ehemalige städtische Sozialarbeiterin. Vor diesem Hintergrund erscheinen auch die Falschaussagen über die Pflicht zur Anmietung einer Sozialwohnung für jene, die aus den heruntergekommenen Sammelunterkünften ausziehen wollen, in neuem Licht.

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Die Stadt ist außerdem angewiesen auf Kooperationen mit einer lokalen, spürbar rechts geprägten Unternehmer:innenschaft. Wahlkämpfe werden von Sympathisanten der Rechten finanziert und Behörden, die Dienstleistungen auslagern, beschäftigen Betriebe, deren Belegschaften von Neonazis durchsetzt sind. Laut verschiedenen Interviewten wird im zentralen Bürger:innenbüro der Sozialverwaltungsbehörden eine Securityfirma eingesetzt, in der stadtbekannte Neonazis arbeiten. Die Verkehrsbetriebe haben die Kontrollen an ein Sicherheitsunternehmen externalisiert, „die kontrollieren *gezielt* [people of color], und haben auch Handschellen und Pfefferspray dabei“, bemerkt ein Polizist, der sich gerade nicht im Dienst befindet (FN\_070722). In verschiedenen Interviews tauchen unverhältnismäßige Fahrkartenkontrollen als krasseste Form des Alltagsrassismus auf, die in der Folge häufig zu gewaltvollem Polizeikontakt und harten Verfahren im Namen einer ebenfalls als rechts bekannten Staatsanwaltschaft führen.

Schließlich ist die Stadt – insbesondere in Persona des Oberbürgermeisters – besonders bemüht, auch über ihre Grenzen hinaus einen Platz im hart umkämpften Standortwettbewerb zu ergattern. Einer der Hauptgründe für mangelnde Reflexion und Auseinandersetzung mit Rassismus in den Behörden ist die angestrebte Repräsentativität der Stadt: „[D]ie Stadtverwaltung möchte einen guten Blick auf [sich ...] haben [...]. In der Behörde gab’s mal so’n Projekt irgendwie [...] weltoffene Kommune und von fünf Schritten, die man erreichen konnte, hatte[n wir] Schritt 4 bereits erreicht und [...] es wird nicht mal Englisch gesprochen“ (I3), reflektiert eine Sozialarbeiterin, die regen Netzwerkkontakt zu den Lokalbehörden hat. Das zeigt: Ebenso wie „Diversitymanagements“ eine Marketingstrategie der von Ahmed (2006) untersuchten Institutionen sind, ist „Weltoffenheit“ ein relevanter Standortfaktor, um den es sich, insbesondere als quasiinsolvente Kommune, zu bemühen gilt. Statt einer aktiven Auseinandersetzung, die sich gut verkaufen lässt, aber auch Ressourcen benötigt, wird der Schein der Weltoffenheit durch die Dethematisierung von Rassismus gewahrt.

### 5. Ausblick

In keinem unserer Gespräche zur Forschungsvorbereitung für das Projekt *Innerbehördliche Auseinandersetzung mit Rassismus* verwendeten Behördenmitarbeiter:innen das Wort Rassismus. Auch in vielen anderen Gesprächen und Interviews blieb es aus. Ob Rassismus benannt wurde,

schien ein Gradmesser dafür, wie kritisch sich die Gesprächspartner:innen zu Stadt und Behörden äußerten. Eine Aktivistin fand ein schönes Bild für diese Beobachtung – „das böse Wort [Rassismus], wie bei Harry Potter: der, dessen Name nicht genannt werden darf“ (FN\_171122). Was für die Zauberwelt gilt, gilt auch für Behörden: Wenn man Voldemort oder Rassismus benennt, muss man sich mit ihm auseinandersetzen.

Dass Rassismus da ist, auch in Behörden, bezeugten unsere Gesprächspartner:innen. Sie benannten unfreundliche, herablassende Behandlung, die Verschleppung von Vorgängen und Intransparenz sowie rassistische Hierarchisierungen. Zugleich konnten wir jedoch beobachten, dass Rassismus von behördlicher Seite weggeschwiegen wird. Damit wird eine Auseinandersetzung verhindert, Rassismus normalisiert, entpolitisiert, unsichtbar gemacht und institutionalisiert. Die Abwehr dieser Auseinandersetzung zeigte sich zum einen in der Abwehr unserer Studie. Zum anderen wurde die Auseinandersetzung mit konkreten Vorfällen oder die Kritik an ihnen durch Verharmlosung, Delegitimierung und Einschüchterung verhindert. Diese Abwehr als Kern der Institutionalisierung von Rassismus hat vorliegender Beitrag untersucht.

Der erste Blick aufs Feld war gelenkt vom Forschungsdesign, von der Literatur zu institutionellem Rassismus und dem Augenmerk auf institutionelle Settings und Logiken. Vor dem Hintergrund der Fallstudie, den Aussagen der Gesprächspartner:innen, die die Aufmerksamkeit wieder und wieder auf die Besonderheit von X-Stadt lenkten, und der jüngeren Literatur zu rechten Räumen stellte sich die Frage: institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich diese Frage nicht eindeutig beantworten lässt. Vielmehr wirken institutionelle Settings wie Überarbeitung, strenge Hierarchien und eine konfliktvermeidende Behördenkultur mit kontextuellen Faktoren zusammen. Allgemeine behördliche Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel sind Ursachen von Überarbeitung, Frust und dem vorschnellen Rückgriff auf rassistische Gewissheiten bei Behördenmitarbeiter:innen (Graevskaia/Menke/Rumpel 2022). Diese werden in einer wirtschaftlich ausgebluteten, deindustrialisierten und geschrumpften Stadt noch zusätzlich verstärkt. Die behördliche Konfliktvermeidungskultur ist eingebettet in eine lokale rechte Hegemonie, ein rechtes Raumklima. Die Normalität rassistischer Ansichten und Praktiken wird innerhalb wie außerhalb

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

der Behörden geschützt durch ausbleibenden (oder sehr vereinzelt) Widerspruch. Dieser wird, wenn vorhanden, durch behördliche Hierarchien und Einschüchterungen kleingemacht. Weiterhin wird das mehrheitliche Schweigen zu Rassismus in X-Stadt auf eine Postwende-Austeritätsdepression zurückgeführt. Auch ganz konkret und ohne affektive Vermittlung bedingen wirtschaftliche Prozesse und politische Abhängigkeiten das Behördenhandeln. Die AfD-Fraktion im Stadtrat übt Druck auf Dezernent:innen aus (um Rassismuskritik zu verhindern) und beeinflusst die Besetzung von behördlichen Machtpositionen (mit Personal, was „Geflüchtete nicht mag“). Die Behörden der insolventen Kommune sind angewiesen auf Externalisierung (Fahrkartenkontrollen, Securities). Diese wird von rechten Betrieben übernommen, von denen es in der Stadt wimmelt. Die städtische Wohnungsbaufirma nutzt den Zuzug von Geflüchteten, um gegen ihre Pleite anzukämpfen – zum Nachteil der Geflüchteten, die mit intransparenten, horrenden Nebenkostenabrechnungen und fehlenden Informationen über alternative Wohnmöglichkeiten konfrontiert sind. Und schließlich versucht ein unternehmerfreundlicher Oberbürgermeister im neoliberalen Standortwettbewerb, das Gesicht seiner Stadt zu retten. Was anderswo durch vermarktbarere Diversitykampagnen geschieht (Ahmed 2006), schlägt sich in X-Stadt, wo es dafür weder Ressourcen noch Mehrheiten gibt, durch eine komplette Vermeidung des Themas nieder.

Die Forschung zu institutionellem Rassismus in Sozialverwaltungsbehörden hat in den letzten Jahren vielversprechende Mehrebenenanalysen hervorgebracht, die eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen und so auch Hinweise für konstruktive Anknüpfungspunkte liefern (Ataç/Schütze/Reitter 2020; Graevskaia/Menke/Rumpel 2022; Neuburger 2022; Price/Spencer 2014; Ratzmann 2022). Was jedoch bislang unterbelichtet blieb, ist die Rolle und Relevanz des spezifischen sozialräumlichen Kontexts. Unsere ethnographische Reaktion auf den gescheiterten Feldzugang ermöglichte es, eben diesen Kontext holistisch zu betrachten (Genz 2020). Wir konnten zeigen, dass raumsensible Zugänge die Mehrebenenbetrachtung von institutionellem Rassismus erweitern können. Forschungspraktisch sind sie ein möglicher Umgang mit häufig schwierigen Behördenzugängen. Analytisch beleuchten sie, was mit Poulantzas (2002) als „Sedimentierung“ zu verstehen ist – wie sich historisch gewachsene und lokal spezifische politökonomische

Verhältnisse in Behörden niederschlagen, in Wechselwirkung mit deren institutioneller Struktur.

Wenn die *Ethnographie um die Behörden herum* auch gewinnbringend war, ersetzt sie keine Forschung im Inneren der Behörden. Zwar sind einige institutionelle Settings auch von außen für behördennahe Personen sichtbar. Nicht zuletzt aber um zu verstehen, wie sich die Situation für die Mitarbeitenden selbst darstellt, wäre ein Feldzugang ins Innere der Behörden unerlässlich. Zudem kann die vorliegende Analyse des Verhältnisses zwischen Behördenstruktur und lokalen Faktoren nur als eine explorative verstanden werden. Vergleichende Forschung an anderen Standorten mit unterschiedlichen Bedingungen wäre notwendig, um entscheiden zu können, welches Gewicht politischen Hegemonien und wirtschaftlichen Situationen von Kommunen bei der Dethematisierung von Rassismus zuzuschreiben ist: ob diese auch unabhängig solcher Bedingungen betrieben wird oder ob es im Gegenteil auch Kontextfaktoren gibt, die eine konstruktive Auseinandersetzung mit Rassismus befördern.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### **Autor\_innen**

**Leon Rosa Reichle** forscht zum behördlichen Umgang mit Rassismus an der Schnittstelle von Staat, Neoliberalisierung und politischer Subjektivierung zwischen Autoritarismus und Solidarität.  
Leon.Reichle@idz-jena.de

**Janine Dieckmann** ist Sozialpsychologin. Sie forscht und arbeitet in den Themenbereichen Diskriminierung, Antidiskriminierungsarbeit und gesellschaftliche Vielfalt, aktuell vor allem zu Engagement in Selbstorganisationen und behördlicher Auseinandersetzung mit Rassismus.  
janine.dieckmann@idz-jena.de

**Axel Salheiser** ist Soziologe. Er forscht zu Rechtsextremismus und anderen Phänomenen und Dynamiken der Demokratiegefährdungen sowie zu Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
axel.salheiser@idz-jena.de

### **Literatur**

Ahmed, Sara (2006): The nonperformativity of antiracism. In: *Meridians* 7/1, 104-126.

Ahmed, Sara (2021): *Complaint!* Durham/London: Duke University Press.

Ataç, Ilker / Schütze, Theresa / Reitter, Victoria (2020): Local responses in restrictive national policy contexts: Welfare provisions for non-removed rejected asylum seekers in Amsterdam, Stockholm and Vienna. In: *Ethnic and Racial Studies* 43/16, 115-134.

Attia, Iman / Keskinilic, Ozan Z. (2017): Rassismus und Rassismuserfahrung. Entwicklung – Formen – Ebenen. In: *Wissen schafft Demokratie* 1/2, 116-125.

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

- Barskanmaz, Cengiz (2019): *Recht und Rassismus. Das menschenrechtliche Verbot der Diskriminierung aufgrund der Rasse*. Heidelberg: Springer.
- Belfrage, Claes / Hauf, Felix (2017): *The gentle art of reproduction: Critical realism, cultural political economy and critical grounded theory*. In: *Organization Studies* 38/2, 1-21.
- Belina, Bernd (2022): *Zur Provinzialität der AfD*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 43-60.
- Belina, Bernd / Schipper, Sebastian (2009): *Die neoliberale Stadt in der Krise*. In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 80, 38-51.
- Bescherer, Peter (2022): *Umkämpftes Ortsverständnis. Eine Fallstudie zu Rechtspopulismus in Leipzig*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 85-102.
- Bescherer, Peter / Burkardt, Anne / Feustel, Robert / Mackenroth, Gisela / Sievi, Luzia (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bojadžijev, Manuela (2014): *Wer von Rassismus nicht reden will. Einige Reflexionen zur aktuellen Bedeutung von Rassismus und seiner Analyse*. In: Imke Schmincke / Jasmin Siri (Hg.), *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse*. Bielefeld: transcript, 145-154.
- Calvey, David (2017): *Covert research. The art, politics and ethics of undercover fieldwork*. London: SAGE.
- Demirović, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayalı, Serhat (2010): *Einleitung*. In: Alex Demirović / Stephan Adolphs / Serhat Karakayalı (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden: Nomos, 9-18.
- Demirović, Alex / Bojadžijev, Manuela (2002): *Konjunkturen des Rassismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Deppisch, Larissa (2022): *Die AfD und das „Dornröschenschloss“ – über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 103-121.
- Domann, Valentin / Nuissl, Henning (2022): *Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 201-220.
- Freiheit, Manuela / Sitzer, Peter / Heitmeyer, Wilhelm (2022): *Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse*. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript, 61-84.
- Genz, Carolin (2020): *Stadt ethnographisch erforschen: Potenziale reflexiver Positionalität*. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 11-30.
- Gomolla, Mechthild (2017): *Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung*. In: Albert Scherr / Aladin El-Mafaalani / Gökçen Yüksel (Hg.), *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer VS, 133-155.
- Graevskaia, Alexandra / Menke, Katrin / Rumpel, Andrea (2022): *Institutioneller Rassismus in Behörden – Rassistische Wissensbestände in Polizei, Gesundheitsversorgung und Arbeitsverwaltung*. IAQ-ReportDuEPublico: Duisburg-Essen Publications online, Universität Duisburg-Essen.
- Griffith, Derek M. / Mason, Mondy / Yonas, Michael / Eng, Eugenia / Jeffries, Vanessa / Plihcik, Suzanne / Parks, Barton (2007): *Dismantling institutional racism: Theory and action*. In: *American Journal of Community Psychology* 39/3, 381-392.
- Hall, Stuart (2021): *Selected writings on race and difference*. Herausgegeben von Paul Gilroy und Ruth Wilson Gilmore. Durham: Duke University Press.
- Hamilton, Charles V. / Ture, Kwame (1992): *Black power. Politics of liberation in America*. New York: Vintage.

- Hasse, Raimund / Schmidt, Lucia (2012): Institutionelle Diskriminierung. In: Ullrich Bauer / Uwe H. Bittlingmayer / Albert Scherr (Hg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 883-899.
- Jacobsen, Astrid / Bergmann, Jens (2022): Vor der Erhebung – ein Essay über Forschungszugänge in die Polizei. In: *Die Polizei* 2, 52-53.
- Jäger, Margarete / Kauffmann, Heiko (Hg.) (2002): *Leben unter Vorbehalt: Institutioneller Rassismus in Deutschland*. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
- Kemme, Stefanie / Clasen, Julia / Groß, Eva / Häfele, Joachim / Kammigan, Ilka / Taefi, Anabel / Zähringer, Ulrike (2022): Auf steinigem Wegen oder wie das empirische Forschen über die Polizei erschwert wird. In: *Neue Kriminalpolitik* 34/2, 140-158.
- Kühn, Manfred / Weck, Sabine (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Matthias Bernt / Heike Liebmann (Hg.), *Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit?* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 24-46.
- Messerschmidt, Astrid (2014): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus. In: Anne Broden / Paul Mecheril (Hg.): *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld: transcript, 41-58.
- Miles, Robert (2003): *Racism*. London: Psychology Press.
- Mullis, Daniel (2021): Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt: From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity. In: *Urban Studies* 58/1, 131-147.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (Hg.) (2022): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*. Bielefeld: transcript.
- Neuburger, Tobias (2022): „Projektionsfläche rechtsextremen Gedankenguts“ – zur Dynamik des institutionellen Antiziganismus in der kommunalen Praxis. In: *ZREx – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2, 215-235.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Praunsmändel, Sarah / Schmidt, Stephanie / Thurn, Roman (2022): Zugang verweigert! Externe Polizeiforschung und Wissenschaftsfreiheit. In: *Kritische Justiz* 55/3, 303-321.
- Price, Jonathan / Spencer, Sarah (2014): *City-level responses to migrant families with restricted access to welfare benefits. A European pilot study*. Oxford: COMPAS report.
- Przyborski, Aglja / Wohlrab-Sahr, Monika (2010): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.
- Ratzmann, Nora (2022): „No German, no service“: EU migrants' unequal access to welfare entitlements in Germany. In: *Social Inclusion* 10/1, 227-238.
- Redaktion sub\urban (2023): Editorial. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/3-4, 7-15.
- Reichle, Leon Rosa (2023): Between depression and hope: Affective mediations of urban restructuring in Leipzig, East Germany. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 47/4, 546-562.
- Reichle, Leon Rosa (2024): Alienation and authoritarian appropriation – the spatio-temporality of political subjectivation under East German urban neoliberalism. In: *ZREx – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 4/1, 74-89.
- Reichle, Leon Rosa / Bescherer, Peter (2021): Organizing with tenants and fighting rightist resentments. In: *radical housing journal* 3/1, 11-31.
- Reichle, Leon Rosa / Dieckmann, Janine / Salheiser, Axel (2023): Institutioneller Rassismus: Wer von Polizei spricht, darf von Sozialbehörden nicht schweigen. In: *Migration & Soziale Arbeit* 45/4, 286-292.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11/1, 189-209.

## Institutionelle Normalität oder ostdeutsche Peripherisierung?

Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Claus Melter / Paul Mecheril (Hg.), Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach: Wochenschau, 25-38.

Salheiser, Axel / Quent, Matthias (2022): Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis / Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 165-182.

Schweitzer, Reinhard (2019): Health care versus border care: Justification and hypocrisy in the multilevel negotiation of irregular migrants' access to fundamental rights and services. In: Journal of Immigrant & Refugee Studies 17/1, 61-76.

Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: transcript.

Zschocke, Paul (2022): Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen. In: Daniel Mullis / Miggelbrink, Judith (Hg.), Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript, 145-164.

### **Institutional normality or East German peripheralization? An ethnographic account of local administrations' ways of dealing with racism**

Through an *ethnography around local administrations* the article analyzes how local social administrations de-thematize racism in an East German town. The method enables a spatially sensitive analysis of institutional racism: Administrative hierarchies are staffed in the context of a far-right hegemony; austerity and peripherization impair administrative working conditions; a conflict avoiding institutional culture is embedded in a right-wing local climate; the city is dependent on right-wing enterprises and the city's image gets protected not through diversity measures, but through the concealment of racism. Therewith racism is made invisible, depoliticized, normalized, and institutionalized.



# Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

*Borderscapes in ostdeutschen Großwohnsiedlungen*

Madlen Pilz, Katja Friedrich, Stefanie Rößler

Ostdeutsche Großwohnsiedlungen wurden in der Folge von Strukturwandel, Bevölkerungswegzug und Leerstand bis 2015 vielerorts zu sogenannten Rückbauquartieren. Insbesondere seit der Einwanderung von Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien flohen, ist eine Anpassung der kommunalen Perspektive auf diese Stadtteile notwendig. Adressiert werden müssen dabei der neue Bedarf nach Wohnraum sowie die Entwicklung von Infrastrukturen, die Inklusion und Beteiligung erleichtern. Der Beitrag analysiert am Beispiel zweier sozialer Infrastrukturen in der Schweriner Großwohnsiedlung Mueßer Holz – eines Stadtteilparks und eines Bildungsangebots – die zentrale Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen bei der Infrastrukturversorgung in diesem Ankunftsquartier. In einer Verschränkung aus Infrastrukturanalyse und dem *Borderscape*-Konzept richten wir den Fokus auf zentrale Aspekte der Aushandlung von Widersprüchen zwischen zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteur\*innen. Diese artikulieren sich in der Überschneidung von Integrations- und Quartierspolitiken sowie deren unterschiedlichen Verständnissen und Förderprogrammen im Prozess der Koproduktion der Infrastrukturen und erweisen sich als Barrieren für eine Inklusion von Migrant\*innen.

*An English abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Großwohnsiedlungen und Infrastrukturperspektiven

Großwohnsiedlungen (GWS) in ostdeutschen Städten sind seit der politischen Wende 1990 grundlegenden Veränderungsprozessen unterworfen – mit vielfältigen ökonomischen, demografischen, sozialen und räumlichen Folgen (Kabisch/Pössneck 2022; Hess et al. 2018). Die wirtschaftlich bedingte Abwanderung von Menschen aus Ostdeutschland, niedrige Geburtenraten und Wegzüge in sanierte Innenstädte oder neue suburbane Standorte führten in den GWS zu einer sinkenden Nachfrage nach Wohnraum, Gewerbe und Infrastruktur. Mit der Einführung staatlicher Subventionen für den Rückbau leer stehender Wohngebäude und überflüssig gewordener Infrastrukturen 2002

(durch das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau Ost“) wurden die GWS zu „Quartieren auf Zeit“ (Milstrey 2017). Die Forschung diskutierte diese Entwicklung unter dem Stichwort Schrumpfung (Rink 2020). Der Abriss von Wohn- und Funktionsgebäuden (Jugendklubs, Restaurants, Kindergärten und Schulen) hinterließ häufig begrünte Brachen – weite Flächen zwischen Wohngebäuden, isoliert stehenden Discountern, Schulen und Kitas (Rößler 2010). Belebte Plätze oder Begegnungsorte mit einer Vielfalt an Angeboten gibt es in den GWS heute kaum noch (Friedrich/Rößler 2023a). Kennzeichnend sind hohe Arbeitslosenquoten, niedrige Einkommen, eine hohe Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen und ein hoher Anteil von Kindern in Armut (Helbig/Jähnen 2019; Helbig 2023).

Aufgrund der in großer Zahl verfügbaren Wohnungen, für die Jobcenter die Miet- und Heizkosten übernehmen, wurde in den GWS das Gros der seit 2015 ankommenden Geflüchteten untergebracht. Infolgedessen weisen diese Quartiere mittlerweile die höchste Diversität in den Städten auf. Als Folge dessen steigt die Nachfrage nach Infrastrukturen sowie sozialen Dienstleistungen wieder an und die sozioökonomische Ungleichheit im Vergleich zu anderen städtischen Gebieten verschärft sich (El-Kayed et al. 2020). Durch diese Entwicklung rücken die GWS erneut in den Fokus der Politik, während die Forschung zunehmend ihre Funktionen und Spezifika als eine neue Form von Ankunftsquartieren untersucht (ebd.). Diese Betrachtungsweise greift auf die qualitativen Charakteristika der Definition von Ankunftsquartieren zurück. Diese richtet den Fokus auf die Dichte ethnischer Diversität sowie sogenannter migrantischer Ökonomien und Netzwerke (Kurtenbach 2015; Meeus et al. 2019; Hans et al. 2019; Hanhörster/Wessendorf 2020). Damit rücken die positiven Effekte der vorhandenen Ressourcen für Eingewanderte für die Forschung in den Vordergrund, zusammen mit spezifischen Infrastrukturen, die das An- und soziale Weiterkommen erleichtern.

Infrastrukturen bilden den Kernbestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge (Schmidt/Monstadt 2018), ihr Verständnis wurde in der Forschung zunehmend semantisch erweitert und auf zusätzliche Gesellschaftsbereiche bezogen (Barlösius 2019). Im engeren Sinne versteht die Stadtentwicklung darunter Einrichtungen, Anlagen und Betriebsmittel, die sowohl individuelle als auch kollektive Nutzeneffekte für die wirtschaftliche Entwicklung und das Zusammenleben haben. Traditionell zählen dazu sogenannte technische, graue oder

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

harte Infrastrukturen – die physischen Netze, welche die Ströme von Menschen, Gütern, Energie, Wasser, Abfall oder Informationen ermöglichen (Addie et al. 2020). Jüngst werden darunter auch städtische Grünräume (sogenannte grüne Infrastruktur, siehe Seiwert/Rößler 2020) oder Wasserflächen (sogenannte blaue Infrastruktur) gefasst, ebenso wie sogenannte soziale oder weiche Infrastrukturen. Dazu gehören Kultur-, Freizeit-, Erholungs-, Sport-, Gesundheits- sowie Bildungseinrichtungen und ergänzend die öffentliche Verwaltung (Latham/Layton 2019). Die genannten Infrastrukturen zeichnen sich in Deutschland dadurch aus, dass sie in der Regel staatlich und damit großteils steuer- beziehungsweise gebührenfinanziert bereitgestellt werden und eine entsprechend hohe Regelungsdichte für Anlage, Betrieb und Nutzung besteht. Sie stellen überwiegend kommunale Pflichtaufgaben dar (Schmidt/Monstadt 2018). Jüngere Arbeiten (u. a. Müller et al. 2017; Latham/Layton 2019) setzen sich verstärkt mit dem sozialen Charakter von Infrastrukturen und deren Beitrag zur Teilhabe und zum Miteinander in städtischen Räumen auseinander. Sie zeigen, dass soziale Infrastrukturen sowie deren Verteilung und Wirkung von politischen Machtverhältnissen abhängig sind. Damit reproduzieren Infrastrukturen soziale Ordnungen: Sie versorgen, verbinden und inkludieren, so wie sie auch Räume, Nutzer\*innen und Nutzungsformen exkludieren und hierarchisieren (Gandy 2005; Steele/Legacy 2017; Meeus et al. 2019; Latham/Layton 2019, 2022).

Die Migrations- und Integrationsforschung hat sich daran anknüpfend mit der Bereitstellung spezifischer Angebote zur Förderung der Inklusion und Beteiligung Eingewanderter beschäftigt (Meeus et al. 2019; Hans et al. 2019). Sie hat dazu formelle Institutionen und Einrichtungen, aber auch informelle Gelegenheitsstrukturen und Orte in den Blick genommen, die wichtige Aufgaben bei der Erstorientierung, Informations- und Kontaktvermittlung erfüllen. Neben Erstaufnahmeeinrichtungen (Steigemann 2019), staatlichen Beratungsangeboten (Swyngedouw 2019), Wohnungsunternehmen (Hanhörster et al. 2023) und Infrastrukturen der Arbeitsvermittlung (Maaroufi 2023) untersuchte sie auch migrantisches Netzwerke und Ökonomien (Schillebeeckx et al. 2019) sowie Einzelakteur\*innen in ihrer Rolle als Broker (Hans 2023; Hans/Hanhörster 2020; Wessendorf/Phillimore 2018).

Anknüpfend an diese Arbeiten beschäftigen wir uns in diesem Beitrag anhand des Schweriner Stadtteils Mueßer Holz – einem für im beschriebenen Sinne äußerst repräsentativen Quartier (StadtumMig-Projektteam

2023) – mit der infrastrukturellen Ausstattung ostdeutscher GWS.[1] In einer vergleichenden Analyse zweier Infrastrukturen – eines Stadtteilparks und eines Bildungsangebots – widmen wir uns den Potenzialen und Grenzen der Inklusion sowie den Beteiligungsmöglichkeiten[2] und damit auch den Ankommensfunktionen von Infrastrukturen vor Ort. Dabei gehen wir folgenden Fragen nach: (1) Wie gestaltet sich der Prozess der Koproduktion im Spannungsfeld zwischen staatlichen oder kommunalen Integrations- und Stadtentwicklungspolitiken, kommunalen Versorgungsaufgaben und -möglichkeiten, den Bedarfen der diversen Bewohner\*innenschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement? (2) Mit welchen Barrieren werden die Akteur\*innen im Prozess der Organisation und Umsetzung dieser Infrastrukturen konfrontiert und welche Lösungsansätze entwickeln sie?

Um diese Fragen genauer herauszuarbeiten, verschränken wir die Infrastrukturanalyse mit dem Konzept der *borderscapes* (Brambilla 2015; Brambilla et al. 2015; Brambilla/Jones 2019). Dieses fokussiert Praktiken der Koproduktion und (mitunter konflikthafter) Aushandlung von Grenzen. Es beschreibt diese dabei nicht nur als Repräsentationen nationalstaatlicher Politiken verschiedener Formen und Grade von Inklusion oder Exklusion, sondern auch als Räume zivilgesellschaftlichen Handelns und zivilgesellschaftlicher Selbstermächtigung von Exkludierten und somit als Räume, die durch dieses Handeln auch verändert werden können. Der Rückgriff auf dieses Konzept ermöglicht einen detaillierten Blick auf die Barrieren und Widersprüche, die aus den handlungspolitischen Kontextbedingungen von Infrastrukturen sowie aus den verschiedenen Interessen der beteiligten Akteur\*innen resultieren. Außerdem diskutieren wir mithilfe des Konzepts die Formen der Aushandlung und die dabei entstehenden neuen Selbstverständnisse und sozialen Beziehungen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen.

Unseren theoriegeleiteten analytischen Zugang zu Infrastrukturen entwickeln wir – in Kombination mit dem Konzept *borderscape* – im folgenden zweiten Abschnitt. In Abschnitt 3 umreißen wir die infrastrukturelle Situation unseres Untersuchungsgebiets, des Schweriner Stadtteils Mueßer Holz. Im vierten Abschnitt nutzen wir unseren analytischen Rahmen zur Beschreibung der ausgewählten Infrastrukturbeispiele. Abschließend reflektieren wir im fünften Abschnitt die Ergebnisse unserer Analyse und diskutieren den Wert der Zusammenführung beider Ansätze.

### 2. Forschungsansatz: Infrastrukturen als borderscapes

Während die Stadtforschung die infrastrukturelle Versorgung städtischer Räume untersucht, die insbesondere für marginalisierte Gruppen wichtig ist (Latham/Layton 2019: 7), interessiert sich die Migrations- und Integrationsforschung vorrangig für die Inklusivität von Infrastrukturen und die sich daraus ergebenden Beteiligungsmöglichkeiten für Migrant\*innen. In beiden Forschungsfeldern arbeiteten Forschende wesentliche Charakteristika von sozialen Infrastrukturen heraus. Im Folgenden fassen wir diese mit Blick auf unsere Analyse zusammen.

Durch die Verteilung, das Angebot und die Qualität von Infrastrukturen werden gesellschaftliche Machtverhältnisse und damit soziale Ordnungen reproduziert (vgl. u. a. Latham/Layton 2019; Müller et al. 2017; Orth et al. 2023). Somit reproduzieren Infrastrukturen (über ihre Ausstattung, Arbeitsweise und Teilhabeangebote) auch zentrale Politiken der (graduellen) Exklusion, die den Integrationsregulierungen zugrunde liegen. Dazu gehören etwa temporäre oder eingeschränkte Aufenthaltstitel, die Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die damit einhergehenden eingeschränkten Zugänge zum Arbeitsmarkt oder auch Wohnsitzauflagen, die Partizipation und Mobilität für Migrant\*innen einschränken (Xiang/Lindquist 2014; Meeus et al. 2019; Steigemann 2019; Swyngedouw 2019; Maaroufi 2023). Dabei entfalten soziale Infrastrukturen für verschiedenen Gruppen eine unterschiedlich inkludierende Wirkung (El-Kayed/Keskinkiliç 2023). In diesem Sinne symbolisieren und reproduzieren Infrastrukturen nicht nur soziale Ordnungen, sondern bringen diese ebenso hervor und stabilisieren sie (Müller et al. 2017: 5). Studien mit Rückgriff auf die Science and Technology Studies haben aufgezeigt, dass soziale Infrastrukturen ein relationales Zusammenspiel humaner und nicht humaner, physischer, materieller, netzwerkartiger, formeller und informeller Elemente darstellen – beispielsweise politischer Regulationen, ökonomischer Ressourcen, Institutionen oder auch Akteur\*innen (Gandy 2005; Xiang/Lindquist 2014; Niewöhner 2014). Dadurch können Infrastrukturen auch einer permanenten dynamischen Veränderung, Erweiterung oder Einschränkung unterliegen (Schillebeeckx et al. 2019; Swyngedouw 2019; Steigemann 2019; Hanhörster/Wessendorf 2020; Maaroufi 2023; Orth et al. 2023).

Verschiedene Autor\*innen haben bei ihrer Auseinandersetzung mit Infrastrukturen analytische Leitfäden erarbeitet, so etwa Latham und Layton (2019) für die Untersuchung infrastruktureller Ausstattung und

Funktionsweise oder Xiang und Lindquist (2014) für eine Analyse des Zusammenspiels verschiedener gesellschaftlicher Bereiche bezogen auf die Arbeitsweise von Infrastrukturen. Anknüpfend an diese Vorschläge beginnen wir unsere Analyse mit einem Überblick über die charakteristischen funktionellen und räumlichen Muster der infrastrukturellen Versorgung in unserem Untersuchungsquartier (Abschnitt 3). Im zweiten Schritt (Abschnitt 4) analysieren wir die Planung, Organisation und Umsetzung der beiden ausgewählten Infrastrukturen – eines Stadtteilparks und eines Arabischkurses. Dazu beschreiben wir Bedarf und Ziel der beiden Infrastrukturangebote, die Zielgruppe sowie die Ausgestaltung der Angebote, etwa ihre temporäre, räumliche und physische Zugänglichkeit (Latham/Layton 2019: 8). Zusätzlich nehmen wir die regulatorischen, handlungspolitischen und finanziellen Bedingungen für die Einrichtung und den Unterhalt der Infrastrukturen in den Blick (Xiang/Lindquist 2014: 124).

Die beiden analysierten Infrastrukturen weisen eine wesentliche Spezifik auf: Sie gehen in erster Linie auf zivilgesellschaftliche und zum Teil migrantische Initiative zurück. Ihre Existenz ist das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen zwei sehr ungleich mit Ressourcen sowie politischer Entscheidungs- und Umsetzungsmacht ausgestatteten Gruppen von Akteur\*innen: einerseits aus der Zivilgesellschaft und andererseits in staatlichen Institutionen. In diesem Fall ist die Planung und Organisation von Infrastrukturen bereits als ein Akt der Aushandlung von Integrations- beziehungsweise Quartierspolitiken und Ressourcen zu verstehen. Um die Problematik dieser Gemengelage sowie ihre Bedeutung für die Organisation und das Funktionieren der Infrastrukturen genauer zu analysieren, erweitern wir unsere Infrastrukturanalyse um Aspekte des Konzepts *borderscape*.

Jüngere Arbeiten in den Border Studies haben gezeigt, dass im Kontext von Globalisierung und Europäisierung eine Transformation staatlicher Grenzen und der durch sie repräsentierten Politiken von Zugehörigkeit und Abgrenzung stattfindet: Diese vollziehen sich jetzt in einer Vielzahl sehr diverser Alltagsorte und führen vielfältige Graduierungen der Anerkennung und Inklusion von Eingewanderten ein (Mezzadra/Neilson 2013; Brambilla 2015; De Genova 2002). Diesen Gedanken nehmen wir in die Diskussion über die Funktionsweisen sozialer Infrastrukturen und ihrer Reproduktion staatlicher Quartiers- und Integrationspolitiken auf (siehe u. a. Meeus et al. 2019; Swyngedouw 2019; El-Kayed/Keskinkiliç

2023; Maaroufi 2023; Orth et al. 2023). Das Konzept *borderscape* (Brambilla et al. 2015) bietet einen Rahmen für die Untersuchung der komplexen Konstruktion und räumlich-materiellen Mannigfaltigkeit aktueller Grenzen. Dabei rücken unter anderem die Beziehungen zwischen Grenzen und Nationen, zwischen Repräsentation und Aushandlung sowie – bei unserer Analyse – zwischen Infrastrukturen und Politiken, zwischen Produzenten und Nutzer\*innen in den Mittelpunkt (Brambilla 2015: 16). Unser Untersuchungsgegenstand ist somit der dialogische Charakter, der die jeweiligen Herstellungs- und Funktionsprozesse von Infrastrukturen kennzeichnet. Es geht um die Veränderungen und Verschiebungen, die aus dem Wechselspiel zwischen Repräsentation und Aushandlung entstehen sowie aus der Übersetzung von Regulationen des politischen Mehrebenensystems in lokale soziale Praktiken und kulturelle Produktionsmechanismen (Brambilla et al. 2015: 2 f.). Mithilfe des *Borderscape*-Konzepts können verschiedene Momente, Formen und Grade der Inklusion sowie der Aushandlung untersucht werden, die den Prozess der Koproduktion von Infrastrukturen kennzeichnen. Dabei lenken wir den Blick auch auf niedrigschwellige Konflikte und deren Verhandlung, etwa Verschiebungen oder die Re-Positionierungen zwischen Elementen oder Akteur\*innen, die mit einer Ermächtigung oder der Entstehung neuer politischer Subjekte einhergehen können (Brambilla 2015: 20). Daher widmet sich der dritte Analyseschritt (Abschnitt 4) den Akteur\*innen der Koproduktion der zwei untersuchten Infrastrukturbeispiele. Er zielt darauf ab, die Handlungsräume staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen, ihre Limitierungen durch Quartiers- und Integrationspolitiken sowie die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu unterscheiden, aber auch die Verschiebungen innerhalb der Beziehungen zwischen verschiedenen Akteur\*innen im Laufe des Prozesses zu beschreiben. Im vierten Schritt (Abschnitt 4) analysieren wir zentrale Widersprüche zwischen den Koproduzent\*innen der Infrastrukturen, die sich hinderlich auf deren Realisierung auswirken sowie auf spezifische Momente und Formen der Aushandlung, die einer Lösung oder Verschiebung dieser Widersprüche dienen.

Unsere Analyse stützt sich auf städtische Daten zur Infrastrukturversorgung, eigene Kartierungen und Beobachtungen, Quartiersbegehungen mit lokalen Akteur\*innen, städtische Handlungskonzepte und Planungsdokumente[3] sowie Interviews[4] mit Mitarbeiter\*innen

der städtischen Verwaltung und Personen, die sich in zivilgesellschaftlichen beziehungsweise migrantischen Organisationen engagieren.

Die raumwissenschaftliche Analyse des Quartiers basiert auf Raumkonzepten des gebauten und gelebten Raums (Friedrich 2011). Unsere Untersuchung und kartographische Darstellung dieses gebauten Raums umfasste bauliche, freiräumliche, infrastrukturelle und städtebauliche Daten. Die physischen Voraussetzungen haben wir zudem hinsichtlich der Möglichkeiten einer Raumeignung sowie der Begegnung bewertet (Friedrich/Rößler 2023a, 2023b).

Die städtischen Dokumente und die Interviews wurden mit Blick auf stadtplanerische und integrationspolitische Rahmenbedingungen sowie Governancekonstellationen einer systematischen Textanalyse unterzogen, die an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) angelehnt ist. Im Mittelpunkt standen dabei die Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der städtischen Dokumente und Konzepte, ihre Zielsetzungen und ihr Öffentlichkeitsgrad sowie die Identifikation und inhaltliche Analyse von a) Beschreibung und Problemanalyse b) Handlungsstrategien beziehungsweise Leitbild- oder Zielsetzungen, c) konkreten Maßnahmen und Projekten und d) Evaluierungen und Schlussfolgerungen (Bernt et al. 2020).

### **3. Untersuchungsgebiet: Die Schweriner Großwohnsiedlung Mueßer Holz**

Dieser Abschnitt beschreibt unseren ersten Analyseschritt und zentrale qualitative Aspekte der Entwicklung der untersuchten GWS zum Ankunftsquartier. Der Fokus liegt daher auf den Spezifika der infrastrukturellen Ausstattung.

Das Schweriner Quartier Mueßer Holz wurde zwischen 1978 und 1989 in Plattenbauweise errichtet. Die städtebauliche Struktur ist von der funktional-räumlichen Trennung in der modernen Stadtplanung geprägt (Kasten/Rost 2005). Die bauliche Grundsituation besteht aus relativ gleichförmigen langen, fünf- bis elfgeschossigen Wohngebäuden und ergänzenden Sonderbauten wie Schulen.

In Folge des Strukturwandels nach der Wiedervereinigung und der Abwanderung sank die Einwohner\*innenzahl von 23.470 im Jahr 1996 auf 9.587 im Jahr 2011. Aufgrund des daraus folgenden Leerstands wurde das Mueßer Holz zum Rückbauquartier. Parallel dazu wurden zahlreiche Wohngebäude im Quartier privatisiert, weshalb der

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

geplante Rückbau vom Rand her, mit dem Ziel der Erhaltung kompakter Siedlungsstrukturen, nicht gelang. Stattdessen kam es vor allem im Süden des Quartiers zu einer Perforierung der Stadtstruktur. Es entstanden weiträumige Freiflächen zwischen den Wohngebäuden, die den Charakter von Brachen annahmen. Vor allem im Süden des Quartiers fehlen Versorgungs- und Bildungsinfrastrukturen gänzlich.

Aufgrund des Wohnungsleerstands zeichnete sich im Mueßer Holz bereits vor 2015 eine Entwicklung zum Einwanderungsquartier ab, die sich seitdem zunehmend manifestiert: Die Diversifizierung der Bewohner\*innen erhöhte sich maßgeblich: Der Anteil von Menschen ohne deutschen Pass lag 2000 noch bei 6 Prozent. 2011 betrug er 10 Prozent und 2021 knapp 30 Prozent.[5] Durch den Zuzug stabilisierte sich die Bewohner\*innenzahl des Quartiers erstmalig seit 1990 wieder – 2021 betrug sie 11.045. In der Folge entwickelten sich im Quartier neue Bedarfe nach Kinderbetreuungs- und Bildungsmöglichkeiten, Beratungs- und Sprachlernangeboten sowie Freizeitangeboten – insbesondere für Kinder und jüngere Menschen – aber auch nach Orten der Begegnung im öffentlichen Raum. Damit einher gingen kommunale Strategien zur verstärkten Entwicklung von Infrastrukturen, um Eingewanderten Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Inklusion und Partizipation zu bieten.

Das Mueßer Holz – etwa zehn Kilometer südöstlich des Zentrums gelegen – ist durch eine Straßenbahnlinie an die Innenstadt angebunden. Wie sich der Karte zur Infrastrukturausstattung (Abb. 1) entnehmen lässt, ist die Grundversorgung des Quartiers mit Waren des täglichen Bedarfs und mit Bildungs-, Betreuungs- sowie medizinischen Einrichtungen gewährleistet. Daneben gibt es vier Quartierszentren in der Hand freier oder sozialer Träger oder der Stadt. Soziale Infrastrukturen wie Spiel- und Sportplätze oder Jugendklubs sind allerdings selten. Die städtebauliche Entwicklung und das Ankommen im Mueßer Holz planen und koordinieren verschiedene Akteur\*innen der Stadtverwaltung.[6] Des Weiteren sind im Quartier zahlreiche soziale Träger und ehrenamtliche Vereine aktiv. In der Mehrheit handelt es sich um rein migrantische Organisationen.[7] Das Angebot aller Vereine ist sehr vielfältig und hängt vor allem von den zur Verfügung stehenden Personalressourcen ab, da die Arbeit meist ehrenamtlich erfolgt. Punktuell haben sich im Quartier auch migrantische Ökonomien angesiedelt wie Lebensmittelkioske, Imbisse und ein arabischer Supermarkt.

Eine im Rahmen des Projekts durchgeführte Bewohner\*innenumfrage ergab, dass eine Mehrheit der Befragten mit der Grundversorgung zufrieden ist. Bemängelt wird jedoch das Fehlen alltäglicher Treffpunkte für Menschen mit verschiedenen Interessen sowie insbesondere kultureller und gastronomischer Angebote (El-Kayed et al. 2023). Das zeigt auch die in Kartenform aufgearbeitete Analyse des Infrastrukturangebots im Quartier (Abb. 1).

Für die vorliegende Analyse haben wir zwei Infrastrukturbeispiele ausgewählt, die zum einen direkt auf die Veränderungen im Quartier und Bedarf der Bewohner\*innen reagieren und zum anderen nicht originär auf staatlichem Handeln beruhen. Damit repräsentieren die beiden Beispiele zwei typische soziale Infrastrukturen, die sich jedoch in ihrem Angebot unterscheiden. Das erste ist der sogenannte Plattenpark. Dieser einzige Stadtteilpark im Quartier ist eine Reaktion auf den Rückbau und bietet einen öffentlichen Freiraum für individuelle und kollektive Nutzungen sowie für Begegnungen. Diese sind wichtig, um Menschen vor Ort die Aneignung von Räumen und damit auch ein gelingendes Ankommen zu ermöglichen. Zudem entstand der Plattenpark – was für einen Park recht unüblich ist – auf zivilgesellschaftliche Initiative hin und auch heute wird die Nutzung und Unterhaltung nahezu ausschließlich von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen organisiert. Das zweite Beispiel ist die arabische Sonntags:Schule! – eine migrantisch organisierte und nicht kommerzielle Bildungsinfrastruktur, die direkt auf die Bedarfe arabischsprachiger Eingewanderter reagiert. An ihr lassen sich die Bedingungen untersuchen, unter denen sich insbesondere Eingewanderte an der Gestaltung des Quartierslebens beteiligen können.

#### **4. Zwei exemplarische Infrastrukturen im Mueßer Holz**

In diesem Abschnitt analysieren wir die beiden Infrastrukturbeispiele entlang der in Abschnitt 2 beschriebenen Analyseschritte. Dabei gehen wir in den Abschnitten 4.1.1. und 4.2.1. auf zentrale Aspekte der Planung, Organisation und Umsetzung des Angebots ein (zweiter Analyseschritt). In den Abschnitten 4.1.2. und 4.2.2. widmen wir uns der spezifischen Akteur\*innenkonstellation (dritter Analyseschritt). In den Abschnitten 4.1.3. und 4.2.3. stellen wir charakteristische Widersprüche zwischen den Akteur\*innen sowie Momente ihrer Aushandlungen vor (vierter Analyseschritt).

# Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

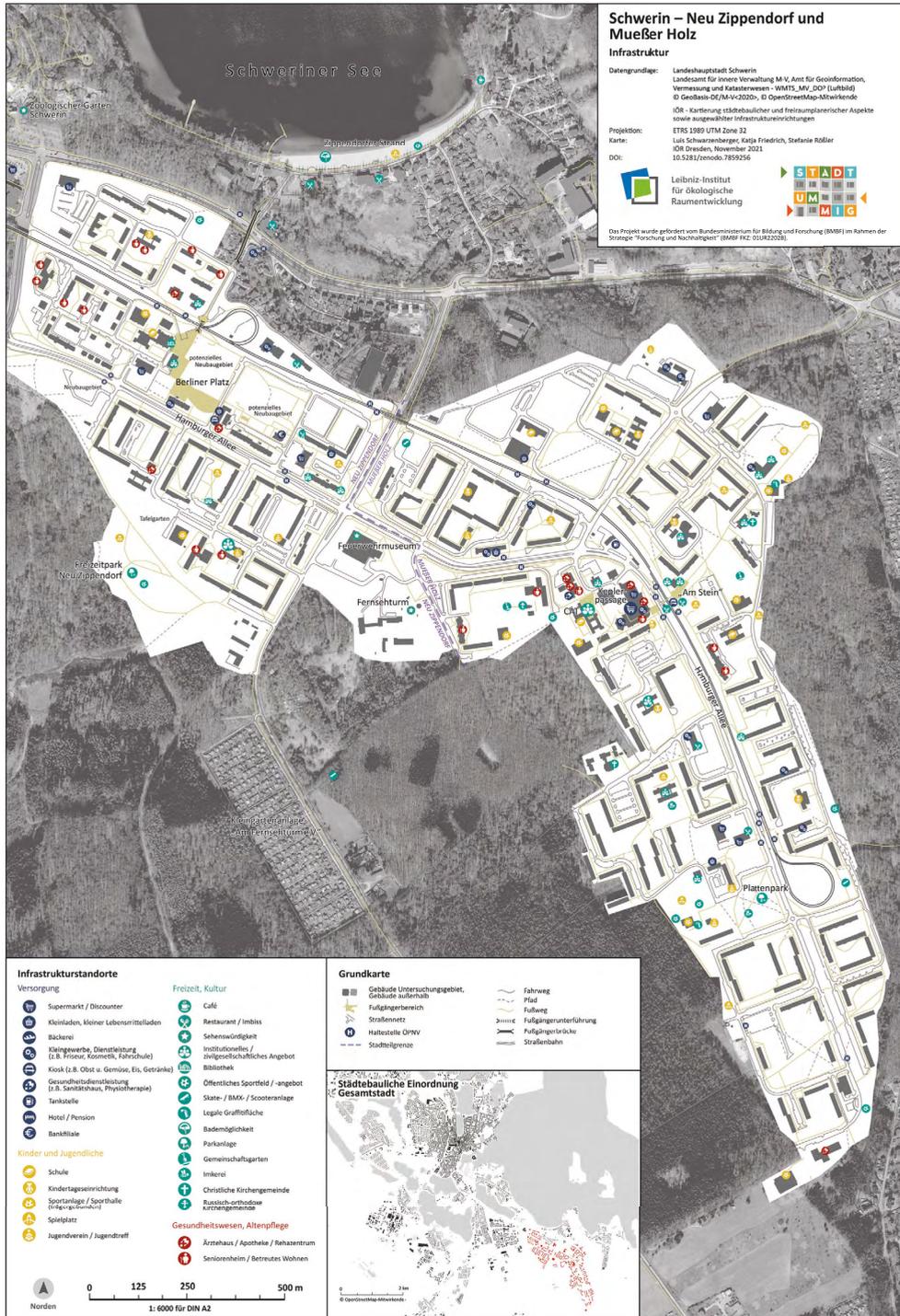


Abb. 1 Infrastrukturkarte der Schweriner Stadtteile Neu-Zippendorf und Mueßer Holz (südlich der Strichlinie) (Quelle: Friedrich/Rößler 2023a).

## 4.1. Plattenpark

### 4.1.1. Planung, Organisation und Umsetzung

Die etwa 1,8 Hektar große freie Fläche des heutigen Plattenparks und dessen Umfeld entstanden durch Gebäuderückbau. Die Gestaltung des Parks und sein Name gehen auf den Verein „Die Platte lebt“ e. V. (Die Platte lebt o. J.) zurück. Diesen gründeten mehrheitlich deutschsprachige Mitglieder auf Initiative des damaligen Quartiersmanagements im Jahr 2004. Der Verein hatte ursprünglich das Ziel, dem schrumpfungsbedingten Niedergang des Quartiers mit Aufwertungsmaßnahmen entgegenzuwirken und den Bewohner\*innen einen Identifikationsanker anzubieten (Die Platte lebt 2020). Die Rückbaubrache sollte als grüner Aufenthalts- und Begegnungsort für die Anwohner\*innen entwickelt werden. Öffentliche Parkanlagen, die grundsätzlich von allen Bewohner\*innen im Quartier voraussetzungs- und barrierefrei nutzbar sein sollen, haben als Orte der Begegnung sowie als Aneignungsangebote in Ankunftsquartieren eine große Bedeutung (Haase/Schmidt 2019). Den öffentlichen Raum auch als Teil des eigenen (neuen) Zuhauses zu verstehen, ist Teil von Inklusion und Partizipation. Damit sind Parkanlagen auch offen, eine Form von Ankunftsinfrastrukturen anzubieten.

Eine anfängliche Idee bei der Anlage des Parks war die Verwendung vorhandener Abbruchmaterialien. Ein ganzheitliches Gestaltungs- und Nutzungskonzept für den Park gab es jedoch nicht. Die damals aufgestellten und bis heute von Kindern bemalten Plattenbauelemente prägen die Freifläche (Abb. 3).

„Wenn wir hier schon so eine Freifläche haben, bevor die einfach nur mit Unkraut vor sich hin wuchert – die Stadt hat kein Geld und will da auch nichts investieren [...] – könnten wir uns vorstellen, da einen Erlebnispark zu machen.“

(Die Platte lebt 2020)

Nach der Eröffnung des Parks im Jahr 2014 erfolgten sporadisch weitere gestalterische Maßnahmen, finanziert mit Investitionsmitteln der Kommune. So wurden etwa als naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahme Obstbäume gepflanzt. Einzelne Gestaltungselemente gehen auf Ad-hoc-Aktivitäten von im direkten Umfeld tätigen Vereinen sowie auf Projekte aus der Umgebung zurück.[8] Der Verein „Die Platte lebt“ bespielt den Park mit einzelnen Veranstaltungen wie Stadtteilsten oder

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

Seifenkistenrennen. Der Park ist frei zugänglich, wird aber aufgrund seiner abgelegenen Lage im Quartier vor allem von Anwohner\*innen als Durchwegung genutzt. Er wirkt über weite Tagesabschnitte eher verwaist. Die Analyse der Infrastrukturausstattung (Abb. 1) sowie unsere eigenen Beobachtungen vor Ort zeigen, dass ein Grund hierfür die fehlende funktionale Vielfalt und Dichte des Parks ist: Der Mangel an Angeboten rings um den Park sowie die aktuelle Ausstattung des Parks selbst – so gibt es etwa keinen Spielplatz – führen dazu, dass er für Anwohnende nur während bestimmter organisierter Events zu einem öffentlichen Ort wird; daher dominieren gegenwärtig einzelne Nutzungen. Darunter sind positiv konnotierte wie temporäre Sportangebote von Vereinen für einzelne Zielgruppen, aber auch negativ konnotierte, wie der Aufenthalt alkoholischer Gruppen oder abendlich randalierender Jugendlicher. Die in alle Richtungen vorhandene Offenheit des Parks führt, zusammen mit dem Fehlen tatsächlich breiter Alltagsangebote für alle Bevölkerungsgruppen, eher zu weniger Öffentlichkeit und in Teilen sogar zur Ausgrenzung von Gruppen, etwas von Familien oder Kindern.



Abb. 2 Strukturierung des Parks durch Wege, Bäume und Einzelobjekte (Plattenbauelemente, Bienenstöcke, Bücherkarren und Bänke). Der Park grenzt an weitere Freiflächen und Brachen an. Nördlich und westlich des Parks befinden sich soziale Angebote für Kinder und Jugendliche (Quelle: Friedrich/Rößler 2023a).

#### 4.1.2. Akteur\*innenkonstellation

Der zentrale Akteur bei der Entwicklung des Parks war und ist der Verein „Die Platte lebt“. Eigentümerin der Fläche ist die Stadt Schwerin. Sie gestattet die Gestaltung und Bespielung des Parks durch den Verein und unterstützt im Rahmen verschiedener Förderprogramme einzelne Maßnahmen und Aktivitäten mit öffentlichen Geldern. Da der Park nicht als öffentliche Grünfläche gewidmet ist, übernimmt der kommunale Grünpflegebetrieb nicht die Parkpflege. Diese führen stattdessen bei Bedarf Personen aus, die von der Stadt über Fördergelder des Europäischen Sozialfonds finanziert werden.

An den Park angrenzende Gebäude von Vereinen wie der Kindertafel und des Jugendklubs Ost 63 sowie Sportanlagen – etwa ein kleiner Bolzplatz sowie das sogenannte Gorodki-Feld – sind mit regelmäßigen Sport- und Freizeitangeboten wichtige Anlaufstellen auch für Kinder und Jugendliche aus eingewanderten Familien. Die, teilweise migrantischen, Vereine nutzen den Park auch für einzelne Aktivitäten. Die Akteur\*innen im und um den Park verbindet das Ziel, Kinder und Jugendliche in prekären Verhältnissen zu betreuen.

Die Anwohner\*innen als Zielgruppe nehmen die organisierten Angebote an. Eine tatsächliche Aneignung des Parks als öffentlicher Freiraum in Form eigener Aktivitäten oder einer aktiven Nutzung ist jedoch kaum zu beobachten. Die Bespielung und Pflege der Parkfläche geht somit vielfach auf die koproductive Zusammenarbeit unterschiedlicher Vereine, geförderter Projekte und der Stadt (im Rückgriff auf Förderprogramme) zurück.

#### 4.1.3. Aushandlungsmomente

Bei der Entwicklung des Parks lassen sich verschiedene Widersprüche und Aushandlungsmomente ausmachen, die dessen Funktion als inklusive soziale Infrastruktur im Sinne des *Borderscape*-Konzepts einschränken.

Ein erster und sehr zentraler Widerspruch ergibt sich aus den umfangreichen städtebaulichen Herausforderungen, konkret aus den ungestalteten Rückbaubereichen, der Reduzierung von Infrastrukturangeboten und der räumlichen wie funktionalen Entdichtung. Diese sollen zwar mit dem Park adressiert werden, allerdings bietet dieser nur unzureichende gestalterische und funktionale Antworten auf diese Herausforderungen. Die Gestaltung erfolgt in Form punktueller Einzelmaßnahmen eines Vereins (etwa das Bemalen aufgestellter Plattenbauelemente), durch externe Akteur\*innen (so das Aufstellen von Bienenstöcken durch einen

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

Bienenzüchter) und durch die partielle Unterstützung der Kommune. Diese Einzelmaßnahmen reichen jedoch nicht aus, um den genannten Herausforderungen zu begegnen. Damit ist der Plattenpark insgesamt eine unzureichende und einseitige Form der Aushandlung beziehungsweise des Umgangs mit städtebaulichen Aufgaben.

Ein zweiter Widerspruch liegt in den begrenzten Ressourcen und in den daraus folgenden geringen Handlungsspielräumen der Hauptakteur\*innen (also dem Verein „Die Platte lebt“ und der Kommune), einen Park dieser Größe zu gestalten und zu unterhalten: Weder sind die professionellen Kompetenzen und materiellen Ressourcen des Vereins ausreichend für eine bedarfsgerechte Gestaltung des Parks, noch ermöglicht es die kommunale Haushaltslage aktuell,[9] die für einen öffentlichen Park in diesem Quartier erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Der einzige Umgang mit diesem Widerspruch ist die Beantragung von Fördermitteln, bei der sich die Akteur\*innen gegenseitig unterstützen. Doch selbst wenn es Fördermöglichkeiten für investive bauliche Maßnahmen gibt, so ist eine dauerhafte Unterhaltung des Parks über Förderprogramme in der Regel nicht finanzierbar. Dies bleibt der Stadt überlassen, die aufgrund ihrer Haushaltsnotlage nur über sehr begrenzte eigene Möglichkeiten verfügt:

„Auf jeden Fall könnten wir da nicht [mehr tun], weil das Innenministerium gleich sagen würde: ‚Nee, nee, keine Pflichtaufgabe.‘ [...] Die wollen immer einen Folgekostennachweis haben. Also die Investitionskosten sind noch nicht mal so unbedingt das Problem.“  
(Stadtplanungsamt 2020)

Das Vorgehen der Stadtverwaltung, einem lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur die Gestaltung und Bespielung eines Parks von durchaus erheblichem Ausmaß zu überlassen, zeigt im Sinne eines dritten Widerspruchs die in der Wissenschaft bereits verschiedentlich kritisch diskutierte Verschiebung öffentlicher Aufgaben in den zivilgesellschaftlichen Sektor (Swyngedouw 2005). Problematisch daran sind die sich von einer kommunalen Verwaltung unterscheidenden Zeit- und Handlungsperspektiven des Vereins: Eine öffentliche Grünfläche ist als langfristig angelegte Infrastruktur eine öffentliche Aufgabe, die einer kontinuierlichen und fachgerechten Unterhaltung bedarf. Fragen des täglichen Betriebs bleiben im Plattenpark jedoch im Wesentlichen offen oder der Zivilgesellschaft überlassen. Darunter fällt auch die regelmäßige

Pflege (Baum- und Rasenschnitt, Bewässerung). Ein Verein verfügt aber nicht über ausreichende Kapazitäten, um diese Daueraufgabe zu übernehmen. Zudem sind Vereine auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Dieses unterliegt gewissen Dynamiken (wechselnde Personen, individuell unterschiedliche Kompetenzen und Ziele, unsichere Finanzierungsperspektiven), die zwar die temporäre Bespielung eines Parks ermöglichen, nicht aber dessen dauerhafte Unterhaltung und Weiterentwicklung. Die Zusammenarbeit von Vereinen und Kommune führt zwar zu einer Verbesserung der insgesamt eher defizitären Situation im öffentlichen Freiraum; das Engagement aller Beteiligten – sowohl der Vereine als auch der Stadt – und die guten Ansätze bei Einzelmaßnahmen reichen jedoch nicht aus, um die Grünfläche so zu entwickeln, dass sie als offener und attraktiver Aufenthalts- und Begegnungsort wirken kann. Die Fläche wird den Erwartungen vieler Bewohner\*innen in puncto Gestaltung, Funktionalität und Pflegezustand nicht gerecht – auch im Vergleich zu anderen, beispielsweise innerstädtischen Grünflächen. Im Gegenteil: Die minimalen gestalterischen Eingriffe und der Mangel an Pflege verstärken eher noch den vernachlässigten Charakter und das Gefühl des Abgehängtseins des Quartiers – entgegen der Intention der beteiligten Akteur\*innen.

Ein vierter Widerspruch erweist sich als hinderlich dafür, dass der Plattenpark als (einziger) Park des Stadtteils wie ursprünglich angestrebt zum Aufenthalts- und Begegnungsort für alle Bewohner\*innen – alte und neue – wird und damit zu einem inklusiven und lebendigen öffentlichen Ort mit einem positiven Quartierseffekt. Mit der beschriebenen diffusen Verantwortungslage verbindet sich auch eine Unklarheit darüber, wer über die Gestaltung und Nutzung der Fläche bestimmen darf oder wer Nutzungskonflikte moderiert und Ausgrenzungen von einzelnen Gruppen durch dominierendes Verhalten anderer Gruppen mindert. Verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen verfolgen jeweils unterschiedliche Ziele, in welchen infolge des individuellen Engagements häufig auch persönliche Vorstellungen zum Ausdruck kommen. Dadurch werden diese Initiativen nicht allen Zielgruppen und Interessen gerecht. Ein Wesensmerkmal öffentlicher Grünflächen als soziale Infrastruktur ist die zunächst voraussetzungs- und barrierefreie Nutzbarkeit für die gesamte Bevölkerung. Dies erfordert allerdings eine gleichberechtigte Adressierung verschiedener Nutzungsanforderungen bei Planungsentscheidungen. Das ist wiederum eine regelmäßige

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

Aufgabe kommunaler Verwaltungen, kann jedoch nicht von Vereinen oder Projekten mit begrenzten Aufgaben und Ausrichtungen geleistet werden. Zudem verfügen diese weder über die personellen Kapazitäten noch über eine ausreichende Legitimation, um die genannten unerwünschten Nutzungen einzuschränken. Ein Verein kann an einem solchen Interessensausgleich sicherlich mitwirken, das ersetzt allerdings nicht das hoheitliche Agieren einer Kommune.

Die beteiligten Vereine versuchen – unterstützt durch die Stadt – durch den Plattenpark und verschiedene Angebote städtebauliche, funktionale und sozialräumliche Herausforderungen miteinander zu verhandeln und zu bearbeiten. Die Akteur\*innen übernehmen dabei ein hohes Maß an infrastrukturierender Arbeit und Verantwortung im Quartier – in Zusammenarbeit mit der Stadt. Aufgrund der hohen Aufgaben- und Ressourcenlast beim Unterhalt von Parkflächen gelingt die Herstellung eines inklusiven Quartiersraums, der tatsächlich zu einer Aneignung durch breite Zielgruppen einlädt, jedoch nur bedingt. Das führt wiederum dazu, dass der Plattenpark den Mangel an öffentlichen, attraktiven und vielfältigen Räumen für die Anwohner\*innen nur bedingt löst, dass er nur begrenzt als Ort der Begegnung und Teilhabe wirken kann und stattdessen als Zeichen ungelöster Widersprüche im Raum sichtbar wird.



Abb. 3 Bemaltes Plattenbauelement im Plattenpark (Quelle: Katja Friedrich).

## 4.2. Sonntags:Schule!

### 4.2.1. Planung, Organisation und Umsetzung

Die Sonntags:Schule! bietet im Mueßer Holz an Wochenenden für Kinder von Eingewanderten arabischen Sprachunterricht „fern von Politik oder Religion“ an (Ma'an 2020). Das Kursangebot entwickelte der Schweriner Verein „Miteinander – Ma'an“ 2016. Ihm ging es erstens darum, die Kommunikation zwischen den Kindern Eingewanderter aus dem arabischen Sprachraum und ihren Familienangehörigen in den Herkunftsländern zu unterstützen. Zweitens gab es auch in Schwerin unter den Eingewanderten Lehrer\*innen, deren Abschlüsse nicht anerkannt wurden und die Probleme hatten, alternative Arbeitsmöglichkeiten zu finden (ebd.).

Große Unterstützung erhielt der Verein bei der Umsetzung der Idee vom Internationalen Bund (IB), der im Quartier Räumlichkeiten für die Kurse zur Verfügung stellte. Bis zur Coronapandemie wurden sechs Kurse angeboten, unterrichtet von 18 Lehrenden. Die Kurse entwickelten sich zu einem sozialen Treffpunkt der arabischsprachigen Community im Quartier (Ma'an 2023).

Finanziert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit konnte eine pädagogische Fortbildung für die Lehrer\*innen organisiert werden. In der Folge begann ab 2018 auch die Stadt Schwerin die Sonntagsschule zu unterstützen, sodass das Lehrpersonal Aufwandsentschädigungen und der IB Mietkosten erhalten konnte.

Während des pandemiebedingten Lockdowns wurde der Schulbetrieb in digitaler Form weitergeführt. Danach wurden wieder vier Kurse in Präsenz angeboten, allerdings nur zwei in den Räumlichkeiten des IB, dem es an Raumkapazitäten fehlt. Zwei weitere Kurse finden vorübergehend in den eigenen, beengten Büroräumen des Vereins Ma'an statt. Die Kurse sind jedoch nicht mehr Anlass für Treffen der arabischsprachigen Community, der Vereinsvorsitzende vermutet als Grund, dass nicht mehr alle Kurse am selben Ort stattfinden (ebd.).

Das Angebot des Vereins richtet sich an partikulare Bedarfe einer migran-tischen Gruppe. Es ist für seine Organisator\*innen und Nutzer\*innen Teil eines selbst gestalteten Quartiersalltags. Für die Umsetzung des Angebots ist jedoch die Unterstützung weiterer Akteur\*innen erforderlich.

### 4.2.2. Akteur\*innenkonstellation

Die arabische Sonntagsschule ist ein koproduziertes Infrastrukturangebot im Quartier. Zentral für die regelmäßige Umsetzung des Angebots sind der Verein und die ehrenamtlichen Lehrer\*innen, aber auch der IB und die Stadtverwaltung. Die Akteur\*innen zeichnen sich durch unterschiedliche sich durch Handlungsspielräume und -bedingungen sowie gegenseitige Abhängigkeiten aus.

Ma'an ist einer der wenigen multinational organisierten Vereine im Quartier. Er teilt sich dort auch ein kleines – von außen kaum sichtbares – Büro mit einem weiteren Verein (Ma'an 2023). Der Name des Vereins Miteinander – Ma'an verweist auf dessen Ziel, das Zusammenleben zu fördern. Dazu bietet er verschiedene Aktivitäten an, die sich sowohl an einzelne Gruppen von Eingewanderten mit ihren Bedarfen richten (etwa Schwimmkurse oder Nachhilfeunterricht) als auch an die gesamte Stadtgesellschaft (etwa ein jährlich stattfindendes internationales Lesefest; Miteinander – Ma'an o. J.). Die Arbeit des Vereins wird ausschließlich durch Ehrenamtliche geleistet, der Verein verfügt nicht über finanziellen Ressourcen (Ma'an 2020). Seine Angebote sind daher auf die Kooperation mit anderen Vereinen, Institutionen oder auf temporäre Förderungen angewiesen. Der Vereinsvorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf die große Unterstützung „deutscher“ (ebd.) Mitarbeitender, die bei der Vereinsgründung, bei Antragstellungen und Abrechnungen ihre Kenntnisse einbringen. Er sagt: „Ohne sie hätten wir vieles nicht erreichen können“ (ebd.). Damit ist der Verein in besonderer Weise von aktiven Einheimischen abhängig sowie im Falle der Arabischkurse von eingewanderten Lehrer\*innen aus Syrien. Den Kontext ihres Engagements bildet die fehlende Anerkennung ihrer im Ausland erhaltenen Abschlüsse und ihre in Folge geringen Chancen auf dem Schweriner Arbeitsmarkt. Der Verein bietet ihnen die Möglichkeit, im Arabischunterricht Arbeitspraxis zu sammeln und sich bei pädagogischen Fortbildungen weiterzuqualifizieren.

Der IB, der zweite wichtige Akteur der Arabischkurse, ist ein großer, bundesweit agierender freier Träger. Im Quartier betreibt er ein Mehrgenerationenhaus mit einem vielfältigen Angebot, zu dem es gehört, andere Engagierte durch die kostenfreie Überlassung von Räumen für Veranstaltungen zu unterstützen (Dreesch-Schwerin.de o. J.). Dabei stößt der IB mittlerweile jedoch an seine eigenen Kapazitätsgrenzen.

Auch die Stadt und ihre verschiedenen Institutionen spielen in dieser Konstellation eine wichtige Rolle, in diesem Falle in besonderer Weise das Büro der Integrationsbeauftragten im Sozialdezernat.

Die Betrachtung der Akteur\*innen rund um die Sonntagsschule zeigt, dass der Verein Ma'an im Quartier durch verschiedene Angebote in Erscheinung tritt. Einige davon stellen ein ergänzendes Angebot zu den pflichtigen kommunalen Versorgungsaufgaben im Bildungsbereich dar, andere betreffen eher partikulare Interessen im freiwilligen Bereich. Damit ist der Verein trotz seines fehlenden ökonomischen Handlungsspielraums sehr aktiv an der Infrastrukturausgestaltung beteiligt. In der täglichen Arbeitspraxis bedeutet das jedoch eine große Abhängigkeit des Vereins von weiteren Akteur\*innen im Quartier sowie von der Stadtverwaltung. Das führt für den Verein bei allen Angeboten zu einem großen Koordinationsaufwand.

#### 4.2.3. Aushandlungsmomente

Während die Stadt viele Angebote des Vereins frühzeitig unterstützte (Landeshauptstadt Schwerin 2018a), war die arabische Sonntagsschule von Anfang an von verschiedenen Schwierigkeiten begleitet. Bei der Stadtbevölkerung und in der städtischen Verwaltung fehlte es zunächst an Verständnis und Akzeptanz für das Projekt, wie der Vereinsvorsitzende berichtet:

„Viele haben uns gefragt: ‚Warum Schule auf Arabisch, die Kinder müssen doch Deutsch lernen?‘ Und wir haben gesagt: ‚Wir sind da gar nicht dagegen, aber man könnte auch einen Tag in der Woche Arabisch lernen.‘ Und an diesem Tag findet auch das Leben auf andere Art und Weise statt. Da sind die arabischen Kinder unter sich mit den arabischen Lehrerinnen und Lehrern und das Leben sieht anders aus. Also nur in diesen 6 Stunden. [...] [Ein weiteres Problem bestand in der Befürchtung, Anm. d. A.] da wird vielleicht Religion unterrichtet.“

(Ma'an 2020)

Dieses fehlende Verständnis für das Projekt der arabischen Sonntagsschule findet sich auch in zahlreichen Integrationspapieren auf städtischer und nationaler Ebene wieder, in denen deutsche Sprachkenntnisse als wichtige Integrationsvoraussetzung gesetzt werden:

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

„Die wichtigste Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, für einen gelingenden Wissenserwerb und daher grundlegend für eine erfolgreiche Zukunft in Schule, Ausbildung und Berufsleben ist das Erlernen der Landessprache. Somit ist die Förderung der Sprachkompetenz im Integrationsprozess von herausragender Bedeutung.“

(Landeshauptstadt Schwerin 2018b: 28; Landeshauptstadt Schwerin 2018a: 28; Integrationsbeauftragte 2019)

Das Zitat spiegelt das in Schwerin dominante mehrheitsgesellschaftliche Verständnis wider. Das Bewusstsein über die Bedeutung muttersprachlicher Kenntnisse für den Sozialisations- und Identitätsbildungsprozess migrantischer Jugendlicher sowie für das Erlernen von Fremdsprachen (also in diesem Falle auch des Deutschen) scheint bislang weniger verbreitet zu sein, obwohl sich dieser Gedanke ebenfalls in einer Reihe integrationspolitischer Papiere findet (siehe u. a. Landeshauptstadt Schwerin 2011: 14 f., 2022: 16; Schupp/Wohlfarth 2022). Damit wird eine Machtasymmetrie zwischen einem in der Aufnahmegesellschaft weitverbreiteten Standpunkt, der einen ausschließlichen Fokus auf Deutschkenntnisse legt, und den Interessen von Angehörigen migrantischer Gruppen, für die auch Kenntnisse der jeweiligen Herkunftssprache wichtig sind, wirksam. Diese hat Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen und wird so für das Angebot des Vereins zu einem (allerdings nicht unüberwindbaren) Hindernis: Der Verein bekommt erst mal keine Förderung für Unterrichtsräume, Lehrmaterialien oder eine Kompensation der Leistungen ehrenamtlicher Lehrkräfte.

Diesen Schwierigkeiten begegnete der Verein mit verschiedenen Maßnahmen, die für ihn einen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeuten. Zum einen ging der Verein eine Kooperation mit dem IB ein und nutzte dessen kostenloses Raumangebot im Quartier. Zum anderen lud der Verein verschiedene Akteur\*innen wie das Schulamt oder die Integrationsbeauftragte zu den Arabischkursen ein und stellte das Projekt vielfach öffentlich vor (Ma'an 2023). Zusammen mit pädagogischen Weiterbildungen für die Lehrkräfte führte dies zu entscheidenden Veränderungen der Position in der städtischen Verwaltung. In der Folge konnte der Verein ab 2018 eine Förderung für Aufwandsentschädigungen

für das Lehrpersonal beantragen. Lehrkräften, die Sozialleistungen vom Jobcenter beziehen, wurden diese allerdings davon abgezogen.

Ein weiteres zentrales Moment der Aushandlung entspann sich rund um die prekäre Stellung ehrenamtlicher Tätigkeit von Migrant\*innen und die damit einhergehenden Ressourcen. Staatlicherseits wird ehrenamtliches Engagement als Aspekt zur Aktivierung der Bewohner\*innenschaft betrachtet. Das Beispiel des Vereins Ma'an verdeutlicht, dass ehrenamtliche Initiativen und Angebote im Quartier nicht nur sehr spezielle Bedarfe ansprechen, sondern auch Versorgungslücken schließen. Das Fehlen verschiedener Ressourcen (Wissen, Finanzen, Räume) bildet dabei jedoch eine entscheidende Barriere.

Die Komplexität der Beantragung von Fördergeldern hat auf ehrenamtliche migrantische Organisationen einen ausgrenzenden Effekt. Dazu kommen Schwierigkeiten mit dem Behördendeutsch sowie der buchhalterische und damit auch personelle Aufwand bei größeren (geförderten) Projekten.[10] Die Gründung des Vereins Ma'an 2016 beschreibt der Vereinsvorsitzende als unkompliziert. Das sei der Mitarbeit engagierter deutscher Schweriner\*innen zu verdanken. Er merkt jedoch kritisch an: „Ehrenamt wird immer gelobt, aber wenn es um Finanzierung geht, dann muss man auch Anträge schreiben. Aber wie kann man davon ausgehen, dass ein Flüchtling, der aus Syrien kommt, so einen Antrag schreiben kann. Das ist problematisch für migrantische Vereine.“ (Ma'an 2020).

Das Beispiel verdeutlicht, dass migrantisches Engagement in einen spezifischen Grundwiderspruch eingewoben ist. Migrantische Vereine müssen einen sehr hohen persönlichen Arbeitsaufwand zur Vernetzung und Kooperation mit anderen Akteur\*innen betreiben, um die fehlenden Sprachkenntnisse, Wissens- sowie finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder auszugleichen und koproduzierend aktiv werden zu können. Gleichzeitig sind die personellen Ressourcen – wie im Falle von Ma'an und der ehrenamtlichen Lehrenden – von weiteren Institutionen wie dem Jobcenter abhängig, die das Engagement eingrenzen können. Unter diesen Bedingungen kann es schwerfallen, selbst ein gut laufendes Angebot auf Dauer sicherzustellen. Umso bemerkenswerter ist daher, dass die Sonntags:Schule! mittlerweile ihr sechsjähriges Jubiläum feiern konnte.[11]

### 5. Infrastrukturen als borderscapes

Ausgangspunkt unseres Beitrags war die beispielhafte Betrachtung der Spezifika der infrastrukturellen Ausstattung in der Schweriner Großwohnsiedlung Mueßer Holz. Der Fokus unserer Betrachtung lag weniger auf Infrastrukturen der Grundversorgung, sondern richtete sich auf soziale Infrastrukturen, die der Orientierung, Inklusion, Beteiligung und sozialen Mobilität von Eingewanderten im Ankunftsprozess dienen können. Dafür haben wir zwei soziale Infrastrukturen im Quartier aus dem Bereich der freiwilligen kommunalen Aufgaben analysiert – den Plattenpark und die arabische Sonntagsschule. Sie weisen wesentliche Unterschiede auf, einerseits mit Blick auf ihre Materialität und Organisation und andererseits bezüglich ihres Beitrags zur Ankunftsfunction des Quartiers. Funktionierende öffentliche Räume bieten als individueller und kollektiver Bezugsraum ein großes, sehr vielseitiges und multidirektionales Potenzial für die Inklusion und Beteiligung von Eingewanderten. Bildungsangebote, die bestimmte Bedarfe migrantischer Gruppen adressieren, bieten demgegenüber einen vergleichsweise geschlosseneren Raum mit Möglichkeiten für gruppenspezifische Vernetzung und Engagement sowie die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses. Damit übernehmen beide Angebote auch wichtige ankunftsspezifische Aufgaben.

Trotz ihrer materiellen und organisationalen Unterschiedlichkeit sind die Herstellungs- und Umsetzungsprozesse beider Infrastrukturen bis zu einem bestimmten Grad von vergleichbaren Konstellationen gekennzeichnet. In beiden Fällen treten im Netzwerk zivilgesellschaftliche Organisationen als maßgeblicher Akteur sowie die Stadt in unterstützender Funktion auf. Graduell verschieden ist jedoch die Involviertheit migrantischer Akteur\*innen: Bei der Sonntagsschule sind sie Initiierende und Ausführende, beim Plattenpark Mitwirkende. Die Stadt spielt trotz ihrer lediglich unterstützenden Rolle im Koproduktionsprozess eine entscheidende Rolle (entweder befördernd oder verhindernd) bei der Bereitstellung der zur Umsetzung notwendigen Ressourcen. Als relevant erwies sich diesbezüglich im Fall der Sonntagsschule die anfänglich fehlende Anerkennung des Bedarfs, die sich auf die Wirkmacht älterer, aber noch immer dominanter integrationspolitischer Annahmen zurückführen lässt.

Für beide Infrastrukturen hat unsere Analyse die Bedeutung fachlicher Expertise, zeitlicher und finanzieller Ressourcen verdeutlicht.

Dabei fällt der Unterschied zwischen beiden Infrastrukturen ins Gewicht: Die Umsetzung und Unterhaltung eines Parks erfordert weitaus größere Ressourcen als eine gruppenspezifische und in einem konkreten Zeitfenster operierende Bildungsinfrastruktur. Im Fall der Sonntagschule konnten die zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen die fehlende Anerkennung und sogar fehlende finanzielle Ressourcen durch einen erhöhten Einsatz eigener zeitlicher Ressourcen und fachlicher Expertise kompensieren. Beim Plattenpark waren trotz der Bereitschaft der Stadt zur Unterstützung keine ausreichenden finanziellen und professionellen Ressourcen vorhanden. Dies liegt vor allem am Umfang der dauerhaft erforderlichen Ressourcen und den eingeschränkten kommunalen Handlungsspielräumen aufgrund der städtischen Haushaltsnotlage und den Vorgaben in Fördermittelprogrammen. Diese konnten die zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen nicht ohne einschneidende Folgen für die Qualität der Gestaltung und die Nutzungsmöglichkeiten des Parks kompensieren.

Unsere vergleichende Analyse mit ihrem Rückgriff auf das *Border-scape*-Konzept hat einen für beide Infrastrukturen relevanten Widerspruch offengelegt: Dieser besteht zwischen den Regulierungen für die Quartiersentwicklung und den Bedingungen der entsprechenden Förderprogramme auf der einen Seite und den lokalräumlichen oder gruppenspezifischen Bedarfen auf der anderen. Er artikuliert sich auf für beide Angebote einschneidende Weise im Ausmaß der Anerkennung des Angebots und in der Höhe der finanziellen Zuwendungen.

Das Konzept *borderscape* stellt für unsere Analyse ein begriffliches Instrumentarium bereit, das die gesellschaftliche Tragweite solcher Widersprüche und die daraus resultierenden Handlungs- und Gelingensbarrieren verdeutlicht, auch in Bezug auf gesellschaftliche Prozesse wie Inklusion oder Beteiligung. Mit einem Verständnis von Grenzen als Aushandlungs- und Gestaltungsräume konnten wir auch die Umgangsformen der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen mit den Barrieren im Prozess der Koproduktion eingehender analysieren. Außerdem konnten wir untersuchen, wie diese zu einer Verschiebung der Barrieren und zu einer Ausweitung von Handlungsspielräumen beitragen. Bei beiden Infrastrukturen spielt sowohl die Kompensation fehlender städtischer Unterstützung durch ehrenamtliche Arbeitsleistungen als auch das permanente Gespräch über diese Art der Unterstützung eine wichtige Rolle.

### 6. Fazit

Die Analyse zweier Infrastrukturen in einer Kombination aus Infrastruktur- und *Borderscape*-Analyse zeigt exemplarisch die spezifische infrastrukturierende Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in ostdeutschen Großwohnsiedlungen auf, die sich in qualitativer Hinsicht zu Ankunftsquartieren entwickelt haben. Diese Akteur\*innen übernehmen die tragende Rolle bei der Koproduktion freiwilliger, jedoch Inklusion und Beteiligungsmöglichkeiten fördernder Infrastrukturen. Der Beitrag arbeitet zentrale Widersprüche vor allem auf der Ebene der politischen und finanziellen Rahmenbedingungen heraus, die dieses zivilgesellschaftliche Handeln im Koproduktionsprozess maßgeblich einschränken. Diese Widersprüche resultieren aus den quartiers- und integrationspolitischen Vorgaben nach mehr Teilhabe und Partizipation der Bewohner\*innenschaft einerseits und den finanzpolitischen Vorgaben und Vorannahmen unter anderem in der Stadtpolitik, aber auch in Förderprogrammen des Bundes und der Länder andererseits. Mithilfe des *Borderscape*-Konzepts konnten wir die Reproduktion dieser Widersprüche in Form von Handlungs- und Erfolgsbarrieren im Rahmen der Koproduktion sozialer Infrastrukturen zeigen. Dabei arbeiteten wir heraus, welche Lösungsansätze zivilgesellschaftliche Akteur\*innen im Umgang mit diesen Widersprüchen und bei der Bearbeitung der daraus resultierenden Barrieren entwickeln. Deutlich wurde auch, dass sich finanzielle Rahmenbedingungen als harte *borderscapes* erweisen, die zivilgesellschaftliche Akteur\*innen mit ihren genuinen Handlungsmöglichkeiten nur bedingt kompensieren können. Für die weitergehende Forschung in diesem Feld ist aus unserer Sicht die Frage relevant, wie sich die aufgezeigten Widersprüche und Barrieren innerhalb des Koproduktionsprozesses auch im Prozess der Nutzung auf Inklusion und Beteiligung auswirken. Außerdem legt unsere Analyse nahe, dass die Bearbeitung dieser Barrieren und Widersprüche durch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen ebenso positive Effekte haben kann, etwa eine zunehmende Professionalisierung. Daher erscheint uns eine systematische Auseinandersetzung mit den Ambivalenzen und Widersprüchen im Kontext von Ankunftsinfrastrukturen sinnvoll.

### Danksagung

Wir bedanken uns bei unserem Fördermittelgeber – dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), beim Projektträger – dem

Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt, bei unseren Verbundpartner\*innen – dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung und der Stadt Schwerin sowie bei unseren Interviewpartner\*innen, ohne deren Unterstützung die vorliegende Analyse nicht möglich gewesen wäre.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

### Endnoten

- [1] Der Beitrag basiert auf Untersuchungen, die zwischen 2019 und 2022 im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ (StadtumMig) durchgeführt wurden.
- [2] Unter Inklusion verstehen wir die strukturelle und alltägliche Aufnahme sowie Teilhabemöglichkeiten der Bewohner\*innenschaft, unter Beteiligung ihre Möglichkeiten der aktiven Partizipation (Bernt et al. 2020). Wir ziehen in der Analyse diese Begriffe dem historisch oft einseitig als Bringschuld Eingewanderter definierten Integrationsbegriff vor, auch wenn dieser zunehmend auch im integrationspolitischen Kontext als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird (Fick et al. 2023).
- [3] In diesem Beitrag rekurrieren wir auf das „Handlungskonzept Mueßer Holz 2017–2020“, die Schweriner Integrationskonzepte von 2011, 2017/2018 und 2022 sowie die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte 2002, 2005, 2008, 2015, 2021.
- [4] Für diesen Beitrag greifen wir außerdem auf fünf von insgesamt 21 Interviews zurück, die im Projekt mit Vertreter\*innen verschiedener Ressorts der Stadtverwaltung in Schwerin sowie mit Vertreter\*innen sozialer Träger und zivilgesellschaftlicher Initiativen geführt wurden.
- [5] Im restlichen Stadtgebiet lag der Anteil von Nichtdeutschen im Unterschied dazu 2021 bei nur gut 8 Prozent.
- [6] Entsprechende Maßnahmen werden vor allem mit Mitteln der Städtebauförderung umgesetzt (BMWSB 2024).
- [7] Die Zahl der Vereine variiert leicht. Konstant aktiv sind rund zehn Vereine, von denen sich drei an die russischsprachige Community wenden und einer eher an die arabischsprachige Community. Sechs weitere Vereine, darunter auch zwei zivilgesellschaftlich organisierte Sportvereine, versuchen, die Bewohner\*innen zugehörigkeitsübergreifend zu erreichen.
- [8] Beispielsweise pflanzte ein Politiker als Symbol gegen den Krieg in der Ukraine eine Friedenseiche. Im Rahmen des Förderprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) – finanziert vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen – erfolgte eine kreisförmige Pflanzung von 16 Robinien. Im Rahmen des Qualifizierungsprojekts „Langzeitarbeitslosigkeit im Quartier vernetzt senken“ (LaQs) wurden Bienenstöcke aufgestellt.

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

- [9] Da sich die Stadt Schwerin in einer Haushaltsnotlage befindet, ist sie verpflichtet, ihre Schulden abzubauen und ihre jährlichen Haushaltsplanungen von der Landesregierung genehmigen zu lassen. Dies geht häufig zulasten freiwilliger sozialer und kultureller Leistungen der Stadt.
- [10] Bei kleineren Fonds halten sich die Anforderungen zwar in Grenzen, jedoch auch die zur Verfügung gestellten Mittel und besteht ein Problem darin, dass Antragstellende auch finanziell in Vorleistung gehen müssen (Kuljugin 2020).
- [11] Seit 2022 setzt sich der Verein Ma'an auch für die Einrichtung eines kommunalen Migrationsbeirats in Schwerin ein. 2023 erhielt der Vereinsvorsitzende den mecklenburgischen Integrationspreis.

### Autor\_innen

**Madlen Pilz** hat Europäische Ethnologie und Altamerikanistik studiert, sie arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Stadtforschung und Integration im bundesdeutschen Vergleich mit Fokus auf Ostdeutschland.  
Madlen.Pilz@leibniz-irs.de

**Katja Friedrich** hat Architektur studiert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Raumeignung und Gebrauch von Gebautem im Kontext der Architekturtheorie.  
k.friedrich@ioer.de

**Stefanie Rößler** hat Landschaftsarchitektur studiert. Sie arbeitet zum Stadtumbau in schrumpfenden Städten und Instrumenten der Freiraumplanung.  
s.roessler@ioer.de

### Interviews

Die Platte lebt 2020 – Interview mit Vertreter\*innen des Vereins „Die Platte lebt“ e. V. vom 30.1.2020.

Kuljugin 2020 – Interview mit Vertreter\*innen des Vereins „Kuljugin“ vom 29.1.2020.

Ma'an 2020 – Interview mit Vertreter\*innen des Vereins „Miteinander – Ma'an“ vom 5.3.2020.

Ma'an 2023 – Interview mit Vertreter\*innen des Vereins „Miteinander – Ma'an“ vom 11.5.2023.

Stadtplanungsamt 2020 – Interview mit Vertreter\*innen des Stadtplanungsamts der Stadtverwaltung Schwerin vom 29.1.2020.

### Literatur

Addie, Jean-Paul D. / Glass, Michael R. / Nelles, Jen (2020): Regionalizing the infrastructure turn: A research agenda. In: *Regional Studies, Regional Science* 7/1, 10-26.

Barlösius, Eva (2019): *Infrastrukturen als soziale Ordnungsdienste: Ein Beitrag zur Gesellschaftsdiagnose*. Frankfurt am Main: Campus.

Bernt, Matthias / Pilz, Madlen / Friedrich, Katja / Rößler, Stefanie / El-Kayed, Nihad / Hamann, Ulrike / Milstrey, Ulrike / Nader, Thomas (2020): *Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Darstellung des Untersuchungsdesigns*. StadumMig Working Paper 1. Forschungsprojekt „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier. Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ (StadumMig). [https://stadummig.de/wp-content/uploads/2020/03/2020-03\\_StadumMig\\_Working\\_Paper\\_1.pdf](https://stadummig.de/wp-content/uploads/2020/03/2020-03_StadumMig_Working_Paper_1.pdf) (letzter Zugriff am 12.3.2024).

BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2024): *Willkommen auf der Seite der Städtebauförderung!* [https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Startseite/startseite\\_node.html](https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Startseite/startseite_node.html) (letzter Zugriff am 25.3.2024).

- Brambilla, Chiara (2015): Exploring the critical potential of the borderscapes concept. In: *Geopolitics* 20/1, 14-34.
- Brambilla, Chiara / Jones, Reece (2019): Rethinking borders, violence, and conflict: From sovereign power to borderscapes as sites of struggles. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 38/2, 287-305.
- Brambilla, Chiara / Laine, Jussi / Scott, James W. / Bocchi, Gianluca (2015): Introduction: Thinking, mapping, acting and living borders under contemporary globalisation. In: Chiara Brambilla / Jussi Laine / James W. Scott / Gianluca Bocchi (Hg.), *Borderscaping: Imaginations and practices of border making*, Border regions series. Burlington: Ashgate, 1-9.
- De Genova, Nicholas P. (2002): Migrant „illegality“ and deportability in everyday life. In: *Annual Review of Anthropology* 31/1, 419-447.
- Die Platte lebt (o. J.): Initiative PlattenPark. [https://www.dieplattelebt.de/?die\\_Platte\\_lebt](https://www.dieplattelebt.de/?die_Platte_lebt) (letzter Zugriff am 25.3.2024).
- Dreesch-Schwerin.de (o. J.): Mehrgenerationenhaus des IB. <https://dreesch-schwerin.de/treffs-einrichtungen/mehrgenerationenhaus-des-ib/> (letzter Zugriff am 26.3.2024).
- El-Kayed, Nihad / Keskinçilic, Leoni (2023): Infrastructures in the context of arrival. Multidimensional patterns of resource access in an established and a new immigrant neighborhood in Germany. In: *Geographica Helvetica* 78/3, 355-367.
- El-Kayed, Nihad / Keskinçilic, Leoni J. / Šerbedžija, Vojin / Wiegand, Anna (2023): Bewohner\*innenschaft und Migration: Ankommensprozesse von Geflüchteten in ostdeutschen Großwohnsiedlungen. *StadtumMig Working Paper 3*. Forschungsprojekt „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier. Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ (StadtumMig). [https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/28607/El-Kayed\\_etal\\_2023\\_StadtumMigWorkingPaper3.pdf](https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/28607/El-Kayed_etal_2023_StadtumMigWorkingPaper3.pdf) (letzter Zugriff am 12.3.2024).
- El-Kayed, Nihad / Bernt, Matthias / Hamann, Ulrike / Pilz, Madlen (2020): Peripheral estates as arrival spaces? Conceptualising research on arrival functions of new immigrant destinations. In: *Urban Planning* 5/3, 113-114.
- Fick, Johanna / Glorius, Birgit / Kordel, Stefan / Mehl, Peter / Schammann, Hannes (2023): Integration von Geflüchteten: Herausforderungen und Potenziale für ländliche Räume. In: Peter Mehl / Johanna Fick / Birgit Glorius / Stefan Kordel / Hannes Schammann (Hg.), *Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands*. Studien zur Migrations- und Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Friedrich, Katja (2011): Geplante Unbestimmtheit. Aneignungsoffene Architektur für Selbstbestimmung im gelebten Raum am Beispiel des Kölner Bretts. Aachen: Shaker.
- Friedrich, Katja / Rößler, Stefanie (2023a): Situationsanalyse Städtebau, Wohnungsbestand, Freiraum, Infrastruktur. *StadtumMig Working Paper 2*. Forschungsprojekt „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier. Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ (StadtumMig). <https://doi.org/10.5281/zenodo.7861683>.
- Friedrich, Katja / Rößler, Stefanie (2023b): Built space hinders lived space: Social encounters and appropriation in large housing estates. In: *Urban Planning* 8/4, 145-161.
- Gandy, Matthew (2005): Cyborg urbanization: Complexity and monstrosity in the contemporary city. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29/1, 26-49.
- Haase, Annegret / Schmidt, Annika (2019): Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren: Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung. *UFZ Discussion Papers*, 4/2019. Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ). <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/200163/1/1667511297.pdf> (letzter Zugriff am 12.3.2024).
- Hanhörster, Heike / Haase, Annegret / Hans, Nils / Rink, Dieter / Schmis, Antonie / Schrader, Sebastian (2023): The (co-)production of arrival neighbourhoods. Processes governing housing markets in three German cities. In: *Journal of Housing and the Built Environment* 38/3, 1409-1429.
- Hanhörster, Heike / Wessendorf, Susanne (2020): The role of arrival areas for migrant integration and resource access. In: *Urban Planning* 5/3, 1-10.

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

- Hans, Nils (2023): Arrival brokers as a key component of the arrival infrastructure: How established migrants support newcomers. In: *Geographica Helvetica* 78/3, 381-391.
- Hans, Nils / Hanhörster, Heike (2020): Accessing resources in arrival neighbourhoods: How foci-aided encounters offer resources to newcomers. In: *Urban Planning* 5/3, 78-88.
- Hans, Nils / Hanhörster, Heike / Polívka, Jan / Beißwenger, Sabine (2019): Die Rolle von Anknüpfungsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes. In: *Raumforschung und Raumordnung* 77/5, 1-14.
- Helbig, Marcel (2023): Hinter den Fassaden. Zur Ungleichverteilung von Armut, Reichtum, Bildung und Ethnie in den deutschen Städten. WZB Discussion Paper P 2023-003. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2023/p23-003.pdf> (letzter Zugriff am 12.3.2024).
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2019): Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017. WZB Discussion Paper P 2019-003. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2019/p19-003.pdf> (letzter Zugriff am 12.3.2024).
- Hess, Daniel Baldwin / Tammaru, Tiit / Van Ham, Maarten (Hg.) (2018): *Housing estates in Europe: Poverty, ethnic segregation and policy challenges*. Cham: Springer.
- Integrationsbeauftragte – Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019): *Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken*. 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. <https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864184/1864564/478a6d7d9cd3fc2c18131ebfcfef3dac/12-integrationsbericht-data.pdf> (letzter Zugriff am 25.3.2024).
- Kabisch, Sigrun / Pössneck, Janine (2022): Various images versus the stigma of large housing estates: The Leipzig-Grünau example. In: *disP – The Planning Review* 58/1, 36-48.
- Kasten, Bernd / Rost, Jens-Uwe (2005): *Schwerin. Geschichte der Stadt*. Schwerin: Thomas Helms Verlag.
- Kurtenbach, Sebastian (2015): *Ankunftsgebiete – Segregation als Potenzial nutzen*. In: Aladin El-Mafaalani / Sebastian Kurtenbach / Klaus Peter Strohmeier (Hg.), *Auf die Adresse kommt es an: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen*. Weinheim: Beltz Juventa, 306-328.
- Landeshauptstadt Schwerin (2011): *Integrationskonzept der Landeshauptstadt Schwerin*. Schwerin: Landeshauptstadt Schwerin.
- Landeshauptstadt Schwerin (2018a): *Handlungsprogramm Mueßer Holz 2017-2020*. Schwerin: Landeshauptstadt Schwerin.
- Landeshauptstadt Schwerin (2018b): *Integrationskonzept der Landeshauptstadt Schwerin 2017-2018*. Schwerin: Landeshauptstadt Schwerin.
- Latham, Alan / Layton, Jack (2019): Social infrastructure and the public life of cities: Studying urban sociality and public spaces. In: *Geography Compass* 13/7, 1-15.
- Latham, Alan / Layton, Jack (2022): Social infrastructure: Why it matters and how urban geographers might study it. In: *Urban Geography* 43/5, 659-668.
- Maaroufi, Mouna (2023): Kämpfe um Autonomie und Commons des Ankommens: Urbane Infrastrukturen und Infrapolitiken der Arbeitsvermittlung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/1-2, 97-126.
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Meeus, Bruno / van Heur, Bas / Arnaut, Karel (2019): *Migration and the infrastructural politics of urban arrival*. In: Bruno Meeus / Karel Arnaut / Bas van Heur (Hg.), *Arrival infrastructures*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as method, or, the multiplication of labor*. Durham: Duke University Press.

- Milstrey, Ulrike (2017): Quartiere auf Zeit oder Problemquartiere auf Dauer? Herausforderungen für die Stadtentwicklungspolitik im Umgang mit den Umstrukturierungsgebieten ostdeutscher Großwohnsiedlungen. In: Uwe Altrock / Ronald Kunze (Hg.), *Stadterneuerung und Armut*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 315-341.
- Miteinander – Ma'an (o. J.): Miteinander-Maan e.V. Vernetzung, Bildung & Kultur. <https://miteinander-maan.org> (letzter Zugriff am 26.3.2024).
- Müller, Anna-Lisa / Lossau, Julia / Flitner, Michael (2017): Infrastruktur, Stadt und Gesellschaft. Eine Einleitung. In: Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 1-20.
- Niewöhner, Jörg (2014): Perspektiven der Infrastrukturforschung: Care-full, relational, ko-laborativ. In: Diana Lengersdorf / Matthias Wieser (Hg.), *Schlüsselwerke der Science & Technology Studies*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 341-352.
- Orth, Barbara / Jahre, Sylvana / Schmitz, Antonie (2023): Reproduktive Widersprüche im Plattform-Urbanismus von Körpern aus denken. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 11/1-2, 47-67.
- Rink, Dieter (2020): Schrumpfung und Stadtbau als zentrale Themen der Forschung zu Städten in Ostdeutschland. Kommentar zu Matthias Bernt und Andrej Holm „Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen“. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 137-144.
- Rößler, Stefanie (2010): Freiraum im Stadtbau: Zwischen Strategie und Notwendigkeit? In: Matthias Bernt / Michael Haus / Tobias Robischon (Hg.), *Stadtbau komplex: Governance, Planung, Prozess, Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis*. Darmstadt: Schader Stiftung, 181-199.
- Schillebeeckx, Elise / Oosterlynck, Stijn / De Decker, Pascal (2019): Migration and the resourceful neighborhood: Exploring localized resources in urban zones of transition. In: Bruno Meeus / Karel Arnaut / Bas van Heur (Hg.), *Arrival infrastructures*. Cham: Palgrave Macmillan, 131-152.
- Schmidt, Martin / Monstadt, Jochen (2018): Infrastruktur. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. 975-988.
- Schupp, Pia / Wohlfarth, Charlotte (2022): Integrationsgesetze auf Länderebene: Eine aktualisierte Bestandsaufnahme – und was der Bund daraus lernen kann. SVR-Studie 2022-3. Sachverständigenrat für Integration und Migration. [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Studie\\_Integrationsgesetze\\_2022\\_barrierefrei.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Studie_Integrationsgesetze_2022_barrierefrei.pdf) (letzter Zugriff am 12.3.2024).
- Seiwert, Anne / Rößler, Stefanie (2020): Understanding the term green infrastructure: Origins, rationales, semantic content and purposes as well as its relevance for application in spatial planning. In: *Land Use Policy* 97, 104785.
- StadtumMig-Projektteam (2023): Vom Stadtbau zum Einwanderungsquartier. Herausforderungen und Perspektiven für ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Januar 2023. [https://stadtummig.de/wp-content/uploads/2022/12/Handbuch\\_StadtUmMig\\_19122022\\_komp.pdf](https://stadtummig.de/wp-content/uploads/2022/12/Handbuch_StadtUmMig_19122022_komp.pdf) (letzter Zugriff am 12.3.2024).
- Steele, Wendy / Legacy, Crystal (2017): Critical urban infrastructure. In: *Urban Policy and Research* 35/1, 1-6.
- Steigemann, Anna (2019): First arrivals: The socio-material development of arrival infrastructures in Thuringia. In: Bruno Meeus / Karel Arnaut / Bas van Heur (Hg.), *Arrival infrastructures*. Cham: Palgrave Macmillan, 179-205.
- Swyngedouw, Erik (2005): Governance innovation and the citizen: The Janus face of governance-beyond-the-state. In: *Urban Studies* 42/11, 1991-2006.
- Swyngedouw, Eva (2019): Governing newcomers' conduct in the arrival infrastructures of Brussels. In: Bruno Meeus / Karel Arnaut / Bas van Heur (Hg.), *Arrival infrastructures*. Cham: Palgrave Macmillan, 81-101.
- Wessendorf, Susanne / Phillimore, Jenny (2019): New migrants' social integration, Embedding and emplacement in superdiverse contexts. In: *Sociology* 53/1, 123-138.

## Die Koproduktion sozialer Infrastrukturen in Ankunftsquartieren

Xiang, Biao / Lindquist, Johan (2014): Migration infrastructure. In: International Migration Review 48/1, 122-148.

### **The co-production of social infrastructures in arrival neighborhoods. Borderscapes in East German large housing estates**

As a result of structural change, population exodus and vacancies until 2015, many large housing estates in Eastern Germany turned into so-called “demolition neighborhoods”. Especially since the immigration of people fleeing the civil war in Syria, it has become necessary to adapt the municipal perspective on these neighborhoods. The new demand for housing and the development of infrastructure that facilitates arrival, inclusion, and participation must be addressed. Using the example of two social infrastructures in Schwerin’s large housing estate Mueßer Holz – a neighborhood park and an educational facility – the article analyses the central role of civil society actors in providing infrastructure in this arrival neighborhood. By interweaving infrastructural analysis and the concept of borderscape, we focus on key aspects of the negotiation of contradictions between civil society and municipal actors. These are articulated in the overlapping of integration and neighborhood policies as well as in their different understandings and funding programs in the process of co-producing infrastructures and prove to be barriers to the inclusion of migrants.



# Kartieren als Methode dekolonialer Erinnerungspraxis in europäischen Städten

Sybille Bauriedl, Linda Pasch

Kartieren ist eine Methode, die seit einigen Jahren in europäischen Städten – insbesondere in vielen deutschen Städten – Konjunktur hat als Medium der öffentlichen Wahrnehmung kolonial geprägter Orte und trägt damit zu einer Diskursverschiebung postkolonialer Erinnerung bei. Die produzierten Karten machen auf die Vielfalt verdrängter oder vergessener Spuren des Kolonialismus im öffentlichen Raum aufmerksam. Sie machen außerdem Orte des Erinnerns an koloniale Gewaltverhältnisse, rassistische Ausbeutung und anticolonialen Widerstand sichtbar. Die Methode des Kartierens bezeichnen viele Autor\*innen dieser Karten explizit als Praxis der Gegenerzählung zur eurozentrischen Kolonialgeschichte sowie als eine kollektive und partizipative Praxis herrschaftskritischer Wissensproduktion. Der Beitrag zeigt, in welcher Weise Kartierungsprojekte einerseits Argumente kritischen Kartierens und andererseits Ansätze dekolonialer Erinnerungspolitik berücksichtigen. Dafür haben wir alle auffindbaren analogen und digitalen postkolonialen Karten deutscher Städte sowie zehn Karten weiterer europäischer Städte vergleichend analysiert und nach der jeweils angewandten Kartierungspraxis typisiert. Für drei identifizierte Kartentypen – Karten mit punktuellen Informationen, Karten mit Informationen zu räumlichen Verflechtungen und Karten mit Visualisierungen multiperspektivischer Erfahrungen – stellen wir jeweils Beispielkarten vor. Wir untersuchen die Umsetzung von Perspektiven Kritischer Kartographie sowie postkolonialer Geographie und diskutieren die dekolonialen Potenziale des Kartierens.

*An English abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Einleitung: Kartieren als soziale und politische Praxis in kolonialen Zentren

Europäische Städte – insbesondere Haupt- und Hafenstädte – waren über Jahrzehnte, oft sogar über Jahrhunderte, Zentren des globalen Kolonialismus. Diese Orte haben von kolonialer Aneignung und Ausbeutung profitiert und einen Wohlstand generiert, der bis heute sichtbar ist, von der Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht als Ergebnis kolonialer Ökonomien adressiert und problematisiert wird. Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Einschreibungen

gewaltvoller kolonialer Vergangenheit in europäische Städte und den bis in die Gegenwart wirksamen Verhältnissen zwischen kolonialen Metropolen und ehemals kolonisierten Regionen steht noch relativ am Anfang. Urbane Räume bilde(te)n eine „contact zone“ (Pratt 1991) für asymmetrische Begegnungen zwischen Menschen, die durch (post-)koloniale Verhältnisse miteinander verbunden sind (King 2006). Paul Gilroy argumentiert in seinem Buch *After Empire* eindrücklich dagegen, den Kolonialismus als abgeschlossenes Projekt zu beschreiben und damit auch das verschuldete Leiden in den kolonisierten Regionen und der zu Zwangsarbeit in die Kolonien verschleppten Menschen zu relativieren (2005: 20).

Die Repräsentation und Deutung von Kolonialgeschichte ist ein umkämpfter Prozess. In vielen europäischen Großstädten sind soziale Bewegungen und postkoloniale Netzwerke entstanden, die gegen das Vergessen, Verdrängen und Verklären kolonialer Spuren und Erfahrungen protestieren. Sie richten sich insbesondere gegen Denkmäler und Benennungen von Plätzen, Gebäuden oder Straßen, die Protagonist\*innen, Orte oder Ereignisse des Kolonialismus ehren, ohne die damit verbundene rassistische Gewaltherrschaft und Genozide zu benennen. Um diese Spuren des Kolonialismus sichtbar zu machen, produzieren kolonialismuskritische Aktivist\*innen und Studierendenprojekte seit einigen Jahren in vielen europäischen und besonders vielen deutschen Städten Karten als Gegenerzählungen zu hegemonialen Repräsentationen.

Karten präsentieren und privilegieren in der Regel westliche Weltsichten und weiße[1] Wissenssysteme. Die kritische Kartographie benennt diese Macht der Karten und zeigt Praktiken gegenhegemonialen Kartierens auf. Kritisches Kartieren steht in diesem Zusammenhang für die Entwicklung einer reflexiven kartographischen Praxis, die mit Ansätzen partizipativen, kollektiven und digitalen Kartierens sowie mit alternativen Formen der Wissensvermittlung arbeitet (Crampton/Krygier 2006; Dammann/Michel 2022b). Auf diese Weise kann kritisches Kartieren auch einen Beitrag dazu leisten, erinnerungspolitische Aufklärung in postkolonialen Städten zu befördern. Seit den 2010er Jahren haben sich in zahlreichen Städten postkoloniale Netzwerke gegründet, die dieses Ziel verfolgen.[2] Zudem fanden kolonialismuskritische Hochschulseminare statt, die die Kolonialgeschichte der jeweiligen Stadt untersuchten und dieses lokale Wissen in Form von Karten veröffentlichten. Karten fungieren hierbei

als Medium der Sichtbar- und Bewusstmachung, als Diskursanstoß und als Anlass für antikolonialen Protest.

Auch die Autorinnen dieses Beitrags engagieren uns für eine kolonialismuskritische Erinnerungspolitik – sowohl in postkolonialen Netzwerken in Flensburg und Hamburg als auch in unserer Forschung und Lehre, die sich mit postkolonialen Theorien und Geographien der Kolonialität auseinandersetzt. Vor diesem Hintergrund interessieren wir uns für Kartierungsprojekte und die Frage, in welcher Weise in kolonialismuskritischen Karten eine Auseinandersetzung mit postkolonialen Erinnerungs- und Repräsentationspolitiken mit einer kritischen Reflexion der Kartenproduktion und der Macht von Karten verbunden wird. Um diese Frage zu beantworten, haben wir eine Vollerhebung kolonialismuskritischer Karten deutscher Städte durchgeführt und diese um Karten europäischer Städte mit expliziter Kolonialgeschichte ergänzt. Diese Karten haben wir einerseits typisiert nach den jeweiligen Kartierungspraktiken und andererseits systematisiert nach den jeweils verwendeten Kartengrundlagen, den Initiator\*innen der Karten und deren Entstehungsdatum. Mit Letzterem wollten wir erkennen, ob sich die Kartierungspraxis im Laufe der Zeit weiterentwickelt hat.

Uns ist es wichtig, kritisches Kartieren als dekoloniale Praxis zu verstehen, als räumliche Visualisierung des in der öffentlichen Wahrnehmung Abwesenden, aber auch als eine Technik der diskursiven und medialen Sichtbarmachung (post-)kolonialer Spuren und damit der politischen Verhandelbarkeit postkolonialer Erinnerung. Zur spezifischen Bezeichnung der Phasen beziehungsweise der Prozesse nach dem formalen Ende des europäischen Kolonialismus nutzen wir die Präfixe *post* und *de*: *Postkolonial* benennt sowohl etwas nach dem Kolonialismus als auch etwas, das darüber hinausgeht. Dagegen steht *dekolonial* dafür, sich vom Kolonialen loszulösen und ihm entgegenzutreten. Eine Dekolonisierung des öffentlichen Raums bedeutet in diesem Sinne, dessen historische Gewordenheit im Kolonialismus erkennen zu können (zur Spannweite verschiedener de- und postkolonialer Ansätze vgl. Bauriedl/Carstensen-Egwuom 2023: 35 f.)

Im folgenden Abschnitt stellen wir die Gemeinsamkeiten des herrschaftskritischen Anspruchs des (Gegen-)Kartierens und der dekolonialen Erinnerungsforschung heraus. Im nächsten Abschnitt untersuchen wir die Umsetzung in den untersuchten Karten und gehen dabei auf die Kartierungspraxen, Produzent\*innen, Kartierungsanlässe

und Adressat\*innen der jeweiligen Karten ein. Dabei stellen wir auch Kartierungen als explizite Protestform vor. Zum Schluss diskutieren wir die Herausforderungen und Potenziale des dekolonialen Kartierens.

## 2. Ansprüche und Praktiken kritischen Kartierens und dekolonialer Erinnerungsforschung

### 2.1. Kritisches und postkoloniales (Gegen-)Kartieren

Die vermeintliche Neutralität von Karten wird durch eine poststrukturalistisch inspirierte Kritische Kartographie schon seit Ende der 1980er Jahre kritisiert und dekonstruiert (Harley 1989; Wood 1992). Dies hat zu einer kritischen Reflexion der Kartenproduktion und des damit verbundenen hegemonialen Wissens geführt. In seinem wegweisenden Text „Deconstructing the Map“ schlug Brian Harley (1989: 7) vor, Karten als kulturelle Texte zu verstehen und im Verständnis von Michel Foucault die von Karten transportierten Macht/Wissen-Komplexe diskurstheoretisch zu analysieren (Mose/Strüver 2009: 317; Glasze et al. 2021: 406). Harley versteht Karten als Produkte eines spezifischen zeit-räumlichen Kontexts, in denen die Weltanschauungen des\*der Kartograph\*in vermittelt und privilegiert werden. Auch Dennis Wood argumentiert in *The Power of Maps* (1992), dass Macht in Karten eingeschrieben ist und beschreibt, wie auf diese Weise herrschende politische Strukturen reproduziert werden. An anderer Stelle kritisiert Wood außerdem das Vermessen und Klassifizieren als dominante Methoden der Kartographie (Wood 2010: 120). Von Kartograph\*innen, Vermessungsämtern oder Kartenverlagen, aber auch von Onlinekartendiensten produzierte Karten priorisierten eine „Ästhetik und Rhetorik der Nüchternheit, Eindeutigkeit und der Klarheit mathematischer Zeichen“ (Michel 2021: 146) und vermieden explizit subjektive und künstlerische Darstellungsformen. Damit werde ein Macht- und Autoritätsanspruch von Karten verfestigt.

Vertreter\*innen einer Kritischen Kartographie sehen in solchen Karten hingegen keine neutralen und objektiven Darstellungen, sondern ein politisches Werkzeug, um Räume zu benennen, zu begrenzen und zu kontrollieren (Alderman et al. 2021: 68). Karten sind demnach zudem „eine visuelle Manifestation kolonialer Herrschaftsansprüche“ (Dammann/Michel 2022b: 16), schließlich waren sie Voraussetzung für Grenzziehungen im Interesse europäischer Kolonialmächte und deren Aneignung außereuropäischer Territorien (McGurk/Caquard 2020: 51 f.).

Gleichzeitig mit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Macht von Karten aus poststrukturalistischer Perspektive haben sich in verschiedenen sozialen Kontexten an den Rändern oder gar außerhalb geographischer Wissenschaft kreative und innovative Formen des Kartierens entwickelt (Herb et al. 2009: 339). Seit den 2010er Jahren ist dabei ein Trend zum intersubjektiven, kollektiven und partizipativen Kartieren zu beobachten (Bittner/Michel 2018; Singer/Neuburger 2022). Dieses setzt sich mit experimentellen Darstellungsformen über kartographische Konventionen hinweg und wird primär von künstlerischen Interventionen, sozialen Bewegungen und Stadtaktivist\*innen vorangetrieben (Crampton/Krygier 2006: 17 f.). In den letzten Jahren haben mehrere Sammelbände zur Kritischen Kartographie eine Vielfalt dieser Kartierungen, ihrer Produktionsprozesse und ihrer Produzent\*innen dargestellt (Dammann/Michel 2022b; kollektiv orangotango+ 2018). Dazu gehört auch die dekoloniale Praxis der „counter-cartography as a political practice of mapping back“ (Halder/Michel 2018: 13). Die Methode des *counter-mapping* oder Gegenkartierens ist historisch eng mit antikolonialen Kämpfen und dekolonialer Politik verbunden (Mesquita 2018: 27). Die ersten Kartierungen dieser Art entstanden in den frühen 1970er Jahren in Alaska und Kanada, um indigene Ansprüche auf geraubtes Land sichtbar zu machen (Wood 2010: 129 ff.). Soziale Bewegungen haben hegemoniale Praktiken des Kartierens genutzt, um ihre territorialen Forderungen juristisch durchzusetzen (McGurk/Caquard 2020: 52). Zuvor hatten europäische Kartographen traditionelle Praktiken des Kartierens indigener Bevölkerungen ignoriert, zerstört und vergessen (Lucchesi 2018: 12). In den USA gibt es eine lange Tradition von Gegenkartierungsprojekten (Alderman et al. 2021). Diese reichen von Kartierungen zur Sichtbarmachung und öffentlichen Skandalisierung der historischen Verbrechen von Lynchjustiz und Sklaverei (Hanna 2012) bis zu Kartierungen aktueller rassistischer Polizeigewalt gegen die Schwarze Bevölkerung (Alderman et al. 2021: 69).

Durch das sogenannte Web 2.0 entstanden völlig neue digitale Möglichkeiten einer interaktiven Kartierung, die auch neue Möglichkeiten des Zugangs zu Kartengrundlagen und Kartengestaltung bieten (Bittner/Glasze 2018: 120). Seit der Veröffentlichung von OpenStreetMap (OSM) im Juli 2004 und GoogleMaps im Februar 2005 nutzen zahlreiche soziale Bewegungen weltweit digitale Kartengrundlagen zur Visualisierung territorialer Konflikte und der darin marginalisierten Positionen. Auf der Basis frei nutzbarer digitaler Geodaten ist eine

geographische Informationsvermittlung mittlerweile auch ohne umfangreiche kartographische Expertise sowie ohne Kosten für Lizenz- und Verwendungsrechte realisierbar. Zudem sind erstellte Karten über das Internet weit verbreitet und leicht zugänglich (Dammann/Michel 2022b: 10). Nutzer\*innen von Onlinekarten können gleichzeitig Subjekte des Kartierens werden, die marginalisiertes Wissen integrieren, und auch zu Produzent\*innen von Karten, die öffentlich sichtbar werden (Schröder-Bergen et al. 2021; Dammann/Michel 2022a). Die durch entsprechende Software ermöglichte Öffnung der Kartographie wird daher auch als „Demokratisierung der Kartographie“ (Wood 2015: 226) oder „peoples' cartography“ (Crampton/Krygier 2006: 18) beschrieben.

Jeremy Crampton und John Krygier (2006: 12) bezeichnen die Praxis des Onlinekartierens auch als Doppelschlag („one-two-punch“). Sie betonen damit sowohl das Potenzial einer „undisziplinierten Kartographie“ (ebd.) als demokratisierte Praxis als auch die produktiv gewendete Kritik an Karten als Macht- und Kontrollinstrument. Finn Dammann und Boris Michel (2002b: 11) argumentieren ähnlich, wenn sie die Kritische Kartographie als ein „heterogenes Feld akademischer, politischer, aktivistischer und künstlerischer Praktiken des Kartenmachens, Kartierens und der Kartennutzung“ beschreiben, „welches sich immer auch kritisch mit dem Medium Karte auseinandersetzt“.

Auch postkoloniale Netzwerke in zahlreichen Städten verstehen und produzieren Karten als Medium und Werkzeug für eine macht- beziehungsweise kolonialismuskritische Wahrnehmung kolonialer Spuren. Sie nutzen die Macht von Karten als Repräsentationsmedium sozialräumlicher Wirklichkeiten, um alternative Repräsentationsangebote einer postkolonialen Stadtwahrnehmung zu schaffen. Diese Kartierungsprojekte verfolgen damit gleichzeitig den Anspruch der Vermittlung gegenhegemonialen Wissens und einer dekolonialen Intervention im Stadtraum. Es geht ihnen um eine Dekolonisierung auf diskursiver Ebene mit dem Ziel, koloniale und rassistische Weltanschauungen, Denkweisen, Praktiken und Privilegien, die den (urbanen) Alltag prägen, abzulegen. Außerdem geht es um eine Dekolonisierung auf materieller Ebene, die zur Umgestaltung des kolonial geprägten öffentlichen (Stadt-)Raums beiträgt (Boatcă 2021; Finden 2023).

Postkoloniale Karten basieren in der Regel auf postkolonialen Stadtrundgängen und sind damit auch Ergebnisse wiederholter sozialer und politischer Interventionen von Aktivist\*innen im Stadtraum. Zu einer

solchen aktivistischen Politik gehört einerseits die Betonung partizipativer Prozesse der Wissensvermittlung und andererseits ein Misstrauen gegenüber staatszentrierter, eurozentrischer Politik (Zwischenraum Kollektiv 2017: 11; Scheck 2022: 76).

Bei postkolonialen Karten ist die Autor\*innenschaft besonders relevant. Eine Beteiligung von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen postkolonialer oder rassistischer Marginalisierung ermöglicht eine multiperspektivische Reflexion von *weißer* Vorherrschaft, Eurozentrismus und Rassismus. Im Rahmen eines dekolonialen Gegenkartierens können im Sinne von Walter D. Mignolo „zum Schweigen gebrachte und marginalisierte Stimmen ins Gespräch“ gebracht und Raum für „die Transformation des hegemonialen Imaginären“ geschaffen werden (zitiert nach Boatcă 2021: 250).

Die Methode des kollektiven, partizipativen Kartierens ist nicht nur eine Praxis zur Kartenproduktion. Sie kann für die Beteiligten auch einen Raum des aktiven Zuhörens und des Dialogs schaffen, in dem diese gemeinsam koloniale Wahrheiten untersuchen, alternative Formen der Wissensproduktion erkunden und damit dem Verleugnen von Kolonialität in einem kollektiven Prozess widersprechen (Finden 2023: 18). Auf diese Weise wird dekoloniales Gegenkartieren zu einem transformativen Instrument für Wissensproduzent\*innen in einem breiteren Sinne, die sich kritisch mit kolonialen Spuren auseinandersetzen (ebd.: 19).

### 2.2. Dekoloniale Erinnerungsforschung

Der Stadtraum ist ein Archiv, in dem die Stadtbevölkerung Informationen zur Stadtgeschichte selektiv wahrnimmt und in dem die Spuren privilegierter Gruppen größere Sichtbarkeit haben. Diese strukturelle Praxis wird aus intersektional-dominanzkritischer und afrofeministischer Perspektive als performative Machterhaltung bezeichnet (Auma et al. 2021: 107). Kolonialdenkmäler, oft an zentralen oder herausragenden Orten platziert, repräsentieren auf besondere Weise die hegemoniale Erinnerungskultur einer *weißen* postkolonialen Gesellschaft. Veränderte Wahrnehmungen, Bewertungen und Einordnungen des kolonialen Erbes einer Stadt können zu Diskursverschiebungen postkolonialer Politik führen. Der ursprünglichen Sinnstiftung durch koloniale Denkmäler stehen dann konkurrierende postkoloniale Narrative gegenüber. So errichtete beispielsweise die damalige Hamburger Stadtregierung 1922 ein

Denkmal für Hermann von Wissmann, den ehemaligen Gouverneur der deutschen Kolonie in Ostafrika. Die Hannoveraner Stadtregierung schuf 1935 ein Denkmal für Carl Peters, den Begründer der Kolonie. Beide wurden damit für ihre Leistungen im deutschen Kolonialreich und als Afrikaforscher geehrt. Das Wissmann-Denkmal stürzten Studierende 1968. Wissmannstraßen gibt es in zahlreichen Städten noch heute. Das Petersdenkmal steht immer noch und wurde 1988 von der Stadt um eine Mahntafel ergänzt. Gegenwärtige postkoloniale Proteste bezeichnen beide Männer als Kolonialverbrecher und kämpfen für einen Abbau aller Denkmäler und für Straßenumbenennungen (Jokinen et al. 2022: 10).

Die Kulturanthropologie versteht kulturelles Erbe als Vergegenwärtigung von Vergangenheit (Maus/Petermann 2019: 4). Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Erbe ist jeweils in spezifische staatliche und kommunale Erinnerungspolitiken eingebunden. In Deutschland wird seit Jahren eine intensive Debatte über die Singularität des Holocaust, über den Stellenwert der Erinnerung an dieses Verbrechen, aber auch die Konkurrenz zur Erinnerung an Kolonialverbrechen geführt. Michael Rothberg (2021 [2009]) argumentiert dabei, dass Erinnerung an und Anerkennung für die Opfer eines Verbrechens nicht notwendigerweise zulasten der Erinnerung an und Anerkennung für Opfer anderer Verbrechen gehen muss. Als Alternative zu einer Hierarchisierung oder bloßen Addition verschiedener Erinnerungspolitiken schlägt Rothberg den Begriff „multidirektionale Erinnerung“ vor. Er betont die Bedeutung von Verbindungen und Überlagerungen des Erinnerns an Holocaust und Kolonialismus. Gerade in Städten treffen verschiedene Erinnerungskulturen und ein vielschichtiges Erbe von Gewalterfahrungen und Gewaltverantwortung der einheimischen und der Migrationsgesellschaften aufeinander, die Holocaust und Kolonialismus unterschiedlich betrachten.

Die Erinnerung an kolonialrassistische Herrschaft sowie die Verdrängung und Relativierung von Traumata kolonialer Ausbeutung einerseits und antisemitischer Ausgrenzung andererseits sind permanent nebeneinander wirksam. Daher nehmen diverse Stadtgesellschaften das im öffentlichen Raum repräsentierte Gedenken als vielfältig und teilweise widersprüchlich wahr. Eine Dekolonisierung des öffentlichen Raums setzt voraus, dass dessen historische Gewordenheit und dessen Vieldeutigkeit (an-)erkannt wird. Dazu tragen auch postkoloniale Kartierungen bei.

Staatliche Akteur\*innen und Institutionen ehemaliger europäischer Kolonialmächte beziehen sich bis heute positiv auf einzelne Ereignisse aus der Kolonialzeit, ohne deren Gewaltkontext explizit zu benennen (Stoler 2011: 122). Auf diese Weise trennen sie die Kolonialgeschichte von nationaler und lokaler Geschichte. Die nationale Erinnerung(-spolitik) europäischer Staaten oder einzelner Städte in Europa ist von der Verdrängung der Erinnerung an koloniale Gewalt geprägt. Insbesondere in Hafenstädten wie Lissabon, Amsterdam, Glasgow, Liverpool, Kopenhagen oder Hamburg werden bis heute aus der Zeit des Kolonialismus stammende Ortsbezeichnungen wie „Westindienspeicher“ oder „Überseequartier“ verwendet. Bis heute werden Denkmäler gepflegt, die den Kolonialismus heroisieren und koloniale Infrastrukturen wie historische Hafenanlagen, Warenspeicher oder Kontorhäuser als touristische Attraktionen präsentiert, ohne deren Bedeutung in der Kolonialzeit zu benennen (Bauriedl/Jokinen 2019). Eine Geschichte der Ausbeutung wird so zur Erfolgsgeschichte umgedeutet. Sowohl koloniale Geschichte(n) als auch gegenwärtige imperiale Lebensweisen (Brand/Wissen 2017) bleiben in dieser hegemonialen Erzählung unbenannt. Die Beispiele zeigen, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte in weiten Teilen von einer kolonialen Amnesie und Aphasie geprägt ist, also von einem Verdrängen und Vergessen sowie der mangelnden Bereitschaft oder Unfähigkeit, sich kritisch mit der Geschichte auseinanderzusetzen (Stoler 2011: 130). Das Vergessen beziehungsweise das aktive Entinnern historischer Ereignisse (Ha 2017) durch eine weiße Mehrheitsgesellschaft ist ein machtvolleres Mittel zur Etablierung und Fortschreibung dominanter Ungerechtigkeitsverhältnisse.

Diese Form des Erinnerns beziehungsweise Entinnerns bestimmt nicht nur lokale und globale Politik, sie schreibt auch Dingen, Artefakten oder Orten bestimmte Bedeutungen zu (Maus/Petermann 2019: 4). Der französische Historiker Pierre Nora prägte den Begriff der Erinnerungsorte (Nora 1990), an denen sich das nationale Gedächtnis in besonderem Maße kondensiert, verkörpert oder kristallisiert. Mit einem Erinnerungsort kann auch die Erinnerung an eine spezifische Persönlichkeit, mythische Gestalt oder ein Ritual gemeint sein, das eine hohe emotionale und symbolische Relevanz für das Selbstverständnis einer Gesellschaft besitzt. Als Kristallisationspunkte des kulturellen und kollektiven Gedächtnisses haben Erinnerungsorte eine identitätsstiftende Funktion (Assmann 1999). In diesem Verständnis können Erinnerungsorte sowohl physische, als

auch symbolische und metaphorische Orte umfassen (Trzeciak/Peters 2022: 88). Kolonialismuskritische Kartierungen verfolgen daher das Ziel, koloniale Spuren als umkämpfte Erinnerungsorte zu etablieren und die mit ihnen verbundenen widersprüchlichen Narrative von nationaler oder lokaler Identität, von Traumatisierung und von Protest in die öffentliche Debatte zu tragen. Erinnerungsorte haben dabei nicht nur eine Bedeutung aufgrund ihrer historischen Bezüge, sondern auch aufgrund ihrer geographischen Bezüge (Bauriedl/Carstensen-Egwuom 2023): (Post-)koloniale Orte werden erst durch ihre globale Verflechtungsgeschichte begreifbar. Diese kann sich in materiellen, sozialen und diskursiven Verflechtungen kolonialer Geographien zeigen, etwa in Handelsströmen, im globalen Wissensaustausch oder in Praktiken kultureller Aneignung (Lossau 2019: 671).

### **3. Exemplarische kolonialismuskritische Kartierungen**

Postkoloniale Initiativen, die öffentliche Debatten über koloniale und rassistische Kontinuitäten anregen wollen, nutzen Kartierungen als Methode der Visualisierung, um Leerstellen des öffentlichen Erinnerns an Kolonialverbrechen sichtbar zu machen. Wir haben bei unserer Analyse die Frage verfolgt, inwiefern diese Initiativen dabei auch kritisch mit der Macht von Karten und der Kartenproduktion umgehen. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir insgesamt 35 Kartierungsprojekte aus verschiedenen europäischen Städten recherchiert und für diese jeweils die angewandten Prämissen des Kartierens (Informationsselektion, Informationsvermittlung und Kartengrundlage), die Praxis des Kartierens (partizipativer, kollektiver oder hierarchischer Prozess) sowie das Produkt des Kartierens (interaktive Onlinekarte oder statische analoge Karte) untersucht. Dabei interessierten uns insbesondere die Darstellungsweisen kolonialer Spuren und deren räumlichen und zeitlichen Relationen (Abschnitt 3.1.). Um die Auseinandersetzung mit Ansprüchen des kritischen Kartierens einordnen zu können, haben wir außerdem den Produktionskontext (Abschnitt 3.2.) und den Publikationskontext der Karten (Abschnitt 3.3.) untersucht.

Tabelle 1 listet die 35 untersuchten Karten auf und enthält die Informationen zu Kartengrundlagen, Kartierungsmethoden, Initiator\*innen und Projektlaufzeit der einzelnen Karten. Die Recherche von Karten kolonialer Erinnerungsorte hatte bei den 26 deutschen Städten das Ziel einer Vollerhebung. Neun Karten weiterer europäischer Städte wurden

exemplarisch recherchiert, mit Blick auf deren Bedeutung als Zentren des europäischen Kolonialismus. In die Untersuchung wurden analoge und digitale Karten aufgenommen.

Wir berücksichtigten nur Karten, die eine Visualisierung kolonialismuskritischer, post- oder dekolonialer Kartierungen vornehmen. Die Erhebung führten wir 2021 im Rahmen einer sechsmonatigen Studie zum dekolonialen Kartieren durch. Im Sommer 2023 prüften wir die Zugänglichkeit und Aktivität der Onlinekarten erneut und ergänzten zwei neue Karten. Unsere Zusammenstellung basiert auf einer Internetrecherche mit den Suchbegriffen „slave map“, „slave tour“, „colonial map“, „colonial tour“, „colonial memories“ und „slave memories“. Zusätzlich befragten wir Netzwerke in postkolonialen Städten sowie postkoloniale Stadtforscher\*innen nach Hinweisen auf existierende Kartierungsprojekte. Da bei Onlinekarten oft nur schwer nachzuvollziehen ist, wann diese publiziert wurden und ob die Kartierung von Erinnerungsorten beziehungsweise die Überarbeitung von Wissensbeständen kontinuierlich fortgeführt wird, recherchierten wir diese Informationen ergänzend in Publikationen und sozialen Medien. Bei einzelnen Karten konnten wir keine Informationen zu den verwendeten Kartengrundlagen finden. Sofern Kartograph\*innen namentlich benannt werden, sind sie in der Tabelle aufgeführt. Unsere Recherche konzentrierte sich auf Städte, da dort die Auseinandersetzung mit kolonialen Spuren am intensivsten geführt wird und weil dort potenziell Initiativen Schwarzer Menschen an Kartierungen beteiligt sind oder diese sogar initiieren (Kelly/Vassell 2023: 10). Damit ist in Städten eine größere Vielfalt an kolonialismuskritischen Karten und partizipativer Kartierungen zu erwarten.

### 3.1. Informations- und Vermittlungspraktiken post- und dekolonialer Kartierungen

Die untersuchten Kartierungsprojekte nutzen für die Erstellung ihrer Karten verschiedene Methoden und Medien. Zur Gestaltung der Karten haben die Initiator\*innen und Autor\*innen ein breites Spektrum an Expertisen der Kartographie und des Webdesigns angewandt. 20 der 35 untersuchten Karten nutzen frei zugängliche und interaktiv nutzbare Onlinekarten wie GoogleMaps oder OSM und verknüpfen diese mit Text-, Bild- oder Audiodaten. Zwei Karten sind als App nutzbar, drei Karten liegen ausschließlich in gedruckter Form vor.

## Sybille Bauriedl \ Linda Pasch

Nr.	Kartenname	Kartengrundlage	Initiator*innen	Laufzeit
<b>Statische Karten mit punktuellen Informationen</b>				
1	„Mapping Legacies of British Slavery“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://www.ucl.ac.uk/lbs/maps/britain">https://www.ucl.ac.uk/lbs/maps/britain</a>	University College London, Centre for the Study of the Legacies of British Slavery	2009-laufend
2	„Hamburg Postkolonial“	Gedruckte Karte auf Basis eines Stadtplans (Kartographie Ulf Treger)	Hafengruppe Hamburg, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Pharus Verlag	2010
3	„A Curious Person's Guide to Oldenburg“	Gedruckte Karte auf Basis eines vereinfachten Stadtplans (Kartographie Andrea Dilzer)	European Master Migration and Intercultural Relations, Universität Oldenburg und Edith-Russ-Haus für MedienKunst	2013
4	„Auf postkolonialen Spuren in Leipzig“	Online-abrufbare Karte auf Basis einer Straßenbahnplans <a href="https://leipzig-postkolonial.de/wp-content/uploads/2020/09/Post-koloniale-Spuren.pdf">https://leipzig-postkolonial.de/wp-content/uploads/2020/09/Post-koloniale-Spuren.pdf</a>	AG Postkolonial, Verein Engagierte Wissenschaft, Universität Leipzig	2015
5	„Black History in St. Paul's“, Bristol	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://www.bristolmuseums.org.uk/blog/discover-st-pauls-black-history">https://www.bristolmuseums.org.uk/blog/discover-st-pauls-black-history</a>	Museum Shed Bristol, Tanja Aminata Bah	2017
6	„Kolonialismus und seinen Spuren in Jena“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://decolonize-jena.de/kolonialismus-in-jena/stadtrundgang">https://decolonize-jena.de/kolonialismus-in-jena/stadtrundgang</a>	Netzwerk Decolonize jena!	2018
7	„Mapping a colony“, Denmark and Virgin Islands	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://blogit.itu.dk/mappingacolonyen">https://blogit.itu.dk/mappingacolonyen</a>	Forschungsprojekt Mapping a Colony, ETHOS Lab der Universität Kopenhagen, Königliche Bibliothek	2018
8	„Sønderjylland-Schleswig Kolonial: Erinnerungsorte“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://www.sonderjylland-schleswig-kolonial.eu/de/erinnerungsorte.html">https://www.sonderjylland-schleswig-kolonial.eu/de/erinnerungsorte.html</a>	Dänische Zentralbibliothek Flensburg, Flensburger Schifffahrtsmuseum, Museum Sønderjylland	2018
9	„Postkoloniale Spuren in Bonn“	Downloadkarte auf Basis eines Stadtplanausschnitts (ohne Quelle) <a href="https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Brosch%C3%BCre_Postkoloniale_Stadtfuehrung.pdf">https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Brosch%C3%BCre_Postkoloniale_Stadtfuehrung.pdf</a>	Netzwerk Bonn Postkolonial, Lea Carstens, Moritz Heinrich	2019
10	„Dekolonialer Stadtrundgang Kolonialismus in Erfurt - 1503 bis heute“	Onlinekarte auf OSM-Basis, konzipiert als Stadtrundgang (ohne Quelle) <a href="https://uploads.knightlab.com/storymaps/fa1c8ffa72b8355c307d89ceb725c5/dekolonialer-stadtrundgang/index.html">https://uploads.knightlab.com/storymaps/fa1c8ffa72b8355c307d89ceb725c5/dekolonialer-stadtrundgang/index.html</a>	Netzwerk Decolonize Erfurt	2019
11	„Frankfurt's Colonial Hangover“	Downloadkarte auf OSM-Basis <a href="http://frankfurt.postkolonial.net/stadtrundgang">http://frankfurt.postkolonial.net/stadtrundgang</a>	Netzwerk Frankfurt Postkolonial	2019
12	„Stadtrundgangskarte“, Gießen	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://giessenpostkolonial.wordpress.com/stadtrundgangskarte">https://giessenpostkolonial.wordpress.com/stadtrundgangskarte</a>	Netzwerk Gießen Postkolonial	2019
13	„Glasgow's Historical Ties to Slavery & Atlantic Connections“	Onlinekarte auf ArcGis-Basis <a href="https://storymaps.arcgis.com/stories/e9a3625c21fc4bfd9f4b214ee4643864">https://storymaps.arcgis.com/stories/e9a3625c21fc4bfd9f4b214ee4643864</a>	University of Glasgow, Netzwerk Black Lives Matter	2019-2022

## Kartieren als Methode dekolonialer Erinnerungspraxis in europäischen Städten

Nr.	Kartenname	Kartengrundlage	Initiator*innen	Laufzeit
14	„Koloniale Spuren in Hagen“	Gedruckte Karte auf Basis eines Stadtplans	Historiker*innen der Fernuniversität Hagen (Fabian Fechner, Barbara Schneider)	2019
15	„Voices in the Shadows of Monuments“, Kopenhagen	Onlinekarte auf Basis eines skizzierten Stadtteils <a href="https://www.shadowsofmonuments.dk/map">https://www.shadowsofmonuments.dk/map</a>	Dänisch-karibische und grönländische Künstler*innen und Aktivist*innen	2020
16	„Mapping Slavery: Amsterdam“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://mappingslavery.nl/kaarten-2/kaarten-nederland/amsterdam/">https://mappingslavery.nl/kaarten-2/kaarten-nederland/amsterdam/</a>	Black Heritage Amsterdam Tour (Jennifer Tosch)	2021
17	„Postkolonialer Stadtrundgang in Braunschweig“	Onlinekarte auf Basis eines Stadtplanausschnitts (ohne Quelle) <a href="https://amobraunschweigpostkolonial.com/postkolonialer-stadtrundgang-in-braunschweig-digitaler-einblick/">https://amobraunschweigpostkolonial.com/postkolonialer-stadtrundgang-in-braunschweig-digitaler-einblick/</a>	Amo Braunschweig Postkolonial	2021
18	„Stadtrundgang durch Zürichs koloniale Vergangenheit“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://www.zh-kolonial.ch">https://www.zh-kolonial.ch</a>	Verein Zürich Kolonial (initiiert von Historiker*innen an der ETH Zürich)	2021-laufend
19	„Kassel postkolonial: Orte“	Onlinekarte auf Basis vereinfachter Gebietskarte der Region Kassel <a href="http://kassel-postkolonial.de/orte/">http://kassel-postkolonial.de/orte/</a>	Netzwerk Kassel Postkolonial	2022-laufend
20	„Hamburgs koloniales Erbe“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis und historischer Karten, als App konzipiert Via App Store oder Play Store	Universität Hamburg, Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung	2023-laufend
<b>Interaktive Karten mit punktuellen Informationen</b>				
21	„Webmap Hamburg Global“	Onlinekarte auf OSM-Basis (Kartierung und Webdesign Tamer Fawzy, Ulf Treger) <a href="https://www.hamburg-global.de/v1.0/">https://www.hamburg-global.de/v1.0/</a>	Bildungsbüro Hamburg	2012-laufend
22	„Lern und Erinnerungort Afrikanisches Viertel, Berlin“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="http://www.3plusx.de/leo-site">http://www.3plusx.de/leo-site</a>	Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirksamts Berlin-Mitte	2014-laufend
23	„Berlin als postkoloniale Stadt kartieren“	Onlinekarte auf ArcGIS-Basis <a href="https://www.arcgis.com/apps/MapSeries/index.html?appid=9fb2779479e44fe3918089636970029d">https://www.arcgis.com/apps/MapSeries/index.html?appid=9fb2779479e44fe3918089636970029d</a>	Projektseminar des Masters „Historische Urbanistik“ an der TU Berlin (Noa K. Ha), Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, Berlin Postkolonial	2015-laufend
24	„Kolonialismus in Freiburg“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/orte.htm">https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/orte.htm</a>	Netzwerk Freiburg Postkolonial	2015-laufend
25	„Berlin-Mitte - Audioguidetour zu Unfreier Arbeit und Rassismus“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis sowie App „Guidemate“ <a href="https://guidemate.com/guide/Berlin-Mitte-Audioguidetour-zu-Unfreier-Arbeit-und-Rassismus-59104bfae4b016539b02e323">https://guidemate.com/guide/Berlin-Mitte-Audioguidetour-zu-Unfreier-Arbeit-und-Rassismus-59104bfae4b016539b02e323</a>	Forschungsprojekt an der Alice Salomon Hochschule (Iman Attia)	2016-laufend
26	„Rostock Postkolonial: Kartenansicht“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://postkolonial.soziale-bildung.org/karte">https://postkolonial.soziale-bildung.org/karte</a>	Rostock Postkolonial	2017-laufend

## Sybille Bauriedl \ Linda Pasch

Nr.	Kartenname	Kartengrundlage	Initiator*innen	Laufzeit
27	„Postcolonial Italy. Mapping Colonial Heritage“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://postcolonialitaly.com">https://postcolonialitaly.com</a>	Universität Graz (Markus Wurzer), Europäisches Hochschulinstitut (Daphné Budasz)	2018-laufend
28	„Postcolonial Potsdam. Audio Guide & Karte“	Onlinekarte auf OSM-Basis (Kartographie, Webdesign Ulf Treger) <a href="https://map.postcolonialpotsdam.org/main">https://map.postcolonialpotsdam.org/main</a>	Arbeitskreis Postcolonial Potsdam	2020-laufend
29	„Dekoloniale Karte und Stadtrundgänge Weimar“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://decolonize-weimar.org">https://decolonize-weimar.org</a>	Decolonize Weimar	2020-laufend
30	„Topple the Racists“, UK	Onlinekarte aus OSM-Basis <a href="https://www.toppletheracists.org">https://www.toppletheracists.org</a>	Stop Trump Coalition	2020-laufend
31	„Tear this shit down“, Deutschland	Onlinekarte auf OSM-Basis Internetseite deaktiviert	Künstlerkollektiv Peng!, Zoff Kollektiv, Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland	2020-2021
32	„Augsburgs koloniale (K)Erben“	Onlinekarte auf ArcGIS-Basis <a href="https://storymaps.arcgis.com/stories/6b61d854839443eab3a9bb964479be7a">https://storymaps.arcgis.com/stories/6b61d854839443eab3a9bb964479be7a</a>	Geographie, Transformationsforschung, Universität Augsburg	2021-laufend
33	„Essen. Colonialtracks“	Onlinekarte auf GoogleMaps-Basis <a href="https://essen.colonialtracks.de/stadtkarte/">https://essen.colonialtracks.de/stadtkarte/</a>	EXILE-Kulturkoordination	2022-laufend
<b>Interaktive Karten mit Informationen zu multiperspektivischen Verflechtungen</b>				
34	„Mapping Postkolonial“, München	Abstrakte Onlinekarte <a href="https://mapping.postkolonial.net/mapping">https://mapping.postkolonial.net/mapping</a>	[muc] München Postkolonial, Labor k3000, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.	2013-2014
35	„Dekoloniale Geschichte[n]“	Onlinekarte auf OSM-Basis <a href="https://www.dekoloniale.de/de/map?kind=stories">https://www.dekoloniale.de/de/map?kind=stories</a>	Modellprojekt „Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt“, EOTO e. V., Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland	2020-laufend

Die untersuchten Karten ordneten wir drei Kartentypen zu: Erstens statische Karten mit punktuellen Informationen, zweitens interaktive Onlinekarten mit punktuellen Informationen und drittens interaktive Onlinekarten mit Informationen zu multiperspektivischen Verflechtungen. Die jeweiligen Besonderheiten dieser drei Kartentypen und insbesondere ihrer Informationsvermittlung verdeutlichen wir im Folgenden jeweils anhand einer Beispielkarte.

### *Statische Karten mit punktuellen Informationen*

Die mit Abstand häufigste Darstellungsform bei den von uns untersuchten dekolonialen Kartierungen ist eine punktuelle Eintragung von Orten auf einer Grundkarte. Dabei geht es um Orte, die eine koloniale

Verflechtungsgeschichte haben (wie Kolonialwarenläden, koloniale Denkmäler, Straßen mit kolonialen Namen, Universitäten oder auch Orte des antikolonialen oder antirassistischen Widerstands und Gedenkens). Die für die Karten jeweils verantwortlichen Gruppen und Initiativen nutzen verschiedene Kartengrundlagen. Das sind manchmal abstrakte oder künstlerische Darstellungsformen (Tab. 1, Nr. 15, 19, 34), Stadtpläne oder Straßenbahnkarten (Tab. 1, Nr. 2, 3, 4, 9, 14, 17), historische Karten (Tab. 1, Nr. 20), ansonsten Onlinekarten wie GoogleMaps oder OSM. Dabei handelt es sich zum einen um statische Karten, die online oder in gedruckter Form verfügbar sind, zum anderen um interaktive digitale Karten. Die Onlinekarten werden teilweise in Apps oder anderen Anwendungen weiterverwendet, beispielsweise für eine Stadtrallye in Freiburg in der App „Actionbound“<sup>[3]</sup> (Tab. 1, Nr. 24) oder zur Erstellung einer sogenannten Storymap (Tab. 1, Nr. 5, 29) mit subjektiven Erzählungen.

Die untersuchten Kartierungen mit ihren punktuellen Informationen markieren ausschließlich physische Erinnerungsorte. Dabei können fünf Typen unterschieden werden:

1. Gebäude der Produktion (Zuckermanufakturen, Speicher, Werften o. ä.), des Konsums (Kolonialwarenläden), der Repräsentation (Kaufmannsvillen) oder der Repression (Gefängnisse);
2. Straßen, Plätzen und Parks sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen mit kolonialen Namen;
3. Denkmäler für Ereignisse (koloniale Eroberungen oder Kriege) sowie Personen (Kolonialpolitiker, Kaufmänner, Kolonialgouverneure);
4. Infrastrukturen des Warenumschlags (Hafenanlagen, Speicher für Kolonialwaren), der Organisationsstruktur (Tropenkrankenhäuser, Handelskammern, Versicherungen, Kreditinstitute, Kolonialwarenbörsen), der Bildung und Propaganda (geographische Gesellschaften, Völkerkundemuseen, Zoologische Gärten, Kolonialinstitute);
5. Denkmäler für antikolonialen Widerstand.

Exemplarisch für die punktuelle Eintragung von Orten mit kolonialem Bezug ist die Karte „A Curious Person’s Guide to Oldenburg“, die Studierende eines Masterstudiengangs der Universität Oldenburg produzierten (Abb. 1). Die gedruckte Karte von 2013 nutzt eine stark vereinfachte Kartographie: Auf der Karte sind Straßen eines vereinfachten Stadtplans mit zentralen Gebäude abgebildet sowie Nummern von insgesamt 26

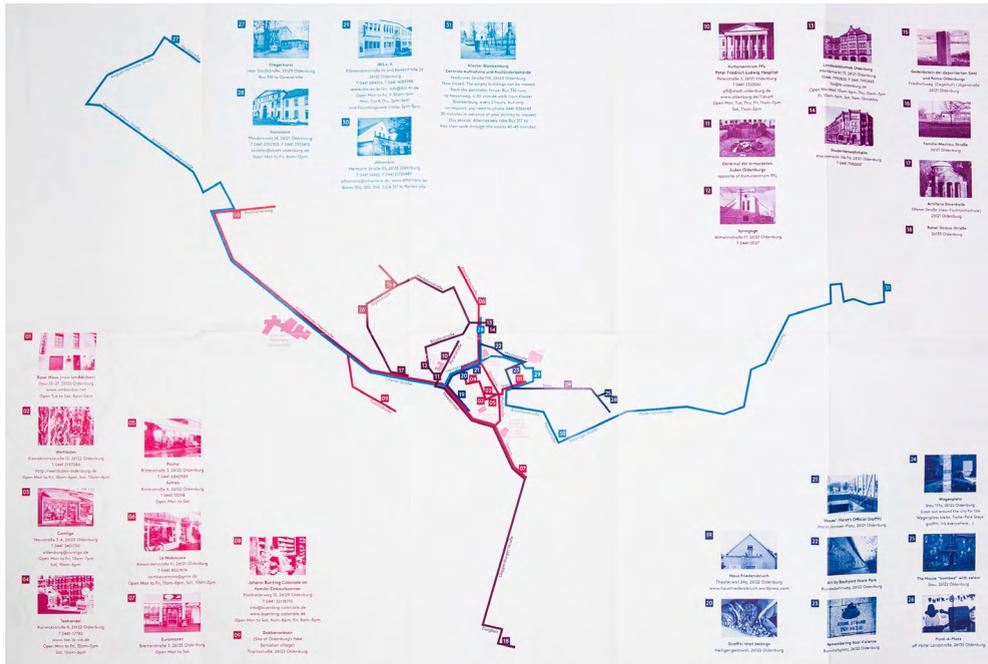


Abb. 1 „A Curious Person's Guide to Oldenburg“ (Quelle: Tab. 1, Nr. 3)

Orten eingetragen, die jeweils auf Fotos, Bezeichnungen oder Adressen (post-)kolonialer Erinnerungsorte verweisen. Die eingezeichneten Orte sind vier Kategorien zugeordnet: (1) „The world in the city“ (Orte des Konsums von Kolonialwaren), (2) „Traces of the past“ (Erinnerungsorte der Verfolgung von Jüd\*innen sowie Sinti\*zze und Rom\*nja während des Nationalsozialismus), (3) „Bordering the centre: Dancing to Alternatives“ (Orte mit antirassistischen Graffiti oder Street Art) und (4) „From the outside in: Refugee and Asylum Oldenburg“ (Orte der Erinnerung an Kämpfe von Geflüchteten und Asylsuchenden).

Auf der Rückseite der Karte befinden sich weitere Informationen zu den nummerierten Orten. Zum Ziel der Karte schreiben die Autor\*innen, dass die Visualisierung dazu einlade, „Oldenburg als diverse und interessante Stadt zu entdecken“.

### Interaktive Karten mit punktuellen Informationen

Die interaktiven Karten mit punktuellen Informationen unterscheiden sich von den statischen Karten dadurch, dass externe Nutzer\*innen der Karten Standortsetzungen und damit verbundene Wissensbestände ergänzen und integrieren können. Bei einigen Karten moderieren die

Karteninitiator\*innen diese Ergänzungen. Die Kartengrundlage sind bei allen untersuchten Karten dieser Kategorie entweder vorhandene Karten wie GoogleMaps oder OSM oder eine Grundkarte, die mit der Geoinformation-Software ArcGIS erstellt wurde. Zu den interaktiven Karten (siehe Tab. 1) zählen wir auch Kartierungen, die Nutzer\*innen diese zwar nicht mitgestalten können, die Kartenproduzent\*innen die Karten jedoch als interaktiv bezeichnen, da Nutzer\*innen digital verknüpfte Elemente aufrufen oder darin navigieren können.

Bei der punktuellen Darstellung kolonialer Erinnerungsorte werden die räumlichen Verflechtungen zwischen Orten im Stadtraum und überregionalen Standorten in der Regel nicht kartographisch abgebildet. Die Karte Webmap Hamburg Global (Abb. 2) ist daher ein besonderes Beispiel für eine interaktive Karte mit punktuellen Informationen: Zusätzlich zu einer Stadtkarte mit punktuellen Informationen kann die Weltkarte „global link“ aufgerufen werden. Auf ihr sind die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Hamburg und anderen Orten im internationalen Maßstab eingezeichnet. In der grafischen Umsetzung führen aus Hamburg Linien in unterschiedlichen Farben zu verschiedenen Punkten in der Welt – zumeist in (de-)kolonisierte Länder des Globalen Südens. Die Farben stehen dabei für verschiedene Themen: blau für „hamburg multidimensional – Rassismus, Empowerment und Global Passports“, grün für „hamburg postkolonial – Kokosnüsse, Kaiserkult und Kolonialflair“, gelb für „hamburg commercial – Pfeffersäcke, Kaffeetüten und Bananenkisten“, orange für „hamburg energie – Kohle, Uran und der Wind“ sowie rot für „hamburg militaria – Panzer, Kanonen und die Fregatten“ (Tab. 1, Nr. 21). Jede angezeigte Verbindungslinie können Nutzer\*innen anklicken. Dadurch öffnet sich jeweils ein Fenster mit einem Artikel, der die Verbindung von Hamburg zu diesem Ort und dessen postkoloniale Abhängigkeit erklärt. Zudem kann die Anzeigoption „Die Perspektive wechseln“ aktiviert werden: Dabei dreht sich die Kartendarstellung um 180 Grad, womit die hegemoniale Sehgewohnheit herausgefordert wird.

Nutzer\*innen können in die Karte hineinzoomen. Der Informationsgehalt der Grundkarte mit den angezeigten nationalstaatlichen Grenzen verändert sich dadurch nicht. Daneben gibt es auch eine Kartendarstellung der Stadt Hamburg, die die fünf genannten Themen an verschiedenen Punkten in der Stadt verortet und dazugehörige Informationen vermittelt. Das interaktive Kartierungsprojekt wurde 2012 gestartet, der letzte

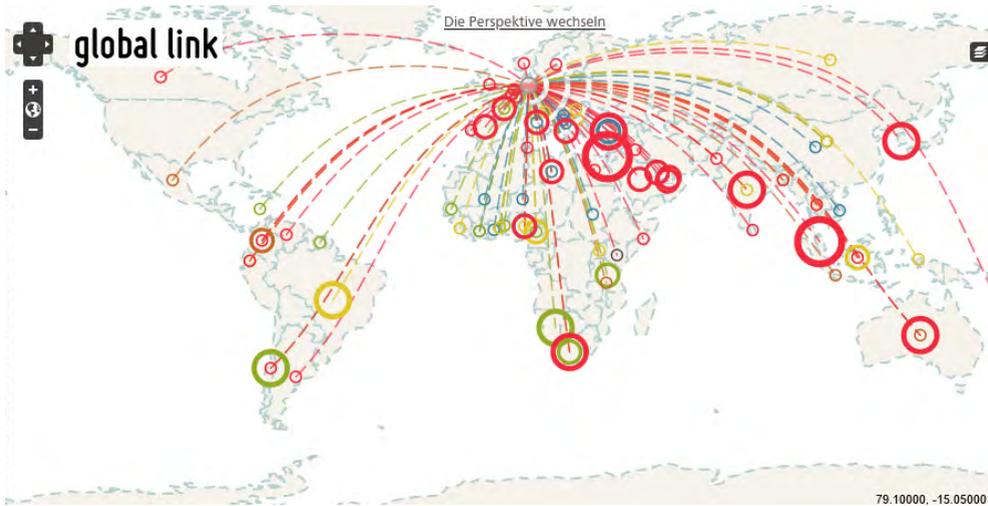


Abb. 2 Webmap Hamburg Global (Quelle: Tab. 1, Nr. 21)

veröffentlichte Beitrag auf der Homepage wurde im Juli 2022 erstellt (Stand 1.4.2024).

### *Interaktive Karten mit Informationen zu multiperspektivischen Verflechtungen*

Unter dieser Kategorie fassen wir Karten zusammen, bei denen geographisch verflochtene Informationen zusammengetragen und visualisiert werden. Diese multiperspektivische Darstellungsform (post-)kolonialer Erinnerungsorte setzte 2013 bis 2014 das Kartierungsprojekt „Mapping Postkolonial“ des Münchner Teams von [muc] münchen postkolonial, Labor k3000 und Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V. um (Abb. 3). An der Kartierung waren verschiedene Forscher\*innen, Aktivist\*innen und Software-Entwickler\*innen beteiligt. Zudem erhielt das Projekt eine Förderung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (Bahl et al. 2018: 235). Die Darstellungsweise der Karte bettet die kolonialen Orte Münchens in größere Erzählungen und Zusammenhänge ein. Sie macht deutlich, dass die eingezeichneten Stationen nicht für sich stehen. Die Ausgangsdarstellung dieser interaktiven Karte ist ein weißer Hintergrund mit grauen und schwarzen Kreuzen. Durch einen Klick auf ein Kreuz öffnet sich ein Fenster mit Bild- und Textinformationen zu der jeweiligen „Spur“. Dargestellt sind Spuren zu „Völkerschauen auf dem Oktoberfest“, zum Widerstand der im Jahr 1890 dort ausgestellten Menschen sowie zum Münchener Hauptbahnhof als Ort rassistischer

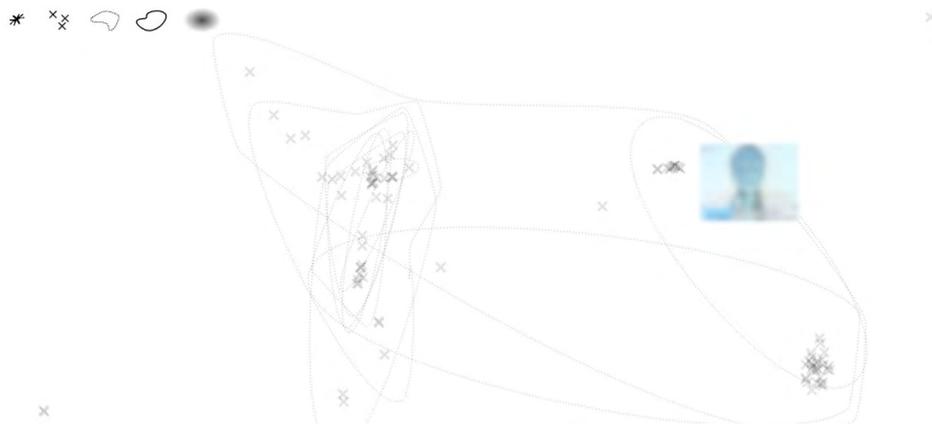


Abb. 3 Mapping Postkolonial, München (Quelle: Tab. 1, Nr. 34)

Kontrollen Schwarzer Menschen. Zusätzlich können in der Karte „Spuren“ die Dimensionen „Erzählungen“, „Schichten“ und „Gespenster“ aktiviert werden, zu denen jeweils Bild- und Textinformationen hinterlegt sind. Bei der Kartendimension „Erzählungen“ sind die Spuren durch Linien miteinander verbunden. Sie zeigt die inhaltlichen und räumlichen Verflechtungen einzelner Kategorien von Erinnerungsorten – etwa von Straßennamen, die koloniale Akteure oder Orte ehren oder gar explizit auf den Genozid an den Herero und Nama verweisen. Die Kartendimension „Schichten“ liefert Informationen zu strukturellen Kontexten, in die Spuren in München eingebettet sind. Diese gliedern sich in die Stichworte Wissensproduktion, Dekolonisierung, Positionalität und Rassismus. Bei der Kartendimension „Gespenster“ bewegt sich in unregelmäßigen Zeitabständen ein Schatten über die Karte (Abb. 3), begleitet von einem rauschenden oder knisternden Ton. Damit wollen die Kartenproduzent\*innen das Fortbestehen kolonialer und rassistischer Denkweisen in der Gegenwart verdeutlichen: „Der Kolonialismus ist tot und lässt sich doch nicht tot kriegen [sic!]. Nach wie vor spuken Gespenster als Schatten der kolonialen Vergangenheit umher. Sie treiben ihr Unwesen in Möbelhäusern und Restaurants“ ([muc] münchen postkolonial et al. o. J.). Ein Gespenst trägt den Namen „Möbel Kolonie“ und macht darauf aufmerksam, dass Möbelhäuser bestimmte Produkte mit der Bezeichnung „Kolonialstilambiente“ bewerben. Die Karte von [muc] münchen postkolonial et al. verdeutlicht durch ihre multidimensionale Darstellung, dass koloniale Spuren sowohl als singuläre Standorte als auch eingebettet in kolonialen Strukturen zu erkennen und verstehen

sind. Diese bestehen bis heute fort – in der Materialität von Denkmälern, aber auch in kulturellen Erzählungen und sozialen Praktiken.

Diese Visualisierung kann als dekonstruktivistische Karte bezeichnet werden, da sie von konventionellen kartographischen Darstellungsweisen abstrahiert und keinen Ausschnitt der Stadt München mit georeferenziert verorteten Straßen und Gebäuden abbildet. Lea Bauer und Eva Nöthen (2022: 161 ff.) beschreiben die Karte von [muc] münchen postkolonial et al. als eine künstlerisch-kartographische Forschungsarbeit. Sie zeigen, dass die Präsentation vielfältiger sich überlagernder Perspektiven eine Fokussierung auf unabgeschlossene Wahrnehmungs- und Deutungsprozesse ermöglicht.

### 3.2. Produzent\*innen und Anlässe kolonialismuskritischer Kartierungen

Die Vielfalt unterschiedlicher Produzent\*innen ist bei den untersuchten Karten groß. Das entspricht dem Verständnis der Kritischen Kartographie, eine geteilte Autor\*innenschaft als zentral für eine reflektierte Auseinandersetzung mit der Macht von Karten anzusehen und davon auszugehen, dass nur mit kollektiver Wissens- und Kartenproduktion gerechte Räume entstehen können (Pelger 2023: 3). Manche der untersuchten Karten erstellten professionelle (Web-) Designer\*innen (vgl. Potsdam), andere setzten zivilgesellschaftliche Initiativen oder Studierendengruppen um (vgl. Jena).

Tabelle 1 zeigt, dass über ein Drittel der untersuchten Kartierungen im Rahmen von Hochschulseminaren (z. B. Technische Universität Berlin, Universität Bonn) oder Forschungsprojekten (z. B. Universität Kopenhagen, Fernuniversität Hagen, Universität Hamburg) entstanden oder auf Personen mit universitärer Anbindung zurückgehen (z. B. Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Universität Graz). Die entsprechenden Projekte blieben oft temporär begrenzt und werden nicht weiterverfolgt oder aktualisiert. Damit vermitteln sie den kolonialismuskritischen Wissensbestand zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ein weiteres Drittel der Kartierungen entwickelten Soziale Bewegungen – meist postkoloniale Netzwerke – die ihre Rechercheergebnisse über das Medium Karte vermitteln. Solche postkolonialen Netzwerke überschneiden sich teilweise mit universitären Strukturen (z. B. Potsdam und Bonn), teilweise gründeten sich auch aktivistische Netzwerke im Anschluss an universitäre Veranstaltungen. Andere postkoloniale Gruppen kommen aus der

politischen Bildungsarbeit (Amo – Braunschweig Postkolonial), beschreiben sich als autonome politische Gruppe (Decolonize Jena!) oder sind an überregionale bildungs- und entwicklungspolitische Organisationen angebunden (Informationszentrum 3. Welt bei Freiburg Postkolonial).

Bei drei untersuchten interaktiven Onlineprojekten können die Nutzer\*innen zu Produzent\*innen der (post-)kolonialen Karten werden („Topple the Racists“, „Tear this Down“, „Webmap Hamburg“), indem sie ihr Wissen über koloniale Orte mittels eines Onlineformulars teilen.

### 3.3. Adressat\*innen des Kartierens dekolonialer Wissensproduktion

Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen und Institutionen hat häufig das Jubiläum eines historischen Ereignisses zum Anlass. So wurde die Onlinekarte der Region Sønderjylland-Schleswig 2017, zum 100-jährigen Jahrestag des Verkaufs der dänischen Kolonien in der Karibik – dem sogenannten Dänisch Westindien, veröffentlicht – zusammen mit umfangreichen wissenschaftlichen Recherchen und einem Sammelband. Einige Kartierungen entstanden begleitend zu Ausstellungen und Veranstaltungen zum Thema Kolonialismus (z. B. „Sankofa – Altona in der Karibik“ im Altonaer Museum Hamburg 2017; „Rum, Schweiß und Tränen“ im Schifffahrtsmuseum Flensburg 2017; „Dekoloniale“ Stadtmuseum Berlin 2020-2024, für eine Übersicht siehe Fechner/Schneider 2023) oder ergänzend zu postkolonialen Stadtführungen. Die Karten ergänzen damit ein Bildungsangebot für eine *weiße* Mehrheitsgesellschaft, die bisher wenig vom Erbe kolonialer Strukturen berührt war. Die postkolonialen Karten setzen an dieser kolonialen Amnesie beziehungsweise Aphasie an und dienen als Aufklärungs- und Kommunikationsmedium, um auf die (post-)koloniale Vergangenheit und Gegenwart aufmerksam zu machen. Sie machen die im Stadtraum vorhandenen und von der Mehrheit der Stadtbevölkerung meist unbemerkten kolonial geprägten Orte sichtbar. Rassifizierte Menschen werden in kolonial geprägten europäischen Städten permanent daran erinnert, nicht zur Stadtgesellschaft zu gehören und von der Erinnerungskultur ausgeschlossen zu sein (Zwischenraum Kollektiv 2017: 8). Postkoloniale Kartierungen stehen somit in der Tradition eines *mapping back*, das einer *weiß* dominierten Erinnerungskultur eine Erinnerung an rassistische Unterdrückung, koloniale Genozide und Landraub entgegenstellt (Alderman et al. 2021; Lucchesi 2018).

Viele kolonialismuskritische Initiativen formulieren in ihren Publikationen eine freundliche Einladung, sich mit der Kolonialgeschichte der eigenen Stadt auseinanderzusetzen. Vor dem Hintergrund des Verdrängens und Vergessens der Kolonialgeschichte in Deutschland und Europa zeigt dies eine große Offenheit gegenüber einer in (post-)kolonialen Fragen unreflektierten Mehrheitsgesellschaft. Es zeigt zudem ein vernunftoptimistisches Verständnis von Bildungsarbeit, das mit der Hoffnung verbunden ist, dass (post-)kolonialer Ignoranz mit Wissen und Bewusstseinsbildung begegnet werden kann. Diese Zielsetzung vollzieht sich jedoch sehr langsam. Dies zeigt der Blick etwa auf langwierige Prozesse der Umbenennung von Straßen, die vielfach noch immer Kolonialverbrecher ehren oder auf die bis heute fehlende Kontextualisierung von Kolonialdenkmälern.

Postkoloniale Karten bieten – ob in analoger oder digitaler Form – die Option einer selbstständigen Erkundung kolonial geprägter Orte in der Stadt (Tab. 1, Nr. 22, 25, beide in Berlin). Wie gut dieses Angebot angenommen wird, können wir an dieser Stelle nicht beurteilen. Die Nutzung postkolonialer Karten hängt auch davon ab, wie gut die jeweiligen Kartenproduzent\*innen mit öffentlichen Institutionen vernetzt sind, die zu deren Verbreitung beitragen und Zugang zu unterschiedlichen Zielgruppen schaffen können (z. B. in kommunalen Tourismusbüros, Stadtbibliotheken oder Landeszentralen für politische Bildung). Postkoloniale Karten richten sich nicht ausschließlich zum Zweck der Aufklärung an eine *weiße* Mehrheitsgesellschaft, sondern auch explizit an Antirassist\*innen und dekoloniale Aktivist\*innen als Wissensträger\*innen und -produzent\*innen, die auf Standorte und Verflechtungen kolonialer Erinnerung aufmerksam machen.

#### **4. Kartierung als Protestform gegen unreflektierte koloniale Spuren**

Eine Onlinekarte, die beispielhaft partizipatives Kartieren mit kolonialismuskritischem Protest und einer konkreten Dekolonialisierung des öffentlichen Raums verbindet, veröffentlichten das Künstler\*innenkollektiv Peng!, das Zoff Kollektiv und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland im Juni 2020. Ihre interaktive Deutschlandkarte mit dem Titel „Tear down this shit – Deutschlandweite Karte von kolonialen Spuren im öffentlichen Raum“ verzeichnet über 100 Straßen, Plätze und Denkmäler, die Personen ehren, die während der deutschen Kolonialzeit

rassistische Verbrechen verübt oder politisch ermöglicht haben. In die partizipative und interaktive Karte konnten Nutzer\*innen zusätzliche koloniale Erinnerungsorte und Informationen zum Standort eintragen. Nutzer\*innen wurden dazu aufgerufen, über ein Meldeformular zusätzliche Erinnerungsorte zu identifizieren. Die Administrator\*innen nahmen diese dann nach einer Prüfung in die Karte auf. Mitinitiiert wurde dieses Kartierungsprojekt von der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) als Reaktion auf die weltweiten Black-Lives-Matter-Proteste nach dem rassistischen Mord an Georg Floyd am 25. Mai 2020, in deren Rahmen in vielen Ländern Denkmäler und Statuen mit rassistischem und kolonialistischem Hintergrund beschädigt, umgestaltet oder gestürzt wurden (z. B. die Statuen von Cecil Rhodes in Kapstadt, von Edward Milligan in London oder von Christoph Kolumbus in Baltimore).

Die Initiator\*innen des Projekts wollten mit dem Instrument einer Kartierung gewaltverherrlichender kolonialer Erinnerungsorte eine kritische Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Rassismus in Deutschland voranbringen. Erinnerungsorte sollten als Protestorte markiert werden und Platz für ein postkoloniales Erinnern schaffen. ISD-Mitglied Simone Dede Ayivi sagte zur Veröffentlichung der Kartierung:

„Wenn wir eine antirassistische Gesellschaft wollen, müssen wir fragen, wer sind die Opfer, die wir ehren wollen? Ein leerer Sockel ist ein guter Schritt, um das herauszufinden. Über diese Leerstellen sollen breite Diskussionen geführt werden. Dann kann man etwa Künstler\*innen vom afrikanischen Kontinent einladen, die Plätze, auf denen bislang Kolonialisten gedacht wurde, neu zu gestalten.“

(Ayivi 2020)

Die Gegenkartierung hat hier eine doppelte Materialisierung zum Ziel: das Produkt der Karte und die Umgestaltung des physischen Erinnerungsraums. Die Website TearThisDown.com mit der interaktiven Karte kolonial geprägter Orte war nur wenige Monate lang abrufbar. Nachdem die Staatsanwaltschaft Berlin im Begleittext zur Aktion eine Aufforderung zu Straftaten sah und am 15. Juli 2021 Privatwohnungen und Büroräume des Künstlerkollektivs Peng! durchsuchen ließ, nahmen die Initiator\*innen ihre Website vom Netz. Die Staatsanwaltschaft hielt folgende Passage auf der Website für strafrechtlich relevant: „Wer wird da eigentlich wofür geehrt? Verbrecher für Verbrechen, das geht nicht! Kopf ab, Runter vom Sockel, Farbe drauf, Schild drüber – die Möglichkeiten sind

vielfältig. Aber markieren reicht nicht, wir suchen andere Formen. Vieles kann ein Denkmal sein und im Zweifelsfall macht es sich im Wasser treibend auch ganz gut.“ (Reuter 2021) Die Staatsanwaltschaft brachte die interaktive Karte in Zusammenhang mit Sachbeschädigungen an sieben Denkmälern in Berlin und sah die Initiator\*innen der website „Tear down this shit“ in der Verantwortung. Die unbekanntes Täter\*innen hätten teilweise auf die Website verwiesen. Der Vorgang zeigt, dass kolonialismuskritisches Kartieren als eine soziale und politische Praxis verstanden werden kann. Das Medium der (Online-)Karte ist Teil einer vernetzten *agency*, die Wissensproduktion und Wissensvermittlung mit einer Auseinandersetzung mit konkreten Räumen sowie deren Gestaltung verbindet.

Diese Verbindung fordert ein weiteres Kartierungsprojekt mit seinem Namen explizit heraus: „Toppole the racist. A crowdsourced map of UK statues and monuments that celebrate slavery and racism“. Die Onlinekarte wurde ebenfalls im Juni 2020 veröffentlicht und ist immer noch nutzbar. Die partizipative und interaktive Kartierung fordert Nutzer\*innen direkt auf der Startseite auf, ein Meldeformular für weitere koloniale Statuen auszufüllen. Die Kartierung wurde inspiriert durch eine direkte Aktion gegen das Gedenken an den Sklavenhändler Edward Colston in Bristol. Diese führte am 7. Juni 2020 zum Sturz und Versenken der Colston-Statue im historischen Hafenbecken.

Rassismuskritische Wissenschaftler\*innen beschreiben seit einigen Jahren, dass Europas ehemalige koloniale Zentren mittlerweile zu Orten der öffentlichen Auseinandersetzung mit Kolonialität geworden sind (vgl. Zwischenraum Kollektiv 2017; Ha/Picker 2022) und dass diese Erinnerungspolitik nicht mehr nur in den kolonisierten Ländern stattfindet. Postkoloniale Kartierungsprojekte in europäischen Städten leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Sie verbinden den Widerstand gegen koloniale Ausbeutung in der Vergangenheit mit den Kämpfen gegen koloniales Erinnern in der Gegenwart.

## **5. Schlussfolgerungen zu kritischem und dekolonialem (Gegen-) Kartieren**

Koloniale Erinnerungsorte und ihre Geographien in ihrem historischen und gegenwärtigen Kontext zu verstehen und in Form von Karten zu vermitteln, ist eine komplexe Aufgabe. Alle hier genannten Kartierungsprojekte gehen diese Aufgabe mit Gegenerzählungen an

und tragen so zu einer herrschaftskritischen Diskursverschiebung der Kolonialgeschichte bei. Sie alle sind eingebettet in Diskussionen um Erinnern, Verdrängen und Protest, unterscheiden sich jedoch durch verschiedene Formen der Praxis des kritischen Kartierens.

Erinnerungsorte sind keineswegs nur physisch lokalisiert und manifest, sondern immer auch immateriell. Für ihre Darstellbarkeit in Karten ist das ein Dilemma. In den meisten Kartierungen werden Erinnerungsorte mit einem georeferenzierten Punkt lokalisiert und mit statischen Informationen verbunden. Auch multiperspektivische Karten formulieren mehrheitlich ortsbezogene Gegenerzählungen und nutzen diese als konkrete Ausgangspunkte für globale Bezüge lokaler Spuren.

Die Kartierung kolonialer und antikolonialer Erinnerungsorte ist in der Regel eine Praxis des historisierenden Kartierens. Der Ansatz des kritischen Kartierens versucht jedoch zu verdeutlichen, wie Raum und Ort im Rahmen symbolischer Verortungsleistungen bedeutungsvoll (re-) produziert werden. Doreen Massey (1991) beschreibt die Aufgabe einer Geographie historischer Orte als historisch informierten *global sense of place*. Im diesem Sinne sollte eine herrschaftskritische Gegenerzählung nicht zu erneutem Lokalismus mit antikolonialem Anspruch führen, der die besondere Bedeutung einzelner Erinnerungsorte herausstellt. Massey versteht Orte als konstruiert durch globale sozialer Verhältnisse sowie eine lange Geschichte der Verflechtungen mit anderen Orten im globalen Maßstab (1995: 183). Aus dieser Perspektive sind dekoloniale Kartierungsprojekte in einzelnen Städten nicht nur als Protest gegen lokale Erinnerungspolitik zu verstehen, sondern immer auch als Protest gegen globale Ungleichheitsverhältnisse.

Karten als Medien können jedoch nur schwerlich als räumliche Vernetzung unterschiedlicher Maßstabsebenen gestaltet werden. Zudem erschweren die Lesegewohnheiten von Karten die Vermittlung einer Kritik globaler Machtverhältnisse zusätzlich. Auch wenn die meisten der von uns untersuchten Karten koloniale Spuren nur statisch verzeichnen und damit Mulitdirektionalität und Relationalität nicht erkennbar werden, setzen die verorteten Gegenerzählungen Impulse für eine Dekolonisierung des öffentlichen Raums und der Stadtgeschichte. Die Überführung der Theorie eines *global sense of place* in eine neue mediale Praxis, die von einer Stadtöffentlichkeit gelesen werden kann, ist damit zumindest auf den Weg gebracht.

Auch bei der Nutzung von GoogleMaps können gegenhegemoniale Kartierungen entstehen, etwa indem Karteninhalten mit kolonialen Bezeichnungen (z. B. „Westindienspeicher“) kolonialismuskritische und antirassistische Bezeichnungen entgegengestellt werden. Auch wenn dadurch nicht die Darstellungsweise oder die Quellen der Karte kritisiert werden, zeigt sich hier eine kritische Auseinandersetzung mit dem transportierten Wissen und den (rassistischen) Normalisierungen europäischer Weltaneignung durch das Medium Karte.

Dekoloniales Kartieren ist ein heterogenes Feld akademischer, politischer, aktivistischer und künstlerischer Praktiken des Kartenproduzierens. Die meisten postkolonialen Kartierungen konzentrieren sich auf die Wissensvermittlung zu (post-)kolonialen Standorten. Sie nutzen dafür die ihnen am einfachsten zugängliche Kartengrundlage, die sie ohne kartographische Vorkenntnisse bearbeiten und lesen können. Dabei fällt auf, dass Kartierungen, die Schwarze Bewegungen mitinitiierten, keine Karten auf der Grundlage proprietärer Onlineplattformen nutzen, sondern kreative Formen des Kartierens entwickeln und dabei auch die Lesegewohnheiten von Karten verändern. Sie gehen über punktuelle Verortungen von Kolonialismuskritik hinaus und machen Verflechtungen kolonialer Verhältnisse und global verankerter Biografien nachvollziehbar (Tab. 1, Nr. 35). Andere Kartierungen entwerfen abstrakte und künstlerische Darstellungsformen (Tab. 1, Nr. 15, 19, 34) und wenden sich damit auch ab von einer hegemonial szientistisch geprägten Kartographie, die von Nüchternheit und geometrischer Visualisierung gekennzeichnet ist (Michel 2021: 146).

Die hier vorgestellten Initiativen nutzen das Medium der Karte, um dekoloniale Wissensbestände sichtbar zu machen. Sie eignen sich dieses machtvolle Medium an, um eigene politische Forderungen (etwa nach Straßenumbenennungen) zu untermauern. Sie nutzen die Vorstellung von Karten als neutrale Abbildungen der Wirklichkeit auf strategische Weise für ihre oppositionelle Praxis. Dekoloniale Kartierungen zeigen, dass europäische Städte tief in koloniale Verflechtungen eingebunden sind. Bei aufmerksamer Betrachtung gibt es überall Spuren des Kolonialismus und daran geknüpfte rassistische Weltbilder zu erkennen. Allerdings gibt es auch postkoloniale Karten (vgl. Hagen; Sønderjylland-Schleswig), die zwar auf koloniale Spuren hinweisen, dabei aber teilweise genau den hegemonialen Diskurs reproduzieren. Dies ist etwa der Fall, wenn sie Bezeichnungen wie „Entdeckung“ (anstelle von „Eroberung“)

oder „Dreieckshandel“ (anstelle von „Versklavungsökonomie“) verwenden. Hier zeigt sich ein Widerspruch in der Kritik an Herrschaftswissen: Die Kartenproduzent\*innen nutzen eine gegenhegemoniale Praxis und reproduzieren damit gleichzeitig hegemoniale Narrative. Nicht jede Kartierung (post-)kolonialer Verhältnisse ist somit per se ein anti-rassistisches Projekt. Koloniale Denkmuster können sich auch in diesen Karten widerspiegeln.

Zusammenfassend können wir mit Blick auf die von uns untersuchten Karten fünf Herausforderungen identifizieren für den Anspruch, dekoloniales und kritisches Kartieren zu verbinden:

1. Dekoloniales Kartieren als kollektiver Prozess: Trotz der technischen Möglichkeiten einer partizipativen Einbindung externer Nutzer\*innen bieten nur wenige Initiativen die Möglichkeit einer aktiven Beteiligung an der Kartierung. Ausnahmen bilden die Karten „Webmap Hamburg Global“ und „Topple the racist“. Eine solche Beteiligung setzt voraus, dass die Karteninitiator\*innen das Projekt langfristig und kontinuierlich pflegen. Das Beispiel „Tear this shit down“ zeigt, dass die Möglichkeit zur Partizipation abrupt enden kann, sobald die entsprechende Website nicht mehr abrufbar ist.
2. Dekoloniales Kartieren mit vielstimmigen und vielperspektivischen Erzählungen des Kolonialismus: Die produzierten und vermittelten Gegenerzählungen schaffen nicht automatisch eine multidirektionale Erinnerung, die auf die Wechselwirkungen zwischen Kolonialismus, Rassismus, Nationalsozialismus, Orientalismus und Antisemitismus Bezug nimmt. In den untersuchten Karten finden sich sowohl additive als auch multidirektionale Darstellungen. Bei vielen Karten bleibt es jedoch bei einer unidirektionalen Gegenerzählung zu kolonialen Spuren.
3. Dekoloniales Kartieren multipler Verflechtungen: Statische postkoloniale Karten mit punktuellen Informationen können nur begrenzt zusammenhängende Infrastrukturen, translokale Verflechtungen oder Spuren unterschiedlicher Phasen des Kolonialismus sichtbar machen. Anstelle einer Verortung einzelner Gebäude oder Objekte könnten auch ganze Stadträume wie historische Hafenanlagen oder Kontorhausviertel als koloniale Siedlungs- und Transportinfrastrukturen kartiert werden, um das Ausmaß kolonialer Raumstrukturen zu verdeutlichen.
4. Dekoloniales Kartieren dynamischer Raumstrukturen: Statische Markierungen vermitteln die Vorstellung eines Containerraums, in dem physisch-materielle Sachverhalte einer Stadtlandschaft als

Ergebnis historischer Prozesse zu finden sind. Um geographische Verflechtungen (post-)kolonialer Verhältnisse zu vermitteln, müssten die Karten die relationale Räumlichkeit kolonialer Erfahrungen oder zumindest Lagebeziehungen und Distanzen materieller Objekte abbilden. Mit Onlinekarten wie GoogleMaps oder OSM könnten Nutzer\*innen von lokalen Spuren auf die Ebene globaler Verflechtungen zoomen, was ihren Seh- und Bedienungsgewohnheiten anspricht. Für solche Onlinekartierungen sind allerdings umfassendere Kartographie- und Programmierkenntnisse notwendig.

5. Dekoloniales Kartieren mit gegenhegemonialen Kartengrundlagen: Zur Verortung kolonialer Spuren nutzen viele postkoloniale Netzwerke Kartengrundlagen, die eine hegemoniale, westliche und imperiale Kartographie reproduzieren. Sie übertragen so emanzipatorische und herrschaftskritische Inhalte in ein vermachtetes Medium. Hier stößt der dekoloniale Anspruch auch auf ein Darstellungs- und Anwendungsproblem: Karten ohne georeferenzierte Informationen erschweren für Nutzer\*innen die Orientierung und machen koloniale Spuren schwerer auffindbar.

Die untersuchten postkolonialen Karten zeigen vielfältige Möglichkeiten der Produktion und Vermittlung kolonialismuskritischen Wissens sowie kollaborativer Praktiken. Diese führen die Expertisen Kritischer Kartographie, aktivistisch-künstlerischer Initiativen und postkolonialer Forschung zusammen. Sie zeigen jedoch auch die Herausforderungen bei der Erarbeitung der notwendigen Expertisen des kritischen Kartierens und der postkolonialen Reflexion. Aus unserer Sicht sind kritische, dekoloniale Kartierungen eine geeignete Form der Auseinandersetzung mit dem Vergessen, Verdrängen und Verklären kolonialer Spuren und Verhältnisse in europäischen Städten. Sie können einen Impuls setzen für eine Diskursverschiebung oder gar eine gesellschaftliche Transformation postkolonialer Ignoranz in der Erinnerungspolitik, die es weiterzuentwickeln gilt.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

## Endnoten

- [1] Weiß und Schwarz benennen hier keine Hautfarben, sondern sind als politische Begriffe zu verstehen, die eine dominante und privilegierte Position von Menschen innerhalb eines rassistischen Gesellschaftssystems markieren. Im Folgenden verwenden wir

## Kartieren als Methode dekolonialer Erinnerungspraxis in europäischen Städten

Schwarz im Sinne einer ermächtigenden Selbstbezeichnung und schreiben es daher groß. Hingegen schreiben wir *weiß* als Bezeichnung einer Dominanzkategorie kursiv. Wir übernehmen damit für beide Begriffe eine von afrodeutschen Wissenschaftlerinnen vorgeschlagene Schreibweise (Eggers et al. 2005).

- [2] Eine umfangreiche Liste postkolonialer Netzwerke findet sich bei Arbeitskreis Hamburg Postkolonial o. J.
- [3] Das Netzwerk Freiburg Postkolonial hat eine solche Rallye zum Thema Kolonialismus in Freiburg für die App „Actionbound“ angefertigt (Klimke o. J).

### Autor\_innen

**Sybille Bauriedl** forscht und lehrt als Geographin zu urbaner politischer Ökologie, urbanen Plattformökonomien, postkolonialen Städten und feministischen Geographien. sybille.bauriedl@uni-flensburg.de

**Linda Pasch** arbeitet in der Sozialgeographie. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich feministischer, postkolonialer und queerer Ansätze kritischer Stadtforschung, Geographien des Wohnens und geographischer Alter(n)sforschung. lpasch@uni-bonn.de

### Literatur

Alderman, Derek H. / Inwood, Joshua F. J. / Bottone, Ethan (2021): The mapping behind the movement: On recovering the critical cartographies of the African American Freedom Struggle. In: *Geoforum* 120, 67-78.

Arbeitskreis Hamburg Postkolonial (o. J.): Netzwerk. Bundesweit engagieren und vernetzen sich postkoloniale Initiativen. <http://www.hamburg-postkolonial.de/netzwerk.html> (letzter Zugriff am 1.4.2024).

Assmann, Jan (1999): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen.* München: Beck.

Auma, Maisha M. / Kinder, Katja / Piesche, Peggy (2021): Kontrapunktische Studien zu Schwarzsein und Schwarzem Europa. Das Schwarze queer-feministische Magazin *Afrikete* als Wissensarchiv. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 30/2, 106-119.

Ayivi, Simone Dede (2020): Weg vom Blick auf die Täter (Interview mit Erik Peter). In: *die tageszeitung*, 25.6.2020. <https://taz.de/Simone-Dede-Ayivi-ueber-Denkmaeler/!5691362/> (letzter Zugriff am 8.8.2023).

Bahl, Eva / Goeke, Simon / Pfeiffer, Zara / Spillmann, Peter / Vögeli, Michael / Zölls, Philip (2018): *Mapping Postcolonial. An Archive of Post/Colonial Traces, Layers and Spectres in Munich.* In: *kollektiv orangotango+* (Hg.), *This is not an atlas. A global collection of counter-cartographies.* Bielefeld: transcript, 234-239.

Bauer, Lea / Nöthen, Eva (2022): Kritisches Kartieren als künstlerischer Forschungsmodus. In: Finn Dammann / Boris Michel (Hg.), *Handbuch Kritisches Kartieren.* Bielefeld: transcript, 157-168.

Bauriedl, Sybille / Carstensen-Egwuom, Inken (2023): Perspektiven auf Geographien der Kolonialität. In: Sybille Bauriedl / Inken Carstensen-Egwuom (Hg.), *Geographien der Kolonialität. Geschichten globaler Ungleichheitsverhältnisse der Gegenwart.* Bielefeld: transcript.

Bauriedl, Sybille / Jokinen, Hannimari (2019): Hamburg. Metropole des deutschen Kolonialismus. In: *Geographische Rundschau* 71/5, 16-20.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweisen. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus.* München: Oekom.

- Bittner, Christian / Glasze, Georg (2018): Excluding effects of cartographic epistemologies – thinking about mapping paradigms in OpenStreetMap and Wikimapia. In: *Kartographische Nachrichten* 68/3, 120-126.
- Bittner, Christian / Michel, Boris (2018): Partizipatives Kartieren als Praxis einer kritischen Kartographie. In: Jeannine Wintzer (Hg.), *Sozialraum erforschen: Qualitative Methoden in der Geographie*. Berlin/Heidelberg: Springer, 297-312.
- Boatcă, Manuela (2021): Counter-mapping as method: Locating and relating the (semi-)peripheral self. In: *Historical Social Research* 46/2, 244-263.
- Crampton, Jeremy W. / Krygier, John (2006): An introduction to critical cartography. In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 4/1, 11-33.
- Dammann, Finn / Michel, Boris (2022a): Digitale Ungleichheiten überwinden – kritisches Kartieren crowdbasierter Wissensproduktion. In: Finn Dammann / Boris Michel (Hg.), *Handbuch Kritisches Kartieren*. Bielefeld: transcript, 297-306.
- Dammann, Finn / Michel, Boris (2022b): Kritisches Kartieren – zur Einführung. In: Finn Dammann / Boris Michel (Hg.), *Handbuch Kritisches Kartieren*. Bielefeld: transcript, 9-21.
- Eggers, Maureen Maisha / Kilomba, Grada / Piesche, Peggy / Arndt, Susan (Hg.) (2005): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast.
- Fechner, Fabian / Schneider, Barbara (Hg.) (2023): *Fernes Hagen. Kolonialismus und wir*. Hagen: FernUniversität Hagen.
- Finden, Alice E. (2023): Counter-mapping the archive: A decolonial feminist research method. In: *Cambridge Review of International Affairs*. <https://doi.org/10.1080/09557571.2023.2285759>.
- Gilroy, Paul (2005): *After empire. Multiculture or convivial culture*. Abingdon: Routledge.
- Glasze, Georg / Bittner, Christian / Michel, Boris / Mose, Jörg / Strüver, Anke (2021): Ein diskurstheoretisch informierter Blick auf Karten und Kartographie. In: Georg Glasze / Annika Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Human-geographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: transcript, 405-416.
- Ha, Kien Nghi (2017): Die fragile Erinnerung des Entinnerten. In: *Zwischenraum Kollektiv* (Hg.), *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven*. Münster: Unrast, 106-118.
- Ha, Noa K. / Picker, Giovanni (Hg.) (2022): *European cities. Modernity, race and colonialism*. Manchester: Manchester University Press.
- Halder, Severin / Michel, Boris (2018): Editorial – this is not an atlas. In: *kollektiv orangotango+* (Hg.): *This is not an atlas. A global collection of counter-cartographies*. Bielefeld: transcript, 12-25.
- Hanna, Stephen P. (2012): Cartographic memories of slavery and freedom: Examining John Washington's map and mapping of Fredericksburg, Virginia. In: *Cartographica: The international journal for geographic information and geovisualization* 47/1, 50-63.
- Harley, John Brian (1989): Deconstructing the map. In: *Cartographica: The international journal for geographic information and geovisualization* 26/2, 1-20.
- Herb, Guntram H. / Häkli, Jouni / Corson, Mark W. / Mellow, Nicole / Cobarrubias, Sebastian / Casas-Cortes, Maribel (2009): Intervention: Mapping is critical. In: *Political Geography* 28, 332-342.
- Jokinen, Hannimari / Manase, Flower / Zeller, Joachim (Hg.) (2022): *Stand und Fall. Das Wissmann-Denkmal zwischen kolonialer Weihestätte und postkolonialer Dekonstruktion*. Berlin: Metropol.
- Kelly, Natasha A. / Vassell, Olive (2023): *Mapping black Europe*. Bielefeld: transcript.
- King, Anthony (2006): Postcolonial cities, postcolonial critique. In: Helmut Berking / Sybille Frank / Lars Frers / Martina Löw / Lars Meier / Silke Steets / Sergej Stoetzer (Hg.): *Negotiating Urban Conflicts*. Bielefeld: transcript, 15-28.

## Kartieren als Methode dekolonialer Erinnerungspraxis in europäischen Städten

- Klimke, Maura (o. J.): Kolonialismus in Freiburg. <https://de.actionbound.com/bound/kolonialismus-in-freiburg> (letzter Zugriff am 1.4.2024).
- kollektiv orangotango+ (Hg.) (2018): This is not an atlas. A global collection of counter-cartographies. Bielefeld: transcript.
- Lossau, Julia (2019): Postkoloniale Ansätze: Zum Verhältnis von kultureller Identität und Raum. In: Hans Gebhardt / Rüdiger Glaser / Ulrich Radtke / Paul Reuber / Andreas Vött (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg: Spektrum, 669-674.
- Lucchesi, Annita Hetoevêhotohke'e (2018): „Indians don't make maps“: Indigenous cartographic traditions and innovations. In: American Indian Culture and Research Journal 42/3, 11-26.
- Massey, Doreen (1991): Global sense of place. In: Marxism Today (38, June): 24-29.
- Massey, Doreen (1995): Places and their pasts. In: History Workshop Journal 39, 182-192.
- Maus, Gunnar / Petermann, Sandra (2019): Erinnerungen, Spuren, Orte: Beiträge zur geographischen Erinnerungsforschung. In: Geographische Zeitschrift 107/1-2, 2-12.
- McGurk, Thomas J. / Caquard, Sébastien (2020): To what extent can online mapping be decolonial? A journey throughout Indigenous cartography in Canada. In: The Canadian Geographer/Le Géographe canadien 64/1, 49-64.
- Mesquita, André (2018): Counter-cartographies. Politics, art and the insurrection of maps. In: kollektiv orangotango+ (Hg.): This is not an atlas. A global collection of counter-cartographies. Bielefeld: transcript, 26-30.
- Michel, Boris (2021): Kartographische Raumproduktionen. In: Raphaela Kogler / Jeannine Wintzer (Hg.): Raum und Bild – Strategien visueller raumbezogener Forschung. Berlin/Heidelberg: Springer, 143-155.
- Mose, Jörg / Strüver, Anke (2009): Diskursivität von Karten – Karten im Diskurs. In: Georg Glasze / Annika Mattissek (Hg.), Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript, 315-325.
- [muc] münchen postkolonial / Labor k3000 / Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit (o. J.): mapping.postkolonial.net, Punkt „Gespenster“. <https://mapping.postkolonial.net/mapping> (letzter Zugriff am 13.3.2024).
- Nora, Pierre (1990): Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Frankfurt am Main: Fischer.
- Pelger, Dagmar (2023): Mapping als Praxis der Raumproduktion (Interview mit Dagmar Pelger). In: Deutsche BauZeitschrift 13. <https://www.dbz.de/artikel/mapping-als-praxis-der-raumproduktion-4044989.html> (letzter Zugriff am 6.2.2024).
- Pratt, Mary Louise (1991): Arts of the contact zone. In: Profession, 33-40.
- Reuter, Markus (2021): Peng-Kollektiv. Razzia gegen Aktionskünstler wegen Online-Karte. In: netzpolitik.org, 15.7.2021. <https://netzpolitik.org/2021/peng-kollektiv-razzia-gegen-aktionskuenstler-wegen-online-karte/> (letzter Zugriff am 24.7.2023).
- Rothberg, Michael (2021 [2009]): Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung. Berlin: Metropol.
- Scheck, Suanna (2022): Postkoloniales counter-mapping als Beitrag zur Dekolonisierung von urbanen Räumen am Beispiel Wien. Wien: Südwind.
- Schröder-Bergen, Susanne / Glasze, Georg / Michel, Boris / Dammann, Finn (2021): De/colonizing OpenStreetMap? Local mappers, humanitarian and commercial actors and the changing modes of collaborative mapping. In: GeoJournal 87/6, 5051-5066.
- Singer, Katrin / Neuburger, Martina (2022): Multiepistemisches Storytelling und kreativ-künstlerische Methoden – ein Dialog aus Wortspielen und Schattengestalten. In: Finn Dammann / Boris Michel (Hg.), Handbuch Kritisches Kartieren. Bielefeld: transcript, 99-111.
- Stoler, Ann Laura (2011): Colonial aphasia: Race and disabled histories in France. In: Public Culture 23/1, 121-156.

- Trzeciak, Miriam Friz / Peters, Manuel (2022): Urbane imperiale Differenz. Verflechtungen postkolonialer und post(real)sozialistischer Konfigurationen am Beispiel Cottbus. In: *Peripherie* 42/165-166, 82-106.
- Wood, Denis (1992): *The power of maps*. New York: Guilford.
- Wood, Denis (2010): *Rethinking the power of maps*. New York: Guilford.
- Wood, Michael (2015): The Society of University Cartographers – its growth and international status. In: *The Cartographic Journal* 52/3, 224-227.
- Zwischenraum Kollektiv (2017): Einleitung. In: Zwischenraum Kollektiv (Hg.): *Decolonize the City! Zur Kolonialität der Stadt – Gespräche, Aushandlungen, Perspektiven*. Münster: Unrast, 7-11.

### **Mapping as method of decolonial memory culture in European cities**

Mapping is a method that has been booming for a number of years in many European cities – and especially in many German cities – as a medium of public perception of places characterized by colonialism, which contributes to a shift in the discourse of post-colonial memory. The maps produced draw attention to the variety of suppressed or forgotten traces of colonialism in public spaces. They also visualize places of remembrance of colonial violence, racist exploitation and anti-colonial resistance. Many authors of these maps explicitly describe the method of mapping as a practice of counter-narration to Eurocentric colonial history and as a collective as well as participatory practice of critical knowledge production. The article shows how mapping projects take into account arguments of critical mapping on the one hand and approaches of decolonial politics of memory on the other. To this end, we have comparatively analyzed all available analogue and digital postcolonial maps of German cities as well as ten maps of other European cities and typified them according to the mapping practices applied. For three identified map types – maps with punctual information, maps with information on spatial entanglements, maps with visualizations of multi-perspective experiences – we present exemplary maps. We examine the implementation of perspectives of critical cartography and postcolonial geography and discuss the decolonial potentials of mapping.

# Rassistische Hunde und klassistische Ratten?

Die mehr-als-menschliche Politik urbaner Ungleichheit

Rivke Jaffe

Für eine Reihe von Städten in den USA hat die Forschung gezeigt, dass die Polizei Hunde offensiv und überproportional häufig gegen People of Color einsetzt (Hickey/Hoffman 2003; Wasilczuk 2023).<sup>[1]</sup> Die diskriminierende Logik digitaler Technologien in der Polizeiarbeit wird uns zunehmend bewusst – aber können auch Hunde rassistisch sein? Und obwohl Menschen beim Stichwort Rattenbefall meist an ärmere und umweltbelastete Gegenden denken, knabbern sich Ratten auch sehr gern durch Abwasserrohre aus dem 19. Jahrhundert in historische Wohnhäuser hinein, wie sich in gentrifizierten Quartieren beobachten lässt. Dennoch klebt das mit Ratten verbundene Stigma eher an ärmeren Menschen, und giftige Mittel zur Rattenbekämpfung werden in einkommensschwachen Gegenden möglicherweise aggressiver eingesetzt (Biehler 2013). Fragt sich also, ob Ratten mit ihren Umgebungsvorlieben gesundheitsbezogene Ungleichheiten eher ent- oder verschärfen.

Diese Fragen werden bei der Analyse urbaner Ungleichheiten nur von wenigen Stadtforscher\_innen gestellt. Wie kann ein Hund rassistisch sein oder eine Ratte Klassenpräferenzen haben? In diesem Essay möchte ich die wichtige, aber weitgehend ausgeblendete Mitwirkung von Tieren bei der Schaffung der von Sicherheits- und Gesundheitsrisiken am stärksten betroffenen Gruppen und Individuen herausarbeiten. Wie tragen empfindungsfähige, lebendige Wesen wie Hunde und Ratten zu solchen Ungleichverteilungen bei? Angesichts dessen, dass urbane Ungleichheiten bei Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und politischen Entscheidungsträger\_innen derzeit ganz oben auf der Tagesordnung stehen, möchte ich eine Forschungsperspektive vorschlagen, mit der sich ein mehr-als-menschliches Verständnis derartiger Ungleichheiten

entwickeln lässt – also einen Ansatz, der über die Arbeiten zu Technologie und Infrastrukturen hinausgeht und ausdrücklich auch Tiere miteinbezieht.

Traditionell untersuchen die Humangeographie und andere Sozialwissenschaften *race*-, klassen- und geschlechtsbasierte Ungleichheiten, indem sie soziale Prozesse in den Blick nehmen: Wir befassen uns üblicherweise mit stadtpolitischen Maßnahmen, mit alltäglichen Formen der Diskriminierung und mit Narrativen zur Legitimierung der Ungleichverteilung von Risiken und Ressourcen. In letzter Zeit hat sich die Stadtforschung verstärkt mit der Frage auseinandergesetzt, wie sozialräumliche Ungleichheiten infrastrukturell vermittelt werden; hierfür werden soziotechnische Systeme von der Abwasserentsorgung bis hin zu Algorithmen der Verbrechenskartierung untersucht. Diese Arbeiten haben zwar wichtige Erkenntnisse darüber geliefert, wie „nichtmenschliche“ Objekte im urbanen Raum den Zugang zu essenziellen Gütern und Dienstleistungen konfigurieren, aber der Frage, wie bestimmte Tiere – nämlich die, die ich hier als „politische Tiere“ bezeichne – ebenfalls zu Ungleichheit in den Bereichen urbane Sicherheit und öffentliche Gesundheit beitragen, wurde deutlich weniger Beachtung geschenkt.

In diesem Beitrag entwerfe ich eine Forschungsagenda, die sich mit der Rolle dieser politischen Tiere bei der Herausbildung urbaner Ungleichheiten befasst. Ein Großteil der wissenschaftlichen Debatte in der Stadtforschung, -geographie und -anthropologie hat sich zuletzt darauf konzentriert, die Rolle „nichtmenschlicher Entitäten“ – wie Infrastruktur, Technologie oder Stadtnatur – bei der Produktion von Ungleichheiten zu verstehen. Meiner Ansicht nach ist die Stadtforschung in einer guten Position, ein mehr-als-menschliches Verständnis solcher Ungleichheiten zu entwickeln, das die vorliegenden Studien zu Technologie und Infrastruktur enger mit Erkenntnissen aus den Human-Animal Studies verknüpft. Der hier dargelegte Forschungsansatz erweitert die bisherige Arbeit in diesen Bereichen, indem er Tiere, Menschen und Infrastruktur gemeinsam erforscht und ihre politisch bedeutsamen, aber bislang weitgehend vernachlässigten Interaktionen beleuchtet. Sich mit dieser mehr-als-menschlichen Politik zu befassen, beinhaltet meines Erachtens die Frage, wie die Interaktionen von Tieren mit Menschen und Infrastrukturen an der Schaffung sozialräumlicher Grenzen und der Ungleichverteilung von Ressourcen und Risiken zwischen urbanen Räumen und Bevölkerungsgruppen beteiligt sind.

Der Schwerpunkt meines Artikels liegt auf Sicherheit und öffentlicher Gesundheit, zwei Bereichen, die oftmals von massiven Ungleichheiten gekennzeichnet sind, und auf der Rolle, die politische Schlüsseltiere – Sicherheitshunde beziehungsweise Ratten – in diesen Bereichen spielen. Im Folgenden skizziere ich die Konturen dieses konzeptionellen Vorhabens und beziehe mich dabei auch auf laufende Forschungen zu Sicherheitshunden in Kingston (Jamaika) und Ratten in Amsterdam, die Beispiele dafür liefern, wie diese beiden Arten politischer Tiere sowohl mit Menschen als auch mit Infrastruktur interagieren. Die Beispiele sind zwar knapp und nicht abschließend, sollen aber einen Eindruck davon vermitteln, wie die alltäglichen Begegnungen dieser Tiere mit ihrer kulturellen und materiellen Umwelt in ihrem Zusammenwirken zu sozialen Ungerechtigkeiten führen können.

### 1. Urbane Ungleichheiten jenseits des Menschlichen

Das wachsende Interesse der Stadtforschung an der Rolle nichtmenschlicher Entitäten zeigt sich besonders deutlich an den Arbeiten zu urbanen Infrastrukturen und zur Stadtnatur, die zwar in einer wechselseitigen Beziehung stehen, aber dennoch eigenständige Forschungsfelder darstellen. Der „Infrastructural Turn“ in der Geographie und angrenzenden Disziplinen wie der Anthropologie hat die Bedeutung soziotechnischer Systeme bei der Schaffung urbaner Verbindungen und Trennungen hervorgehoben (z. B. Graham/Marvin 2001; Schwanen/Nixon 2019; Pilo'/Jaffe 2020). Solche Arbeiten, die sich beispielsweise mit Verkehrs-, Energie- und Wasserinfrastrukturen befassen, zeigen, wie die materielle Organisation der Städte soziale und politische Inklusion beziehungsweise Exklusion strukturiert. Die spezifischen materiellen, technologischen und geographischen Eigenschaften dieser soziotechnischen Systeme ermöglichen oder behindern ganz unmittelbar den Zugang der Bewohner\_innen zu essenziellen Gütern und Dienstleistungen wie etwa Sanitär-, Wasser- und Stromversorgung (Amin 2014; von Schnitzler 2016; Anand 2017). Diese Infrastrukturforschung hat sich mit Konzepten der „materiellen Agency“ (Knappett/Malafouris 2008; Barry 2013) auseinandergesetzt, um zu verstehen, wie sich diese Objekte und Technologien auf kontingente und oftmals unerwartete Weise in der Welt verhalten und auf sie einwirken. Dabei hat sich die Forschung auf Technologie und menschengemachte Artefakte konzentriert und die Rolle empfindungsfähigen tierischen Lebens und der urbanen Natur weitestgehend ignoriert (wichtige

Ausnahmen sind z. B. Krieg/Barua/Fisher 2020; Barua 2021; Sułek/White 2022; Lee 2022).

Einer anderen analytischen Tradition folgend, befasst sich das Forschungsfeld, das häufig unter dem Begriff „urbane politische Ökologie“ zusammengefasst wird, genau mit dieser Stadtnatur (z. B. Heynen/Kaika/Swyngedouw 2006; Rademacher 2015; Ernstson/Sörlin 2019). Anstatt Stadt und Natur als getrennte Kategorien aufzufassen – ein Erbe der Moderne, die gleichermaßen auch das Bild von Stadttieren geprägt hat –, versteht dieser Forschungsstrang Urbanisierung als einen komplexen sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Prozess. Besonderes Interesse gilt dabei der Frage, wie die Wasser-, Energie-, Nahrungsmittel- und Abfallströme, die in Städte hinein- beziehungsweise aus ihnen herausfließen, urbane Ungleichheiten widerspiegeln und reproduzieren. Arbeiten aus diesem Forschungsfeld haben verdeutlicht, dass urbane politische Ökologien klassifiziert, vergeschlechtlicht und rassifiziert sind und oftmals die Geschichte des Kolonialismus und die Rassifizierung der Natur widerspiegeln (Lawhon/Ernstson/Silver 2014; Jaffe 2016; Simpson/Bagelman 2018). Ungeachtet seiner direkten Auseinandersetzung mit der Urbanisierung der Natur hat dieses Forschungsgebiet den Fokus bislang primär auf menschliches Handeln gelegt. Vertreter\_innen der urbanen politischen Ökologie fällt jedoch zunehmend auf, dass sie nichtmenschlichen Tieren und der Frage, wie das Verhalten dieser empfindungsfähigen Wesen ebenfalls aktiv Einfluss auf urbane Prozesse nehmen könnte, erstaunlich wenig Beachtung geschenkt haben (Gandy 2022; Barua 2023). Hier möchte ich unsere Analysen urbaner Ungleichheiten dezidiert auf empfindungsfähige, lebendige Wesen ausweiten und die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie sich die Unberechenbarkeit und Unregierbarkeit bestimmter tierischer Organismen auf die Materialisierung urbaner Politik auswirkt.

Weitgehend unabhängig von der Stadtforschung haben mit Mensch-Tier-Beziehungen befasste Anthropolog\_innen und Geograph\_innen ebenfalls versucht, eine Form der Sozialwissenschaft zu entwickeln, die über das Menschliche hinausgeht (Ogden/Hall/Tanita 2013; Lorimer/Srinivasan 2013; White/Candea 2018). Ein Dauerthema dieses „Animal Turn“ war und ist die symbolische Rolle von Tieren im Rahmen sozialer Ordnungen und Ortsbeziehungen, weiteres großes Interesse gilt den schädlichen Auswirkungen des menschlichen Bestrebens, Tiere zu beherrschen und in Wert zu setzen. Zunehmend geht es in dieser Forschung

aber auch darum, hervorzuheben, dass Tiere mehr sind als Symbole und Ressourcen. Auch Tiere können als wissende, fühlende und sorgende Subjekte verstanden werden, die aktiv sinnhafte Beziehungen zueinander, zu Menschen und zu ihrer Lebensumwelt eingehen (z. B. Porter/Gershon 2018; Bull/Holmberg/Åsberg 2018; Lorimer/Hodgetts/Barua 2019). Mit Verweis auf die kognitiven, emotionalen und kommunikativen Fähigkeiten von Tieren ist dieser Forschungszweig auch bestrebt, die Agency von Tieren theoretisch zu fassen (Pearson 2013; Holmberg 2015). Während die Sozialität und Räumlichkeit von Mensch-Tier-Beziehungen von Beginn an Thema waren, ist die Auseinandersetzung damit, dass diese mehr-als-menschlichen „Kontaktzonen“ (Haraway 2008) auch Infrastruktur, Technologie und andere Formen unbelebter Materie umfassen, erst seit Kurzem in den Fokus gerückt (Barua 2023).

Und während kritische Studien zu urbaner Infrastruktur, Materialität und Technologie die Rolle von Tieren im Allgemeinen unbeachtet lassen, befasst sich die Forschung zu Mensch-Tier-Beziehungen nur selten mit der Frage, wie solche Beziehungen über menschengemachte Artefakte vermittelt werden. Wie wäre es, Tiere, Menschen und Dinge zusammen zu erforschen, insbesondere um zu verstehen, wie ihre Interaktionen und Beziehungen zu ungleicher Verteilung von Risiken und Ressourcen führen? Wie ließen sich unsere Analysen zur Rolle nicht-menschlicher Materie bei der Herausbildung und Ausgestaltung urbaner Ungleichheiten so ausweiten, dass wir empfindungsfähige, lebende Wesen miteinbeziehen können?

## 2. Menschen, Tiere und Infrastrukturen zusammen untersuchen

Durch das Verknüpfen von Erkenntnissen aus den verschiedenen oben diskutierten Forschungsperspektiven möchte ich einen konzeptionellen Ansatz zur Untersuchung urbaner Ungleichheiten entwickeln (siehe Abb. 1). Auch wenn wir davon ausgehen, dass Tiere wie Hunde und Ratten eine politische Rolle als Koproduzenten urbaner Ungleichheit spielen, wissen wir doch wenig darüber, wie sie diese Ungleichheiten vermitteln. Zum Verständnis der Mechanismen, mittels derer Tiere an der Verteilung von Risiken und Ressourcen aktiv mitwirken, sollten wir meiner Ansicht nach zuallererst fragen, wie die Fähigkeiten von Tieren zur Einflussnahme auf Menschen und Infrastruktur von ihren biologischen Spezifika und unseren kulturellen Vorstellungen

über sie geprägt werden. Die zweite Frage ist, welche räumlichen, materiellen und affektiven Mechanismen zu bestimmten Risiko- und Ressourcenverteilungen führen.

*Mehr-als-menschliche Agency und die Ko-Produktion von Ungleichheiten*

Zum Verständnis dieser Tier-Mensch-Infrastruktur-Dynamiken schlage ich das Konzept der mehr-als-menschlichen Agency vor, das die Analyse menschlicher, tierischer und materieller Handlungsfähigkeit miteinander verbindet. Theorien zu menschlicher Agency fokussieren vielfach darauf, dass die Handelnden intentional, zukunftsgerichtet und selbst-gesteuert agieren (Emirbayer/Mische 1998). Im Gegensatz dazu verstehen Ansätze, die sich auf die Akteur-Netzwerk-Theorie berufen, Agency als etwas, das in Netzwerken aus Menschen und Nicht-Menschen verteilt ist (Latour 2005; Law/Mol 2008). Menschliche Handlungsfähigkeit

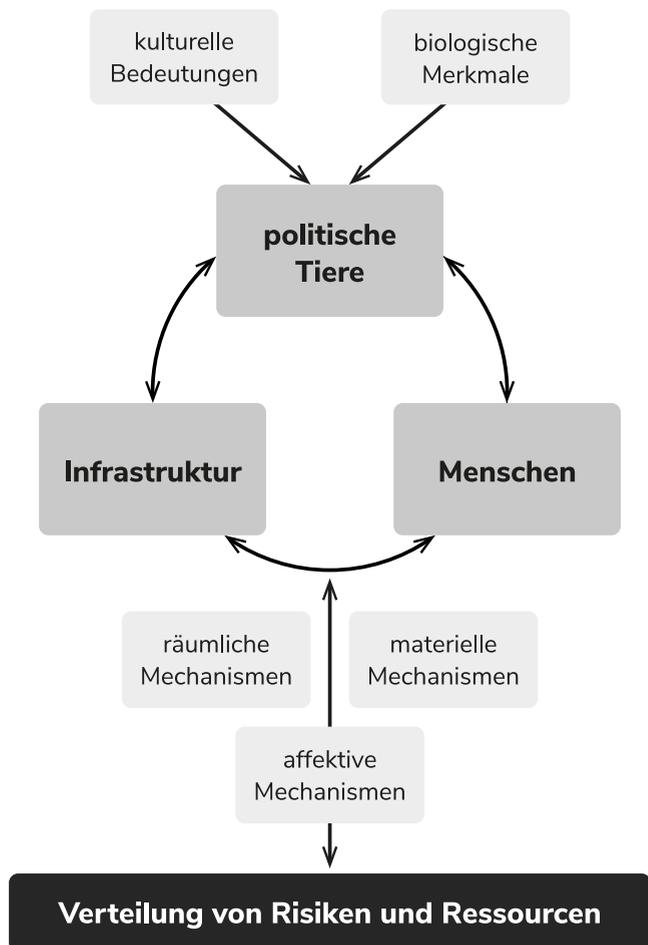


Abb. 1 Konzeptioneller Ansatz (Quelle: eigene Darstellung)

unterscheidet sich demnach zwar qualitativ, wird aber über nichtmenschliche Entitäten *vermittelt*. Die Agency nichtmenschlicher Entitäten, wie zum Beispiel von Dingen oder Tieren, besteht in deren Fähigkeit, für Menschen und füreinander einen wahrnehmbaren Unterschied zu machen, und zwar generell durch ihre Fähigkeit, Handlungen zu ermöglichen oder zu einzuschränken – also zu „gestatten“. Entsprechend scheint es mir sinnvoll, nichtmenschliche (politische) Agency als im Alltag aus solchen mehr-als-menschlichen Beziehungen entstehend zu begreifen, wobei qualitativ zwischen verschiedenen Akteurskategorien – Menschen, Tiere und Infrastrukturen – zu unterscheiden ist, da sie in unterschiedlichem Maß über Intentionalität und Selbstbewusstsein verfügen (Pearson 2013; Kipnis 2015). Der Fokus auf urbane Alltagspraktiken kann uns helfen zu verstehen, wie Menschen, Tiere und Objekte handeln und wem sie unter welchen Bedingungen Handlungen gestatten.

Um die Mechanismen zu verstehen, über die Tiere als Koproduzenten an der Verteilung von Risiken und Ressourcen beteiligt sind, müssen wir fragen, auf welche Weise die biologischen Spezifika und kulturellen Bedeutungen von Tieren diese befähigen, auf Menschen und Infrastrukturen einzuwirken. Zu den biologischen Eigenschaften gehört die Fähigkeit von Tieren, soziotechnische Systeme zu zerstören oder zu verändern und Beziehungen zu Menschen und Orten zu entwickeln, während die kulturellen Bedeutungen all die symbolischen Assoziationen und normativen Rahmungen beinhalten, mit denen Tiere im Laufe der Zeit versehen wurden. Mit Blick auf Hunde und Ratten bedeutet dieser Ansatz, dass zu untersuchen wäre, welchen Einfluss ihre biologischen Eigenschaften auf ihre Interaktionen mit Menschen und Infrastrukturen haben. Konkret heißt dies: Wie wirkt sich die Fähigkeit von Ratten, Krankheiten zu übertragen und sich fast überall hin durchzunagen, auf ihre Interaktion mit Menschen und sanitären Infrastrukturen aus? Und wie wirken sich der Spürsinn und die Aggressionsfähigkeit von Hunden auf ihre Interaktionen mit Menschen und polizeilichen Infrastrukturen aus? Dies hieße auch zu untersuchen, wie diese Interaktionen und Beziehungen von den Hunden beziehungsweise Ratten zugeschriebenen symbolisch-ästhetischen Bedeutungen beeinflusst werden, wie etwa davon, dass wir sie mit Loyalität, Gefahr oder Schmutz assoziieren. Um das individuelle und kollektive Potenzial von Hunden und Ratten für sozial bedeutungsvolle Handlungen zu verstehen, müssen wir ihre biologischen und kulturellen Aspekte zusammendenken.

Wir wissen beispielsweise, dass der polizeiliche Einsatz von Hunden sowohl eine enge Beziehung zwischen Arbeitshund und Hundeführer\_in erfordert als auch darauf basiert, dass sie das polizeiliche Gegenüber in Angst versetzen können. Darüber, wie Spürsinn, Aggressionsfähigkeit und soziale Kompetenz von Hunden im Rahmen sicherheitsrelevanter Alltagsbegegnungen mit polizeilichen Technologien und Waffen interagieren, ist jedoch nur wenig bekannt. Gleiches gilt für die Frage, wie derartige Interaktionen durch die Assoziation von Hunden mit religiösen Tabus oder durch die Geschichte des rassistisch konnotierten Einsatzes von Polizeihunden geprägt werden. Im anderen Fall wissen wir, dass Ratten häufig mit Schmutz und städtischem Verfall in Verbindung gebracht und bestimmte Bevölkerungsgruppen für ihr Auftauchen verantwortlich gemacht werden. Weniger klar ist hingegen, wie sich diese stigmatisierenden Assoziationen auf Schädlingsbekämpfungsstrategien auswirken mögen, beispielsweise in Form von sozialräumlichen Differenzierungen bei der Instandhaltung von Abwasserinfrastruktur oder beim Einsatz gefährlicher Rattengifte.

Interaktionen dieser Art lassen sich durch die Untersuchung von Alltagspraktiken erforschen, die verkörpert, verortet und materialisiert sind. Das bedeutet, die sensorischen Erfahrungen von Menschen und Tieren mit konkreten und sinnhaften Orten und Objekten einzubeziehen. Im Sicherheitsbereich kann dies hundegestützte Schutz- und Wachpraktiken durch Polizeikräfte, private Sicherheitsdienste und Haushalte umfassen (z. B. Hundepatrouillen, Wachhunde auf Privatgeländen, Hunde zum persönlichen Schutz). Mit diesen Praktiken verbunden sind öffentliche und private Polizei- und Sicherheitsinfrastrukturen, einschließlich digitaler Verbrechenskartierung, elektronischer Alarmsysteme und Schusswaffen. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit umfassen diese Praktiken professionelle und individuelle Routinen zur Kontrolle beziehungsweise Reduktion des Rattenbefalls (z. B. die Reparatur von Abwasserleitungen oder das Aufstellen von Fallen) durch öffentliche Gesundheitsdienste, private Schädlingsbekämpfungsfirmen und Haushalte. Im Fokus stehen sanitäre Infrastrukturen einschließlich des Abwassersystems und eine Reihe von Schädlingsbekämpfungsstrategien, die von Giftködern bis hin zu rattenabschreckenden Hightech-Lösungen reichen.

Ein zweiter Schwerpunkt dieser empirischen Forschung zu Tier-Mensch-Infrastruktur-Dynamiken läge auf dem Verständnis der räumlichen, materiellen und affektiven Mechanismen, die zu ganz bestimmten

## Rassistische Hunde und klassistische Ratten?

Risiko- und Ressourcenverteilungen führen. Konkret gesagt: Welche von Hunden und Ratten an den Tag gelegten Formen der Mobilität und Territorialität sind mit Blick auf die Verteilung von beispielsweise Krankheitserregern, Stigmatisierung, Verbrechen oder Immobilienwert relevant? Interagieren Hunde und Ratten mit den hier maßgeblichen Technologien und Objekten – wie Abwassersystemen oder elektronischen Alarmanlagen – in destruktiver Weise oder durch Hybridisierung? Und welche Auswirkung hat dies auf die Verteilung von Risiken und Ressourcen? Und wie beeinflussen die affektiven Beziehungen, die sich zwischen Hunden beziehungsweise Ratten und Menschen entwickeln (z. B. Respekt, Ekel, Liebe, Angst), polizeiliche und hygienebezogene Maßnahmen? Beim Erforschen all dieser Interaktionen müssten wir natürlich offen für unvorhergesehene Beziehungen bleiben (einschließlich solcher mit anderen nichtmenschlichen Spezies), die ebenfalls Einfluss auf die Verteilung von Risiken und Ressourcen haben könnten.

### 3. Hunde in Kingston

Mit dem hier skizzierten Ansatz habe ich im Rahmen von zwei Fallbeispielen experimentiert; im ersten Fall standen Sicherheitshunde in der jamaikanischen Hauptstadt Kingston im Zentrum und im zweiten Ratten in Amsterdam. In Kingston, einer von hoher Kriminalität und Gewalt geprägten Stadt, setzen viele Haushalte sowie öffentliche und private Sicherheitsdienste auf Hunde, um Bedrohungen zu erkennen und abzuwehren – zusätzlich zu einer breiten Palette an Sicherheitstechnologien und -geräten von elektronischen Alarmanlagen bis hin zu Schusswaffen. Um zu skizzieren, welche Rolle Sicherheitshunde in Kingston als Koproduzenten urbaner Grenzziehungen und als Mitgestalter bei der Verteilung urbaner Sicherheit und Prekarität spielen, stütze ich mich auf meine Feldforschung bei privaten Sicherheitsunternehmen. Im konkreten Kontext dieser hochgradig segregierten, postkolonialen Stadt in der Karibik beinhaltete meine Forschung die Frage, wie auf Hunde bezogene Diskurse und Praktiken sozialräumliche Grenzen abstecken: klassenbasierte Grenzlinien, aber auch rassifizierte Unterscheidungen zwischen verschiedenen Kategorien von Menschen, die unmittelbar auf die Geschichte der Sklaverei in Jamaika zurückzuführen sind. Darüber hinaus interessierten mich auch die mehr-als-menschlichen Geographien von Schutz und Gefährdung, die sich aus den Beziehungen und Interaktionen zwischen Hunden, Sicherheitsleuten und anderen

Stadtbewohner\_innen ergeben, einschließlich der Beziehung zwischen Hunden und Sicherheitstechnologien und deren Rolle beim speziesübergreifenden Erkennen urbaner Gefahren (siehe Jaffe 2024).

In Kingston korrelieren die vorrangigen Muster klassenbasierter und rassifizierter Segregation mit der Trennung der Stadt in „Uptown“ und „Downtown“, eine binäre räumliche Vorstellungswelt, die den einkommensstarken Nordosten (Uptown) von den „Ghettos“ der südwestlich gelegenen Innenstadt (Downtown) abgrenzt. Während Uptown mit der hellhäutigeren, „braunen“ Mittelschicht und Elite Jamaikas assoziiert wird, denkt man bei Downtown an dunkelhäutigere, also „schwarze“ Menschen. Kingstons Downtown-Quartiere weisen die höchsten Raten an Gewaltverbrechen auf – und der öffentliche Diskurs zum Thema Kriminalität ist häufig von rassistischen und klassistischen Deutungen bestimmt.

Hunde stehen nicht außerhalb dieser tief verwurzelten Trennungen. Beim Besuch im Hundezwinger eines Sicherheitsunternehmens fiel mir auf, dass die Hunde in zwei Gruppen unterteilt waren, wobei ein Schild die eine Gruppe als „Downtown-Hunde“ auswies (siehe Abb. 2). Neugierig fragte ich den Leiter des Zwingers, den ich hier Carlos[2] nenne, nach dem Sinn dieser Unterscheidung. Er lachte ein wenig unangenehm berührt. Das Schild sei eher ein Scherz, erklärte er mir. Trotzdem sei es so, dass bestimmte furchteinflößend wirkende Hunderassen besser für Downtown geeignet seien und die dort eingesetzten Wachleute ausdrücklich solche Hunde verlangten, während die optisch schöneren Rassen besser nach Uptown passten.

„Wir haben unterschiedliche Einsatzgebiete für Hunde, wir haben Hunde, die nach Uptown gehen, und wir haben Hunde, die nach Downtown gehen“, so Carlos. „Der Unterschied zwischen Downtown-Hunden und Uptown-Hunden: Wir haben Einsatzorte, an denen braucht man einen bestimmten Typus von Hund. Es gibt Hundeführer, die bestimmte Arten nachfragen. [...] Eine Uptown-Rasse wäre eher so etwas wie ein Rottweiler, ein Deutscher Schäferhund oder ein Mastino Napolitano. Ein Downtown-Hund wäre eher so etwas wie ein Pitbull. In Downtown gibt es die harten Jungs ... wenn da ein Pitbull daherkommt ... Allein der Gedanke, vor einem Pitbull zu stehen, da willst du nur noch weg, also hängst du da gar nicht erst rum.“



Abb. 2 „Downtown dogs only“ – nur Downtown-Hunde (Foto: Rivke Jaffe)

Dieses Unternehmen war stolz darauf, über eine bestimmte Hunderasse zu verfügen, die als ebenso schön wie aggressiv galt – aber für das jamaikanische Klima weitgehend ungeeignet war, da sie zu Überhitzung neigte und oft an „Blähungen“ litt. Diese Hunde, so der Zwingerleiter, seien eine Uptown-Rasse. Er würde sie nicht nach Downtown schicken: „Sie sind zu schön, man würde keine Schönheit da hinschicken ... die schickt man da hin, wo sie sich wohler fühlen. Die würde ich nicht in Downtown einsetzen, niemand dort würde sie bedrohlich finden.“ Angesichts der geographischen Gegebenheiten Kingstons gab es neben dem ästhetischen Aspekt aber auch noch einen biologischen Grund für den Einsatzort dieser speziellen Hunderasse: Ihre Hitzeempfindlichkeit bedeutete, dass sie in der kühleren, grüneren Hügellandschaft von Uptown besser zurechtkamen als in den heißeren, tiefer gelegenen und dicht bebauten Vierteln der Downtown.

Andere Zwingerleiter und Hundeführer bestätigten mir, dass es gewisse Rassen gebe, die Downtown effektiver seien – sie sprachen von „bösen“ (aggressiven) Hunden und vor allem von schwarzen Hunden wie beispielsweise Pitbulls und Dobermannpinschern. Die räumliche „Eignung“ verschiedener Hunde für verschiedene Teile Kingstons spiegelt

und reproduziert die bestehenden sozialen Trennlinien der Stadt und das Verschmelzen von Ort, Klasse, *race* und Gefahr. Die schiere Existenz eines „Downtown-Hundes“ bekräftigt die Vorstellung, dass die in diesem Teil Kingstons lebenden Menschen – die immer implizit klassifiziert und rassifiziert werden – keine Hundeschönheiten verdienen und obendrein so „hart“ sind, dass sie nur angesichts der furchterregendsten Hunde Angst zeigen.

Hinzu kommt, dass die Hunde in ihrem Training von Menschen vorgenommene Unterscheidungen von Bedrohlichkeit lernen. Wenn zum Beispiel private Sicherheitsunternehmen ihre Hunde ausbilden, werden den Tieren – unbewusst oder nicht – „Bedrohungen“ präsentiert, die wie stereotype Downtown-Bewohner\_innen aussehen, sprechen und sich bewegen, das heißt wie die von Carlos erwähnten „harten Jungs“ (siehe Jaffe 2024).

Solche Mechanismen des räumlichen Einsatzes und sensorisch-afektiven Trainings können zur Reproduktion urbaner Ungleichheiten beitragen, wobei Hunde die Grenzlinien zwischen den Menschen aus Uptown- und Downtown-Kingston sowohl physisch als auch symbolisch überwachen.



Abb. 3 Arbeitsbeziehungen zwischen Spezies (Foto: Rivke Jaffe)

## Rassistische Hunde und klassistische Ratten?

Während Sicherheitshunde durch ihre aggressiven Neigungen und die mit ihnen verbundenen kulturellen Assoziationen die Klassen- und Rassenunterschiede in der Stadt noch zu verschärfen scheinen, können sie diese durch spezieübergreifendes Umeinander-Kümmern auch abmildern helfen. Auch die „bösesten“ Hunde, deren Auftreten Passant\_innen regelmäßig in Angst versetzt, entwickeln oft affektive Beziehungen zu ihren menschlichen Betreuer\_innen, seien es nun die Halter\_innen oder schlecht bezahlte Wachleute. Auf ihren langen und oft einsamen Einsätzen verlassen sich viele Wachleute auf ihre vierbeinigen Mitarbeiter, um Eindringlinge aufzuspüren und abzuschrecken. Außerdem entstehen Beziehungen gegenseitiger Zuneigung (siehe Abb. 3). Durch ihre spezifischen, inhärent körperlichen Qualitäten – ihren Geruchs- und Gehörsinn, mit dem sie Gefahren erkennen können, und ihre affektiv-charismatische Fähigkeit zur Bindung an Menschen – bieten Hunde nicht allein Schutz, sondern sind auch eine emotionale Stütze.

### 4. Ratten in Amsterdam

Die Studie zu Ratten in Amsterdam ist von noch vorläufigerer Natur, befasst sich aber direkter mit den Handlungsweisen dieser Tiere. Wie viele andere Großstädte hat auch Amsterdam mit der Eindämmung der Rattenpopulation zu kämpfen, eine Herausforderung, die vor allem während der Pandemie deutlich zutage trat. Hier gilt mein Interesse der Frage, wie die Diskurse und Praktiken in Zusammenhang mit Ratten dazu beitragen, Grenzen zwischen verschiedenen Kategorien von Menschen abzustecken – und welche ungleichen Geographien von Gesundheitsrisiken und Reputation sich aus den Beziehungen zwischen Ratten, Stadtbewohner\_innen und der städtischen Kanalisation und Abfallbeseitigung ergeben.

Verglichen mit Kingston verfügt Amsterdam über eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und ein verhältnismäßig gut funktionierendes soziales Sicherungssystem, wodurch urbane Ungleichheiten abgemildert werden. Trotzdem haben jahrzehntelange Neoliberalisierung und um sich greifende Gentrifizierung zu einer Krise am Wohnungsmarkt und zunehmender Segregation nach Klasse, Herkunft und *race* geführt. Die Suburbanisierung ärmerer Bevölkerungsgruppen im Südosten, in Nieuw-West und im Norden der Stadt deckt sich in hohem Maß mit der Rassifizierung von Armut, während sich der Wohlstand zunehmend in der historischen Innenstadt und den im Gentrifizierungsprozess

befindlichen Quartieren zwischen Stadtkern und Ringautobahn A10 konzentriert (Boterman/van Gent 2022).

Da Ratten üblicherweise mit ärmeren Gegenden assoziiert werden, läge die Vermutung nahe, sie besonders zahlreich in den einkommensschwachen Vororten Amsterdams anzutreffen. Daten der städtischen Gesundheitsbehörde deuten jedoch darauf hin, dass sie in den Gentrifizierungsgebieten mindestens genauso stark verbreitet sind, was zum Teil an infrastrukturellen Bedingungen liegen dürfte. Anders als in neueren Vororten, in denen sich unterirdische Müllcontainer problemloser einbauen lassen, beruht die Abfallentsorgung in dicht bebauten historischen Stadtvierteln oft nach wie vor auf der Abholung am Straßenrand, wo die dort abgestellten Müllsäcke Ratten reichlich Nahrung bieten. Ein weiteres Nahrungsangebot sind die Picknickreste, die von den Besucher\_innen der vielen Parks zurückgelassen werden. In den Quartieren aus dem 19. Jahrhundert gibt es mehr Grünanlagen als im alten Stadtkern, die zudem gute Bedingungen für Rattennester bieten. Die historische Architektur und alten Abwassersysteme sind obendrein oft leichter zugänglich als neuere Bauten, und so finden Ratten auch hier reichliche Unterschlupfmöglichkeiten.

Mit nur einigen wenigen (tödlichen) Fällen von Leptospirose scheint das zoonotische Potenzial der Amsterdamer Ratten im Vergleich zu anderen Orten recht begrenzt. Stattdessen sieht es eher so aus, als hingen die von Ratten ausgehenden Gesundheitsrisiken recht unmittelbar mit dem Einsatz von Rattengiften zusammen, die von der niederländischen Regierung aber zunehmend aus dem Verkehr gezogen werden. Ebenso wichtig scheint es mir, die Auswirkungen des Lebens mit Ratten auf die psychische Gesundheit zu berücksichtigen, was wiederum häufig mit Stigmatisierung verbunden ist. Dieses Stigma, also für Rattenbefall verantwortlich gemacht zu werden, trifft nicht alle Stadtteile und Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Das zeigt sich deutlich am Beispiel der Kampagne „Stop de rat“, die sich lediglich an die einkommensschwachen Quartiere außerhalb des Stadtzentrums richtet (siehe Abb. 4). Auch die Stadtverwaltung selbst hat ähnlich räumlich spezifische Kampagnen gestartet. Beispielsweise wurden im Südosten der Stadt große Transparente in niederländischer und englischer Sprache angebracht, um die Anwohner\_innen für Ratten zu sensibilisieren, wohl davon ausgehend, dass die Menschen in diesen Vierteln, und speziell

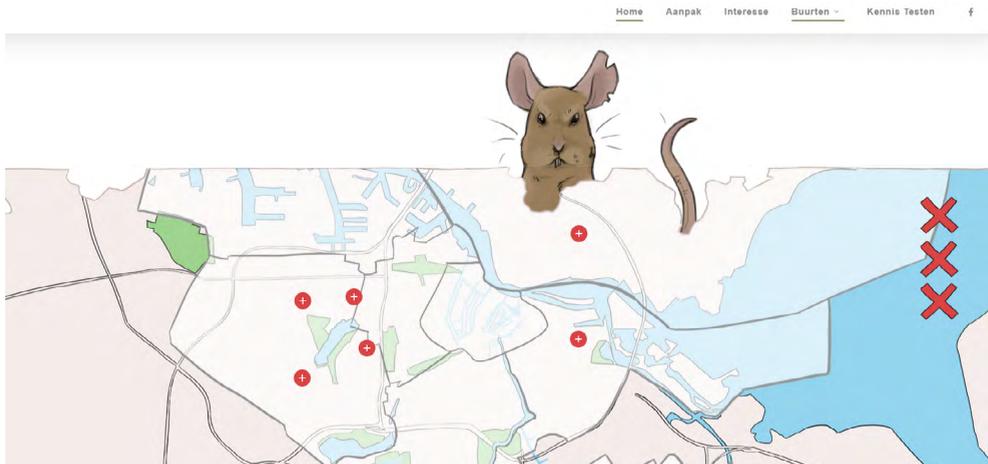


Abb. 4 Auf suburbane Wohngebiete zielende Anti-Ratten-Kampagne (Quelle: stopderat.nl)

jene, die nicht Niederländisch sprechen, besonders zur Ausbreitung von Ratten beitragen.

Die Kampagne „Stop de rat“ scheint auch davon auszugehen, dass die Lebensmittelabfälle, die Ratten anlocken, von ganz bestimmten Bevölkerungsgruppen verursacht werden, wenn sie behauptet, die Vermüllung des städtischen Straßenlandes sei auf „kulturelle Komponenten mit größtenteils religiösen Wurzeln“ [3] zurückzuführen. Hier wird in nicht allzu subtiler Weise auf ein in Amsterdam weitverbreitetes Narrativ Bezug genommen, wonach das Wegwerfen von Lebensmitteln im Koran als Verschwendung gilt – daher unterstellen sowohl Anwohner\_innen als auch städtische Gesundheitsdienste muslimischen Bürger\_innen, sie würden altes Brot als Vogelfutter auslegen, welches letzten Endes aber Ratten anzieht. Dieses Narrativ von Kausalität und Schuld zeigt sich auch darin, dass die von der Stadt eingeführten speziellen Sammelbehälter für Altbrot zur Bioenergiegewinnung häufig in der Nähe von Moscheen aufgestellt sind. Die gängige, aber nicht ethnisch-religiös markierte Praxis, dass Kinder in Begleitung ihrer Eltern oder Großeltern altes Brot an Enten verfüttern, ist hingegen weitaus seltener Gegenstand offizieller Kampagnen oder infrastruktureller Interventionen. Solche gezielten Kampagnen und Interventionen lassen vermuten, dass die mit Ratten verbundenen Reputationsrisiken, wie andere Formen der Stigmatisierung auch, an bestimmten Bevölkerungsgruppen stärker „haften bleiben“ als an anderen (vgl. Pinkster/Ferier/Hoekstra 2020).

## 5. Fazit

Ich hoffe, mit diesem Debattenbeitrag einen ersten Eindruck davon vermittelt zu haben, wie die Rolle von Tieren bei der Entstehung urbaner Ungleichheiten konzeptionell erfasst werden könnte – nämlich indem wir die Frage, wie diese durch nicht-menschliches Leben vermittelt werden, in unsere Analysen zur soziotechnischen Herausbildung rassifizierter und klassifizierter Risikoverteilungen einbeziehen. Ich habe versucht, diese konzeptionelle Agenda zu konkretisieren und empirisch zu prüfen, indem ich gezeigt habe, dass Hunde und Ratten ein produktiver analytischer Ansatzpunkt sein können, um ein tieferes Verständnis urbaner Ungleichheiten in den Bereichen Sicherheit und öffentliche Gesundheit zu entwickeln. Gestützt auf vorläufige Untersuchungsergebnisse habe ich die Mechanismen skizziert, mittels derer die biologischen Fähigkeiten und kulturellen Bedeutungen von Sicherheitshunden in Kingston für rassifizierte Unterscheidungen zwischen guten und schlechten Menschen produktiv gemacht werden. Mit seiner Einteilung in „schöne“ und „böse“ Exemplare reproduziert der Einsatz von Hunden die sozialräumliche Differenzierung der Stadt – und doch kann ihre Einbindung in speziessübergreifende Arbeitsbeziehungen dazu beitragen, einige der mit dieser urbanen Spaltung verbundenen Unsicherheiten abzumildern. In Amsterdam hingegen interagieren Ratten mit einer differenzierten gebauten Umwelt, mit der Verteilung historischer Architektur und mit der sanitären Infrastruktur in einer Weise, die nahelegt, dass sie das Nahrungsangebot und die Unterschlupfmöglichkeiten in den wohlhabenderen Stadtvierteln bevorzugen. Und doch tragen Schädlingsbekämpfungskampagnen und bauliche Interventionen dazu bei, dass das mit Ratten verbundene Stigma an den einkommensschwachen Quartieren und ethnisch-religiösen Minderheiten haften bleibt. Mit dieser ersten konzeptionellen und empirischen Annäherung konnte ich hoffentlich einen Eindruck davon vermitteln, welches Potenzial Ansätze haben, die sich mit den Interaktionen von Tieren sowohl mit Menschen als auch mit der gebauten Umwelt befassen, und wie sie uns helfen können zu verstehen, wie ungleiche urbane Geographien auf mehr-als-menschliche Weise entstehen.

*Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Tönjes (SocioTrans – Social Science Translation & Editing), redaktionell bearbeitet von Stefan Höhne und Jan Hutta.*

## Rassistische Hunde und klassistische Ratten?

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### Endnoten

- [1] Investigative Journalist\_innen, die mit der Nonprofit-Nachrichtenagentur *The Marshall Project* zusammenarbeiten, haben umfangreich über diese Formen von Polizeigewalt berichtet (siehe <https://www.themarshallproject.org/2020/10/15/mauled-when-police-dogs-are-weapons>; letzter Zugriff am 13.3.2024).
- [2] Alle verwendeten Namen sind Pseudonyme.
- [3] Siehe <https://www.stopderat.nl/#buurten> (letzter Zugriff am 13.3.2024).

### Autor\_innen

**Rivke Jaffes** Forschungen verbinden Geographie, Anthropologie und Kulturwissenschaften und fokussieren auf die Schnittstellen des Urbanen und Politischen – insbesondere die Verräumlichungen und Materialisierungen von Differenz und Ungleichheit in Städten.  
r.k.jaffe@uva.nl

### Literatur

- Amin, Ash (2014): Lively infrastructure. In: *Theory, Culture and Society* 31/7-8, 137-161.
- Anand, Nikhil (2017): *Hydraulic city. Water and the infrastructures of citizenship in Mumbai*. Durham: Duke University Press.
- Barry, Andrew (2013): *Material politics. Disputes along the pipeline*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- Barua, Maan (2021): Infrastructure and non-human life. A wider ontology. In: *Progress in Human Geography* 45/6, 1467-1489.
- Barua, Maan (2023): *Lively cities. Reconfiguring urban ecology*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Biehler, Dawn Day (2013): *Pests in the city. Flies, bedbugs, cockroaches, and rats*. Seattle: University of Washington Press.
- Boterman, Willem / Gent, Wouter van (2022): *Making the middle-class city. The politics of gentrifying Amsterdam*. New York: Palgrave Macmillan.
- Bull, Jacob / Holmberg, Tora / Åsberg, Cecilia (Hg.) (2018): *Animal places. Lively cartographies of human-animal relations*. Oxford/New York: Routledge.
- Emirbayer, Mustafa / Mische, Ann (1998): What is agency? In: *American Journal of Sociology* 103/4, 962-1023.
- Ernstson, Henrik / Sörlin, Sverker (Hg.) (2019): *Grounding urban natures. Histories and futures of urban ecologies*. Cambridge: MIT Press.
- Gandy, Matthew (2022): *Natura urbana. Ecological constellations in urban space*. Cambridge: MIT Press.
- Graham, Stephen / Marvin, Simon (2001): *Splintering urbanism. Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition*. London/New York: Routledge.
- Haraway, Donna J. (2008): *When species meet*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Heynen, Nik / Kaika, Maria / Swyngedouw, Erik (Hg.) (2006): *The nature of cities. Urban political ecology and the politics of urban metabolism*. London: Routledge.
- Hickey, Edward R. / Hoffman, Peter B. (2003): To bite or not to bite. Canine apprehensions in a large, suburban police department. In: *Journal of Criminal Justice* 31/2, 147-154.

- Holmberg, Tora (2015): *Urban animals. Crowding in zoocities*. Oxford/New York: Routledge.
- Jaffe, Rivke (2016): *Concrete jungles. Urban pollution and the politics of difference in the Caribbean*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Jaffe, Rivke (2024): Prosthetic species. Security dogs and the more-than-human sensing of urban danger. In: *City and Society* 36/1. <https://doi.org/10.1111/ciso.12476>.
- Kipnis, Andrew B. (2015): Agency between humanism and posthumanism. Latour and his opponents. In: *HAU. Journal of Ethnographic Theory* 5/2, 43-58.
- Knappett, Carl / Malafouris, Lambros (Hg.) (2008): *Material agency. Towards a non-anthropocentric approach*. Boston: Springer.
- Krieg, Lisa / Barua, Maan / Fisher, Josh (Hg.) (2020): Ecologizing infrastructure. Infrastructural ecologies. In: *Society and Space*, <https://www.societyandspace.org/forums/ecologizing-infrastructure-infrastructural-ecologies> (letzter Zugriff am 11.3.2024).
- Latour, Bruno (2005): *Reassembling the social. An introduction to actor network theory*. New York: Oxford University Press.
- Law, John / Mol, Annemarie (2008): The actor-enacted. Cumbrian sheep in 2001. In: Carl Knappett / Lambros Malafouris (Hg.), *Material agency. Towards a non-anthropocentric approach*. Boston: Springer, 57-77.
- Lawhon, Mary / Ernstson, Henrik / Silver, Jonathan (2014): Provincializing urban political ecology. Towards a situated UPE through African urbanism. In: *Antipode* 46/2, 497-516.
- Lee, Jia Hui (2022): Rodent trapping and the just possible. In: Sophie Chao / Karin Bolender / Eben Kirksey (Hg.), *The promise of multispecies justice*. Durham/London: Duke University Press, 157-178.
- Lorimer, Jamie / Hodgetts, Timothy / Barua, Maan (2019): Animals' atmospheres. In: *Progress in Human Geography* 43/1, 26-45.
- Lorimer, Jamie / Srinivasan, Krithika (2013): Animal geographies. In: Nuala C. Johnson / Richard H. Schein / Jamie Winders (Hg.), *The Wiley-Blackwell companion to cultural geography*. Malden/Oxford: Wiley-Blackwell, 332-342.
- Ogden, Laura A. / Hall, Billy / Tanita, Kimiko (2013): Animals, plants, people, and things. A review of multispecies ethnography. In: *Environment and Society* 4/1, 5-24.
- Pearson, Chris (2013): Dogs, history, and agency. In: *History and Theory* 52/4, 128-145.
- Pilo', Francesca / Jaffe, Rivke (2020): Introduction. The political materiality of cities. In: *City and Society* 32/1, 8-22.
- Pinkster, Fenne / Ferier, Marijn / Hoekstra, Myrte (2020): On the stickiness of territorial stigma. Diverging experiences in Amsterdam's most notorious neighbourhood. In: *Antipode* 52/2, 522-541.
- Porter, Natalie / Gershon, Ilana (Hg.) (2018): *Living with animals. Bonds across species*. Ithaca: Cornell University Press.
- Rademacher, Anne (2015): Urban political ecology. In: *Annual Review of Anthropology* 44, 137-152.
- Schnitzler, Antina von (2016): *Democracy's infrastructure. Techno-politics and protest after apartheid*. Princeton: Princeton University Press.
- Schwanen, Tim / Nixon, Denver V. (2019): Urban infrastructures. Four tensions and their effects. In: Tim Schwanen / Ronald van Kempen (Hg.), *Handbook of urban geography*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 147-162.
- Simpson, Michael / Bagelman, Jen (2018): Decolonizing urban political ecologies. The production of nature in settler colonial cities. In: *Annals of the American Association of Geographers* 108/2, 558-568.
- Sułek, Emilia Róża / White, Thomas (Hg.) (2022): Infrastructure and the animal. In: *Roadsides* 8. <https://roadsides.net/collection-no-008/> (letzter Zugriff am 11.3.2024).
- Wasilczuk, Madalyn K. (2023): The racialized violence of police canine force. In: *Georgetown Law Journal* 111/5, 1125-1210.

## Rassistische Hunde und klassistische Ratten?

White, Thomas / Candea, Matei (2018): Animals. In: Felix Stein / Sian Lazar / Matt Candea / Hildegard Diemberger / Joel Robbins / Andrew Sanchez / Rupert Stasch (Hg.), The Cambridge encyclopedia of anthropology. <http://doi.org/10.29164/18animals>.



# Vergessene Strukturkritik

Architektin Alice Constance Austins feministische Vision und die Idealisierung der Kernfamilie in den USA im frühen 20. Jahrhundert

Theresa Klingler

## 1. Alice Constance Austins architektonisch-feministischer Einfluss in der Kolonie Llano del Rio

Als die US-Amerikanerin Alice Constance Austin, eine autodidaktische, feministisch informierte Architektin, 1915 in die Siedler\_innenkolonie Llano del Rio in Kalifornien zur Mitwirkung eingeladen wurde, stieß sie auf ein progressives, sozialistisches Umfeld mit starkem Interesse an Formen des egalitären Zusammenlebens, einer fruchtbaren Basis für die Entwicklung feministisch motivierter Architektur. Die Kolonie wurde ungefähr ein Jahr zuvor durch Job Harriman, ein prominentes Mitglied der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten, gegründet. Harriman hatte nach Wahlniederlagen auf nationaler Ebene und in Los Angeles beschlossen, anstelle einer politischen Karriere seine sozialistische Vision durch die Gründung einer Kolonie auf dem kalifornischen Land in der Nähe von Las Vegas zu verfolgen. Harriman lud Austin ein, als Architektin die baulichen Visionen der mittlerweile einigen Hundert Kolonist\_innen zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Die Auseinandersetzung Austins mit den Bewohner\_innen Llano del Rios war vielfältig. Sie nutzte hierfür die existierenden Strukturen der stark im lebendigen Austausch miteinander befindlichen Kolonist\_innen. Zentral für den politischen Diskurs und die Aushandlung des Zusammenlebens war die wöchentlich veranstaltete „Great Assembly“ der Kolonie, an der alle Kolonist\_innen teilnahmen. Unter Austins Anleitung arbeiteten die Mitglieder der Kolonie daran, ihre baulichen Vorstellungen eines idealen Zusammenlebens zu konkretisieren. So entwickelten sie gemeinsam ein Modell für ein Einfamilienhaus, welches ihre gemeinsamen Vorstellungen einer egalitären Gesellschaft

widerspiegeln sollte (Hayden 1976: 289; vgl. Abb. 1.1). Bereits 1915 legte Austin konkrete Pläne zur Vision für die Anordnung von Einfamilien-Hofhäusern vor. Skizzen (vgl. Abb. 1.2) dieses Entwurfs finden sich auch in der Korrespondenz einer Kolonistin. Ein weiteres Format des Austausches



Abb. 1.1 Alice Constance Austin diskutiert mit den Kolonist\_innen am 1. Mai 1916 Modelle des Patiohauses (Quelle: Yale Collection of Western Americana, Beinecke Rare Book and Manuscript Library)

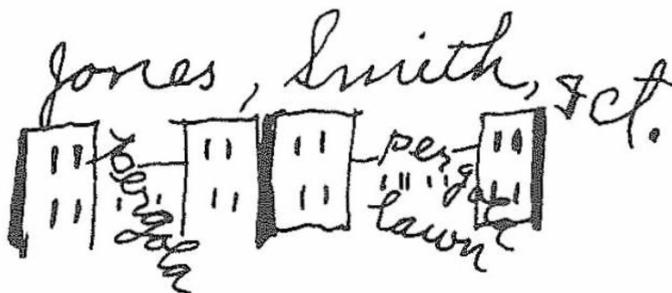


Abb. 1.2 Skizze von Josephine Miller (1915) der Straßenfassaden von Austins Hofhäusern inkl. Lärmschutzwänden (Quelle: Hayden 1976: 304)

waren ihre veröffentlichten Artikel in der Rubrik „Building a socialist city“ im *Western Comrade*, einer in der Kolonie gedruckten, sozialistischen Zeitung. Auch hielt Austin Vorträge an der kolonieeigenen Schule.

Vor allem im Rahmen der intensiven Diskussionen der Great Assembly übte Austin einen wichtigen feministischen Einfluss aus und „führte die Gemeinschaft an, indem sie die Art und Weise kritisierte, in der die politischen Probleme der Frauen durch die Gestaltung der traditionellen Behausungen verstärkt wurden“ (Hayden 1976: 289; Übers. d. A.). In all diesen Formaten des gegenseitigen Austausches in Llano del Rio formte Austin die bauliche Form der egalitären Bestrebungen der Siedler\_innen.

### **2. The next step: Austins Vision der revolutionierten weiblichen Sphäre**

Die in und mit der Kolonie erarbeiteten Konzepte und Entwürfe ließ Austin in ihr 1935 erschienenen Buch *The next step. How to plan for beauty, comfort, and peace with great savings effected by the reduction of waste* einfließen. Die Thesen und Entwürfe ihres Buches widmen sich architektonisch vorrangig der Neugestaltung des Einfamilienhauses als Sphäre der Frau. Ihr Entwurf einer egalitären Stadt sollte „das Grundprinzip der Chancengleichheit für alle betonen“ (Austin zitiert nach Hayden 1976: 288; Übers. d. A.). Sie plädiert für eine bewusste Gestaltung der weiblichen Sphäre, in welcher die Erfüllung der Rolle als Frau leicht und angenehm wäre. Hierbei ist die technische Modernisierung des Hauses ein relevanter Ansatz. Austin fordert, dass die Frau in ihrer heimischen Arbeit ähnliche technische Mittel zur Verfügung haben sollte wie der Mann in seiner produktiven Arbeit außer Haus. Ihre feministische Vision ist die Ebenbürtigkeit der weiblichen reproduktiven Arbeit und des Heims für die Kernfamilie mit den Arbeitsstätten produktiver Arbeit sowie der weiblichen Rolle als Hausfrau und Mutter komplementär zur männlichen Rolle des Hauptverdieners.

In ihrer Arbeit zur Neugestaltung des Heims wendet sie sich mit ihrem in der Kolonie entstandenen Entwurf für ein Hofhaus (vgl. Abb. 2) insbesondere Fragen der Haushaltsführung zu, wobei sie verschiedenste Ansätze vorschlägt. Zum einen empfiehlt Austin technische Verbesserungen der Haushaltsgestaltung, um schwere Hausarbeit zu reduzieren. In ihrem Bestreben, die häusliche Arbeit zu rationalisieren und zu reduzieren, entwirft sie Möglichkeiten, Möbel nach Gebrauch an die Wand zu klappen, sodass sie „vor Staub und Regenschauern geschützt

sind“ (Austin 1935: 29; Übers. d. A.) und eine einfachere Reinigung ermöglichen. Auch plädiert sie für die Vermeidung nicht zwingend notwendiger Installationen wie staubfangender Gardinen.

Die Ausformulierung ihres Einfamilienhauses als Patiohaus dient Austin zum anderen vorrangig, um die Aufsichtspflicht der Frau über ihre Kinder zu erleichtern. Sie schreibt, „keine amerikanische Mutter [könne] all ihre anderen Pflichten vernachlässigen, um ständig auf Jonny aufzupassen“ (ebd.: 21, Übers. d. A.). Ihre kleineren Alternativen des Patiohauses, sogenannte Halbhäuser oder Endhäuser, sind für Menschen gedacht, „die sich nicht von zu viel Hausarbeit belästigen lassen wollen“ (ebd.: 39; Übers. d. A.). Diese als Hälfte des Patiohauses gedachten Gebäude sind wenig konkretisiert, sollen aber eine höhere Vielfalt an Wohngrundrissen ermöglichen.

Zusätzlich zu diesen auf die Einheit des Einfamilienhauses beschränkten Entwurfsentscheidungen verlagert sie bestimmte häusliche Reproduktionsarbeiten außer Haus. In ihren Entwürfen ist das Hofhaus küchenlos. Die Funktion der Küche wird exemplarisch aus dem Einfamilienhaus, und somit aus den Aufgaben der Hausfrau, ausgegliedert und in einem sogenannten *civic center* durch Fachkräfte ausgeführt. Die Mahlzeiten sollen, individuell bestellbar, über unterirdische Tunnelsysteme geliefert werden.

Sowohl die Entwurfsentscheidungen für das Patiohaus als auch die Auslagerung und Professionalisierung einiger häuslicher Tätigkeiten zielen auf „eine zivilisierte Familie, die einen zivilisierten Gebrauch von modernem Fortschritt und Effizienz macht“ (Austin 1935: 2; Übers. d. A.). Die häusliche Sphäre verbleibt in Austins Entwürfen allerdings das Arbeitsumfeld der Frau und das Heim der Kernfamilie. Ihre feministische Vision findet sich in der Befreiung der Frau von allzu harter körperlicher häuslicher Arbeit, sodass sich die Frau in erster Linie ihrer von Austin idealisierten Rolle als Mutter widmen kann.

### **3. Die idealisierte Kernfamilie im US-amerikanischen Feminismus des frühen 20. Jahrhunderts**

Alice Constance Austins architektonische Auseinandersetzung mit dem Entwurf des feministisch revolutionierten amerikanischen Heims ist symptomatisch für die Entwicklung feministischer Visionen in den USA im späten 19. sowie im 20. Jahrhundert. Zentrales Thema zu Austins Zeit war die Frage nach der Gestaltung der häuslichen Sphäre für die Frau.

## Vergessene Strukturkritik

Wie Austin folgten auch zahlreiche andere US-amerikanische Architekt\_innen ihrer Zeit im Grundsatz der in der US-amerikanischen Gesellschaft weit verbreiteten und naturalisierten Ideologie der Trennung von reproduktiver Arbeit von der Ausübung eines Berufs (als produktive Arbeit).

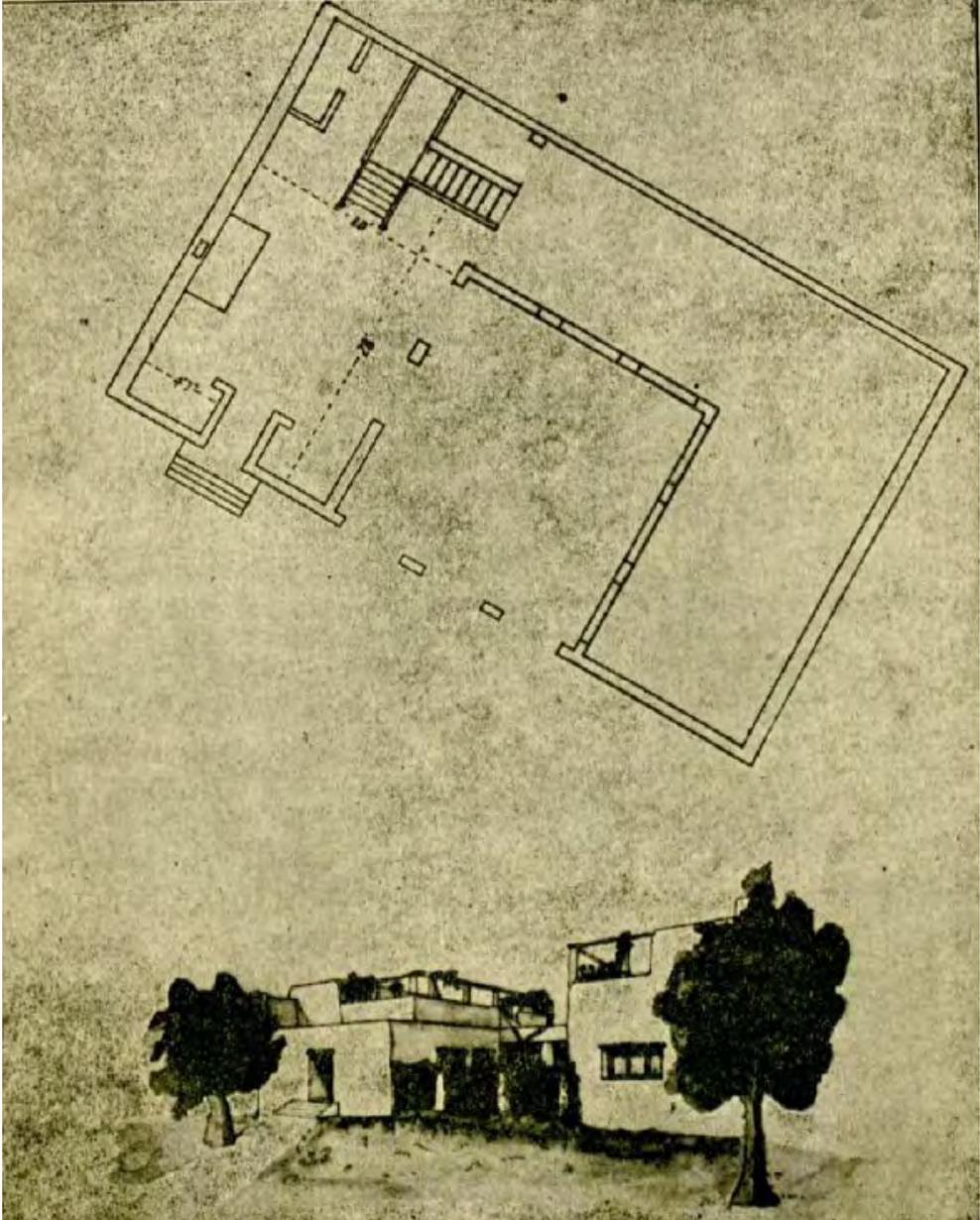


Abb. 2 Grundrissvariante des Hofhauses von Alice Constance Austin, entwickelt in Llano del Rio (Quelle: Austin 1935: 11)

Mit dieser Ideologie ging die binäre Rollenzuschreibung an Mann und Frau sowie die räumliche Zuweisung der Frau in die häusliche Sphäre einher. Diese Trennung der Sphären wurde durch die Etablierung der Kernfamilie als Lebensmodell konstruiert (Guidici 2018: 1205). Somit ist die Kernfamilie die institutionalisierte patriarchale Geschlechterordnung.

Diese Trennung der Sphären von Reproduktions- und Lohnarbeit brachte ein enormes Machtungleichgewicht mit sich. Zum einen, weil die Frau auch in der häuslichen Sphäre keine rechtlichen Entscheidungsbefugnisse hatte, und zum anderen aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von ihrem Mann, da in der häuslichen Sphäre keine Lohnarbeit verrichtet werden sollte. So war „die geschlechtliche Arbeitsteilung [...] vor allem ein Machtverhältnis“ (Federici 2004: 115; Übers. d. A.). Den Feminist\_innen und feministischen Architekt\_innen zu Austins Zeit ging es im Wesentlichen um die Veränderung dieses Machtungleichgewichts durch eine Aufwertung und Vereinfachung der weiblichen Arbeit sowie die Kontrollübernahme der Frau über die ihr zugewiesene Sphäre, das (Einfamilien-)Haus. Diese Haltung war einer Gruppe von Feminist\_innen zu eigen, die Dolores Hayden (1976) als *material feminists* bezeichnet, da sie sich um die Verbesserung der materiellen Umstände der Frau in der weiblichen Sphäre bemühten.

Die *material feminists* entwickelten architektonische und städtebauliche Modelle für Musternachbarschaften aus Einfamilienhäusern. Neben Austins Gedanken und Entwürfen in *The next step* existierte beispielsweise Albert Kimsey Owens Vorschlag von Modellfamiliengemeinschaften mit zentraler Küche und Wäscherei, den er 1872 für die Kolonie in Topolobampo (Mexiko) vorschlug. Weitere feministische Einflüsse auf Austin sind ebenfalls in diesem US-amerikanischen Feld der Sozialist\_innen und Feminist\_innen verortet. Dazu gehörte unter anderem Edward Bellamys utopischer Roman *Looking backward 2000-1887* aus dem Jahr 1888, in dem eine sozial gerechte Gesellschaft im Jahr 2000 beschrieben wird, wo Kochen kollektiviert ist und die Einfamilienhäuser küchenlos sind. Ebenfalls einflussreich waren Charlotte Perkins Gilmans feministische Reden, ihr in *What Diantha did* von 1909 beschriebener Wohnprototyp und ihre Überzeugung, die sie 1898 in *Women and economics* formuliert, dass zukünftig in küchenlosen Häusern gewohnt werde (Hayden 1982: 183 ff.). Gemeinsam war diesen Feminist\_innen zu Austins Zeit die Vorliebe für den Typus des Einfamilienhauses. Flankiert dies durch die politische und wirtschaftliche Förderung von Einfamilienhausvorstädten

in den USA (Kern 2020: 31 f.), die zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann, besonders aber nach den beiden Weltkriegen an Dynamik gewann. Einfamilienhaussiedlungen sollten Wirtschaftswachstum in der Baubranche ankurbeln und die gesellschaftliche Ordnung in Kernfamilien manifestieren. Das Einfamilienhaus wurde untrennbar mit dem amerikanischen Traum verwoben (ebd.).

Im Kontrast hierzu widmeten sich auch in den USA architektonische emanzipatorische Bestrebungen des vorherigen Jahrhunderts der Frage nach der Gleichstellung der Geschlechter viel grundlegender durch strukturelle Kritik an der Kernfamilie und ihrer architektonischen Einhausung, dem Einfamilienhaus. Mit Charles Fourier und Robert Owen als wichtigen Bezugspunkten (vgl. Hayden 1982: 6) wurde die Verbindung gesellschaftlicher Ordnung mit dem Raum, also den Disziplinen der Architektur und Stadtplanung, bewusst. So wurde zu dieser Zeit der architektonische Typus eines Hauses als Ergebnis und Generator der sozialen Position und Rolle des Subjekts verstanden (Guidici 2018: 1206). Viele der Utopien demontierten im Laufe des 19. Jahrhunderts die Kernfamilie mit ihrer räumlichen Ausprägung in der Einfamilienhauseinheit. Aufgrund ihrer strukturellen Kritik am räumlichen Fundament fixierter Geschlechterrollen etablierten sie groß angelegte Visionen für gemeinschaftliche Lebensformen. Charles Fouriers *Phalanstère* von 1808, ein Konzept, das eine ministadtähnliche Großwohnanlage als Grundlage für eine egalitäre Lebensweise propagierte, wurde zum Vorbild für nachfolgende großmaßstäbliche Wohnbauprojekte. Darunter befinden sich 30 Fourier'sche Vereinigungen in den Vereinigten Staaten, beispielsweise die North American Phalanx, die 1843 von Albert Brisbane und Horace Greeley in New Jersey gegründet wurde. Gleichzeitig erschienen Schriften wie der Roman von Marie Howland *Papa's own girl* aus dem Jahr 1874, in dem sie ein Leben in einer Wohnanlage nach dem Vorbild der französischen *Familistère* in Guise beschrieb, einer Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Lebensweise der theoretischen Phalanstère nach Maßstäben reproduktiver Arbeit.

Während prägende feministisch-architektonische Utopien sich im 19. Jahrhundert also insbesondere mit der Veränderung binärer Geschlechterrollen und der eng hiermit verknüpften Institution der Kernfamilie auseinandersetzten, verlagerten sich Austin und Zeitgenoss\_innen auf die Verbesserung der Umstände *innerhalb* der Kernfamilie im Einfamilienhaus.

#### 4. Gelebte Emanzipation in Llano del Rio durch die Loslösung von der Kernfamilie

Obwohl Austins Vision durch die räumliche Manifestierung der limitierenden Kernfamilie die Rolle der Frau fixierte, emanzipierten sich zahlreiche Siedlerinnen in der Praxis in Llano del Rio deutlich mehr, als es Austin später in ihrem Buch dargestellt hat. Allein schon aus finanziellen Gründen war den meisten Siedler\_innen in Llano del Rio ein Leben in der Kernfamilie nicht möglich, da sie sich den Bau der entworfenen Patiohäuser oder anderer Einfamilienhäuser nicht leisten konnten. Auch sorgten Umstrukturierungen der Siedlungsstruktur zugunsten besserer Anpasstheit an das Gelände für den Abriss eigentlich als permanent gedachter Strukturen (Clifton 1918: 82). Der Großteil der Bewohner\_innen lebte somit in verstärkten Zelten oder einfacheren Strukturen aus Holz und Lehm (Van Bueren 2006: 146), welche zahlreiche Funktionen eines Einfamilienhauses nicht aufnehmen konnten. Der bauliche Standard der Zelthäuser und anderer rudimentärer Behausungen (vgl. Abb. 3.1) ermöglichte den Bewohner\_innen somit kein abgesondertes Leben in der Kernfamilie. Stattdessen beruhte das Zusammenleben stark auf der Nutzung gemeinsamer Infrastrukturen. Zu diesen gehörten eine gemeinschaftliche Dampfwäscherei und ein Backofen im Clubhaus sowie gemeinschaftliche Toiletten. Außerdem wurde im Clubhaus ein zentrales, gemeinschaftliches Essen angeboten. Auch Kinderbetreuungseinrichtungen und ein differenziertes Schulsystem für alle Geschlechter nahmen den Frauen einen Teil ihrer häuslichen Arbeit ab. Diese Anstrengungen kollektivierter reproduktiver Arbeit sind „sinnbildlich für die Bemühungen, Hausarbeit und Kindererziehung als weibliche Arbeitsbereiche in den öffentlichen Bereich zu verlagern und als Berufe anzuerkennen“ (Spencer Wood zitiert in Van Bueren 2006: 135; Übers. d. A.). In Llano del Rio arbeiteten „Männer und Frauen [...] bei einer Vielzahl von Aufgaben zusammen und fortschrittliche Feministinnen fanden Möglichkeiten, neue Rollen in der Kolonie zu übernehmen“ (Van Bueren 2006: 147; Übers. d. A.). Zur Arbeitsverteilung wandten die Kolonist\_innen ein System rotierender Arbeiten an. Dabei wurden Arbeiter\_innen jede Woche von einer zentralen Stelle eine neue Aufgabe zugewiesen. Die in der Kolonie von einigen Frauen verrichtete nichttraditionelle Arbeit (vgl. Abb. 3.2), beispielsweise das Tischlerhandwerk, stellte eine emanzipatorische Errungenschaft dar, die in Austins Vision in *The next step* nicht angedacht war.

## Vergessene Strukturkritik

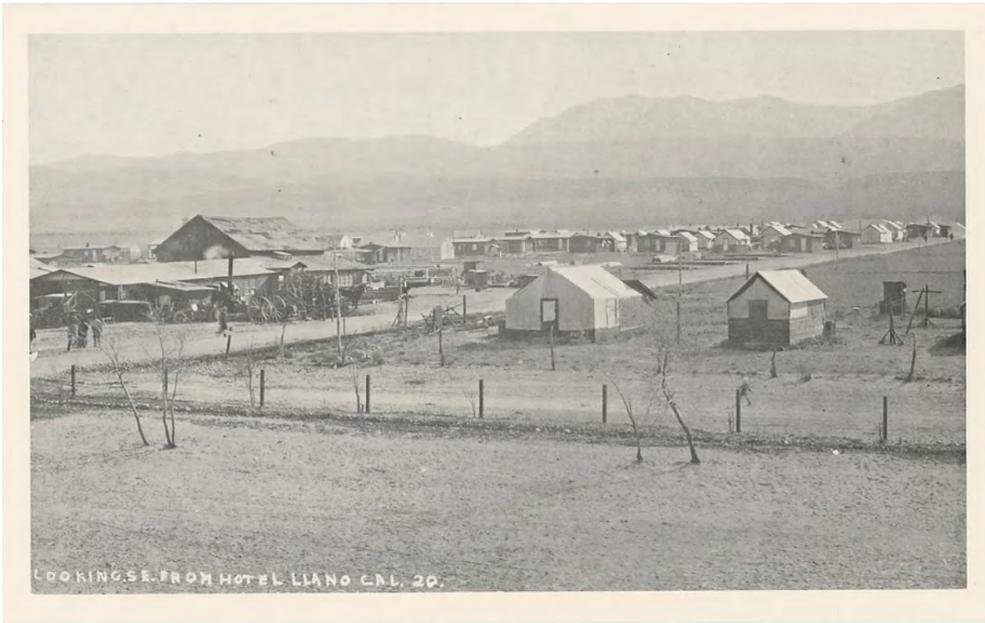


Abb. 3.1 Blick auf die befestigten Zelte, Hütten und Gemeinschaftsgebäude in Llano del Rio, 1915 (Quelle: Lancaster Museum)



Abb. 3.2 Frauen in Handwerksberufen in Llano del Rio (Quelle: <https://www.atlasobscura.com/articles/the-feminist-architect-who-tried-to-liberate-kitchens-from-houses>)

Als wichtiges Gegengewicht zu den Tätigkeiten im Haushalt sowie als Ergebnis der Zeitersparnis durch kollektivierete Tätigkeiten wurde im Alltag von Llano del Rio großer Wert auf soziale Aktivitäten wie Orchester, Lesezirkel und sozialistische Debattierclubs gelegt. So konnten sich Siedlerinnen sichtbar am politischen und gesellschaftlichen Leben außerhalb der häuslichen Sphäre beteiligen. Harriman betonte in diesem Zusammenhang die Relevanz gleicher sozialer Chancen für alle (Huxley/Kagan 1972: 141). Ein ausgezeichnetes Beispiel für die – auch spielerische – Überwindung binärer Geschlechterrollen waren die sogenannten Sufragettenbälle, bei denen die Geschlechter Kleidung und Rollen tauschten (Clifton 1918: 84). In der abwesenden Limitierung der Frau auf ein Leben in der Kernfamilie und der nicht umgesetzten baulichen Manifestation des Einfamilienhauses konnten sich die Siedler\_innen in Llano del Rio so deutlich weitreichender emanzipieren, als es für die Frau in Austins Entwürfen vorgesehen war.

### **5. Infragestellung der Kernfamilie als elementarer Bestandteil feministisch motivierter Planung**

Hayden würdigt Austins „Ansatz für die Gestaltung von Wohnungen [als] eindeutig feministisch“ (1976: 300). Ihre feministische Innovation lag darin, durch die Reorganisation der weiblichen Sphäre und die damit verbundene Zeitersparnis der Frau ihre häusliche Arbeit zu erleichtern und mehr Kontrolle über ihre Sphäre zu ermöglichen. Diese Sichtweise von gleichberechtigten, aber überwiegend getrennten Sphären mag egalitär sein, sie lässt aber einen zentralen Aspekt in der Analyse der systematischen Ungleichheit von Frauen außer Acht. Austin war überzeugt, dass „das [Care-]Problem nicht durch einen bloßen Effizienzplan beseitigt werden kann. Aber es muss endlich leichter gemacht werden.“ (Austin 1935: 67) Der Grund für ihre Behauptung, das Problem der reproduktiven Arbeit könne nicht gelöst werden, ist ihr Versäumnis, die strukturelle Problematik der Kernfamilie, des Einfamilienhaushalts und dessen Wechselwirkungen mit der Fixierung der Frau auf die häusliche Sphäre und damit verbundene Rollenzuschreibungen zu hinterfragen.

Das Beispiel von Llano del Rio zeigt, dass dort, wo Siedlerinnen eine egalitäre Wahl ihrer Arbeit sowie den Raum für gesellschaftliche Sichtbarkeit erobern konnten, dies durch die Überwindung ihrer häuslichen Rolle und das Verlassen ihrer häuslichen Sphäre im Kernfamilienverbund geschah. In der Betrachtung der tatsächlichen

emanzipatorischen Errungenschaften der Siedler\_innen im Vergleich zur Rollenfixierung der Frau in *The next step* wird deutlich, wie zentral die Bedeutung der Dekonstruktion der Kernfamilie sowie ihrer architektonischen Manifestation im Einfamilienhaus ist. In diesem Sinne hat die Entwicklung feministischer Konzepte – von revolutionären Großformen (wie der Phalanstère) hin zu modellhaften Einfamilienhaus-Nachbarschaften (wie Austins Konzepte in *The next step*) – wenig zum Ziel eines egalitären Miteinanders beigetragen. In der Schaffung eines gleichberechtigten Miteinanders zeigen Konzepte wie die Phalanstère und das Zusammenleben der Siedler\_innen Möglichkeiten jenseits der Kernfamilie auf. Austins Konzepte sowie die ihrer Zeitgenoss\_innen lehren die Vorsicht vor dem Verlust struktureller Kritik an der Kernfamilie.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### Autor\_innen

**Theresa Klingler** ist Architekturstudentin mit großem Interesse an Architekturtheorie und -geschichte aus feministischer Perspektive. Aktuell arbeitet sie an ihrer Masterthesis zu care-zentrierter Stadtgemeinschaft.  
theresa.klingler@t-online.de

### Literatur

- Austin, Alice Constance (1935): *The next step. How to plan for beauty, comfort, and peace with great savings effected by the reduction of waste.* Los Angeles: The Institute Press.
- Bellamy, Edward (1888): *Looking backward 2000-1887.* Boston: Tricknor & Co.
- Clifton, Archie R. (1918): *History of the communistic colony Llano del Rio.* In: *Annual Publication of the Historical Society of Southern California* 1/11, 80-90.
- Federici, Silvia (2004): *Caliban and the witch. Women, the body and primitive accumulation.* New York: Autonomedia.
- Guidici, Maria S. (2018): *Counter-planning from the kitchen: For a feminist critique of type.* In: *The Journal of Architecture* 23/7-8, 1203-1229.
- Hayden, Dolores (1976): *Seven American utopias: The architecture of communitarian socialism 1790-1975.* Cambridge: MIT Press.
- Hayden, Dolores (1982): *The grand domestic revolution: A history of feminist designs for American homes, neighborhoods, and cities.* Cambridge: MIT Press.
- Huxley, Aldous / Kagan, Paul (1972): *A double look at utopia: The Llano Del Rio colony.* In: *California Historical Quarterly* 2/51, 117-154.
- Kern, Leslie (2020): *Feminist city. Claiming space in a man-made world.* London: Verso.
- Van Bueren, Thad M. (2006): *Between vision and practice: Archaeological perspectives on the Llano Del Rio cooperative.* In: *Historical Archaeology* 1/40, 133-151.



# Neue Konjunkturen des Widerstandes?

Eine Selbstreflexion über das Worker Center Berlin

Worker Center Berlin

## 1. Einführung

Arbeitskämpfe in Berlin sind in den letzten Jahren sichtbarer geworden. Wilde Streiks bei Lieferdiensten wie Gorillas, die Bewegung von Krankenhausbeschäftigten bei Vivantes und Betriebsratsgründungen bei Unternehmen wie Lieferando und Flink sind nur ein paar Beispiele. Einige davon haben sogar bundesweit Aufmerksamkeit erlangt (Arps/Tügel 2021; Orth 2022; Bor 2023). Viele dieser Aktivitäten brechen mit dem Protokoll deutscher Arbeitsbeziehungen, das politische Streiks nicht vorsieht und eine Mitwirkung von Gewerkschaften voraussetzt (Tschenker 2023; Ewen et al. 2022). Dies gilt vor allem für Konflikte in der sogenannten Gig-Economy. Die Beschäftigten sind hier zumeist kürzlich in Deutschland angekommene Migrant\*innen, die häufig von einem Job zum nächsten wechseln müssen (Altenried et al. 2021). Angesichts starker Ausbeutung und der Nichteinhaltung von Grundrechten greifen sie mitunter zu radikalen Taktiken. Das hat auch zu Konflikten mit etablierten Gewerkschaften geführt (Alyanak/Karlıdağ 2022; Kaya 2023). Viele dieser Arbeitskämpfe erhielten öffentliche Aufmerksamkeit: Zeitungsartikel, Fernsehberichte und virale Posts in den sozialen Medien über diese unkonventionellen Auseinandersetzungen erhöhten den Druck auf Unternehmen (vgl. Labournet Deutschland 2023a, 2023b). Dabei konnten Beschäftigte teilweise Erfolge erzielen, teilten aber oft dasselbe Schicksal: Die Arbeitskämpfe hielten nicht lange an und wurden letztlich zermürbt – durch die Bekämpfung von Basisorganisation, Lohnverweigerung, Klagen und Mobbing am Arbeitsplatz. Oft war die Repression durch das Management der Unternehmen zu stark: Die aktiv

an den Streiks beteiligten Kolleg\*innen wurden entlassen, verließen das Unternehmen oder wurden an andere Standorte versetzt.

Was im Sommer 2022 zur Initiative „Worker Center Berlin“ wurde, begann als Versuch, dieser Tendenz etwas entgegenzusetzen und Arbeitskämpfe nachhaltiger zu unterstützen. Wir sind ein Kollektiv von Arbeiter\*innen, die in Arbeitskämpfen in der Gig-Ökonomie involviert sind – Mitglieder von Basisgewerkschaften, akademische Forscher\*innen, Aktivist\*innen aus der Wohnungsbewegung und Mitglieder migrantischer Politgruppen. Gemeinsam haben wir uns im Sommer 2022 im „Aquarium“ am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg versammelt, um die Idee eines *worker center* zu diskutieren. Diese sind vor allem in Nordamerika verbreitete Strukturen, die sich mit lokalen Zentren an Arbeiter\*innen vor Ort wenden und dort eine Mischung aus Beratung und Organizing praktizieren (Fine 2006). Einige von uns hatten schon von *worker centers* als einer Taktik des Organizing gehört sowie von Versuchen, sie auch in Deutschland aufzubauen (Initiative Zivilcourage München 2016; Rakowitz 2012 [2005]). Vor allem aber sahen wir die praktische Notwendigkeit, über einen festen Ort nachzudenken, der bestehende Kämpfe miteinander verbindet, neue Mobilisierungen koordiniert und migrantische Arbeiter\*innen durch soziale Events und Beratung zusammenbringt. Zwar ist Berlin kein Ort, an dem es an radikalen Räumen mangelt, doch gab es Orte für migrantische Arbeiter\*innen aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Betrieben unseres Wissens nach nicht wirklich. Die Liste der Initiator\*innen und Teilnehmer\*innen an unserer Auftaktveranstaltung war lang und umfasste Gruppen wie Basta, Bloque Latino-Americano, Critical Workers, Freie Arbeiter\*innen-Union, Grupo Accion Sindical, Gorillas Workers Collective, Interventionistische Linke, labournet.tv, Lieferando Workers Collective, Oficina Precaria, Tech Workers Coalition, Right2theCity, We'll Come United und die Werkstatt für Bewegungsbildung. In mehreren Runden tauschten wir uns in Kleingruppen und einem großen Plenum über die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der Organisation, über unsere Stärken und größten Erfolge sowie unsere Misserfolge aus – aber auch über unsere Hoffnungen und Utopien in Bezug auf einen Raum zur Organisation, Beratung, Sozialisierung und für den Kampf gegen die vielfältigen Formen von Unterdrückung migrantischer Arbeiter\*innen in Berlin.

Ausgehen von diesem Treffen organisierten wir mehrere Folgetreffen, die zur Gründung der Initiative Worker Center Berlin führten. Das Gorillas

## Neue Konjunkturen des Widerstandes?

Workers Collective, das neben anderen Lieferdienst-Kollektiven an den Bemühungen beteiligt war, bot einen konkreten Raum an, in dem wir die Dinge vorantreiben konnten: ein ehemaliges Verteilerzentrum des Unternehmens Gorillas in Berlin-Friedrichshain, das sich im Erdgeschoss eines Wohnkomplexes befand. Es wurde vom Gorillas-Betriebsrat genutzt (auf Kosten des Unternehmens, also wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt), aber auch bereits von einigen anderen Gruppen und Arbeiter\*innen als Begegnungsort in Anspruch genommen. Auf die Einladung des Kollektivs hin machten wir uns an die Vorbereitungen, um den Raum in ein provisorisches *worker center* umzuwandeln.

### 2. Der Ort: das besetzte Büro des Gorillas-Betriebsrats

Die Idee, sich im Betriebsratsbüro von Gorillas (im Folgenden kurz das Büro) zu treffen, ergab sich bei einem unserer ersten Folgetreffen, das bereits dort stattfand. Wir dachten gemeinsam laut darüber nach, wie ein zukünftiges *worker center* aussehen sollte. Während wir unsere Wünsche aufzählten – es sollte ein gemütlicher Ort sein, mit vielen Pflanzen, kinderfreundlich, mit angenehmer Atmosphäre, gutem Kaffee und Raum für starke Kämpfe von unten –, schauten wir uns genauer in den Räumen um und bekamen den Eindruck, dass die Zeit dafür gekommen war, den Raum dieses destruktiven Unternehmens in etwas Sinnvolles zu verwandeln.

Die Entscheidung, sich diesen bestehenden Raum anzueignen, hatte Stärken und Schwächen. Auf der einen Seite konnten wir auf die dort bestehenden Organisationsprozesse aufbauen, ebenso wie und auf das Wissen von Fahrer\*innen, Lagerarbeiter\*innen und Betriebsräten, die sich bereits dort trafen. Wir mussten uns nicht auf die schwierige Suche nach einem Raum begeben. Viele Migrant\*innen, die in Berlin ankommen, fühlen sich oft allein und isoliert. Damit ein *worker center* zu einem zweiten Zuhause werden kann, muss es Beziehungsformen schaffen, die das Auf und Ab der Basispolitik auffangen können. Viele von uns hatten den Raum bereits genutzt, um diese Bedürfnisse zu befriedigen – also um gemeinsam zu kochen, zu trinken und sich mit Ratschlägen gegenseitig zu Seite zu stehen. Wir nutzten den Raum auch, um zu Organizing-Aktionen in den umliegenden Straßen auszuschwärmen, denn der stark gentrifizierte Kiez rund um das Büro in Berlin-Friedrichshain ist ein Arbeitsplatz für Hunderte Lieferdienstfahrer\*innen in Berlin.

Gleichzeitig war uns bewusst, dass die Nutzung eines Raums, der dem Unternehmen Gorillas gehört, ein fragiles Unterfangen ist. Als das Konkurrenzunternehmen Getir im Dezember 2022 Gorillas aufkaufte, war allen an diesem Arbeitskampf Beteiligten klar, dass der Betriebsrat bald seine Befugnisse verlieren könnte und der Raum daher in naher Zukunft geschlossen werden könnte. Leider kam es im August 2023 genau so – noch während wir anfangen, diesen Artikel zu schreiben. Getir kündigte dem Betriebsrat mit einer Frist von zehn Tagen, sodass wir das Büro verlassen und einen neuen Raum suchen mussten. Trotzdem ermöglichte uns das Büro zuvor schon erste Organisationsprozesse, die wir im Folgenden beschreiben wollen. Es diente uns nicht nur Ort für Treffen und Veranstaltungen, sondern bot uns auch konkrete Anlässe, darüber nachzudenken, wie wir uns weiterentwickeln und wachsen können.

### **3. Austausch, Beratung und Organizing**

Unsere ersten Veranstaltungen im Büro begannen im Januar 2023. Zuvor hatten wir lange darüber diskutiert, wie wir den Raum nutzen wollen. Sollte das Büro eine Anlaufstelle zur Entwicklung von Arbeitskampfkampagnen sein, eine neutral wirkende Beratungsstelle oder ein soziales Zentrum, in dem Menschen etwas essen und trinken können? Was wäre machbar, was strategisch sinnvoll? Wir waren uns nicht sicher. Anstatt ein bestimmtes Szenario zu verfolgen, begannen wir mit allem gleichzeitig. Wir führten wöchentlich offene Sprechstunden für Arbeiter\*innen durch und bewarben diese. Dort halfen wir Arbeiter\*innen, ihre Lohnabrechnungen zu verstehen, wir unterstützten sie dabei, ihre Unternehmen zu verklagen und stellen Kontakte zu Anwäl\*innen oder Kolleg\*innen her. Außerdem führten wir in Zusammenarbeit mit Gruppen wie dem Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) und dem Bloque Latinoamericano öffentliche Informationsworkshops zu Themen wie Arbeitsrecht, Ausländerrecht oder Steuern durch.

Außerhalb des Büros organisieren wir momentan regelmäßig sogenannte Drive-in-Nachmittage für Lieferdienstfahrer\*innen am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg. Sie finden im Gecekondu (einer „über Nacht“ errichteten Protesthütte) statt, zusammen mit der Mieter\*inneninitiative Kotti & Co, die sich dort für bezahlbaren Wohnraum und die Rechte von Migrant\*innen einsetzt (Hamann/Türkmen 2020). Mit den Drive-ins bieten wir Lieferdienstfahrer\*innen während ihrer Schichten einen Schutz- und Pausenraum an, in dem es auch Essen gibt. Das Kottbusser

## Neue Konjunkturen des Widerstandes?

Tor ist ein belebter Ort, an dem viele Fahrer\*innen vorbeikommen oder ihre Pause verbringen. Am Drive-in können sie ihr Handy aufladen, sich mit Menschen aus der Nach\*innenbarschaft austauschen oder sich über Probleme mit der Arbeit austauschen. Innerhalb einiger Monate hatten wir bereits eine Vielzahl von Formaten organisiert: Drive-ins, offene Sprechstunden, Informationsworkshops. Nicht alle davon funktionierten sofort, doch viele waren ein Erfolg. Auf den Veranstaltungen, Workshops und Zusammenkünften erhielten wir viel Resonanz und sahen nicht nur bekannte Gesichter, sondern auch immer mehr neue.

Im März 2023 wandte sich während der Öffnungszeiten des Büros eine Gruppe von Arbeiter\*innen aus Pakistan und Indien an uns. Sie gehörten zu einer Gruppe von insgesamt über 100 Lieferdienstfahrer\*innen, deren Löhne ein Subunternehmer der Firma Wolt Berlin-Neukölln gestohlen hatte. Beide Unternehmen wiesen jede Verantwortung von sich. Gemeinsam mit dem antirassistischen Kollektiv Welcome United organisierten wir daraufhin eine öffentliche Kampagne: Im April 2023 fand eine Fahrraddemonstration vom Büro des Subunternehmers in Berlin-Neukölln zum Hauptsitz von Wolt statt. Dies war ein erster Erfolg, mit dem wir öffentlichen Druck aufbauen konnten (Kluge 2023; Robertz 2023). Im Juni 2023 folgte ein zweiter Protest, der ebenfalls medial begleitet wurde (Bor 2023). Gemeinsam mit einem von uns kontaktierten Anwalt reichten die Fahrer\*innen schließlich Klagen gegen Wolt ein. Deren Verhandlung vor dem Arbeitsgericht begleiteten und unterstützten wir. Außerdem vermittelten wir den Fahrer\*innen den Kontakt zu einem Solidaritätsfonds namens Payday. Diesen hatten einige aktive Mitglieder des Worker Center Berlin mitgegründet, um die finanziellen Belastungen aufgrund von Gerichtsprozessen abzumildern (vgl. Lelek 2022).

Dank unserer Erfahrungen in vielen Arbeitskämpfen der Berliner Gig-Economy konnten wir gezielt Druck auf Wolt ausüben. Letztlich brach das Unternehmen daraufhin seine Zusammenarbeit mit dem Subunternehmer ab und musste zumindest seine Arbeitsbeschreibungen und Stellenprofile aus verschiedenen Jobvermittlungsplattformen zurückziehen. Der Rechtsstreit um die Praktiken von Lohnraub des Subunternehmens dauert noch an, während wir diesen Artikel schreiben. Weiterhin ist die in der Gig Economy weitverbreitete Praktik des Subcontractings mittlerweile generell rechtlich umstritten, da Plattformen wie Wolt die Arbeit ja formal auslagern, aber dennoch durch die App Arbeitszuweisungen erteilen. Diese Rechtsstreits könnten

weitreichende Auswirkungen auf die Branche haben (Niebler 2023). Wir denken, dass unsere Aktionen eine Stärke der Idee *worker center* zeigen: Mit unserem Netzwerk aus radikalen Betriebsräten, Aktivist\*innen und Arbeitskolleg\*innen waren wir in der Lage, Macht aufzubauen (oder zumindest einen Machtaufbau zu unterstützen) in einer Situation, in der individuelle Beratung, formalisierte Gewerkschaftsarbeit oder deutscher Syndikalismus keine ausreichenden Optionen sind. Unsere Methoden waren die Ausübung kollektiven und öffentlichen Drucks auf Unternehmen, der Austausch mit Kolleg\*innen in deren jeweiliger Muttersprache und der Aufbau langfristiger Vertrauensbeziehungen zwischen Arbeitsmigrant\*innen durch soziale Veranstaltungen.

#### **4. Open hours, open questions**

Ein Jahr nach unserem Auftakttreffen in Kreuzberg trafen wir uns im Sommer 2023, um eine erste Bilanz unserer Aktivitäten zu ziehen. Diese war gemischt. Dass wir uns bei unserer Arbeit nicht nur auf ein Ziel festgelegt hatten, half uns dabei, verschiedene Dinge zu erreichen, aber es führte auch zu einer Überlastung. Hinzu kam, dass mehrere unserer Genoss\*innen mit Betriebsrat-Statusmittlerweile entlassen wurden, nachdem ihre Lieferunternehmen aufgekauft wurden. Dieser konkrete Mangel an Ressourcen, der mit der Auflösung von Gorillas einherging – einerseits wegen des Wegfalls des Büros, andererseits wegen der Auflösung des Betriebsrates – führte zu einer Debatte über die Ausrichtung unserer Arbeit: Sollen wir unseren Schwerpunkt auf feste Öffnungszeiten legen? Oder auf Kampagnen und Info-Workshops? Die Diskussion dauert noch an, während wir diesen Artikel schreiben.

Ein weiteres wichtiges Thema, das wir diskutiert haben, ist die Zusammensetzung der Gruppe. Wer sollte zu einem solchen Zentrum idealerweise dazugehören? Wie können wir unsere Rollen als Arbeiter\*innen, Aktivist\*innen, Forscher\*innen, Freund\*innen und Nachbar\*innen produktiv nutzen? Wie können wir unterschiedliche Machtpositionen in Stärken umwandeln, ohne die negativen Auswirkungen dieser Macht zu leugnen? Wie auch andere Gruppen stellten wir uns die Frage, wofür wir unsere Zeit verwenden und wie sich unsere Bereitschaft für spontane Aktionen mit der notwendigen Zeit für Pflege, Kinderbetreuung und Ähnliches vereinbaren lässt. Der Zeitdruck, unter dem wir alle leiden, beeinträchtigt unsere Fähigkeit, selbst zu entscheiden, wie und in welchem Umfang wir uns in die Initiative einbringen wollen. Gleichzeitig

## Neue Konjunkturen des Widerstandes?

sind unsere Alltage sehr unterschiedlich: Für einige von uns ist jeder Tag stressig, für andere ist es manchmal etwas entspannter. Wie können wir diese Unterschiede nutzen und gleichzeitig ermöglichen, dass alle beteiligt bleiben? Und sollte Zeit für uns alle knapp sein: Was würde dann es für uns heißen, uns Zeit zu *schaffen*?

Klar ist, dass auch der Aufbau eines *worker center* von den Spaltungslinien Klasse, Geschlecht, Migration und Rassismus geprägt ist, die sich durch unsere Gesellschaft ziehen. Auch unser Organizing konnte bestimmte Gruppen nicht erreichen, die in den etablierten Gewerkschaften und der etablierten linken Szene wenig Raum finden – obwohl wir unsere Arbeit mit genau diesem Anspruch begonnen hatten. Wie können etwa Geflüchtete Teil eines *worker center* werden und für ihre Rechte als Arbeiter\*innen kämpfen, wenn allein schon ihre Sichtbarkeit als Arbeiter\*innen sie in Gefahr bringen kann? Wie können wir erwarten, dass hyperprekäre Menschen ihre Zeit mit der Teilnahme an langen Versammlungen verbringen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen ein *worker center* attraktiv finden und es sich lohnt, da Energie reinzustecken? Dies ist nur ein Bruchteil der Fragen, die unserer Meinung nach gestellt werden sollten, um effektiv Macht von unten aufzubauen und bestehende Kämpfe verbinden zu können.

Die vielleicht wichtigste Errungenschaft des Worker Center Berlin war für uns, dass wir eine Koalitionsstruktur schaffen konnten, die sich der Fragmentierung verweigert, die wir in anderen aktivistischen Gruppen erlebt hatten. Politische Gruppen, die selten miteinander arbeiten oder interagieren, waren in der Lage, jene Formen der Koalition fortzuführen, die 2021 durch die wilden Streiks der Gorilla-Arbeiter\*innen ausgelöst worden waren. Wir stehen weiterhin am Anfang davon, herauszufinden, wie Lieferdienstfahrer\*innen, Geflüchtete, Migrant\*innen, Tech-Arbeiter\*innen, Akademiker\*innen, traditionelle Gewerkschaftsmitglieder und andere Menschen effektiv zusammenarbeiten können, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: den Aufbau eines nachhaltigen und radikalen *worker center* in Berlin.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### Autor\_innen

Das **Worker Center Berlin** ist eine Initiative von Aktivist\*innen, Arbeiter\*innen und Forscher\*innen, die in die Arbeitskämpfe um die Berliner Gig-Economy involviert sind. [workerscenterberlin@systemli.org](mailto:workerscenterberlin@systemli.org)

### Literatur

- Altenried, Moritz / Animento, Stefania / Bojadžijev, Manuela (2021): Plattform-Urbanismus: Arbeit, Migration und die Transformation des urbanen Raums. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 9/1-2, 73-91.
- Alyanak, Oğuz / Karlıdağ, Zeynep (2022): Why Germany continues to fail its migrant workers. In: *Jacobin*, 9.10.2022. <https://jacobin.com/2022/09/why-germany-continues-to-fail-its-migrant-workers> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- Arps, Jan-Ole / Tügel, Nelli (2021): Wilder Streik: Gorillas-Fahrer\*innen in Berlin wollen ihren Kollegen zurück. In: *analyse & kritik* 672, 11.6.2021. <https://www.akweb.de/bewegung/no-more-probezeit-wilder-streik-bei-lieferdienst-gorillas-in-berlin/> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- Bor, Lisa (2023): Ausbeutung bei Lieferdiensten: Nur zum Schein beschäftigt. In: *Die Tageszeitung*, 19.6.2023. <https://taz.de/Ausbeutung-bei-Lieferdiensten/!5938819/> (letzter Zugriff am 26.2.2024).
- Ewen, Janis / Heiland, Heiner / Seeliger, Martin (2022): Dynamiken autonomer Arbeitskonflikte im digitalen Kapitalismus: Der Fall „Gorillas“. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft. <https://www.iaw.uni-bremen.de/f/85ca8c4146.pdf> (letzter Zugriff am 26.2.2024).
- Fine, Janice (2006): *Worker centers: Organizing communities at the edge of the dream*. Ithaca: Economic Policy Institute / Cornell University Press.
- Hamann, Ulrike / Türkmen, Ceren (2020): Communities of struggle: The making of a protest movement around housing, migration and racism beyond identity politics in Berlin. In: *Territory, Politics, Governance* 8/4, 515-531.
- Initiative Zivilcourage München (2016): Towards a workers' center. (Selbst-)Organisierungsversuche von EU-migrantischen Arbeiter\*innen in München. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4/2-3, 113-120.
- Kaya, Duygu (2023): Wilde Streiks: Recht und Würde. In: *junge Welt*, 24.8.2023. <https://www.jungewelt.de/artikel/457587.wilde-streiks-recht-und-wuerde.html> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- Kluge, Christoph M. (2023): Arbeitskampf jetzt auch bei Wolt: Protest gegen einen Subunternehmer des Lieferdienstes in Berlin. In: *Der Tagesspiegel Online*, 4.4.2023. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/arbeitskampf-jetzt-auch-bei-wolt-protest-gegen-einen-subunternehmer-des-lieferdienstes-in-berlin-9609020.html> (letzter Zugriff am 26.2.2024).
- Lelek, Christian (2022): Wenn Arbeitgeber Lohn einbehalten: Ein Fonds gegen Ausbeutung. In: *Die Tageszeitung*, 15.12.2022. <https://taz.de/Wenn-Arbeitgeber-Lohn-einbehalten/!5902254/> (letzter Zugriff am 26.2.2024).
- LabourNet Germany (2023a): Essenslieferdienst Wolt in Berlin: „Wir machen kein Sozialdumping“ – wir lassen... In: *LabourNet Germany*, 1.12.2023. <https://www.labournet.de/branchen/dienstleistungen/speditionen/kurier/essenslieferdienst-wolt-startet-in-berlin-wir-machen-kein-sozialdumping/> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- LabourNet Germany (2023b): [Q-commerce] Schneller, als die Eiscreme schmilzt: Lieferservice Gorillas. In: *LabourNet Germany*. <https://www.labournet.de/interventionen/asyl/arbeitsmigration/migrationsarbeit/q-commerce-schneller-als-die-eiscreme-schmilzt-ein-neuer-lieferservice-verspricht-quasi-sofortige-zustellung/> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- Niebler, Valentin (2023): Tilting at windmills? To really be a step forward, the EU directive would need to address loopholes created through subcontracting. In: *Verfassungsblog*, 18.7.2023. <https://verfassungsblog.de/tilting-at-windmills/> (letzter Zugriff am 26.2.2024).

## Neue Konjunkturen des Widerstandes?

- Orth, Barbara (2022): Riders united will never be divided? A cautionary tale of disrupting the platformization of urban space. In: Anke Strüver / Sybille Bauriedl (Hg.), Platformization of urban life. Bielefeld: transcript, 185-204.
- Robertz, Victoria (2023): Hunderttausende Euro offene Löhne und niemand will verantwortlich sein. In: Capital, 5.4.2023. <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/protest-gegen-lieferdienst-wolt--rider-fordern-offene-loehne-von-subunternehmer-33349960.html> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- Rakowitz, Nadja (2012 [2005]): Kein Ort – Nirgends? Viele Orte – überall? Eine Veranstaltung der Workers Center-Gruppe Rhein-Main. In: LabourNet Germany, 18.12.2012. <https://archiv.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/wcgrm.html> (letzter Zugriff am 14.12.2023).
- Tschenker, Theresa (2023): Politischer Streik. Rechtsgeschichte und Dogmatik des Tarifbezugs und des Verbots des politischen Streiks. Berlin: Dunker & Humblot.



# Diversität in der Planungsprofession

Analyse der Sozialstruktur der Studierenden  
des Bachelors Urbanistik an der Bauhaus-  
Universität Weimar

Lisa Vollmer

Städte waren schon immer Orte der Diversität. In postmigrantischen Gesellschaften und angesichts zunehmender sozioökonomischer Ungleichheiten werden zumindest in der angloamerikanischen Debatte Rufe nach einer diversitätssensiblen Planung und Stadtentwicklung laut (Sandercock 1998; Burayidi 2015; Fainstein 2005; Fincher/Iveson 2008; für einen Überblick der Debatte siehe Schuster 2018). In Deutschland bleibt die Debatte um Diversität und Stadtplanung bislang auf zwei Aspekte beschränkt (Huning 2014: 34): Beim Thema Partizipation wird über Ein- oder Ausschlüsse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen geforscht und in der Praxis debattiert. Und Diversität scheint in Leitbildern wie der alters- oder der kinder-/jugendgerechten Stadt auf sowie bei der gendergerechten Planung auf (Gwisdalla 2007; Huning 2018). Angesichts der zunehmenden Diversität der Bewohner:innen von Städten stellt sich aber auch die Frage, wie es um die Diversität in der Planungsprofession in Deutschland bestellt ist. Abgesehen von zwei Beiträgen (Bauhardt 1996 und Huning 2014) ist dies in der deutschen Planungswissenschaft bisher kein Thema gewesen.

Deshalb widmet sich dieser Beitrag dieser Frage. Er geht dabei in zwei Schritten vor: Zunächst zeichnet er die – weitgehend englischsprachige – Debatte in den Planungswissenschaften um Diversität in der Planungsprofession nach. Angesichts der mangelnden Debatte und Datenlage in Deutschland stellt er anschließend die Ergebnisse einer Analyse der Sozialstruktur von Planungsstudierenden – des Bachelors Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar – vor und interpretiert diese.

## 1. Diversität in der Planungsprofession: die planungswissenschaftliche Debatte

Diversität bezeichnet die Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen (oder als solchen definierten) entlang sozioökonomischer, kultureller oder identitärer Differenzierungen. Neben den meist angeführten Kategorien *race*, Klasse und Gender werden auch die sexuelle Orientierung, das Alter, Religion, Gesundheit/Krankheit oder politische Einstellung genannt (vgl. u. a. Schuster 2018: 66; García et al. 2021a: 327; Greenlee et al. 2022: 331). Dabei ist wichtig zu betonen, dass diese Kategorien machtvolle Zuschreibungen sind und als Diversitätskategorien immer das Ergebnis aktiv vorgenommener Differenzierungen. Diversität ist „kein einfaches Faktum, sondern das Ergebnis von Prozessen und interpretativen Handlungen, in denen sie immer wieder neu bestimmt wird“ (Schuster 2018: 65).

Diversität ist ein positiv konnotierter Begriff. Sie sollte aber – in Abgrenzung zur betriebswirtschaftlichen Management-Debatte um Diversity – nicht ohne ihre Kehrseite betrachtet werden: Diskriminierung, Ausschluss und Ungerechtigkeit. Marginalisierte und ausgeschlossene Gruppen werden zwar als zuträglich zu Diversität dargestellt, darüber dürfen aber nicht die strukturellen Gründe für ihre Marginalisierung und ihren Ausschluss vergessen werden. Diversität soll hier also beide Dimensionen umfassen: erstens das positiv konnotierte Verständnis, wonach die Unterschiedlichkeit verschiedener Gruppen ein Beitrag zu einer besseren Planung ist und zweitens den Fokus auf Marginalisierungen und Ausschlüsse, die aus Differenzierungen resultieren. Mit einer solch doppelten Perspektive kann es gelingen, Diversität als zentrales Moment für Planung zu fassen: „[D]iversity – manifested not only in the form of celebrated ethno-cultural identity but also unjust socio-economic difference – often lies at the heart of the most urgent social and political conflicts of our time, especially the ones that planners routinely encounter at the urban scale.“ (Goonewardena et al. 2004: 2)

Diversität trugen eben jene ausgeschlossenen Gruppen als Thema in die Stadtplanung, jeweils als Kritik an herrschenden Planungstheorien und -praktiken. Es waren die Bürgerrechtsbewegung in den USA und soziale Bewegungen in Europa nach 1968, die Ideen wie anwaltschaftliche Planung oder *equity planning* entwickelten. Und es war die feministische Bewegung, die ab den 1980er Jahren *gender planning* etablierte.

In diesen Planungsideen wird deutlich, weshalb eine diversitätssensible Planung vorteilhaft ist. Aber warum sollte sich die gesellschaftliche Diversität auch in der Planungsprofession widerspiegeln? Dazu gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Während die Stadtbevölkerung zunehmend divers ist, ist die Planungsprofession überproportional weiß, männlich und aus der Mittelschicht – so zumindest die Diagnose für die angloamerikanische Planungswissenschaft (Sweet/Etienne 2011: 332, García et al. 2021: 327), die mangels quantitativer Untersuchungen in Deutschland und basierend auf meinem Erfahrungswissen auf den deutschen Kontext übertragen werden kann. Einer zunehmend heterogenen Gesellschaft steht also eine weitgehend homogene Planer:innenschaft gegenüber. Aber warum sollte das ein Problem sein? Schließlich, so ließe sich argumentieren, werden Planer:innen ja dazu ausgebildet, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln und durch Bürger:innenbeteiligung die Interessen aller Gruppen einzubeziehen. So fragt auch Sandra Huning:

„Aber ist das überhaupt eine relevante Frage, macht es einen Unterschied, wer plant? Spielen körperliche oder soziale Erfahrungen, Alter oder Geschlecht, Bildungshintergrund, Religionszugehörigkeit oder sexuelle Orientierung eine Rolle bei der Planaufstellung, Programmentwicklung, der Erarbeitung städtebaulicher Entwürfe oder in Partizipationsprozessen?“

(Huning 2014: 34f.)

Anhand eines Beispiels wird deutlich, warum diese Fragen mit Ja zu beantworten sind. Es handelt sich um einen hochwirksamen Diskurs, auf dem stadtplanerische Praktiken aufbauen und der ganze Bevölkerungsgruppen ausschließt und diskriminiert: das Narrativ der „sozialen Mischung“ (Vollmer i. E.). Unter diesem Schlagwort – das unmittelbar mit der Frage nach der vermeintlich richtigen Diversität zusammenhängt – wird Studierenden und Planer:innen in der Praxis oftmals vermittelt, dass ärmere oder migrantisierte Bevölkerungsteile mit ihren Verhaltensweisen ein Problem seien, während die Segregation von Reichen in Villenvierteln oder von Mittelschichten in Suburbia nicht problematisiert wird. Eine solche Sicht auf die „richtige Mischung“ ist das Produkt einer sozial homogenen Planer:innenschaft. Personen mit Diskriminierungserfahrungen könnten dem aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder ihrer Migrantisierung aktiv entgegenwirken.

In der wissenschaftlichen Debatte lassen sich zwei unterschiedliche Gruppen von Argumenten für mehr Diversität in der Planungsprofession unterscheiden (Sweet/Etienne 2011: 335): Zum einen heben moralische oder rechtliche Argumente darauf ab, dass es falsch und im deutschen Kontext nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz illegal sei, Personen allein aufgrund einer Zuschreibung zu einer bestimmten Gruppe auszuschließen oder zu diskriminieren. Zum anderen besagen inhaltliche Argumente, dass Planung durch das Vorhandensein unterschiedlicher Perspektiven besser wird.

Diese zweite Argumentation ist begründungsbedürftig. Ihr liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Wissen und daraus abgeleitete Praxisvorschläge nicht objektiv oder neutral sind, sondern immer die Vorstellungen, Vorurteile und Kulturen derer widerspiegeln, die sie schaffen (Thomas 1996: 174). Selbstverständlich können Planer:innen auch stellvertretend die Interessen aller Bevölkerungsgruppen aufnehmen. Aber inwiefern sie diese überhaupt erkennen und richtig einschätzen, hängt mit ihren eigenen Erlebnissen zusammen. Das eigene Wissen und Handeln sind immer von den gemachten Erfahrungen abhängig.

Basierend auf den Erfahrungen mit dem bereits in den 1990er Jahren an der Universität Dortmund eingeführten Fachgebiet „Frauenforschung und Wohnungswesen in der Raumplanung“ wandte sich Christine Bauhardt (1996) schon damals gegen Kollegen, die behaupten, sie „planeten ja für alle Menschen“ und die Person von des:der Planenden sei unabhängig von den Planungsergebnissen. Aufgrund der subalternen Position von Frauen, so Bauhardt, mache es einen Unterschied, wer plane. Die Frauenforschung spiele eine wichtige Rolle bei der Raumplanung, da es ihr obliege,

„einerseits die unterschiedlichen Lebensrealitäten und raumstrukturierenden Handlungspraxen von Frauen und die Vielfalt ihrer Bedürfnisse, aber auch ihre Verwobenheit in Machtkonstellationen zu erkennen, andererseits die vereinheitlichende, normierende Gesellschaftsstruktur, die Frauen ‚ihren Platz‘ in der Gesellschaft und im Raum zuweist, zu analysieren und zu ihrer Überwindung beizutragen“

(ebd.: 40).

In der Überwindung dieser Gesellschaftsstruktur sieht Bauhardt durchaus ein von beiden Geschlechtern zu bewältigendes Projekt. Feministische

Forscher:innen gehen davon aus, dass es Frauen – gerade weil sie als von der Norm abweichende Subjekte gelten – nicht nur leichter fällt, ihre eigenen Lebensrealitäten zu erkennen, sondern dass sie auch eher diejenigen sind, die sich für eine Deprivilegierung von Männern einsetzen. Bauhardts Argument lässt sich auch auf andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen übertragen.

Bei der Argumentation, dass Diversität die Planung besser mache, lassen sich zwei Aspekte unterscheiden: Erstens wird das Ergebnis von Planung besser, wenn unterschiedliche Planende ihr unterschiedliches Erfahrungswissen einbringen. Zweitens trägt eine diverse Planungsprofession zu einer größeren Legitimität von Planung bei (Sweet/Etienne 2011: 333). Planer:innen mit eigener Diskriminierungserfahrung können in kommunikativen Planungsprozessen besser die Erfahrungen von Bürger:innen nachvollziehen, die ebenfalls von Diskriminierung betroffen sind und dadurch gegebenenfalls besser mit ihnen kommunizieren: „Without diversity, planners lack legitimacy in the communities where they work.“ (Sweet/Etienne 2011: 333) Eine höhere Diversität von Planer:innen erlaubt es also, in der Planungspraxis diskriminierten Gruppen besondere Beachtung zu schenken, die durch sozialräumliche Strukturen, Segregation und räumlich wirksame Stigmatisierung und Diskriminierung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sowie von allgemein gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Allerdings bedeutet eine größere Diversität von Planer:innen nicht automatisch, dass die Interessen marginalisierter Gruppen im Planungsprozess berücksichtigt werden. Eine größere Vielfalt in der Planungsprofession kann „zumindest potenziell die Sensibilität für bestimmte Themen in der Profession erhöhen, wenn Routinen und Normalitäten infrage gestellt werden – allerdings nicht automatisch, sondern dann, wenn sie eine fachliche Auseinandersetzung mit den Ein- und Ausschlussmechanismen im Planungs- und Partizipationsalltag anregt“ (Huning 2014: 38). Außerdem darf nicht der Fehler begangen werden, Planer:innen mit eigenen Ausschlusserfahrungen die gesamte Verantwortung für eine diversitätssensible Planung oder die Kommunikation mit den betroffenen Gruppen aufzubürden. Auch dürfen marginalisierte Gruppen nicht homogenisiert werden, etwa indem Planer:innen davon ausgehen, dass eine Person allein aufgrund ihres Migrationshintergrunds sämtliche Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund nachvollziehen oder repräsentieren könne.

Warum aber entspricht die Planer:innenschaft demografisch betrachtet nicht dem Bevölkerungsdurchschnitt? In der angloamerikanischen Debatte gibt es hierzu verschiedene Erklärungsansätze. Für den deutschen Kontext müssen diese jeweils auf ihr Erklärungspotenzial hin untersucht werden. Der erste Ansatz lautet, dass bereits die Bewerber:innen um Studienplätze weniger divers sind als die Gesamtbevölkerung. Neben allgemein unterschiedlichen Zugangschancen zu höheren Bildungseinrichtungen, die auf struktureller Diskriminierung beruhen, wird ein generell mangelndes Wissen darüber konstatiert, was Stadtplanung ist, beziehungsweise dass es einen solchen Beruf überhaupt gibt. Dies sei der Grund für die Bewerbungslage. Gerade Bildungsaufsteiger:innen verfolgen eher keine ihnen unbekannteren Berufsziele (Palazzo et al. 2023).

Neben der mangelnden Diversität bei den Studienplatzbewerber:innen hindern rassistische und exkludierende Strukturen und Verhaltensweisen an US-amerikanischen Universitäten marginalisierte Personen daran, ihr Studium abzuschließen oder nach einem ersten Abschluss fortzusetzen. Eine Studie von García et al. (2021b) zeigt, dass Black und Latinx Studierende der Planung bei ihrem Studium in den USA durch verschiedene Mechanismen diskriminiert werden und sich ausgeschlossen fühlen. Aufgrund mangelnder Repräsentation fühlen sie sich oft einerseits entfremdet und andererseits als Alibi-Vertreter:innen von Minderheiten. Sie stehen häufig unter dem Druck, eine ganze (in sich wiederum diverse) Gruppe zu repräsentieren. Sie haben das Gefühl, härter arbeiten zu müssen als andere, um dieselbe Anerkennung zu bekommen. Mit ihren Erfahrungen, die oft nicht denen der Lehrenden und denen vieler anderer Studierender entsprechen, fühlen sie sich oft nicht ernst genommen. Diversität an den Hochschulen zu steigern, ist daher nur möglich, wenn die Diskriminierung und Ausschlüsse marginalisierter Gruppen dort nicht reproduziert, sondern stattdessen offensiv thematisiert werden und ihnen entgegengewirkt wird (García et al. 2021b: 110).

Die angloamerikanische Debatte zu Diversität in der Planungsprofession hält viele Ansatzpunkte für die Diskussion in Deutschland bereit. Grundlage einer solchen Debatte müssten allerdings fundierte Daten zur Diversität im Planungsberuf und in den Studiengängen der Stadt- und Regionalplanung sein. Eine solche Grundlage existiert bisher noch nicht. Zur Beseitigung dieser Forschungslücke möchte dieser Beitrag beitragen

mit den Ergebnissen einer Sozialstrukturanalyse der Studierenden des Bachelors Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar.

### **2. Analyse der Sozialstruktur des Bachelor Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar**

Generell ist das Bildungssystem in Deutschland stark von Ungleichheiten geprägt: Junge Erwachsene mit Migrationshintergrund oder aus Haushalten von Nicht-Akademiker:innen studieren deutlich seltener an Hochschulen (Becker/Lauterbach 2016). Vor diesem Hintergrund fragte die hier präsentierte Studie: Wie divers ist die Studierendenschaft des Bachelors Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar? Wie stark sind marginalisierte und von Diskriminierung betroffene Gruppen darin vertreten? Wie unterscheidet sich ihr Anteil im Vergleich zur gesamten Studierendenschaft und zur Gesamtbevölkerung in Deutschland? Dabei bedeutet Diversität zu quantifizieren immer auch, gesellschaftlich hergestellte Differenzierungsprozesse zu reifizieren und komplexe Biografien zu vereinfachen. Für diese Studie wurde Diversität auf verschiedene Indikatoren heruntergebrochen, darunter Gender, Bildungshintergrund der Eltern und Migrationshintergrund. Diese Indikatoren wurden ausgewählt, weil für sie Vergleichsdaten für die gesamte Studierendenschaft in Deutschland vorliegen.[1] Sie können kein umfassendes Bild der Diversität der Sozialstruktur der Studierenden geben, gewähren aber dennoch interessante Einblicke.

#### 2.1. Methode

Um die Frage nach der Sozialstruktur der Studierenden zu beantworten, wurde eine Onlineumfrage mit einem standardisierten Fragebogen durchgeführt. Zum Zeitpunkt der Umfrage im Dezember 2022 waren in Weimar 192 Studierende in den Bachelor Urbanistik eingeschrieben. Davon nahmen 124 an der Umfrage teil, also 64,6 Prozent.[2] Die Umfrage wurde im Rahmen des Seminars „Einführung ins wissenschaftliche Arbeiten“ im ersten Fachsemester des Bachelors Urbanistik im Wintersemester 2022/2023 entwickelt und umgesetzt. Ich gehe davon aus, dass die sehr hohe Rücklaufquote auch darauf zurückzuführen ist, dass die Studierenden von ihren Kommiliton:innen angesprochen wurden und nicht von einer Lehrperson oder einer externen Forschungsinstitution.

Die Ergebnisse der Befragung haben wir im Rahmen des Seminars jeweils mit unterschiedlichen Sekundärdaten zur gesamten Studierendenschaft

oder Bevölkerung in Deutschland verglichen, sofern diese vorlagen. Der Vergleich mit der Gesamtbevölkerung liegt nahe, da (zukünftige) Stadt- und Regionalplaner:innen potenziell für alle Bevölkerungsteile planen sollen. Da soziale Selektionsprozesse aber – insbesondere in Deutschland – bereits während der Schullaufbahn stattfinden, wurden die Ergebnisse zusätzlich mit der gesamten Studierendenschaft verglichen, um zu überprüfen, ob die Diversität hier ähnlich ist. In einzelnen Fällen wurden eigene Berechnungen anhand der Daten einer Umfrage unter der gesamten Studierendenschaft in Deutschland durchgeführt – der 21. Sozialerhebung des Studierendenwerks. In wenigen Ausnahmen standen auch Daten von anderen Planungsstudiengängen in Deutschland zum Vergleich zur Verfügung. So werden etwa im Studiengang Raumplanung an der Technischen Universität (TU) Dortmund regelmäßig Absolvent:innenbefragungen durchgeführt (Greiwe/Schulte 2020). Außerdem stand mir eine bisher unveröffentlichte Studie der Fachschaft zur mentalen Gesundheit unter den Studierenden des Bachelors Stadt- und Regionalplanung der Universität Kassel zur Verfügung (Fachschaft ASL 2023).

## 2.2. Darstellung der Ergebnisse

Im Folgenden stelle ich die Ergebnisse der Studie vor. Dabei unterscheidet sich zwischen allgemeinen demografischen Fragen und solchen, die speziell für die Profession Stadtplanung interessant sind.

### *Allgemeine demografische Diversitätsmerkmale*

Das Diversitätsmerkmal Gender fragt ab, wie sich die Befragten selbst identifizieren. Der Anteil der Befragten, die sich als weiblich identifizieren, ist mit 66,7 Prozent sehr hoch. Als männlich identifizieren sich 26,8 Prozent der Befragten, jenseits der binären Geschlechterordnung – möglich waren die Angaben „nicht binär“, „a-gender“ und „questioning“ – verorten sich insgesamt 4,9 Prozent.

Der Anteil weiblicher Studierender im Studiengang liegt damit weit über dem Anteil von 50,2 Prozent von Frauen an der Gesamtbevölkerung (Destatis 2021b). Im Dortmunder Studiengang betrug der Anteil weiblicher Studierender im Wintersemester 2021/2022 50,4 Prozent (TU Dortmund 2021: 28), in Kassel identifizierten sich 51,7 Prozent der befragten Studierenden als weiblich (Fachschaft ASL 2023: 2).

## Diversität in der Planungsprofession

22,8 Prozent der Befragten in Weimar geben an, einen Migrationshintergrund zu haben. Dieser ist im Fragebogen so definiert, dass entweder die Befragten selbst oder mindestens einer ihrer Elternteile nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden. Von diesen 27 Studierenden sind allerdings fünf erst zum Studium nach Deutschland gezogen, können also gemeinsam mit drei weiteren, die erst zum Studium nach Deutschland gezogen sind, aber nicht angaben, einen Migrationshintergrund zu haben, als internationale Studierende (7 Prozent) gelten. Von den Studierenden im Weimarer Bachelor Urbanistik, die bereits vorher in Deutschland lebten, haben 18 Prozent einen Migrationshintergrund. Im Unterschied dazu hatten 2021 in der Gesamtbevölkerung Deutschland 27,3 Prozent einen Migrationshintergrund (BAMF 2022: 169). 2016 waren es bei allen befragten Studierenden in Deutschland 20 Prozent (Middendorff et al. 2017: 32).

Bezüglich der Bildungsabschlüsse ihrer Eltern gaben 85 Prozent der Urbanistik-Studierenden in Weimar an, dass mindestens einer ihrer Elternteile einen Universitäts- oder Hochschulabschluss hat, beim Abitur (oder einem vergleichbaren Abschluss im Ausland) waren es sogar 96 Prozent. Der Anteil der Studierenden aus Akademiker:innenhaushalten liegt damit deutlich über dem Durchschnitt aller Studierenden in Deutschland 2016. Hier hatte bei 52 Prozent mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss und bei 66 Prozent Abitur (Middendorff et al. 2017: 27). Im Kassler Studiengang Bachelor Stadt- und Regionalplanung hatte bei 51,7 Prozent befragten Studierenden ein Elternteil einen akademischen Abschluss (Fachschaft ASL 2023: 7).

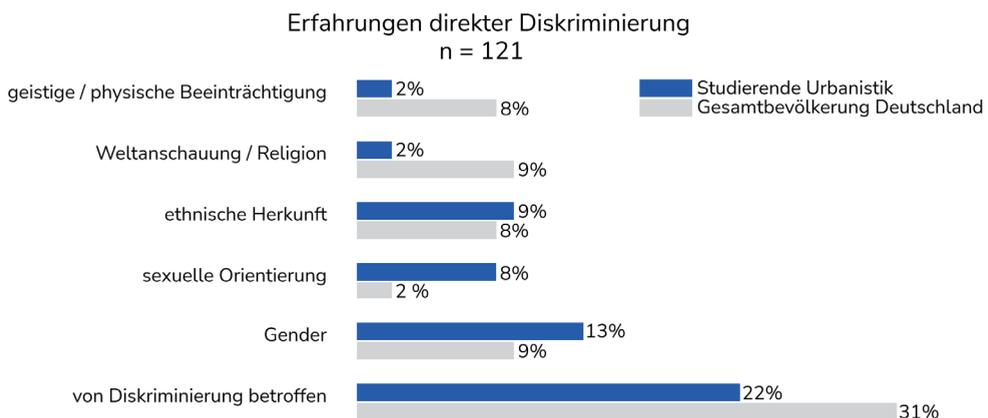


Abb. 1 Erfahrungen direkter Diskriminierung von Studierenden im Bachelor Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar (nach Grund laut Selbsteinschätzung) (Quelle: eigene Daten)

Auch der Bezug von BAföG lässt auf die soziale Lage des Elternhauses schließen. In Weimarer Bachelor Urbanistik erhielten zum Zeitpunkt der Befragung 13,5 Prozent der Studierenden BAföG. 2016 waren es unter allen Studierenden in Deutschland 18 Prozent (Middendorff et al. 2017: 53).

22 Prozent der Befragten in Weimar gaben an, schon einmal von direkter Diskriminierung betroffen gewesen zu sein. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland geben 31,4 Prozent an, in den vergangenen zwei Jahren von Diskriminierung betroffen gewesen zu sein (Beigang et al. 2017: 94). Angesichts des geringeren Anteils marginalisierter Gruppen unter den Studierenden in Weimar erscheint der geringere Anteil hier nachvollziehbar.

Die Motivation, einen bestimmten Studiengang zu wählen, hängt indirekt mit der sozialen Herkunft zusammen. Als Studienwahlmotiv nennen die Weimarer Urbanistik-Studierenden am seltensten „gute Einkommenschancen“ (4 Prozent) oder einen „angesehene[n] Beruf“ (5 Prozent), während „persönliche Entfaltung“ (69 Prozent) und ein „Beitrag zur sozialen Veränderung“ (75 Prozent) die häufigsten Motive sind – also ideelle Ziele. Diese Motive hängen über das Thema Gender mit der Sozialstruktur des Studiengangs zusammen (siehe Interpretation in Abschnitt 2.3).

Ob Studierende einen Studienort in der Nähe ihres Herkunftsortes wählen oder ob dies für sie keine Rolle spielt, kann etwas über ihre soziale Herkunft aussagen. Schließlich können nicht alle Elternhäuser den finanziellen Aufwand für einen Umzug und den Lebensunterhalt einer eigenen Wohnung für ihre Kinder stemmen. Auch das Selbstvertrauen, die vertraute Stadt oder Region zu verlassen, ist vermutlich bei vielen Studierenden verbunden mit dem Grad ihrer Privilegierung. In der gesamten Studierendenschaft in Deutschland zeigt sich eine positive Korrelation zwischen zwei Motiven für die Auswahl der Hochschule: „Heimatort“ und „finanzielle Gründe“. Letzteres Motiv korreliert zudem positiv mit den Faktoren Migrationshintergrund und niedriger elterlicher Bildungshintergrund. 24 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund gaben deutschlandweit an, sich aus finanziellen Gründen für ihre Hochschule entschieden zu haben. Bei Studierenden ohne Migrationshintergrund waren es lediglich 16 Prozent. 22 Prozent der Studierenden aus nicht akademischen Elternhäusern gaben an, sich aus finanziellen Gründen für ihre Hochschule entschieden zu

## Diversität in der Planungsprofession

haben, bei jenen aus akademischen Elternhäusern waren es lediglich 12 Prozent (eigene Berechnungen nach Daten der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks).

Als Grund für die Wahl der Bauhaus-Universität geben nur 6,5 Prozent der Urbanistik-Studierenden die „Nähe zu Eltern/Verwandten“ sowie nur 14 Prozent die „Nähe zu Heimatort“ an. Das liegt deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt aller Studierenden von 37,5 Prozent respektive 60,7 Prozent (Banscherus et al. 2019: 15). Nur 1 Prozent der Weimarer Urbanistik-Studierenden wohnen bei einer Erziehungsperson.

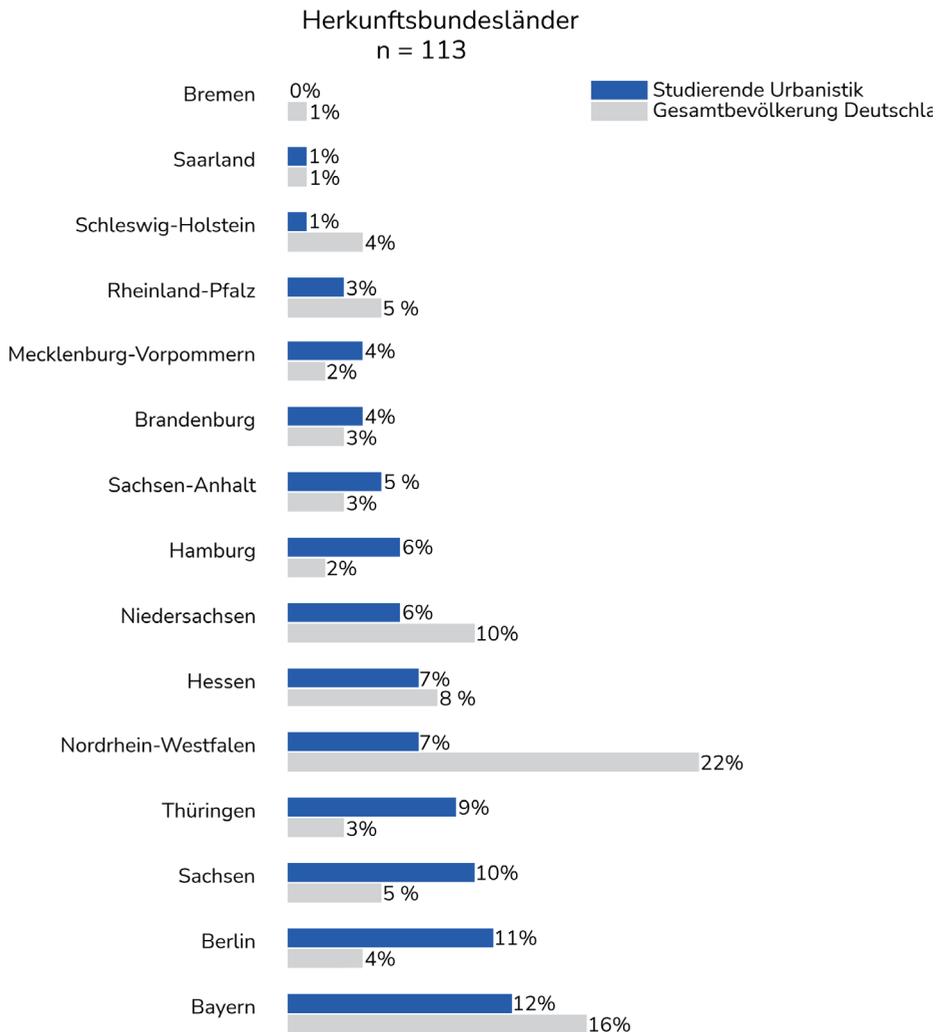


Abb. 2 Herkunftsbundesländer von Studierenden im Bachelor Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar (Quelle: eigene Daten)

Bei der gesamten Studierendenschaft in Deutschland sind es 20 Prozent (Middendorff et al. 2017: 64).

Dass der Bachelor Urbanistik in Weimar kein lokaler Studiengang ist, zeigt sich auch an den Herkunftsbundesländern der Studierenden. Zwar kommen anteilig etwas mehr Studierende aus Thüringen als in der Gesamtbevölkerung und auch die angrenzenden ostdeutschen Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen sind bei den Studierenden leicht überrepräsentiert, doch die Anteile der Studierenden aus den angrenzenden westdeutschen Bundesländern Bayern und Hessen liegen deutlich unter jenen in der Gesamtbevölkerung (siehe Abbildung 2). Generell kommen die Studierenden des Studiengangs aus der gesamten Bundesrepublik. Die deutliche Unterrepräsentation von Studierenden aus Nordrhein-Westfalen (22 Prozent Bevölkerungsanteil, aber nur 7 Prozent der Studierenden) lässt sich durch das Studienangebot der Raumplanung an der dortigen TU Dortmund erklären. Insgesamt ist die Mobilität der Studierenden im Weimarer Studiengang ausgesprochen hoch. Nur 7 Prozent von ihnen studieren im selben Bundesland, in dem sie aufgewachsen sind. Von allen Studierenden in Deutschland studieren 65 Prozent in dem Bundesland, in dem sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (Middendorff et al. 2017: 31). Im bevölkerungsarmen Thüringen sind es 38 Prozent (ebd.) und damit immer noch deutlich mehr als in dem untersuchten Studiengang in Weimar.

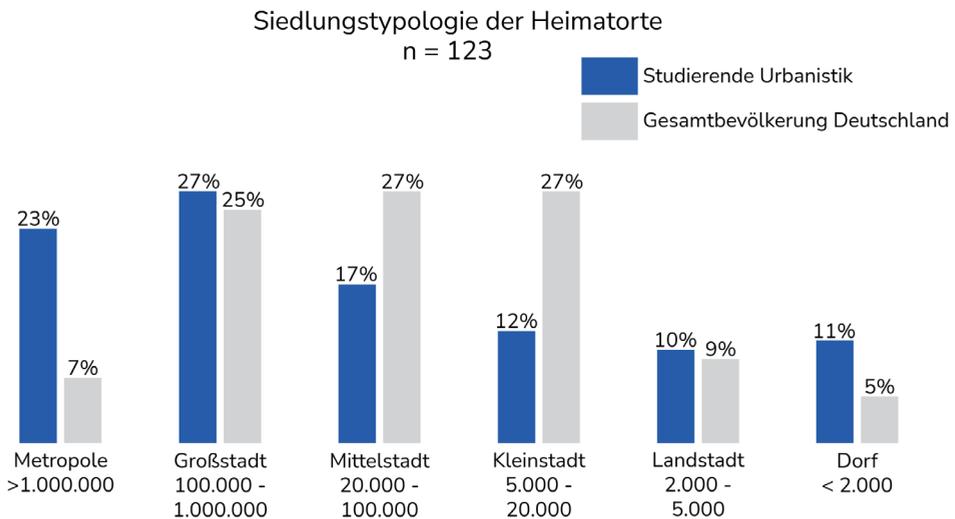


Abb. 3 Größe der Herkunftsgemeinden von Studierenden im Bachelor Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar (Quelle: eigene Daten)

### Planungsspezifische Merkmale

Neben den allgemeinen demografischen Merkmalen als Indikatoren für die Diversität von Studierenden fragte die Untersuchung auch Merkmale ab, die speziell für Stadtplaner:innen interessant sind. So erschienen uns die Größe der Herkunftsgemeinde und die Wohnform während des Aufwachsens relevant zu sein in Bezug auf die Erfahrungshorizonte und normativen Wertvorstellungen der Studierenden. Schließlich sollen diese später für und in Gemeinden aller Größen arbeiten und auch die Perspektiven der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung verstehen, die nicht im Eigentum und nicht in einem Einfamilienhaus wohnt.

50 Prozent der befragten Studierenden des Weimarer Bachelors Urbanistik kommen aus Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen. Das sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (Destatis 2022a) überproportional aus Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnenden viele. Unterrepräsentiert sind im Studiengang Personen aus Mittel- und Kleinstädten, jene aus Dörfern sind dagegen überrepräsentiert.

61 Prozent der Weimarer Urbanistik-Studierenden wuchsen in einem Einfamilienhaus auf. In der Gesamtbevölkerung in Deutschland leben

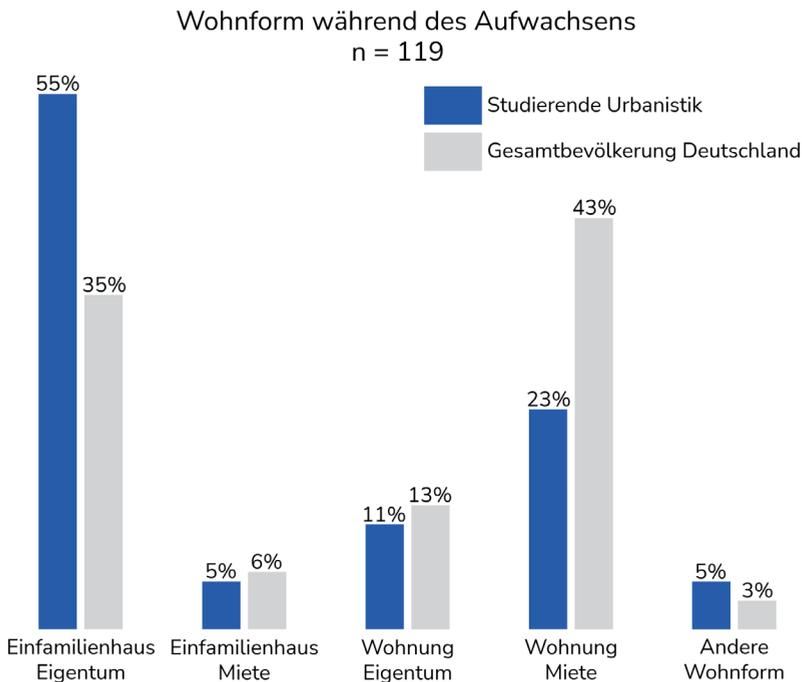


Abb. 4 Wohnform während des Aufwachsens der Studierenden im Bachelor Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar (Quelle: eigene Daten)

nur 41,2 Prozent in dieser Wohnform (Destatis 2022b: 36). Dieser hohe Anteil ist umso erstaunlicher, wenn man berücksichtigt, dass so viele der Studierenden aus Großstädten kommen, in denen die Wohnform des Einfamilienhauses weniger verbreitet ist (Sparda 2023: 64). 67 Prozent der Studierenden wuchsen im selbst genutzten Wohneigentum auf, 28 Prozent wohnten zur Miete. In der Gesamtbevölkerung leben 49,5 Prozent im Eigentum und 50,5 Prozent zur Miete (ebd.: 64). Zwar lässt die Wohnform des Eigenheims nicht immer auf den sozialen Status des Elternhauses von Studierenden schließen, dennoch korrelieren Einfamilienhaus und Wohneigentum aber allgemein betrachtet mit einem höheren Einkommen (ebd.: 64).

### 2.3. Interpretation: Vergleichsweise geringe Diversität und mögliche Erklärungsansätze

Der Vergleich der Umfrage unter Studierenden des Weimarer Urbanistik-Bachelors mit der Gesamtbevölkerung, aber auch mit allen Studierenden in Deutschland zeigt, dass Erstere häufiger einer höheren sozialen Schicht angehören und zudem seltener Gruppen angehören, die von Diskriminierung und struktureller Benachteiligung betroffen sind. Das trifft insbesondere auf die Bildungsherkunft der Studierenden zu. Auch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist in der Gesamtbevölkerung in Deutschland höher als unter den Urbanistik-Studierenden in Weimar. Allerdings ist der Anteil Studierender mit Migrationshintergrund in Weimar leicht höher als im Durchschnitt in Deutschland – das geht allerdings auf Studierende aus dem Ausland zurück.

Einzig der Anteil weiblicher Studierender ist im Weimarer Bachelor Urbanistik deutlich höher. Eine solche Überrepräsentation ist geeignet, dem generell geringen Anteil von Frauen im Planungsberuf entgegenzuwirken. In der Bundesarchitektenkammer, die schon in ihrem Namen auf eine geschlechterneutrale Bezeichnung verzichtet, sind nur 35 Prozent der Mitglieder unter den Stadtplaner:innen weiblich (Bundesarchitektenkammer 2023). Ob dieser geringe Frauenanteil bei der Kammer repräsentativ für den Anteil in der Planungsprofession ist oder (auch) in der Institution begründet liegt, ist unklar. Ein hoher Anteil weiblicher Studierender hängt auch mit den Motiven für die Wahl des Studiums zusammen. Weibliche Studierende geben als Motiv häufiger an, soziale Veränderungen herbeiführen zu wollen.

Männlichen Studierenden ist dagegen ein angesehener Beruf wichtiger (eigene Berechnungen nach Daten der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks). Ein Studium der Urbanistik sehen Befragte als Möglichkeit an, zu sozialen Veränderungen beizutragen, wie unsere Untersuchung in Weimar zeigt. Ein besonderes gesellschaftliches Ansehen ist mit der Planungsprofession jedoch nicht verbunden. Der im Vergleich zu anderen Planungsstudiengängen in Weimar deutlich höhere Anteil Studierenden, die sich als weiblich identifizieren, lässt sich mit der stärker sozialwissenschaftlichen Ausrichtung des Studiengangs erklären. Im Vergleich zu natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen (zu letzteren gehört der Studiengang in Weimar offiziell) sind Frauen in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen im Allgemeinen stärker vertreten (Middendorff et al. 2017: 14f).

Der erhöhte Anteil von Studierenden aus Großstädten lässt sich vielleicht mit einer größeren Vertrautheit dieser Studierenden mit stadtplanerischen Themen erklären. Der erhöhte Anteil der Wohnformen Einfamilienhaus und Wohneigentum deutet vermutlich auf den höheren sozialen Status der Elternhäuser der Studierenden hin. Die Größe der Herkunftsgemeinde sowie die hauptsächliche Wohnform des Eigenheims beeinflussen den Erfahrungsschatz und die Wertvorstellungen der Studierenden.

Der – im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, zur gesamten Studierendenschaft in Deutschland und, soweit ersichtlich, sogar zu Studierenden anderer Planungsstudiengänge in Deutschland – hohe soziale Status der Weimarer Urbanistik-Studierenden ist erklärungsbedürftig. Zwei Stufen der Selektion von Studierenden können mögliche Erklärungen hierzu liefern: Einmal bei der Bewerbung auf einen Studienplatz und einmal bei der Zulassung zum Studium.[3]

Die größte Selektion von Personen nach sogenannten Benachteiligungsmerkmalen findet bereits während der Schullaufbahn statt. Der Anteil an Grundschüler:innen ohne ein Elternteil mit hochschulqualifizierendem Abschluss betrug 2021 bundesweit 50,1 Prozent. Bei den Gymnasialschüler:innen betrug der Anteil im selben Jahr nur 34,1 Prozent. 39,4 Prozent der Grundschüler:innen hatten 2021 einen Migrationshintergrund, bei den Gymnasialschüler:innen waren es nur 29,9 Prozent (Destatis 2021a: 108).

Dies allein erklärt aber noch nicht hinreichend die Zusammensetzung der Studierenden des Bachelors Urbanistik in Weimar. Anders als

zunächst angenommen können die Studienwahlmotive den geringeren Anteil von Studierenden mit Migrationshintergrund oder einem niedrigen elterlichen Bildungshintergrund nicht erklären. Die durchschnittlichen Verdienstchancen sind in der Planungsprofession nicht besonders hoch. Auch das Ansehen des Berufs ist nicht herausragend. Insgesamt spielen diese Studienwahlmotive allerdings bei Studierenden mit Migrationshintergrund oder mit einem niedrigen elterlichen Bildungshintergrund keine größere Rolle als bei Studierenden ohne diese Merkmale (eigene Berechnungen nach Daten der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks).

Eine Erklärung für die Unterrepräsentation von Studierenden mit den beiden genannten Merkmalen im Vergleich zur gesamten Studierendenschaft ist vielleicht der Studienstandort. Die Wahl eines Studienstandorts in der Nähe des Herkunftsortes hängt mit finanziellen Gründen zusammen. Diese hängen wiederum mit dem Migrationshintergrund und einem niedrigen elterlichen Bildungshintergrund zusammen. Weimar als relativ kleine Stadt in einem einwohner:innenarmen Bundesland liegt nur für sehr wenige Studierende nah an ihrem Herkunftsort. Deshalb fällt vermutlich nur selten aus finanziellen Gründen die Wahl auf diesen Studienort.

Der im Vergleich zum Bachelor Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel höhere Anteil von Studierenden aus Akademiker:innenhaushalten lässt sich teilweise mit der gewählten Denomination des Studiengangs erklären: Urbanistik anstelle des geläufigeren Stadt- und Regionalplanung verleiht dem Studiengang einen besonderen Status und schreckt eventuell Bewerber:innen ab.

Ausschlaggebend dürfte die zuvor genannte zweite Stufe der Selektion sein – die Auswahl der Studierenden. Im Gegensatz zu Kassel, wo allein der Notendurchschnitt des Schulabschlusses über eine Annahme von Studienbewerber:innen entscheidet, findet in Weimar ein sogenanntes Eignungsfeststellungsverfahren statt. Für dieses müssen die Bewerber:innen neben ihrem Schulzeugnis eventuell vorhandenen Zeugnisse von Praktika sowie ein Motivationsschreiben einreichen. Anschließend werden alle Bewerber:innen zu einer Prüfung vor Ort eingeladen, bei der sie in Gruppen eine Aufgabe bearbeiten und Ergebnisse präsentieren. Sowohl die Einreichung zusätzlicher Unterlagen als auch die Prüfung vor Ort stellen Hürden dar, da sie ideelle und finanzielle Ressourcen voraussetzen. Es ist davon auszugehen, dass Bewerber:innen

aus Haushalten ohne Kenntnis des deutschen Hochschulsystems weniger ideelle Unterstützung beim Verfassen von Motivationsschreiben bekommen und dass sie weniger Personen kennen, die ihnen Erfahrungen über Bewerbungsverfahren an Hochschulen vermitteln können. Deshalb liegt es nahe, dass das Eignungsfeststellungsverfahren eine selektive Wirkung darauf hat, wer sich überhaupt bewirbt. Die Selektion bei der tatsächlichen Auswahl und Zulassung von Bewerber:innen dürfte eine vergleichsweise geringe Rolle spielen gegenüber der Frage, wer sich überhaupt um einen Studienplatz bewirbt oder wer bereits vom Eignungsfeststellungsverfahren abgeschreckt ist. Es ist davon auszugehen, dass die auswählenden Personen[4] im Eignungsfeststellungsverfahren einen gewissen Bias nicht ganz umgehen können. In den Verfahren, an denen ich teilgenommen habe, fand allerdings eine offene Reflexion möglicher Diskriminierungen aufgrund von sozialem Status oder Migrationshintergrund statt. Es ist also zumindest von einem Bewusstsein über den eigenen Bias auszugehen. Der Effekt dürfte hier im Vergleich zur Selektion bei der Stufe der Bewerbung also vermutlich geringer sein.

### 3. Fazit

Wie die Untersuchung der Sozialstruktur von Studierenden des Bachelors Urbanistik in Weimar zeigt, ist deren Diversität, also die Repräsentation marginalisierter und diskriminierter Gruppen im Studiengang ausbaufähig. Diese Unterrepräsentation kann nicht alleine in der Planungsdisziplin gelöst werden. Die Reproduktion sozialer Ungleichheit im deutschen Schulsystem ist dabei weitaus relevanter. Dennoch können auch Hochschulen einen Beitrag dazu leisten. Die Erhöhung der Diversität in Planungsstudiengängen und folglich auch in der Profession der Planung müsste dazu allerdings erst einmal als erstrebenswertes Ziel anerkannt werden. Dazu bedarf es nicht nur weiterer Forschung zur Sozialstruktur der Studierendenschaft von Planungsstudiengängen sowie zur Diversität der Planungsprofession in Deutschland, sondern auch einer breiter geführten Debatte zur Frage, weshalb eine diversitätssensible Planung überhaupt wichtig ist. Zu dieser Debatte hofft dieser Beitrag einen Anstoß zu liefern.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

## Endnoten

- [1] Für einen Vergleich mit der gesamten Studierendenschaft an der Bauhaus-Universität Weimar lagen keine ausreichenden Daten vor.
- [2] Eine ausreichende Repräsentativität der Studie lässt sich aus zwei Gründen annehmen. Erstens entspricht der Anteil der Befragten, die sich als weiblich identifizieren, exakt dem Anteil der bei der Immatrikulation als weiblich erfassten unter allen Studierenden des Studiengangs. Bei der Immatrikulation sind allerdings im Unterscheid zu der Umfrage nur die Optionen „männlich“ und „weiblich“ möglich. Zweitens beträgt die Rücklaufquote trotz Schwankungen zwischen den einzelnen Fachsemestern überall über 50 Prozent.
- [3] Als dritte Stufe der Selektion ließe sich fragen, wer ein Studium abschließt und wer es abbricht. Allerdings gibt es für die gesamte Studierendenschaft bisher keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen einer erhöhten Abbruchquote und einem niedrigen elterlichen Bildungshintergrund. Bei Studierenden mit Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit eines Studienabbruchs nur leicht erhöht (Isphording/Wozny 2018: 28, 31).
- [4] Die Auswahlkommissionen bestehen jeweils aus einem:r Professor:in, zwei wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen und einem:r Studierenden.

## Autor\_innen

**Lisa Vollmer** ist interdisziplinäre Stadt- und Bewegungsforscherin. Ihre Forschungsinteressen sind soziale Bewegungen, Wohnungspolitik und politische Theorie.  
lisa.vollmer@uni-weimar.de

## Literatur

- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2022): Migrationsbericht 2021. Zentrale Ergebnisse. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2021-zentrale-ergebnisse.pdf> (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Banscherus, Ulf / Baumgärtner, Alena / Sorge, Mirjam (2019): Studierendenreport. Studiensituation und soziale Lage von Studierenden im Ruhrgebiet. DGB-Bezirk Nordrhein-Westphalen, Abteilungen Hochschulen, Wissenschaft und Forschung sowie Jugend, Juni 2019. <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++b9e8c0f2-940c-11e9-a757-52540088cada> (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Bauhardt, Christine (1996): „...also ich plane ja für alle Menschen...“. Zu Universalismus und Differenz in den Planungsdisziplinen. In: Raumplanung 72, 39-44.
- Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hg.) (2016): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Beigang, Steffen / Fetz, Karolina / Kalkum, Dorina / Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Baden-Baden: Nomos.
- Bundesarchitektenkammer (2023): Bundeskammerstatistik nach Geschlechtern zum 01.01.2023. <https://bak.de/wp-content/uploads/2023/07/Bundeskammerstatistik-nach-Geschlechtern-zum-01.01.2023.pdf> (letzter Zugriff am 3.4.2024).
- Burayidi, Michael (Hg.) (2015): Cities and the politics of difference. Multiculturalism and diversity in urban planning. Toronto: University of Toronto Press.

## Diversität in der Planungsprofession

- Destatis – Statistisches Bundesamt (2021a): Datenreport 2021, 10.3.2021. [https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2021b): Studierende insgesamt und studierende Deutsche nach Geschlecht, Stand 8.8.2023. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/Irbi01.html> (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2022a): Gemeinden nach Bundesländern und Einwohnergrößenklassen am 31.12.2021. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/Standardtabellen/08\\_Gemeinden\\_EinwohnergroessenklassenVorjahr.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/Standardtabellen/08_Gemeinden_EinwohnergroessenklassenVorjahr.html) (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2022b): Wirtschaftsrechnungen. Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen. Mikrozensus-Unterstichprobe zu Einkommen und Lebensbedingungen. Erstergebnisse 2021. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Publikationen/Downloads-Lebensbedingungen/einkommen-lebensbedingungen-2150300217004.pdf> (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Fachschaft ASL – Architektur, Stadtplanung Landschaftsplanung der Universität Kassel (2023): Auswertung der Umfrage zur mentalen Gesundheit am Fachbereich Architektur-Stadtplanung-Landschaftsplanung. Unveröffentlichte Studie. Kassel: Universität Kassel.
- Fainstein, Susan S. (2005): Cities and diversity. In: *Urban Affairs Review* 41/1, 3-19.
- Fincher, Ruth / Iveson, Kurt (2008): Planning and diversity in the city. Redistribution, recognition and encounter. Houndmills u. a.: Palgrave Macmillan.
- García, Ivis / Jackson, April / Greenlee, Andrew J. / Yerena, Anaid / Chrisinger, Benjamin / Lee, C. Aujean (2021a): Feeling like an „odd duck“. The experiences of African American/Black and Hispanic/Latin/o/a/x planning practitioners. In: *Journal of the American Planning Association* 87/3, 326-340.
- García, Ivis / Jackson, April / Harwood, Stacy A. / Greenlee, Andrew J. / Lee, C. Aujean / Chrisinger, Benjamin (2021b): „Like a fish out of water“. The experience of African American and Latinx planning students. In: *Journal of the American Planning Association* 87/1, 108-122.
- Goonewardena, Kanishka / Rankin, Katharine N. / Weinstock, Sarah (2004): Diversity and planning education: A Canadian perspective. In: *Canadian Journal of Urban Research* 13/1, 1-26.
- Greenlee, Andrew J. / Jackson, April / Garcia-Zambrana, Ivis / Lee, C. Aujean / Chrisinger, Benjamin (2022): Where are we going? Where have we been? The climate for diversity within urban planning educational programs. In: *Journal of Planning Education and Research* 42/3, 331-349.
- Greive, Ulla / Schulte, Jan (2020): Absolvent\*innenbefragung 2020. Fakultät Raumplanung. Dortmund: Technische Universität Dortmund. [https://raumplanung.tu-dortmund.de/storages/raumplanung/r/Downloads/Abolventinnenbefragung/AbsolventInnenbefragung\\_2020\\_-\\_Stand\\_2020-10-20.pdf](https://raumplanung.tu-dortmund.de/storages/raumplanung/r/Downloads/Abolventinnenbefragung/AbsolventInnenbefragung_2020_-_Stand_2020-10-20.pdf) (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Gwisdalla, Miriam (2007): Eine Stadt für alle? Gender und Diversity in der räumlichen Planung *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft/1, 67-77.
- Huning, Sandra (2014): Wer plant für wen? Partizipation im Kontext gesellschaftlicher Differenzierung. In: Patrick Küpper / Meike Levin-Keitel / Friederike Maus / Peter Müller / Sara Reimann / Sondermann Martin / Katja Stock / Timm Wiegand (Hg.), *Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten*. Hannover: Verlag der ARL, 33-43.
- Huning, Sandra (2018): Feminismus und Stadt. In: Dieter Rink / Annegret Haase (Hg.), *Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen*. Stuttgart: UTB, 107-127.
- Isphording, Ingo / Wozny, Florian (2018): Ursachen des Studienabbruchs. Eine Analyse des Nationalen Bildungspanels. IZA Research Report No. 82. Institute for Labor Economics, Mai 2018. [https://docs.iza.org/report\\_pdfs/iza\\_report\\_82.pdf](https://docs.iza.org/report_pdfs/iza_report_82.pdf) (letzter Zugriff am 29.3.2024).

- Middendorff, Elke / ApolinarSKI, Beate / Becker, Karsten / Bornkessel, Philipp / Brandt, Tasso / Heißenberg, Sonja / Poskowsky, Jonas (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Palazzo, Danilo / Hollstein, Leah Marie / Diko, Stephen Kofi (2023): Introduction. In: Stephen Kofi Diko / Leah Marie Hollstein / Danilo Palazzo (Hg.), Routledge companion to professional awareness and diversity in planning education. New York: Routledge, 1-10.
- Sandercock, Leonie (1998): Towards cosmopolis. Planning for multicultural cities. Chichester: John Wiley.
- Schuster, Nina (2018): Diverse city. In: Dieter Rink / Annegret Haase (Hg.), Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen. Stuttgart: UTB, 63-85.
- Sweet, Elizabeth L. / Etienne, Harley F. (2011): Commentary: Diversity in urban planning education and practice. In: Journal of Planning Education and Research 31/3, 332-339.
- Thomas, June Manning (1996): Educating planners: Unified diversity for social action. In: Journal of Planning Education and Research 15/3, 171-182.
- TU Dortmund – Technische Universität Dortmund, Rektor (2021): Zahlen Daten Fakten 2021. [https://www.tu-dortmund.de/storages/tu\\_website/Dezernat\\_2/ZahlenDatenFakten\\_2021\\_WEB.pdf](https://www.tu-dortmund.de/storages/tu_website/Dezernat_2/ZahlenDatenFakten_2021_WEB.pdf) (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Sparda – Verband der Sparda-Banken e. V. (2023): Sparda-Studie. Wohnen in Deutschland 2023. [https://sparda-wohnen2023.de/typo3conf/ext/sparda/Resources/Public/PDF/Sparda-Studie\\_Wohnen-in-Deutschland\\_2023.pdf?v=2](https://sparda-wohnen2023.de/typo3conf/ext/sparda/Resources/Public/PDF/Sparda-Studie_Wohnen-in-Deutschland_2023.pdf?v=2) (letzter Zugriff am 29.3.2024).
- Vollmer, Lisa (i. E.): Soziale Mischung. Schlüsselbegriffe gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ein kritisches Vokabular. Göttingen: Wallstein.

# Eine Lücke in der Theorie? Die politische Erklärung für Gentrifizierung

Rezension zu Matthias Bernt (2022): *The commodification gap. Gentrification and public policy in London, Berlin and St. Petersburg*. Hoboken: Wiley.

Jan Üblacker

Das Buch *The commodification gap* ist die Veröffentlichung von Matthias Bernts Habilitationsschrift. Sie greift bereits veröffentlichte empirische Studien (Bernt/Holm 2002), theoretische Argumente (Bernt/Holm 2020) und Diagnosen zum Forschungsstand (Bernt 2020) von Bernt erneut auf und erweitert sie um internationale Fallstudien. Die Studie entwickelt einen konzeptionellen Rahmen für die Erklärung von Gentrifizierung, die – wie der Untertitel bereits andeutet – Public Policy in den Fokus rückt. Um die zentralen Argumente des Buches verständlich zu machen, möchte ich zunächst die beiden Ausgangspunkte des Autors darlegen.

Gentrifizierung ist ein Prozess des Wandels von Wohngebieten, der den Austausch oder die Verdrängung einer statusniedrigeren durch eine statushöhere Wohnbevölkerung, ökonomische Investitionen in den Wohnungsbestand (also Sanierungen und Modernisierungen) sowie Miet- und Kaufpreissteigerungen umfasst. In den meisten Fällen wird darunter also eine Kombination aus sozialstrukturellem und ökonomischem

Abb. 1 The commodification gap. Gentrification and public policy in London, Berlin and St. Petersburg (Quelle: Wiley)

ijurr **SUSC**  
 HOCHSCHULE

Matthias Bernt

## THE COMMODIFICATION GAP

Gentrification and Public Policy in London, Berlin  
 and St. Petersburg



WILEY

Wandel von Wohngebieten gefasst. Erklärungen für die Ursachen von Gentrifizierung erfolgen entlang eines Marktmodells (Hamnett 1991) von zwei Seiten: Nachfrageseitige Erklärungen argumentieren, dass bestimmte demografische, sozioökonomische und soziokulturelle Veränderungen in der Bevölkerung dazu führen, dass einkommensstärkere Gruppen Wohnraum in bestimmten Lagen nachfragen und dadurch in bestimmten Gebieten den Aufwertungsprozess in Gang setzen. Angebotsseitige Erklärungen sehen die Ursache für Aufwertung dagegen in Investitionen in den Wohnungsbestand. Dieser sei dann aufgrund von Miet- und Kaufpreissteigerungen nur noch für einkommensstärkere Gruppen zugänglich. Ein zentraler theoretischer Baustein angebotsseitiger Erklärungen ist die sogenannte Rent-Gap-Theorie (Smith 1979). Sie geht davon aus, dass Investitionen dann erfolgen, wenn die Lücke zwischen kapitalisierter Grundrente und potenzielle Grundrente ausreichend groß ist. Die Rent-Gap-Theorie ist auch der erste argumentative Ausgangspunkt von Bernts Studie.

Der zweite Ausgangspunkt ist das Problem der schwierigen internationalen Vergleichbarkeit von *Gentrification*-Prozessen. Seitdem Ruth Glass den Begriff *gentrification* 1964 erstmals prägte, hat dieser in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine beeindruckende Karriere durchlaufen. Inzwischen gilt Gentrifizierung als globales Phänomen, das in vielen Städten der Welt beobachtet und erforscht wird (Lees et al. 2016). Dabei entwickelte sich eine Debatte darüber, ob und inwieweit der im angloamerikanischen Raum geprägte Begriff und die theoretischen Erklärungen eine universelle Gültigkeit besitzen. Beispielsweise stellt sich die Frage, ob die in den USA entwickelte Rent-Gap-Theorie als ursächliche Erklärung für Gentrifizierung in Stadtteilen im Globalen Osten oder Süden erstens als Erklärungsansatz herangezogen werden kann und ob zweitens ein empirischer Zusammenhang zwischen Renditelücken, Investitionstätigkeit und dem Austausch und einer Statusaufwertung der Wohnbevölkerung nachweisbar ist. Der erste Punkt ist sehr grundsätzlich und setzt voraus, dass die Wohnungsversorgung in einer zu untersuchenden Stadt nach einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung organisiert ist. Das bedeutet, dass die grundlegenden Elemente der Rent-Gap-Theorie (Wert der Immobilie, Preis der Immobilie, kapitalisierte Grundrente und potenzielle Grundrente) erkennbar oder genauer gesagt operationalisierbar sein müssen. Ist das gegeben, kann das Fallbeispiel grundsätzlich mithilfe der Rent-Gap-Theorie empirisch

## Eine Lücke in der Theorie? Die politische Erklärung für Gentrifizierung

untersucht und deren Gültigkeit überprüft werden. Das geschieht durch eine Unterscheidung von Entwicklungen, bei denen eine Schließung der Renditelücke zu Gentrifizierung führt, von jenen, wo dies nicht der Fall ist. Seine umfassende und sehr lesenswerte Aufarbeitung der Forschung zur Rent-Gap-Theorie schließt Bernt mit dem Urteil, dass die Theorie eine verkürzte Sichtweise auf die Funktionsweise von Märkten darstelle. Diese Kritik ist nicht neu und wurde insbesondere von Vertreter\*innen nachfrageseitigen Erklärungen bereits früh formuliert. Leider finden diese bei Bernt nur in einer Fußnote Betrachtung (Bernt 2022: 22). Das Neue an Bernts Kritik ist, dass sie zu einem Lösungsangebot führt, das nicht etwa *gegenüber* der Angebotsseite steht, sondern als Erklärungsansatz *zusätzlich zur Rent-Gap-Theorie* platziert wird: die politische Einbettung wirtschaftlichen Handelns.

Ausgehend von diesen beiden Punkten setzt das zentrale Argument des Autors an: *Gentrification* wird nicht nur durch ökonomische Prozesse verursacht, sondern ist auch politisch bedingt. Durch Gesetze, Förderungen und Regulierungen auf der Angebots- und Nachfrageseite erzeugen Staaten einen Rahmen, der das Ausmaß der Kommodifizierung bzw. Dekommodifizierung von Wohnraum bedingt. Je kommodifizierter der Wohnraum in einem Wohnungsmarktsystem ist, so Bernt, desto lukrativer werden Investitionen und desto wahrscheinlicher wird *gentrification*. Da die Größe der Kommodifizierungslücke (*commodification gap*) durch staatliches Handeln bestimmt wird, so sein Argument weiter, muss notwendiger Bestandteil einer international vergleichenden Betrachtung von Gentrifizierung immer auch eine Analyse dieser *policies* sein. Wie genau sich die Kommodifizierungslücke entwickelt, sei jeweils historisch und räumlich bedingt. Deshalb umfasst die von Bernt vorgelegte Analyse einen sehr langen Betrachtungszeitraum und arbeitet ländervergleichend (Deutschland, Großbritannien und Russland). Leider verpasst der Autor dabei die einmalige Gelegenheit, die vermutlich am weitesten verbreitete Grafik der Gentrifizierungsforschung aufzugreifen und durch sein eigenes, überzeugend argumentiertes Konzept zu ergänzen: Es handelt sich um eine Abbildung zur Entwicklung der potenziellen und kapitalisierten Grundrente (Smith 1979: 544), die zur Entstehung der Rent Gap führt. Das ist schade, bezeichnete Bernt doch selbst beide Konzepte als „siamesische Zwillinge“. Eine grafische Illustration hätte sicher zum Verständnis des Zusammenhangs beigetragen.

Wer nun behauptet, das alles sei innerhalb der Gentrifizierungsforschung ja nichts Neues und die Rolle von Staat und Kommunen sei bereits in der Debatte um *state-led gentrification* (Davidson 2008) behandelt worden, hat die volle Bandbreite des Arguments nicht erfasst. Bernt geht es nicht um einzelne Instrumente der öffentlichen Hand, die etwa unter dem rhetorischen Deckmantel einer „sozialen Mischung“ letztlich zur Gentrifizierung einzelner Wohngebiete beitragen (Bridge et al. 2012) oder um die Folgen einer Wachstumskoalition aus Kommune und lokaler Wirtschaft (Molotch 1976). Seine Argumente setzen an der strukturellen Ebene der staatlichen Organisation des Wohnungsmarktsystems an. Sie sind damit anschlussfähig an Debatten über die Rolle der Wohnungsversorgung im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Typenbildung (Esping-Andersen 1990; Hoekstra 2003).

Die bereits angedeutete Notwendigkeit einer Betrachtung mehrerer Fälle auf mehreren analytischen Ebenen spiegelt sich auch im Aufbau von Bernts Buch wider. Nachdem der Autor in Kapitel 2 eine umfassende und sehr lesenswerte Auseinandersetzung mit dem Forschungszweig der Rent-Gap-Theorie liefert, arbeitet Kapitel 3 die historische Genese der Wohnungsmarktsysteme der drei untersuchten Länder (Großbritannien, Deutschland und Russland) auf. Das Ergebnis der Analyse sind zwölf Kommodifizierungslücken, die der Autor in den drei Ländern identifiziert (Bernt 2022: S. 122f., Tabelle 3.6). Die nachfolgenden Kapitel widmen sich den drei Fallstudiengebieten: Barnsbury in London (Kapitel 4), Berlin-Prenzlauer Berg (Kapitel 5) und ein nicht näher definiertes Gebiet in der Innenstadt von St. Petersburg (Kapitel 6).

Bevor der Autor zur theoretischen Diskussion und den Fallstudien übergeht, klärt er im einleitenden Kapitel über seinen erkenntnistheoretischen Standpunkt (kritischer Realismus) auf. Das ermöglicht eine angemessene Einordnung seiner Vorgehensweise sowie der Aussagekraft seiner Befunde. Nach eigenen Angaben ist das Ziel des Vorgehens eine Theoriebildung aus dem empirischen Material (ebd.: 8), das dann später als ein Wechselspiel aus induktiver und deduktiver Logik geschildert wird (ebd.: 15). Was genau das empirische Material ist, welchen Umfang und welche Qualität es hat, bleibt jedoch intransparent. Das gilt nicht nur für die Fallstudie in Russland, deren Durchführung, wie der Autor schildert, von großen Schwierigkeiten geprägt war, sondern auch für die britische und die deutsche Fallstudie. Im Kapitel zum Forschungsdesign verweist Bernt auf verschiedene Methoden (Dokumentenanalyse, Interviews,

teilnehmende Beobachtungen, amtliche Statistiken), doch finden sich leider keine konkreten Angaben zur Anzahl der Interviews, zu den Interviewpartner\*innen, zur Aufenthaltsdauer im Feld und auch keine Übersicht der analysierten Dokumente. Auf seine Auswertungsmethoden geht der Autor nicht ein. Insofern ist der Schritt vom empirischen Material hin zur Theorie für Leser\*innen nicht vollständig nachvollziehbar.

Ein wesentliches Ergebnis der Arbeit sind die bereits erwähnten zwölf Kommodifizierungslücken, die aus der vergleichenden Analyse der drei Wohnungsmarktsysteme hervorgehen (Kapitel 3). Für unterschiedliche Zeitpunkte identifiziert Bernt dabei fünf Lücken in Großbritannien, vier in Deutschland und drei in Russland. Jede dieser Lücken beschreibt das Potenzial einer Kommodifizierung von Wohnraum, durch die Investitionen lukrativer werden. Dabei handelt es sich um „alte Bekannte“ wie zum Beispiel die *value gap* (Hamnett/Randolph 1984), die durch die gesetzliche Möglichkeit zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen entsteht, aber auch neue Lücken, wie die Modernisierungslücke, die in Deutschland die Anwendung der Modernisierungsumlage durch Vermieter\*innen beschreibt. Löst man sich bei der Betrachtung stärker von den nationalen Kontexten, so fällt auf, dass einige der von Bernt beschriebenen Lücken ähnliche, wenn nicht gar gleiche Vorgänge beschreiben. Zum Beispiel findet die Aufteilung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen, die anschließend an einzelne Eigentümer\*innen verkauft werden, sowohl in London (*value gap*) als auch in Berlin statt (*tenure conversion gap*). Ginge man noch einen Schritt weiter, so ließe sich auch die Zusammenlegung einzeln vermieteter Zimmer zu einer Wohnung in St. Petersburg (*kommunalka gap*) damit in eine Reihe stellen, allerdings mit dem Unterschied, dass die Marktfähigkeit des Wohnraums hier nicht durch die Aufteilung von Eigentum, sondern durch die Zusammenlegung vormals einzelner Wohneinheiten hergestellt wird.[1] Stellenweise wird auf solche Zusammenhänge und Verkettungen verschiedener Kommodifizierungslücken verwiesen, an andere Stelle fehlen mögliche Übertragungen in andere Länderkontexte oder theoretische Abstraktionen. Die für Großbritannien festgestellte Deregulierung der Miethöhen (*rental deregulation gap*) ließe sich beispielsweise auch auf Deutschland übertragen, wenn man zum Beispiel Anpassungen der Kappungsgrenzen, Änderungen im Berechnungsmechanismus lokaler Mietspiegel oder die Zulässigkeit von Indexmietverträgen bei Wohnungen so versteht, dass sie die Spielräume von Vermieter\*innen

bei der Anpassung von Mieten in bestehenden Mietverhältnissen erweitern können. Natürlich ist das Ausmaß der (De-)Kommodifizierung in Großbritannien und Deutschland nicht identisch, dennoch scheinen es unterschiedlich starke Ausprägungen entlang eines Kontinuums zwischen Kommodifizierung und Dekommodifizierung zu sein. Diese Abstraktion hätte das Konzept unmittelbar anschlussfähiger für empirische Analysen gemacht.

Letztlich bleibt unklar, auf welcher analytischen Ebene das Konzept der Kommodifizierungslücke ansetzt. Beschreibt das Zusammenspiel verschiedener gesetzlicher Regelungen eine Kommodifizierungslücke auf staatlicher Ebene? Gibt es also für Großbritannien, Deutschland und Russland jeweils eine Lücke, die sich im Laufe der Zeit schließt oder öffnet? Oder handelt es sich tatsächlich um zwölf einzelne Lücken? Berücksichtigt man darüber hinaus, dass Wohnungspolitik in Deutschland auch auf Ebene der Länder und Kommunen gestaltet wird, so müsste auch deren Einfluss auf die (De-)Kommodifizierung von Wohnraum berücksichtigt werden. Das wohl eindrucksvollste Beispiel eines solchen Vorgangs ist der Berliner Volksentscheid über die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen. Nach Bernts Lesart würde dieser eine Dekommodifizierung eines bestimmten Wohnungsmarktsegments nach sich ziehen. Man könnte nun kritisieren, dass das Konzept noch recht vage bleibt. Man könnte aber auch sagen, dass der Autor seinen Rezipient\*innen eine theoretisch-konzeptionelle „Lücke“ lässt, die durch zukünftige empirische Untersuchungen gefüllt werden kann. Zentral für die weitere Anwendung des Konzepts ist, dass Kommodifizierung eine lokale Kontextbedingung ist, innerhalb derer sich die Rent Gap konstituiert und Gentrifizierung möglich wird.

In der Gesamtschau erweist sich Bernts Studie als ein bedeutsamer Beitrag für das Feld der international vergleichenden Gentrifizierungs- und Wohnungsforschung. Seine Empirie bietet hingegen gerade für die deutsche Gentrifizierungsforschung nur wenig Neues. Die Fallstudie Prenzlauer Berg ist hinreichend bekannt (u. a. durch Bernts vorherige Arbeiten) und auch die für Deutschland beschriebenen Kommodifizierungslücken wurden bereits in verschiedenen früheren Veröffentlichungen aufgegriffen (Blasius/Dangschat 1990). Positiv hervorzuheben ist die umfassende Aufarbeitung der Rent-Gap-Theorie und deren Einbettung in die Heuristik der Kommodifizierungslücke. Lesenswert ist auch die russische Fallstudie, die eine wertvolle Perspektive auf die

## Eine Lücke in der Theorie? Die politische Erklärung für Gentrifizierung

Dynamiken städtischen Wandels jenseits angloamerikanischer und westeuropäischer Wohnungsmarktsysteme bietet und zu einer kritischen Reflexion vermeintlicher Normalitäten des Wohnens in Deutschland anregt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Buch eine wertvolle Ergänzung zur bestehenden Literatur darstellt. Es fordert Leser\*innen auf, die Komplexität und Vielschichtigkeit von Gentrifizierungsprozessen aus der Perspektive der Public Policy zu denken und komplementäre Erklärungen zu angebots- und nachfrageseitigen Theorien zu entwickeln. Bernts Beitrag zum internationalen Diskurs ist unbestreitbar und verdient höchste Anerkennung.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### Endnoten

- [1] Der Dokumentarfilm *Perestroika – Umbau einer Wohnung* (2008) von Christiane Büchner beschreibt diesen Prozess besonders eindrucksvoll und ist eine hervorragende Ergänzung zu dem Kapitel des Buches über St. Petersburg.

### Autor\_innen

**Jan Üblacker** ist Soziologe und forscht zu Gentrification, Wohnen und Digitalisierung. janueblacker@gmail.com

### Literatur

- Bernt, Matthias (2020): B.9 Gentrifizierung zwischen Universalismus und Partikularismus. In: Ingrid Breckner / Albrecht Göschel / Ulf Matthiesen (Hg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 403-414.
- Bernt, Matthias (2022): *The commodification gap. Gentrification and public policy in London, Berlin and St. Petersburg*. Hoboken: Wiley.
- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2002): Gentrification in Ostdeutschland: Der Fall Prenzlauer Berg. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 51/2, 125-150.
- Bernt, Matthias / Holm, Andrej (2020): Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen: Plädoyer für eine neue politisch-institutionelle Perspektive auf ostdeutsche Städte. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8/3, 97-114.
- Blasius, Jörg / Dangschat, Jens (1990): *Gentrification: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt/Main/New York: Campus.
- Bridge, Gary / Butler, Tim / Lees, Loretta (2012): *Mixed communities: Gentrification by stealth?* Bristol: Bristol University Press.
- Davidson, Mark (2008): Spoiled mixture: Where does state-led „positive“ gentrification end? In: *Urban Studies* 45/12, 2385-2405.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Hamnett, C. / Randolph, W. (1984): The role of landlord disinvestment in housing market transformation: An analysis of the flat break-up market in central London. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 9/3, 259.

## Jan Üblacker

- Hamnett, Chris (1991): The blind men and the elephant: The explanation of gentrification. In: Transactions of the Institute of British Geographers 16/2, 173.
- Hoekstra, Joris (2003): Housing and the welfare state in the Netherlands: An application of Esping-Andersen's typology. In: Housing, Theory and Society 20/2, 58-71.
- Lees, Loretta / Shin, Hyun Bang / López-Morales, Ernesto (2016): Planetary gentrification. Urban futures. Cambridge/Malden: Polity.
- Molotch, Harvey (1976): The city as a growth machine: Toward a political economy of place. In: American Journal of Sociology 82/2, 309-332.
- Perestroika – Umbau einer Wohnung (2008): Christiane Büchner (Regie, Drehbuch). Deutschland/Russland: Büchner Filmproduktion/Westdeutscher Rundfunk/Mitteldeutscher Rundfunk.
- Smith, Neil (1979): Toward a theory of gentrification. A back to the city movement by capital, not people. In: Journal of the American Planning Association 45/4, 538-548.

## Eine Kritik urbanen Alltags

Rezension zu Julia von Mende (2022): *Zwischen Küche und Stadt. Zur Verräumlichung gegenwärtiger Essenspraktiken*. Bielefeld: transcript.

Christine Neubert

Essen ist eine *essenzielle* Alltagspraktik. Julia von Mende belegt mit ihrer Studie, dass sich der Fokus auf diese Praktik für eine profunde Kritik urbanen Alltags eignet. *Zwischen Küche und Stadt* ist ein umfangreiches, dichtes Buch, dessen Leistung es nicht zuletzt ist, zwischen den Disziplinen Architektur und Architekturtheorie, Soziologie und Philosophie zu vermitteln und einen Begriffstransfer (siehe Praktiken und Verräumlichung) zu plausibilisieren und umzusetzen. Es liefert darüber hinaus zeitgeschichtliche und sozialökonomische Einordnungen von Essen als Tätigkeit und hinterlässt bei dem oder der Lesenden den Eindruck, hier umfassend über Essen in seinen räumlichen Bezügen und Verortungen „zwischen Haushalt und Stadt“ (S. 302) informiert zu werden.

Der disziplinübergreifende Mehrwert der qualitativen Studie zeigt sich, wie ich im Folgenden näher ausführen werde, insbesondere in Hinsicht auf: (1) den Fokus auf Alltag und Praktiken innerhalb der Architektur- und Stadtforschung, (2) die methodische Umsetzung mithilfe von Interviews und Architekturzeichnungen als Transferleistung sowie (3) die Herausstellung des zeitdiagnostischen Potenzials einer alltäglichen Praktik in Prozessen ihrer *Verräumlichung*. Mit dem begrifflichen

Abb. 1 Zwischen Küche und Stadt. Zur Verräumlichung gegenwärtiger Essenspraktiken. (Quelle: transcript)



Werkzeug der Verräumlichung (S. 55 f.) wird die Prozesshaftigkeit von Raum betont und zugleich dessen politisierende Dimension in den alltäglichen Verrichtungen hervorgehoben.

Im Aufbau folgt die Arbeit der Logik einer empirischen Studie. Nach einer Einführung in Begriffe und Konzepte folgen Sachinformationen als Kontextualisierung zu Essen als Praxis, dann wird das methodische Vorgehen erläutert und begründet, bevor sich der umfassende Ergebnisteil anschließt, der die Interpretation von Interviewdaten und die angefertigten Zeichnungen zueinander in Beziehung setzt. Die Darstellung der Ergebnisse (Kap. 4-6) widmet sich zunächst der empirischen Vielfalt anhand von Interviewausschnitten, um anschließend unter einem gemeinsamen theoretisierenden Begriff („Rahmen“, S. 163, „Neuzuordnungen und Entgrenzung“, S. 222, „Beschleunigung“, S. 312) einzelne Aspekte hervorzuheben und zu vertiefen. Dies wird zusätzlich mit historischen Exkursen angereichert. Leider geht sowohl durch diese Reichhaltigkeit an Inhaltlichem als auch durch wechselnde Systematisierungsansätze bei der Auswertung (zum Ende in Kap. 7.3 wird die zuvor argumentierte Systematisierung teils noch einmal quergelegt, teils wiederholt) die Stringenz in der Ergebnisdarstellung etwas verloren.

### **1. Fokus Alltag**

Die Studie vermag es, Alltag als erwiesenes Paradigma kritischer Stadtforschung (Lefèbvre 1987 [1947]; de Certeau 1988) zu revitalisieren. Mithilfe praxistheoretischer Ansätze (u. a. nach Theodore Schatzki, Andreas Reckwitz und Hilmar Schäfer) verfolgt die Autorin das Ziel, „Alltagshandlungen wie das Essen in seiner besonders engen Verwobenheit mit anderen Lebensbereichen und seine[n] materialen Aspekten zu ordnen und zu verstehen“ (S. 50). Damit steht auch die empirische Architekturforschung vor der Herausforderung, „die in den Interviews ausführlich geschilderten Tätigkeiten vom Anschein jener ‚Unwichtigkeit‘ dort zu befreien, wo sie Informationen für Nutzung und Bedeutung der dinglich-materiellen Welt enthielten“ (S. 133). Mit einem nahezu mikrologischen Interesse werden sowohl die Aussagen der Interviewten als auch die zeichnerischen Darstellungen der Haushalte (der Nagellack auf der Mikrowelle, S. 176) auf solche Spuren untersucht. Dadurch wird nicht nur anschaulich, wie Lebensbereiche durch alltägliche Praktiken miteinander verkettet sind, sondern auch, wie sie sich „zwischen Küche und Stadt“ verorten, indem sie sich mittels

einzelner Artefakte und Architekturen materialisieren. Anhand der dargestellten Daten aus zehn „Berliner Küchen“ wird aber nicht nur die Materialisierung von Essenspraktiken nachvollziehbar, sondern auch ihre provisorische bis dauerhafte Verräumlichung. In soziologischer Hinsicht wird somit die Konstruktion von Räumen (in einem Verständnis von sozialem, relationalem Raum, s. Löw 2001) an die zeitabhängige Aufführung von Praktiken (ihre Körper und Verkörperungen, ihre Dinge und Orientierungen) gekoppelt. Dies scheint in theoretischer Hinsicht ein zentrales Ergebnis der Studie zu sein. Anschaulich wird das etwa an der wochentagsabhängigen Nutzung von Wohnräumen beziehungsweise der Küche (S. 289): Während zwar auch unter der Woche in der Küche Essen zubereitet wird, dominieren aufgrund unzureichender zeitlicher Ressourcen *Räume des Arbeitens* das Essen. Am Wochenende hingegen kann sich *mit mehr Zeit* in demselben „material setting“ (Schatzki 2001: 61) Essen als vergemeinschaftende und soziale Tätigkeit (vgl. Barlösius 2008) räumlich entfalten. Das enge Verhältnis und die Abhängigkeit von Verortung und Zeit *für* die Möglichkeit des Vollzugs von Praktiken und der Entfaltung *ihrer* Räume („Räume sind unmittelbarer Bestandteil sozialer Praktiken“, S. 55) wird somit immer wieder vor Augen geführt. Durch diesen Zugang zum Forschen über Essen wird schließlich nicht nur die vergleichsweise einfache Formel der wechselseitigen Bedingtheit und Nicht-Determiniertheit von Gebautem und Sozialem verfolgt, sondern diese immer wieder in den Kontext von Alltag, daran gebundene, wechselnde Zeitregime sowie sich wandelnde Lebensformen gesetzt und am empirischen Beispiel verdeutlicht. Auf der Hand liegt, dass dieses Zeitregime einer primär arbeitenden Gesellschaft ebenso Konsequenzen für den urbanen öffentlichen Raum hat. Fehlende Kochzeit bedingt, dass die „Wohnung [...] kurzerhand erweitert“ wird (S. 211), um draußen im städtischen Raum etwas zu essen oder „etwas Warmes in die Küche zu holen“ (ebd.).

## 2. Methodischer Transfer

Als qualitative Studie im Stil der Grounded Theory verpflichtet sich die Arbeit zu einer offenen Herangehensweise an die Forschungsfrage nach Verräumlichungsprozessen von Essenspraktiken. Die unweigerliche Schlacht mit dem Datenmaterial ist im Buch immer wieder spürbar, aber größtenteils auf die wohlthuende Art, Komplexität zeigen zu wollen. Die architektonischen Zeichnungen, die ästhetisch und in

ihrem Detaillierungsgrad überzeugen, brechen die Vielschichtigkeit der sprachlichen Daten aus den Interviews immer wieder auf und können so vor allem in zwei Hinsichten übersetzen und vermitteln: zum einen zwischen den unterschiedlichen Disziplinen, die sowohl die Autorin als auch die Leserschaft des Buches in sich vereinen, zum anderen zwischen Theoretisierung und gebauter Wirklichkeit strukturell ähnlicher Essenspraktiken in Privat- und Bürohaushalt (S. 281). Diese Transferleistungen der Zeichnungen sind mit Recht nicht zu unterschätzen, worauf die Autorin selbst hinweist: „Nicht zuletzt macht die Zeichnung die Äußerung zum Raum in den Interviews zugänglich.“ (S. 113) Damit wird auch anschaulich, dass die architektonische Repräsentation von Raum sowohl ihre Tücken (Unbeweglichkeit, Standardisierung) als auch Vorteile wie Vergleichbarkeit und eine eigene Beschreibungsqualität in Ergänzung zu sprachlichen Daten im Kontext qualitativer Erhebungen hat. Etwa können die verschiedenen Schnitte und Ansichten durch die mobile und tragbare Küche im Fall des „Grillmanns“ (S. 345) ungleich detaillierter das materiell-räumliche Setting dieser Küche vorführen. Während ein Protokoll teilnehmender Beobachtung möglicherweise die Last der tragbaren Essenszubereitung und die Situierung des Grillmanns im Stadtraum sprachlich vertiefen sowie körper-leiblich vermitteln könnte, zielt die Zeichnung auf die Genauigkeit der gebauten Konstruktion, die sich mit weiteren Artefakten und Orten sichtlich zu einer dann doch komplexen Gastronomie im öffentlichen Raum aufspannt. Plötzlich ist der einzelne Grillstand-am-Menschen notwendigerweise abhängig von städtischer Infrastruktur und weitaus weniger mobil als suggeriert.

### **3. Die Essensräume der Gesellschaft**

Im Verlauf des Buches wird immer wieder deutlich, dass der Begriff der Verräumlichung Materialisierungsprozesse von Essen mit Herausforderungen unserer „beschleunigten“ Gesellschaft und Problemen gebauter privater wie öffentlicher Räume vermittelt. Als wesentliches Ergebnis der Studie verstehe ich, dass den soziomateriellen und verkörperten Praktiken (Gherardi 2017) des urbanen Essensalltags eine räumliche Perspektive gegeben wird, die hier als in den Fängen (oder „im Hamsterrad“, S. 300) gesellschaftlicher Zeitverhältnisse betont wird. Von Mende streicht heraus, dass „[d]ie Verräumlichung der Essenspraktik [...] als pars pro toto für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen“ sei (S. 388). Wenngleich damit Hartmut

Rosas Beschleunigungsparadigma moderner Gesellschaften (2005) etwas zu sehr als alleinige Letzterklärung für die empirischen Beobachtungen herangezogen wird, diese gar als „Beitrag zum empirischen Nachweis der Thesen Rosas“ (S. 389) verstanden werden, bleibt der konzeptuelle Entwurf, im Alltag und in dessen materiellen Settings sowie in seinen Verwischungen und Adaptionen kritische Stadtforschung zu betreiben, inspirierend. Im Detail erinnern einzelne Beschreibungen etwa der Einrichtungen von Pausenräumen und Büroküchen an Robert Schmidts (2012) Schilderungen der Arbeitspraktiken in der Softwareentwicklung. Wie bei Schmidt wird im Interieur die symbolische Bedeutung und zugleich die auffordernde, materielle beziehungsweise performative Wirkung hervorgehoben: „Die Barhocker in den Büroküchen [...] erscheinen in diesem Zusammenhang als Schleudersitze des beschleunigten Berufsalltags. Sie stehen für das beschleunigte Essen am raumverdichtenden Tresen und für den unverbindlichen Verweil, stets in Bereitschaft aufzuspringen.“ (S. 330) Diese nahegelegte Disziplinierung von Esspausen bei der Arbeit kommt im Ergebniskapitel (Kap. 6), das sich mit *Zeitregimen* und deshalb im Engeren mit Strukturen gegenwärtiger Erwerbsarbeit auseinandersetzt, immer häufiger vor.

Insgesamt festigt sich der Eindruck, dass Arbeitsverhältnisse unsere Essenspraktiken steuern – und dies in privaten wie öffentlichen Räumen. Das „Essen unterwegs“, das die Autorin unter dem Stichwort „transitorische Praktiken“ (S. 328) beschreibt, gibt es zwar schon lange, aber das heißt nicht, dass es sich nicht lohnt, architektur- und stadtsoziologisch heute darüber nachzudenken, wie Essen als essenzielle Alltagspraktik bei der Gestaltung gebauter Umgebungen neu und besser *verortet* werden kann. Welche Bedeutung kann Alltag für Stadtentwicklung und Stadtgestaltung heute haben? Eine wichtige Rolle zur Aufwertung alltäglicher Praktiken spielen unter anderem zentrumsnahe, nicht kommerzielle Plätze sowie Aufenthalts- und Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum. Ein Beispiel sind die jüngst umgebauten Potsdamer Platz Arcaden in Berlin, die nun unter dem Namen „The Playce“ dazu einladen wollen, zu verweilen und den überdachten Transitraum zu einem Ort zu machen. Nicht kommerzielle Sitzstufen sollen von den Menschen nach Belieben, auch zum Essen, genutzt werden (Hübener 2023). Man wird sehen, ob diese Öffnung für die letztlich kapitalinteressierten Betreiber\*innen aufgeht. Eine kurze Recherche beim Deutschen Architektenblatt (DAB) ergibt, dass innerhalb der letzten drei Jahre kein Heft zum Thema „Essen“ erschienen

ist, jedoch mehrere zu alltagsnahen, verwandten Themen wie „Arbeiten“ und „Wohnen“. [1] Heftthemen spiegeln Entwicklungen innerhalb von Architektur und Städtebau wider, woraus sich schließen lassen könnte, dass Essen zuletzt nicht im Zentrum stand. Julia von Mendes Studie legt nahe (S. 391), dass sich dies im Dienst einer nachhaltigen und resilienten Quartiers- und Stadtentwicklung jedoch lohnen könnte.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

## Endnoten

[1] Vergleiche hierzu <https://www.dabonline.de/schwerpunkte> (6.12.2023).

## Autor\_innen

**Christine Neubert** ist Soziologin und forscht zu Phänomenen des Alltags, zur Architektur und Baustellen sowie zu Methoden einer Multispezies-sensiblen Sozialwissenschaft.  
christine.neubert@uni-hamburg.de

## Literatur

- Barlösius, Eva (2008): Gesellschaft zu Tisch. In: Uwe Schimank / Nadine Schöneck (Hg.), Gesellschaft begreifen. Frankfurt am Main: Campus, 49-57.
- Certeau, Michel de (1988): Kunst des Handelns. Berlin: Merve.
- Gherardi, Silvia (2017): Sociomateriality in posthuman practice theory. In: Allison Hui / Theodore Schatzki / Elizabeth Shove (Hg.), The nexus of practices. Connections, constellations, practitioners. New York: Routledge, 38-51.
- Hübener, Simone (2023): Nutzungs-Vielfalt statt Shopping-Einerlei. In: DAB – Deutsches Architektenblatt 11, 30-34.
- Lefèbvre, Henri (1987 [1947]): Kritik des Alltagslebens. Grundrisse einer Soziologie der Alltäglichkeit. Frankfurt am Main: Fischer.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mende, Julia von (2022): Zwischen Küche und Stadt. Zur Verräumlichung gegenwärtiger Essenspraktiken. Bielefeld: transcript.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schatzki, Theodore (2001): Practice mind-ed orders. In: Theodore Schatzki / Karin Knorr Cetina / Eike von Savigny (Hg.), The practice turn in contemporary theory. London/New York: Routledge, 42-73.
- Schmidt, Robert (2012): Soziologie der Praktiken. Berlin: Suhrkamp.

## Ein Streifzug durch die gemeine stadt

Rezension zur digitalen Publikations- und  
Veranstaltungsreihe von Sabrina Dittus / Stephan  
Lanz / Kathrin Wildner (2021): *gemeine stadt: berlin  
gemeinsam gestalten*. [www.gemeinestadt.net](http://www.gemeinestadt.net).

Johanna Richter

„Ist mit dem realen Kommunismus alles, was gemein ist, verloren-  
gegangen? Auf dieses ‚gemein‘ muss man zurückkommen: ‚gemein‘  
in dem Sinne, was uns allen gleich ist, was wir alle teilen, was banal  
ist. Aber auch, was uns gemeinsam ist, was wir zusammen haben.  
Und was heißt eigentlich heute gemeinsam sein?“

(Jean-Luc Nancy im Gespräch mit Sabrina Dittus,  
*Gemein|sam Sein* 2021).

Diese Überlegungen, die Jean-Luc Nancy im Interview mit Sabrina Dittus  
im Jahr 2007 schildert, bilden den Ausgangspunkt für die Publikations-  
sowie Veranstaltungsreihe *gemeine stadt: berlin gemeinsam gestalten*,  
welche von Sabrina Dittus, Stephan Lanz und Kathrin Wildner im  
Auftrag der Berliner Landeszentrale für politische Bildung entwickelt  
wurde. Nancy beschäftigte sich in seinem Werk unter anderem mit  
der zunächst „banal“ anmutenden Frage: Was heißt heute zusammen  
sein? Was wird geteilt? Was haben wir *gemein*? Jahre später, 2021,  
inmitten der Coronapandemie, nimmt die *gemeine stadt* Form an, um  
sich dem *Banalen*, dem *Gemeinen*, dem *Gemeinsam-Sein* zu widmen.  
Zentrale Frage der Publikations- und Veranstaltungsreihe ist, wie Stadt  
und ihre öffentlichen Güter *gemeinsam* im Kontext von zunehmenden  
Verteilungskämpfen um Daseinsvorsorge – wie Wohnraum, Mobilität,  
Gesundheit und der Notwendigkeit einer klimagerechten Transformation  
von Gesellschaft – gestaltet werden können.

Unter [www.gemeinestadt.net](http://www.gemeinestadt.net) findet sich die stetig wachsende digitale Publikation. Der Websiteaufbau erinnert an ein Glossar, eine Sammlung oder eine Art Archiv, das versucht, die zeitgenössische Auseinandersetzung mit stadtpolitischen Entwicklungen festzuhalten beziehungsweise diese zu sammeln. Auf der Startseite schweift der Blick als Erstes zum *Intro*. Hier befindet sich der Interviewfilm mit Jean-Luc Nancy sowie der Trailer „Gemein“ (2021) von Christian Hanussek und Kathrin Wildner, in dem sie sich dem Begriff *gemein* assoziativ und etymologisch annähern. Beim weiteren Scrollen auf der Webseite werden die aktuell acht Kapitel ersichtlich. Diese widmen sich den Schlagwörtern *straße*, *versammlung*, *eigentum*, *umweltgerechtigkeit*, *kollektive*, *daseinsfürsorge*, „*home*“ / *zuhaus*e und *unruhe/n*. Die Art und Weise, wie Kapitel aufeinanderfolgen, lässt auf den ersten Blick keinen roten Faden erkennen. Ob sie der Reihe nach oder je nach Interesse an den Schlagwörtern besucht werden, ist frei wählbar. Jedes Kapitel ist von einer analogen Veranstaltung begleitet, deren Inhalte in die digitale Publikation einfließen. Bei genauerem Hinschauen eröffnet sich langsam, dass die einzelnen Kapitel Schlagwörtern gewidmet sind, die besonders charakteristisch für die Stadt Berlin sind. Die Beiträge definieren in gelungener Weise Stück für Stück die *gemeine stadt* Berlin, stellen schlussendlich sehr spezifische sowie kontextbezogene Beispiele vor und ermöglichen dadurch Einblicke in Berliner Nischen. So spiegeln sie die Diversität und zugleich die Fragmentierung einer Großstadt wider. In wenigen Beiträgen wird der Blick auf andere Städte, wie beispielsweise Hamburg, geworfen. Die Vielfältigkeit und Fragmentierung, die so charakteristisch für die Großstadt Berlin sind, werden durch die Bandbreite an künstlerischen, aktivistischen, journalistischen und wissenschaftlichen Formaten unterstrichen. Es gibt Textbeiträge, Interviews, Video- und Dokumentararbeiten, Audiobeiträge in künstlerischer sowie journalistischer Form, Fotografien sowie visuelle Dokumentationen, zum Beispiel grafische Kommentare zu den Veranstaltungen. Die digitale Publikations- und Veranstaltungsreihe *gemeine stadt* formiert sich gegen eine individualisierte Gesellschaft und führt durch die Fülle an Beiträgen in gelungener Weise kritische, utopische, inspirierende und ermutigende Ansichten zusammen. Eines wird auf der Website deutlich: Die *gemeine stadt* ist als Kollektivaufgabe zu verstehen.

Zugänglich und alltagsnah widmet sich beispielsweise das erste Kapitel dem Schlagwort *straße*. Eine Infrastruktur, die für jede\_n

unterschiedliche Assoziationen hervorruft und mit der doch jede\_r etwas *gemein* hat. Die Straße als Ort der Begegnung und des Zusammentreffens der Stadtgesellschaft erscheint als idealer Ausgangspunkt, um sich dem Gemeinen zu widmen. Oliver Pohlisch (2022), Kulturwissenschaftler und Journalist, geht in seinem Beitrag „Landepiste für den utopischen Überschuss“ der Frage nach, welche Potenziale die Straße für eine als „gemein“ verstandene Stadt birgt. Pohlisch (ebd.) hält fest: „Die Straße ist seit Jahrhunderten nie nur eine Verbindung von A nach B, sondern auch wichtiger Ort kollektiver Willensbildung jenseits staatlicher Institutionen“. Die Straße ist „nicht nur ein zentrales kommunales Gut, sondern auch das gebräuchlichste Terrain des stadtgesellschaftlichen Miteinanderseins“ (ebd.). In dem Beitrag „Straße als Affektraum – Einführung zur Übung zum Gehen“ von Kathrin Wildner (2022) geht es um verschiedene Formen der Raumerkundungen und Methoden im Verlauf der Zeit. Vom *dérive* (Debord 2013), dem Umherschweifen der Situationist:innen, zum Flanieren und der Figur des Flâneur (Benjamin 2023 [1935]) bis hin zu den Flâneusen\*, die die Stadt heute neu schreiben (Sauer et al. 2019). Die Straße rückt in den anderen Beiträgen als Infrastruktur in den Fokus – sei es als Raum für Proteste oder im Zuge der sozial-ökologischen Transformationen und der damit verbundenen, notwendigen Mobilitätswende. Neben dem utopischen Überschuss auf der Straße gibt es aber auch einen dystopischen Überschuss, dem sich das Kapitel zuwendet. Denn mit einem Miteinander gehen stets auch Konflikte einher. Dies leuchtet besonders der Beitrag „18 Buchstaben, ein Tuch und tausend falsch gedeutete Zeichen“ (2022) von Nadire Biskin, Autorin, deutlich und schmerzhaft aus. Sie zeigt, dass auch der Zugang und die Nutzungsmöglichkeit einer auf den ersten Blick „banal“ wirkenden Infrastruktur zutiefst von Herkunft, Klasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder Gesundheit abhängig ist.

Sich der *gemeinen Stadt* Berlin zu widmen, kann schlussendlich nicht an dem Schlagwort *eigentlich* vorbeiziehen: Obwohl dieser Begriff auf den ersten Blick vielleicht für viele Menschen nichts Alltägliches in einer Stadtgesellschaft darstellt, steht er doch in direkter Verbindung zum Wohnen, welches gerade in Großstädten umkämpft ist. Steigende Mieten, Verdrängung, Gentrifizierung und Wohnungsmangel sind Debatten, die (Groß-)Städte seit mehreren Jahren wieder intensiviert begleiten. Die Beiträge der *gemeinen Stadt* decken dabei eine zeitliche Entwicklung ab und zeigen auf, wie sich Eigentumsverhältnisse in Berlin über die

Jahre gewandelt haben und sich in Zukunft weiterentwickeln könnten. In dem Beitrag „Die urbane Allmende – für ein neues Gemeineigentum“ hält Ralf Hoffrogge (2022) fest, dass die Stadt Berlin im Jahr 1990 über etwa 600.000 Wohnungen verfügte. Diese wurden jedoch nach und nach privatisiert. Nicht nur jüngst, sondern bereits seit Mitte der 2000er-Jahre zeichneten sich zugleich Mietsteigerungen und ein zunehmender Wohnungsbedarf ab (ebd.). Stadtpolitische Formen des Widerstands, wie der Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen im Jahr 2021, sind Reaktionen auf diese zugespitzte Situation. In dem sehr anschaulichen und informativen Audiobeitrag „Das Ringen um die Gemeine Stadt“ von Jannis Hartmann (2022) wird über das ursprünglich wertvolle „Erbe“ an kommunalem Wohnraum, wie es die Britzer Hufeisensiedlung in Berlin darstellt, berichtet sowie über deren zunehmende Privatisierung und die damit einhergehenden Folgen. Zugleich werden in dem Beitrag Formen von kollektivem Widerstand thematisiert, es wird überlegt, wie Stadt und Wohnraum jenseits von Kapitalismus und Eigentum möglich wären, und schließlich anhand des Beispiels eines genossenschaftlich organisierten Wohnprojekts in Schöneberg greifbar gemacht. Im kurzen Einführungstext zum Kapitel *eigentum* auf der Website *gemeine stadt* wird die Frage in den Raum gestellt, was sich verändern könnte, „wenn im Alltag unverzichtbare Infrastrukturen wie die Wohnraumversorgung[,] aber auch das Gesundheitswesen als öffentliche oder gemeine Güter verstanden und vergesellschaftet werden“ (Dittus/Lanz/Wildner 2021). Eine abschließende und allumfassende Antwort auf diese Frage geben die Beiträge nicht, sie zeigen vielmehr eine Vielzahl von kritischen Überlegungen auf, die jeweils mit Vorschlägen und Beispielen bestückt sind, wie eine *gemeine Stadt* aussehen könnte.

Wie sieht das Leben in einer gemeinen Stadt laut dieser Website also aus? Ein weiteres Kapitel widmet sich dem Schlagwort *kollektive*. Kollektiv, vom Lateinischen *collectivus*, steht für „gemeinschaftlich“ (DWDS 2024). Gemeinschaftliches Leben, Arbeiten, Sorgen oder Wirtschaften sind in unserer heutigen Gesellschaft eine Seltenheit und wenn, dann häufig nur im Konstrukt der Kernfamilie anzutreffen. Im Videobeitrag „Intersektionale Kollektivität“ von Denise Garcia Bergt (2022), Filmemacherin, Autorin und Mitglied vom International Women\*Space, werden von Frauen getragene Kollektive im Berliner Stadtteil Kreuzberg vorgestellt, die zeigen, dass ein *Gemeinsam-Sein* möglich ist. Den zunehmenden sozialen Ungleichheiten und rassistischen wie sexistischen

Ausgrenzungen setzen sie unterschiedliche Formen einer intersektionalen politischen Praxis entgegen. Der Videobeitrag schafft es überzeugend und mitreißend, die unterschiedlichen Kollektive mit ihren Ursprüngen, Kämpfen und Errungenschaften dem Publikum vorzustellen, und tut dies mittels einer empowernden und ermutigenden Kraft. Im Kapitel *kollektivität* werden außerdem kollektive Praxen, wie beispielsweise das gemeinsame Zeichnen, thematisiert sowie Räume des Kollektiven, wie die Tanzwirtschaft :about//blank, vorgestellt. Gemeinschaftlich als Kollektiv wird Wissen zusammengetragen und es werden Ideen sowie Möglichkeiten entwickelt. Die Beispiele zeigen, dass innerhalb einer gesellschaftlichen Struktur neue Formen des *Gemeinsam-Seins* geschaffen werden können.

Aber auch das *Gemeinsam-Sein* wirft die Frage auf: Wer putzt die Stadt beziehungsweise wer sorgt sich schlussendlich um die Stadt? Im Kapitel *daseinsfürsorge* wird im Einleitungstext das klassische Verständnis dieses Begriffs auf „Aspekte sozialer Fürsorge und eines Sich-Kümmerns um Andere; auf ein intersektionales Konzept der Gerechtigkeit [...]; auf die Verantwortungsübernahme für postkoloniale globale Verhältnisse“ (Dittus/Lanz/Wildner 2021) ausgeweitet. Mit Sorgearbeit und Gesundheitsvorsorge lässt sich aber schlecht Profit machen. Von einer Daseinsfürsorge sind wir in der Realität noch weit entfernt. Im Beitrag „Sorgende Stadt: Ansätze der Daseinsfürsorge“ stellt Hanna Völkle (2022), inspiriert durch feministisch-ökologische Perspektiven, Ansätze vor, die die Sorge in den Fokus des Wirtschaftens rücken. Dabei bezieht sie sich auf drei leitende Prinzipien des Netzwerks „Vorsorgendes Wirtschaften“ aus den 1990er-Jahren: Vorsorge (statt Nachsorge), Kooperation (statt Konkurrenz) und Orientierung an dem zum Leben Notwendigen (statt Wachstumsparadigma)(vgl. ebd.). Daseinsfürsorge bedarf vor allem Zeit und Raum zum Zusammensein und Zusammendenken (vgl. ebd.). Im Videointerview „Machen, mitmachen und gemeinsam werden“ (2022) von Stephan Lanz und Kathrin Wildner teilt Petra Barz, Bildungsreferentin, Projektentwicklerin und Mitbegründerin des gemeinnützigen Bildungsvereins dock europe e. V. in Hamburg, ihre Gedanken, wie sie sich eine *gemeine Stadt* für alle vorstellt. Diese besteht für Barz aus kleinen Stadtteilprojekten und Orten, die von den Bewohner\_innen der Stadt selbst mitgestaltet werden und die sich wie solidarische Inseln über die gesamte Stadtfläche verteilen. Für Barz ist die *gemeine Stadt* eine bestärkende und sorgende Stadt,

in der man sich Zeit nimmt und nehmen kann, um unterschiedliche Perspektiven zu verstehen (vgl. ebd.).

Es konnten in diesem Überblick nicht ansatzweise alle Beiträge aufgeführt werden. Denn um die *gemeine stadt* zu erkunden, braucht es Zeit. Wer sich die Zeit nimmt, stößt nicht nur auf unterschiedliche Formate, sondern auch auf unterschiedliche Perspektiven, die von Wissenschaft über Zivilgesellschaft und Journalismus bis hin zur öffentlichen Verwaltung reichen. Wer sich für stadtpolitische Themen interessiert, die in verschiedenen Formaten kritisch aufbereitet sind, ist hier genau richtig. Auf der Projektseite sind Beiträge versammelt, die sich mit alltäglicher Realität, utopischem Überschuss sowie subjektiven Einblicken, die einen Perspektivwechsel eröffnen, befassen. Die *gemeine stadt* widmet sich umkämpften Themen, was vor allem anhand der Kapitel *eigentum*, *umweltgerechtigkeit* oder *daseinsfürsorge* deutlich wird, die auch in anderen (Groß-)Städten wie beispielsweise Hamburg präsent und dringlich sind. Die digitale Publikation und die dazugehörigen Veranstaltungen reißen sich in aktuelle Diskussionen um Koproduktion von Stadt, Gemeinwohl, *commoning*, Recht auf Stadt sowie Klimagerechtigkeit ein. Das *Gemeinsam-Sein* wird aber auch als Slogan genutzt und vereinnahmt. Im Beitrag „Wenn Fürsorge Wert schafft und Grün das neue Gold ist“ zeigt Sonja Hornung (2022), wie die Werbekampagne der österreichischen Immobilienfirma Signa mit dem Titel „Nicht Ohne Euch!“ versucht, die Nachbarschaft einzunehmen. Dafür wird ein Container mit dem Titel „*HRMNNBOX*“, als „erster Ort des Austausches auf dem ehemaligen Karstadt-Parkplatz“ gebrandet (ebd.). In aktuellen Debatten wird die Kehrseite von Koproduktion ebenfalls thematisiert, die entsteht, wenn Aufgaben und Zuständigkeiten, die ursprünglich von der öffentlichen Hand – wie Daseinsvorsorge oder Wohnraum – gesichert wurden, immer mehr auf die Zivilgesellschaft verlagert werden. Geschürt durch die Folgen neoliberaler Stadtpolitik geht die Tendenz weiter vom Wohlfahrtsstaat weg und hin zur kollektiven Aufgabenbewältigung. Die Ankündigung der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023) mit dem Slogan „Berlin nimmt die Umsetzung der Vergesellschaftung selbst in die Hand“ macht dies deutlich. Auf der Website *gemeine stadt* treffen vielseitige Perspektiven, wie beispielsweise aus dem Bereich des intersektionalen Feminismus und der kritischen Theorie, auf stadtpolitisch realen Aktivismus. Für diese Vielfältigkeit ist das gewählte Format von

## Ein Streifzug durch die *gemeine stadt*

digitaler Publikation sowie analoger Veranstaltung ideal und für das *Gemeinsam-Sein* enorm wichtig.

Wie und ob die digitale Publikation in Zukunft wachsen wird, ist noch nicht ersichtlich. Das Format ermöglicht jedoch eine kontinuierliche Auseinandersetzung und lässt auf eine Fortführung hoffen. Ob die Seite sich zukünftig „umkämpfen“ und zugleich „banalen“ Themen wie Arbeit, Daten, Medien, Kommunikation, Klatsch, Liebe, Ritualen oder Partys widmen wird, bleibt abzuwarten. Offen bleibt auch, wen das Wissen, die Kunst, die Gedanken, die sich in den Beiträgen sammeln, erreicht und was damit zukünftig getan wird. So stellt sich doch zuletzt die wenig banale, sondern sehr drängende Frage, wer die Zielgruppe der *gemeinen stadt* ist und wer beziehungsweise was mit den Inhalten erreicht werden soll. Die *gemeine stadt* spiegelt das Bedürfnis einer Gesellschaft wider, die sich in einer Zeit zunehmender Diskontinuitäten und Unsicherheiten befindet und ungebrochen auf der Suche nach Gemeinschaft ist. Nancy (*Gemein|sam Sein* 2021) beschreibt sie als eine Zeit, in der die Vorstellungen, die „Weltbilder“ und die „Gestalten“ verschwinden. Die Themenschwerpunkte der *gemeinen stadt* widmen sich dem Alltäglichen, dem, was wir alle *gemein* haben. Denn genau diese Themen beinhalten auch das Potenzial, gemeinsam in der Gesellschaft etwas zu verändern und neue „Weltbilder“ und „Gestalten“ zu erschaffen. Denn eine Sache, die sich trotz sich wandelnder Zeiten fortsetzt und sich aller Voraussicht nach nie ändern wird, ist das Zusammensein. Ohne ein „Zusammen“ können wir nicht „sein“ – das zeigt auch die Website der *gemeinen stadt* unverbrüchlich.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### Autor\_innen

**Johanna Richter** arbeitet an der Schnittstelle von Stadtsoziologie und Stadtplanung mit Interesse an Beteiligungsprozessen, Ko-Produktion, Community Empowerment und Wissensaustausch im Feld von Stadtentwicklungsprozessen.

### Literatur

- Benjamin, Walter (2023 [1935]): *Das Passagen-Werk*. Gesammelte Schriften, Bd. V-I. Frankfurt am Main: suhrkamp.
- Debord, Guy (2013): *Theorie des Umherschweifens*. In: Stephan Günzel (Hg.), *Texte zur Theorie des Raums*. Stuttgart: reclam, 245-250.
- Sauer, Lea / Göhring, Mia / DüNDAR, Özlem Özgül / Othman, Ronya (Hg.) (2019): *FLEXEN. Flä-neusen\* schreiben Städte*. Berlin: Verbrecher Verlag.

## Webseiten/Textbeiträge

- Biskin, Nadire (2022): 18 Buchstaben, ein Tuch und tausend falsch gedeutete Zeichen. gemeine Stadt, straÙe. <https://gemeinestadt.net/18-buchstaben-ein-tuch-und-tausend-falsch-gedeutete-zeichen/> (letzter Zugriff am 12.10.2023).
- Dittus, Sabrina / Lanz, Stephan / Wildner, Kathrin (2021): gemeine stadt: berlin gemeinsam gestalten. <https://gemeinestadt.net/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- DWDS (2024): Kollektiv. <https://www.dwds.de/wb/kollektiv> (letzter Zugriff am 2.1.2024).
- Hoffrogge, Ralf (2022): Die urbane Allmende – für ein neues Gemeineigentum. gemeine stadt, eigentum. <https://gemeinestadt.net/gemeineigentum-und-die-vergesellschaftete-stadt/> (letzter Zugriff am 2.1.2024).
- Hornung, Sonja (2022): Wenn Fürsorge Wert schafft und Grün das neue Gold ist. gemeine stadt, daseinsfürsorge. <https://gemeinestadt.net/wenn-fuersorge-wert-schafft-und-gruen-das-neue-gold-ist/> (letzter Zugriff am 12.10.2023).
- Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen (2023): Initiative kündigt Gesetzesvolksentscheid an, 29.9.2023. <https://dwenteignen.de/aktuelles/neuigkeiten/initiative-kuendigt-gesetzesvolksentscheid-an> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Pohlisch, Oliver (2022): Landepiste für den utopischen Überschuss. gemeine stadt, straÙe. <https://gemeinestadt.net/landepiste-fuer-den-utopischen-ueberschuss/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Völkle, Hanna (2022): Sorgende Stadt: Ansätze der Daseinsfürsorge. gemeine stadt, daseinsfürsorge. <https://gemeinestadt.net/sorgende-stadt/> (letzter Zugriff am 2.1.2024).
- Wildner, Kathrin (2022): Straße als Affektraum – Einführung zur Übung zum Gehen. gemeine stadt, straÙe. <https://gemeinestadt.net/strasse-als-affektraum-einfuehrung-zur-uebung-zum-gehen/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).

## Audiobeiträge

- Das Ringen um die Gemeine Stadt (2022): Gemeine Stadt. Jannis Hartmann (Autor). <https://soundcloud.com/user-175071087/gemeine-stadt-jannis-hartmann-das-ringen-um-die-gemeine-stadt> (letzter Zugriff am 5.10.2023).

## Videobeiträge

- Gemein|sam Sein (2021): Sabrina Dittus (Regie & Drehbuch). Deutschland: Pepperlint Film. Text | Kritik. <https://gemeinestadt.net/gemeinsam-sein/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Gemein (2021): Christian Hanussek (Regie), Christian Hanussek / Kathrin Wildner (Drehbuch). Deutschland: k. A. <https://gemeinestadt.net/gemein-trailer/> (letzter Zugriff am 12.10.2023).
- Intersektionale Kollektivität (2022): Denise Garcia Bergt (Regie & Drehbuch). Deutschland: k. A. <https://gemeinestadt.net/intersektionale-kollektivitaet/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).
- Machen, mitmachen und gemeinsam werden (2022): Stephan Lanz / Kathrin Wildner (Regie & Drehbuch). Deutschland: metroZones e.V. <https://gemeinestadt.net/machen-mitmachen-und-gemeinsam-werden/> (letzter Zugriff am 5.10.2023).

## Räume für kollektivere und freiere Beziehungsweisen

Rezension zu Kitchen Politics (Hg.) (2023): *Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage.

Eva Kuschinski

Konkrete Entwürfe eines kollektiven und freien Lebens (Raab 2023: 117) stehen im Mittelpunkt des fünften Bands der Reihe Kitchen Politics. Das gleichnamige Herausgeber\*innenkollektiv[1] publiziert hier als Teil der herrschaftskritischen Linken bewusst jenseits der Sachzwänge des akademischen Betriebs (Kitchen Politics 2023a: 5). Seit 2012 ist es das große Verdienst des Kollektivs, auf undogmatische Weise materialistische Feminismen in den Diskurs (zurück-)zubringen. Der hier besprochene aktuelle Band ist geprägt von einem zweifachen Materialismusverständnis: einmal von Materialismus im Anschluss an Marx und einmal vom Bezug auf die Materialität konkreter Entwürfe aus dem feministischen und sozialistischen Städtebau, in Form von Kommune- oder Einküchenhäusern, Kibbuzim oder Wohnprojekten (Kitchen Politics 2023b: 13). Der Band erscheint zudem im Gedenken an Felicita Reuschling, die 2019 verstarb und prägender Teil des Kollektivs war. Ihre kontinuierliche Arbeit zu (Un-)Möglichkeiten der Neuordnung der Küchen wird hier fortgeführt. Ihre wichtigen Impulse für

Abb. 1 Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens. (Quelle: edition assemblage)



materialistisch-feministische Analysen des Wohnens haben auch meine Beschäftigung mit dem Thema stark beeinflusst.

Das Buch gliedert sich nach einer ausführlichen Einleitung in sieben Kapitel. Das Kernstück bildet Alexandra Kollontais „Familie und der kommunistische Staat“ aus dem Jahr 1918. Mit der (Neu-)Übersetzung des Texts ins Deutsche realisieren die Herausgeber\*innen einen Vorschlag Reuschlings. Eine Gruppendiskussion sowie zwei 2010 und 2014 in der Zeitschrift *Phase 2* erschienene Beiträge von Reuschling ordnen Kollontais Beitrag ein. Ein Essay zu Lebensformenpolitiken von Michael Raab führt dessen Diskussionen mit Felicita Reuschling fort. Mit Veronica Dumas Beitrag zur Verbindung feministischer Bewegungen mit dem Roten Wien sowie einem ursprünglich 2017 in dieser Zeitschrift veröffentlichten Kommentar Reuschlings zu Dolores Haydens Entwurf für eine nicht-sexistische Stadt (Reuschling 2017) beschließen stadtpolitische Themen das Buch.

Der Band versammelt damit eine Vielzahl an Anliegen: Zuerst das Gedenken an Felicita Reuschling sowie eine Würdigung und Weiterführung ihrer Arbeit. Dann die kritische Einordnung von Kollontais Aufsatz, der stellvertretend für den realen Möglichkeitsraum und das Scheitern der Oktoberrevolution steht. Darüber hinaus tritt das Buch das Erbe linker, feministischer Entwürfe alternativer Lebensweisen kritisch an und hebt dabei einen reichen Schatz historischer Diskussionen und Praxen und macht sie so für heutige Kämpfe um Wohnraum und die Stadt zugänglich. Im Folgenden stelle ich die Inhalte der einzelnen Kapitel vor und verknüpfe sie anschließend mit einigen Aspekten materialistisch-feministischer Stadtforschung.

Alexandra Kollontai, deren Person und Wirken in mehreren Beiträgen kontextualisiert wird (Kitchen Politics 2023b; Reuschling 2023a [2010], 2023b [2014]; Raab 2023), wendet sich in ihrem Aufsatz an die Bevölkerung und insbesondere die Frauen der jungen Sowjetunion. Sie will der Verunsicherung in der gesellschaftlichen Umbruchsituation nach der Oktoberrevolution entgegenwirken und erläutert, warum das notwendige Absterben der Familie zur Befreiung der Frauen in der neuen kommunistischen Gesellschaft beiträgt (Kollontai 2023 [1918]: 49). Der Familie, die als wirtschaftliche Zwangseinheit im Kapitalismus mit Mehrfachbelastung, Gewalt und Unterdrückung verbunden ist, setzt sie die Zukunftsvision einer freien, gleichberechtigten Liebe zwischen Arbeitenden entgegen. Kollontai legt konkret dar, wie ein Ende des Privathaushalts aussehen

kann – mit der Kollektivierung und Rationalisierung reproduktiver Arbeit, die sie als belastend, unproduktiv und überflüssig bezeichnet (ebd.: 54 ff.). Der neue Arbeiterstaat soll diese Aufgaben – vom Putzen bis zur Kindererziehung – von nun an übernehmen. Frauen sollten so – befreit von ihrer Abhängigkeit vom Mann – ihre gesellschaftliche Rolle als produktive Arbeiterinnen einnehmen (ebd.: 62 f.).

Da Kollontais Entwurf sich tatsächlich an Erfahrungen im real existierenden Sozialismus messen lassen kann (Inopina et al. 2023: 83), entschieden sich die Herausgeber\*innen für eine kritische Einordnung in Form einer Gruppendiskussion mit Feminist\*innen unterschiedlicher (post-) sozialistischer Hintergründe. Zwischen Desillusionierung und Festhalten am utopischen Gehalt von Kollontais Propagandaschrift verbinden die Diskutierenden diese mit eigenen und familiären Erfahrungen, aber auch mit der Vielfalt vergeschlechtlichter Lebensweisen in (post-)sozialistischen Gesellschaften (ebd.: 60 ff.) und befragen den Entwurf nach queeren Befreiungspotenzialen (ebd.: 77 ff.).

Die arbeitswerttheoretischen Konzeptualisierungen, die Kollontai impliziert, stellt Reuschling (2023a [2010]) in den Mittelpunkt ihrer kritischen Auseinandersetzung mit dem Text: Die Abwertung reproduktiver Arbeit sowie das Verkennen ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Notwendigkeit, so das Argument, fallen hinter einen kritischen, relationalen Arbeitsbegriff zurück (ebd.: 96). Dies begünstigt, wie Reuschling zeigt, in der realsozialistischen Geschichte und Praxis nicht nur einen zu kritisierenden arbeitsmoralischen Imperativ (ebd.: 97), sondern spätestens mit dem Stalinismus auch die Reprivatisierung der Familie. In einem weiteren Text kontrastiert Reuschling (2023b [2014]) die sowjetischen Entwürfe zudem mit der sozialistischen Kibbuzbewegung in Israel. Sie fragt nach ökonomischen, pädagogischen und psychologischen Transformationsbedingungen von Familie, die sie kritisch als imaginierten Rückzugsort vor der Gesellschaft konzipiert (ebd.: 105). Im Hinblick auf die gegenwärtige Schwierigkeit, alternative Familienmodelle zu leben, schlägt Reuschling vor, das Scheitern solcher Versuche nicht zu individualisieren, sondern vielmehr nach Annäherungen zwischen verschiedenen Lebensformen zu suchen, die über das Bestehende hinausweisen und damit auch über die Zweckerationalität, die aktuell dominanten Familienformen innewohnt (ebd.: 115).

Michael Raab (2023) knüpft hier an mit seinem Beitrag zu Konsequenzen, die sich aus einer Analyse von Lebensformpolitiken der westdeutschen

Linken seit 1960 ergeben: Kritisch analysiert er das mechanistische Paradigma sexueller Befreiung ebenso wie Fehlschlüsse über die individuelle Umsetzbarkeit von Theorie, die oft zu deren autoritärer Verkehrung und neoliberaler Einhegung führten und so einer Kapitulation vor den Verhältnissen oder einem Rückzug ins Private den Weg ebneten (ebd.: 121 ff.). Dem setzt Raab den Vorschlag einer queeren Überwindung vergeschlechtlichter Arbeitsteilung und Begehrensregime entgegen. Zentral ist seine Erkenntnis, dass gesellschaftliche Veränderung, um überhaupt denkbar zu sein, in Erfahrung gründen muss. Der strategische Zugang zu Ressourcen für die Schaffung von Möglichkeitsräumen ist dabei für die Vermittlung von Theorie und Praxis bedeutend (ebd.: 129 ff.).

Einen solchen Möglichkeitsraum bot von 1919 bis 1934 das kommunale sozialistische Projekt des Roten Wiens, wie Veronica Duma (2023) in ihrem Beitrag veranschaulicht. Die kommunale fiskalische Umverteilung von Ressourcen ermöglichte eine städtische Daseinsfürsorge, deren Gestaltung stark von der Arbeiter\*innen- und Frauenbewegung geprägt war, aufgrund derer sich insbesondere die Wohnungsfrage feministisch angeeignet wurde (ebd.: 144 ff.). Während des Austrofaschismus waren die politischen Netzwerke des Roten Wiens bis zu dessen Zerstörung und der Ermordung seiner Akteur\*innen ein wichtiger Widerstandsort. Vor dem Hintergrund aktueller Austeritätspolitiken und dem Erstarken faschistischer und antifeministischer Kräfte plädiert Duma für die Erinnerung an solche Orte und den Kampf für sie (ebd.: 165 f.).

Im letzten Beitrag des Buchs aktualisiert Reuschling (2023c [2017]) Dolores Haydens (1981) Vorschläge für eine nicht-sexistische Stadt Berlin. Mit Blick auf vergangene Berliner Stadtentwicklungsprozesse und anhand des Konzepts, das die Gruppe „Stadt von Unten“ 2017 für das Dragonerareal in Berlin-Kreuzberg entwarf (Stadt von Unten 2022), erarbeitet Reuschling zentrale Fragen eines aktuellen feministischen Städtebaus. Dabei fokussiert sie auf die Eigentumsfrage sowie die Selbstverwaltung staatlicher Ressourcen. Ebenso wichtig findet sie flexible Grundrisse, um das Idealbild der Kleinfamilie nicht durch isolierende Küchen und kleine Schlafkammern zu zementieren sowie kooperative Nachbar\*innenschaften mit kleinräumigen Infrastrukturen der sozialen Reproduktion (ebd.: 181 ff.). Reuschling zeigt, wie „Emanzipation durch eine praktische Verbindung materieller und ideeller Lebensformenpolitiken möglich werden kann“ (Raab 2023: 128).

Die Beiträge des Bandes diskutieren verschiedene historische Entwürfe, die letztlich die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre zu überwinden suchten und eine Neuorganisation der sozialen Reproduktion anstrebten. Dabei gelingt es ihnen, sowohl utopische Momente als auch theoretische Fallstricke und praktische Selektivitäten konkreter Entwürfe herauszuarbeiten. Dass sich einige Errungenschaften „in Ländern des globalen Nordens als neoliberales Zerrbild realisiert“ haben (Kitchen Politics 2023b: 33), erinnert daran, dass die Möglichkeit zur Externalisierung von Sorgearbeit weiterhin auf ungleichen Klassenverhältnissen, restriktiven Migrationsregimen und der rassifizierten sowie vergeschlechtlichen Aufteilung dieser Arbeit beruht (ebd.). Wie der Alltag unter dem Gewicht der gesellschaftlichen Verhältnisse transformiert werden kann, ist die zentrale Frage, die Lesende von der Lektüre des Buches mitnehmen.

Während Kollontais Text zurecht nicht unkommentiert veröffentlicht wird und gerade durch die Gruppendiskussion mit Erfahrungswissen verknüpft wird, lassen sich die anderen Beiträge auch sehr gut einzeln lesen. Dementsprechend bringt eine komplette Lektüre des Bandes ein paar Redundanzen mit sich. Die ausführliche Einleitung des Kollektivs hat stellenweise einen akademischeren Duktus als in vorherigen Bänden der Reihe Kitchen Politics. Sie vermittelt den Eindruck, dass die Herausgeber\*innen sich nach vielen Seiten absichern wollen, was möglicherweise an den vielen unterschiedlichen Anliegen des Buches liegt. Die Einleitung bildet zugleich einen bereichernden Rahmen und wird abgerundet durch zwei sehr vielversprechende Borschtsch-Rezepte, die Kopf, Herz und Gaumen anregen. Für Lesende bietet das Buch zahlreiche Anlässe, ihr eigenes Leben mit gesellschaftlichen Verhältnissen in Beziehung zu setzen.[2] Einige Diskussionsstränge dürften Rezipient\*innen früherer Bände der Reihe oder bisheriger Publikationen aus dem Kreis der Herausgeber\*innen bekannt vorkommen. Es ist schön, dass es so langjährige, kluge politische Diskussionszusammenhänge gibt. In der nun folgenden Einordnung des Bandes konzentriere ich mich auf einige Verbindungen zu materialistisch-feministischer Stadtforschung.

Das Buch ermutigt Stadtforschende zum Antreten materialistisch-feministischer Erbschaften. In diesem Sinne lohnt sich die (Re-)Lektüre von Publikationen, die auf die enge Verknüpfung zwischen feministischer Bewegung und Architektur, Stadtplanung und Stadtsoziologie Anfang der 1980er Jahre verweisen. Diese benennt auch Reuschling (2023c [2017]: 182) in Bezug auf die Internationale Bauausstellung in Berlin 1987.

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang jeweils eine Ausgabe der ARCH+ von 1981 und der von der Gruppe „Frauen Steine Erde“ herausgegebenen *beiträge zur feministischen theorie und praxis* von 1980 (siehe dazu Rodenstein 2005; Karwath 2019). Zum Weiterlesen lädt die sehr detailreiche historische Aufarbeitung feministischer Verbindungen zur Wohnungsfrage ein, etwa der internationalen Diskussionen zum Einküchenhaus in *Die Wohnungsfrage ist Frauensache* (Terlinden/von Oertzen 2006). Ähnlich wie es Reuschling für Berlin tat (2023c [2017]), beschäftigen sich aktuell international Stadtforschende wie Oona Morrow und Brenda Parker (2020) mit den feministischen Erbschaften der *grand domestic revolution* (Hayden 1981). Sie erweitern diese zudem um eine intersektionale Perspektive und rücken *commoning*, Kollektivität und Sorgearbeit ins Zentrum der Überlegungen zu künftigen urbanen Transformationen.

Auch Theorien der sozialen Reproduktion (Federici 2012; Bhattacharya 2017) werden in der Stadtforschung vermehrt rezipiert. Stadt und Wohnung werden dabei als Orte der sozialen Reproduktion gerahmt und mit Blick auf (intersektionale) Ungleichheiten und Widerständigkeiten untersucht (Karataş 2023; Lentz 2023; Black 2020; Madden 2020). Forscher\*innen analysieren urbane Kämpfe um soziale Reproduktion zudem in Verbindung mit Akkumulationsregimen (Uhlmann 2023, 2022; Sarnow 2023; Steenblock 2020; Kuschinski 2019).

Eine solche Perspektive stellt meines Erachtens eine wichtige Ergänzung zum eingangs erwähnten zweifachen Materialismusverständnis dar (Kitchen Politics 2023b: 13). Letzteres umfasst im Verlauf des besprochenen Buches im Wesentlichen zwei Aspekte: erstens marxistisch-feministische Perspektiven auf vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und zweitens die Materialität städtebaulicher Entwürfe, die eine Überwindung dieser Arbeitsteilung anstreben. Ein dritter zentraler Aspekt, der in dem Band zwar anklingt (Kitchen Politics 2023b: 19 f.; Duma 2023: 162 ff.; Reuschling 2023c [2017]: 181), lässt sich noch weiter explizieren und für eine Analyse der Möglichkeitsbedingungen solidarischer Lebensweisen nutzen: Es geht um ein Verständnis davon, wie Kapital durch Urbanisierungsprozesse und die Enteignung von Reproduktionsmitteln akkumuliert wird – also durch die Finanzialisierung und Privatisierung von Wohnraum und anderen sozialen Infrastrukturen. Im Rückgriff auf Rosa Luxemburgs Theorem der Landnahme (1975 [1913]) werden solche Prozesse in den letzten Jahren – nicht zuletzt dank der Publikation von Federicis

Arbeiten durch das Kollektiv Kitchen Politics – als fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation (Federici 2012), Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2007) oder neue Landnahme (Dörre 2022) diskutiert (siehe auch Feministische Autorinnengruppe 2013; Uhlmann 2023). Materialistisch-feministisch Stadtforschende setzen solche Prozesse ins Verhältnis zu alltäglichen Lebensbedingungen in Städten. Sie ermöglichen so einen Blick auf die Subjekte urbaner Kämpfe sowie deren Zusammensetzung, Subjektivierungs- und Beziehungsweisen (Uhlmann 2023; Sarnow 2023; Gray 2022; Reichle 2021; Steenblock 2020; Parker 2017).

Einen Ausgangspunkt feministischer Bestrebung zur Entwicklung anderer Wohn- und Lebensweisen, der sich bei Kollontai (2023 [1918]: 50) und Reuschling (2023c [2017]: 182) andeutet, untersuchen Lucí Cavallero und Verónica Gago (2023) in ihrer Studie zu feministischen Kämpfen während der Coronakrise in Buenos Aires: Geschlechtsspezifische Gewalt und deren ökonomische und staatliche Möglichkeitsstrukturen. Sie zitieren feministische Kollektive mit ihrer Parole „Der Haushalt darf kein Ort der machistischen Gewalt und der Immobilienspekulation sein“ (ebd.: 65). Sie verdeutlicht die Auswirkungen gegenwärtiger Akkumulationsweisen, denn diese versuchen das (Über-)Leben in Wert zu setzen und greifen es damit an. Die Parole zeigt zudem, wie sich verschiedene Kämpfe durch entsprechende Analysen miteinander verbinden lassen. Die Lehren, die sich aus den im Band besprochenen konkreten Entwürfen materialistischer Feminist\*innen des 20. Jahrhunderts ziehen lassen, verweisen so auf die Frage nach den aktuellen räumlichen und sozialen Bedingungen für kollektivere und freiere Beziehungsweisen.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

### Endnoten

- [1] Aktuelle Mitglieder des Kollektivs Kitchen Politics sind Darja Klingenberg, Mike Laufenberg, Susanne Schultz, Sarah Speck und Vanessa Thompson. Vormalig daran beteiligt waren Bini Adamczak, Felicitas Reuschling und Chris Tedjasukmana.
- [2] Vielen Dank an den Lesekreis der Gruppe „Hausfriedensbruch“ für die gemeinsame Diskussion einzelner Kapitel.

## Autor\_innen

**Eva Kuschinski** ist Humangeographin und Soziologin und beschäftigt sich mit materialistisch-feministischen Lesarten der Wohnungsfrage. In ihrem Dissertationsprojekt forscht sie zur Wohnraumversorgung gewaltbetroffener Frauen\* in Hamburg. [eva.kuschinski@hcu-hamburg.de](mailto:eva.kuschinski@hcu-hamburg.de)

## Literatur

- Bhattacharya, Tithi (Hg.) (2017): *Social reproduction theory. Remapping class, recentring oppression*. London: Pluto Press.
- Black, Simon (2020): *Social reproduction and the city. Welfare reform, child care, and resistance in neoliberal New York*. Athens: University of Georgia Press.
- Cavallero, Lucí / Gago, Verónica (2023): *Der Haushalt als Versuchslabor. Feministische Kämpfe um Mieten, Haus- und Heimarbeit*. Berlin: transversal texts.
- Dörre, Klaus (2009): *Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus*. In: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa (Hg.), *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 21-86.
- Duma, Veronica (2023): *Rotes Wien. Inspiration für feministische Utopien*. In: *Kitchen Politics* (Hg.), *Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage, 139-174.
- Federici, Silvia (2012): *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*. Münster: edition assemblage.
- Feministische Autorinnengruppe (2013): *Das Theorem der Neuen Landnahme: Eine feministische Rückeroberung*. In: Hans Baumann (Hg.), *Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus*. Zürich: Edition 8, 99-118.
- Gray, Neil (2022): *Rethinking Italian autonomist Marxism: Spatial composition, urban contestation, and the material geographies of social reproduction*. In: *Antipode* 54/3, 800-824.
- Harvey, David (2007): *Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung*. Hamburg: VSA.
- Hayden, Dolores (1981): *The grand domestic revolution. History of feminist designs for American homes, neighborhoods, and cities*. Cambridge: MIT Press.
- Inopina, Anastasia / Kiriilova, Vетка / Heinz, Daniel / Kravtsova, Vica / Grujic, Marija / Michelson, Rebecca Esther / Klingenberg, Darja / Speck, Sarah (2023): *Materialistische Utopien und (post-)sozialistische Feminismen. Ein Gespräch am virtuellen Küchentisch*. In: *Kitchen Politics* (Hg.), *Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage, 67-90.
- Karataş, Dilan (2023): *Matter(s) of health and care: Wie wird in Hamburg Sorge getragen für die gesundheitliche Versorgung von wohnungslosen Frauen?* Hamburg: HafenCity Universität.
- Karwath, Leonie (2019): *Das Leben in der feministischen Stadt*. In: *kritisch-lesen.de* 51: <https://kritisch-lesen.de/rezension/das-leben-in-der-feministischen-stadt> (letzter Zugriff am 13.12.2023).
- Kitchen Politics* (Hg.) (2023a): *Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage.
- Kitchen Politics* (2023b): *Wie wir wohnen und leben wollen. Revisionen materialistisch-feministischer Utopien*. In: *Kitchen Politics* (Hg.), *Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage, 7-45.
- Kollontai, Alexandra (2023 [1918]): *Familie und der kommunistische Staat*. In: *Kitchen Politics* (Hg.), *Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage, 47-65.
- Kuschinski, Eva (2019): *Das Patriarchat aus dem Haus werfen (Interview mit Sascha Kellermann)*. In: *kritisch-lesen.de* 51: <https://kritisch-lesen.de/interview/das-patriarchat-aus-dem-haus-werfen> (letzter Zugriff am 13.12.2023).

## Räume für kollektivere und freiere Beziehungsweisen

- Luxemburg, Rosa (1975 [1913]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin: Dietz.
- Lentz, Janne Martha (2023): Wohnen und Care-Arbeit. In: Común 7. <https://comun-magazin.org/wohnen-und-care-arbeit/> (letzter Zugriff am 4.3.2024).
- Madden, David (2020): Housing and the crisis of social reproduction. In: e-flux architecture, Juni 2020. <https://www.e-flux.com/architecture/housing/333718/housing-and-the-crisis-of-social-reproduction/> (letzter Zugriff am 13.12.2023).
- Morrow, Oona / Parker, Brenda (2020): Care, commoning and collectivity: From grand domestic revolution to urban transformation. In: Urban Geography 41/4, 607-624.
- Parker, Brenda (2017): Masculinities and markets. Raced and gendered urban politics in Milwaukee. Athens: University of Georgia Press.
- Raab, Michel (2023): Bitte nicht verzweifeln. Lebensreformpolitik zwischen Technokratie und Voluntarismus. In: Kitchen Politics (Hg.), Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens. Münster: edition assemblage, 117-138.
- Reichle, Leon Rosa (2021): Alienated social reproduction: A study on the politics of neoliberal urban restructuring in Leipzig, East Germany. Leicester: De Montfort University.
- Reuschling, Felicita (2017): Eine feministische Perspektive für Berlin heute. Kommentar zu Dolores Haydens „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?“ (1981). In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 5/3, 115-123.
- Reuschling, Felicita (2023a [2010]): Familie im Kommunismus. Zur Abwertung reproduktiver Arbeit und der Fortschreibung kapitalistischer Geschlechterarrangements in der Sowjetunion. In: Kitchen Politics (Hg.), Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens. Münster: edition assemblage, 91-101.
- Reuschling, Felicita (2023b [2014]): Motive des Scheiterns. Eine kritische Geschichte utopischer Familienentwürfe. In: Kitchen Politics (Hg.), Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens. Münster: edition assemblage, 103-116.
- Reuschling, Felicita (2023c [2017]): Eine feministische Perspektive für Berlin heute. Kommentar zu Dolores Haydens „Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen“ (1981). In: Kitchen Politics (Hg.), Die Neuordnung der Küchen. Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens. Münster: edition assemblage, 175-187.
- Rodenstein, Marianne (2005): Gruppe „Frauen, Steine, Erde“: Frauen-Räume-Architektur-Umwelt. In: Martina Löw / Bettina Mathes (Hg.), Schlüsselwerke der Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-147.
- Sarnow, Martin (2023): Die Produktion urbaner Räume in einer verstetigten Krise. Austerität, die Rekonfiguration der sozialen Reproduktion und munizipalistische Alternativen in Barcelona. Kiel: Kieler Geographische Schriften.
- Steenblock, Anna (2020): Wer putzt die Stadt? Ein Streik von Putzkräften in Marseille. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 29/1, 142-146.
- Stadt von Unten (2022): Selbstverwaltet & Kommunal. Mit einem Modellprojekt für eine Stadt von unten. <https://stadtvonunten.de/hauptseiten-svu/modell-2/> (letzter Zugriff am 7.3.2024).
- Terlinden, Ulla / Oertzen, Susanna von (2006): Die Wohnungsfrage ist Frauensache! Frauenbewegung und Wohnreform 1870 bis 1933. Berlin: Reimer.
- Uhlmann, Sarah (2022): Reproduktionskämpfe in der Stadt. Eine vergleichende Fallstudie urbaner sozialer Bewegungen in New York City, Buenos Aires und Hamburg. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Uhlmann, Sarah (2023): Gemeinsame Erfahrungen? Geteilte Kämpfe? Klasse und soziale Reproduktion aus feministischer Perspektive. In: outside the box 8, 148-159.

# IMPRESSUM

sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung  
2024, Band 12, Heft 1  
ISSN 2197-2567



**Erscheinungsort** Berlin

**Herausgabe** Redaktionskollektiv sub\urban

**Redaktionskollektiv sub\urban** Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Nihad El-Kayed, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Michael Keizers, Yuca Meubrink, Boris Michel, Gala Nettelblatt, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

**Redaktionssekretariat** Michael Keizers

**Heftkoordination** Laura Calbet i Elias, Stefan Höhne

**Autor\_innen dieser Ausgabe** Sybille Bauriedl, Janine Dieckmann, Valentin Domann, Katja Friedrich, Rivke Jaffe, Theresa Klingler, Eva Kuschinski, Christine Neubert, Linda Pasch, Madlen Pilz, Leon Rosa Reichle, Johanna Richter, Stefanie Rößler, Axel Salheiser, Jan Üblacker, Lisa Vollmer, Worker Center Berlin

**Lektorat, Gestaltung, Satz** Lars Breuer, info@larslektor.de (Lektorat), Katrin Viviane Kurten, kurten@geo-lektorat.de (Lektorat), Christian Bauer, info@bauerchristian.com (Webseiten- und Printlayout), Cibebe Kojima de Paula (Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

**Titelbild** Fotografie von Laura Calbet i Elias

**Förderung** sub\urban wird im Rahmen des gemeinschaftlichen Finanzierungsprojekts KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) als Teil des Förderbündels „Sozialwissenschaften“ durch ein Konsortium von fast 70 wissenschaftlichen Einrichtungen gefördert.

**sub\urban e.V.: Fördermitgliedschaften und Spenden** Die Zeitschrift wird durch den Verein sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf [www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de)

**Druck** Druckhaus köthen GmbH & Co. KG

**Kontakt** [www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de) – [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de)



# sub\urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

2024, band 12, heft 1

ISSN 2197-2567

zeitschrift-suburban.de

Open Access

